

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

JÜRGEN C. HESS

Zwischen Revolution und Reform
Möglichkeiten und Grenzen der Politik des Kabinetts Attlee (1945–1951)

MAURICE VAÏSSE

Der Pazifismus und die Sicherheit Frankreichs 1930–1939

JAMES M. DIEHL

Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“
Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands 1922–1932

JÖRG WOLFF

Hitlerjugend und Jugendgerichtsbarkeit 1933–1945

DOKUMENTATION

Das Attentat auf Reinhard Heydrich
Ein Bericht des Kriminalrats Heinz Pannwitz
(Stanislav F. Berton)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Jürgen C. Heß

Zwischen Revolution und Reform. Möglichkeiten
und Grenzen der Reformpolitik der Regierung
Attlee (1945–1951) 559

Maurice Vaïsse

Der Pazifismus und die Sicherheit Frankreichs
1930–1939 590

James M. Diehl

Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Re-
volution“: Die Vereinigten Vaterländischen Ver-
bände Deutschlands (VVVD) 1922–1932 617

Jörg Wolff

Hitlerjugend und Jugendgerichtsbarkeit
1933–1945 640

DOKUMENTATION

Stanislav F. Berton

Das Attentat auf Reinhard Heydrich vom 27. Mai
1942. Ein Bericht des Kriminalrats Heinz Pannwitz 668

BIBLIOGRAPHIE 73

Verlag und Anzeigenverwaltung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr.121, 7000 Stuttgart 1,
Tel. 07 11/26 31–0. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Gültig ist Preisliste Nr.7 v. 1.1.1979. Bezieherpreise ab
1981: Einzelheft DM 18,- (zuzüglich Versandkosten); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60
Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80
(DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschich-
te“ sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“
(2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,80 Versandspesen und die Mehr-
wertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ ist nur mit Genehmigung des
Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die
Genehmigung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Appl, Wemding

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

33. Jahrgang 1985

Heft 4

JÜRGEN C. HESS

ZWISCHEN REVOLUTION UND REFORM

Möglichkeiten und Grenzen der Reformpolitik der Regierung Attlee
(1945–1951)*

„We are out to build a new society, a society of peace, freedom and social justice.“¹ Dieser Satz in einer Rede Attlees im Herbst 1945, wenige Monate nach dem überraschenden Wahlsieg der Labour Party im Juli 1945 und der erstmaligen Bildung einer Labour-Mehrheitsregierung in Großbritannien, ist Ausdruck jener Erneuerungseuphorie, die am Ende des Zweiten Weltkriegs viele Geister beflügelte, jenseits und diesseits des Kanals. Aber auch skeptische Kommentare konservativer Beobachter finden sich genug, so zum Beispiel die Tagebucheintragung des bekannten niederländischen Liberalen Ernst Heldring vom 27.7. 1945:

„Die große Nachricht von gestern ist der auffällige Sieg Labours in den englischen Wahlen, durch den der Sozialismus in der ganzen Welt einen gewaltigen Impuls erfährt. Wir gehen schweren Zeiten entgegen.“²

„A new society“ oder „schwere Zeiten“, es ging um dieselbe politisch-gesellschaftliche Entwicklung, gesehen aus der grundsätzlich unterschiedlichen Perspektive zweier Zeitgenossen, von denen der eine Hauptperson, der andere ferner Beobachter war. Recht bekamen sie beide, aber eben doch nur teilweise und nicht so, wie sie es gemeint hatten. Zweifellos war die englische Gesellschaft nach den Einwirkungen der Kriegszeit und den Reformen der Nachkriegszeit – beide müssen hier gleichermaßen genannt werden – eine neue Gesellschaft. Dennoch blieb sie eine „antagonistische Klassengesellschaft“³, die von vielen Elementen der Kontinuität bestimmt war. Die Einlösung der von Attlee suggerierten völligen Erneuerung gelang nicht. Und die schweren Zeiten blieben auch nicht aus, allerdings erst Jahrzehnte später und dann in

* Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die leicht überarbeitete Fassung meiner Antrittsrede an der Vrije Universiteit in Amsterdam, gehalten am 21.1. 1983, die bisher nur auf niederländisch veröffentlicht ist.

¹ Bodleian Library, Attlee Papers 21: Attlee, Speech to the Annual Conference of the Scottish Council, 20 October 1945. Diese Rede ist in der wichtigen Sammlung Purpose and Policy. Selected Speeches by The Rt. Hon. C.R. Attlee, London 1946, nicht enthalten.

² Herinneringen en dagboek van Ernst Heldring (1871–1954), Bd. 2, Groningen 1970, S. 1458.

³ Gordon Smith, „Großbritannien“, in: Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte, Nachkriegsgesellschaften im historischen Vergleich. Großbritannien – Frankreich – Bundesrepublik, München 1982, S. 17.

jener für Großbritannien typischen Form der „englischen Krankheit“. Angesichts der seither viel beklagten Misere der britischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse drängt sich die Frage nach den Ursprüngen dieser Misere auf. „What went wrong?“, so heißt es immer wieder in der aktuellen britischen Selbstanalyse⁴. Auch hierauf wird eine umfassende Betrachtung der britischen Regierung der ersten Nachkriegsjahre zu achten haben.

Das Ziel, das ich mir in diesem Rahmen gestellt habe, ist begrenzter. Einige grundlegende Probleme einer Politik weitreichender gesellschaftlicher Reformen in einer demokratisch verfaßten Industriegesellschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts sollen am Beispiel der Regierung Attlee behandelt werden. Diese Problematik am Beispiel der Kabinette Attlees zu behandeln, lohnt schon deswegen, weil sie als Reformregierung eines demokratischen Sozialismus besonders erfolgreich war. Nach dem jüngst formulierten Urteil Kenneth Morgans, eines der besten Kenner ihrer Aktivitäten, war Attlees Regierung „without doubt the most effective of all Labour governments, perhaps amongst the most effective of any British government since the passage of the 1832 Reform Act“. Er verhehlt indessen auch nicht, daß diese Regierung zwar die britische Arbeiterbewegung „to the zenith of its achievement as a political instrument for humanitarian reform“ gebracht, dieses Ergebnis aber erzielt habe „by evading, rather than resolving, those dilemmas inherent in the potent, beguiling vision of socialism in our time“⁵. Diese Themenstellung weist weit über Großbritannien hinaus. Dem gegenwärtigen Beobachter drängt sich das inzwischen bereits seines Glanzes beraubte „neue Frankreich“ Mitterands auf. Welches Beispiel wir nun auch wählen, ob das britische von 1945 oder das französische von 1981, oder aber auch, allerdings wieder unter ganz anderen Voraussetzungen, das westdeutsche der Regierung Brandt-Scheel von 1969 oder das niederländische des Kabinetts Den Uyl von 1973, immer wieder stellt sich mit neuer Aktualität die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen einer progressiven Reformpolitik⁶.

⁴ Siehe z. B. Arthur Marwick, *British Society since 1945*, Harmondsworth 1982, S. 13 f.

⁵ Kenneth O. Morgan, *Labour in Power 1945–1951*, Oxford 1984, S. 503. Morgans Buch und die wenige Monate später erschienene Darstellung von Henry Pelling, *The Labour Governments 1945–1951*, London 1984, bieten die ersten auf breiter Quellengrundlage erarbeiteten Gesamtdarstellungen der Attlee-Regierung. Als solche enthalten sie eine Fülle von Informationen zur hier behandelten Fragestellung, dagegen aber nicht eine wirklich tiefgehende Auseinandersetzung mit ihr – Morgans Buch nicht, weil Morgan vor allem auf die Leistungen der Attlee-Regierung abhebt, Pelling nicht, weil er, obwohl kritischer als sein Oxforder Kollege, vor allem einen faktisch orientierten Überblick bietet. Noch nicht einbezogen werden konnte Alex Cairncross, *Years of Recovery. British economic policy 1945–51*, London 1985. Für weitere Literatur der besonders intensiven Beschäftigung mit der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung siehe u. a. Jürgen C. Heß, „Vom Erfolg und Scheitern einer Reformbewegung. Neue Literatur zur britischen Labour Party“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 22 (1982), S. 563–584; ders., „Der vergebliche Kampf um ‚das neue Jerusalem‘“, in: ebd. 24 (1984), S. 561–575.

⁶ Aus der umfangreichen Literatur über diverse Aspekte der Frage politischer Reformen kann hier nur genannt werden Martin Greiffenhagen (Hg.), *Zur Theorie der Reform. Entwürfe und Strategien*, Heidelberg 1978; Christian Fenner/Ulrich Heyder/Johano Strasser (Hg.), *Unfähig zur Reform? Eine Bilanz der inneren Reformen seit 1969*, Köln 1978.

Diese Frage läßt sich in eine Reihe von Teilfragen untergliedern. Welches waren die ideellen Voraussetzungen der Reformen, sowohl in allgemeiner Hinsicht als auch in bezug auf spezielle Reformvorhaben? Welches waren die materiellen Auslösebedingungen, die Reformen notwendig erscheinen ließen? Unter welchen Umständen gelang es, den nötigen Konsens für Reformen zu mobilisieren, und wo lagen die Grenzen? Welche institutionellen, aber auch personellen Umstände gilt es bei der Betrachtung zu berücksichtigen? Welche Rolle haben soziale und wirtschaftliche Faktoren gespielt? Gab es externe Einflüsse? Und schließlich, welche Folgeprobleme haben die Reformen verursacht, und wie haben diese auf die ursprünglichen Absichten zurückgewirkt? Diese Liste ist keineswegs vollständig, aber sie mag als erster Anfang im hier zur Verfügung stehenden Rahmen genügen, um die Vielfalt, aber auch Komplexität einer historischen Analyse von Reformpolitik sichtbar zu machen. Hinter all diesen Teilfragen sei nochmals das allgemeine Interesse betont, zu bestimmen, auf welche Weise reformerisches Handeln in der demokratischen Industriegesellschaft überhaupt möglich ist und wo und warum es an eventuelle Grenzen stößt. Der konkrete historische Fall kann zwischen Intentionen und Strukturen, Akteuren und ihren Handlungen, Vorbedingungen und Folgen Zusammenhänge sichtbar machen, die es auch bei gegenwärtigen Konstellationen nicht zu übersehen gilt. Einer späteren vergleichenden Untersuchung mag es überlassen bleiben, nach übergreifenden Mustern zu suchen.

Diesem Fragenkomplex gerade am britischen Beispiel nachzugehen, liegt zum einen auch deswegen nahe, weil es sich um eine sozialdemokratische Mehrheitsregierung handelte, die auf einen Koalitionspartner keine Rücksicht zu nehmen brauchte, aber auch ihre Mißerfolge diesem nicht zuschreiben konnte. Dabei werden Grenzen des Handlungsspielraums sichtbar, die nicht durch einen eventuell widerspenstigen Koalitionspartner bestimmt sind. Zum anderen ist die Materiallage besonders günstig. Das staatliche Aktenmaterial steht seit Anfang des Jahres 1982 beinahe vollständig zur Verfügung, und auch die Papiere der persönlich Beteiligten werden in stets größerem Maße zugänglich. Nicht alles erreichbare Material konnte bereits herangezogen werden. Vor allem auf den Archivbeständen der Labour Party, des Trade Union Congress und des Public Record Office beruhend⁷, reicht die Materialbasis jedoch aus, zumal vor dem Hintergrund einer ständig wachsenden Sekundärliteratur, das gewählte Thema einer Analyse zu unterziehen, vorliegende Interpretationen zu überprüfen und weiterführende Fragen zu stellen.

Bewußt habe ich soeben in allgemeiner Form von progressiver Reformpolitik gesprochen. Der Begriff der Progressivität hat nun allerdings das Schicksal vieler politischer Begriffe geteilt, nämlich das der Sinnentleerung durch die Beanspruchung durch die unterschiedlichsten politischen Bewegungen. Progressivität sei hier zunächst einmal ganz direkt umschrieben als: auf Fortschritt gerichtet, auf Fortschritt zielend. Nach den Erfahrungen dieses Jahrhunderts, in dem uns der weithin selbst-

⁷ An dieser Stelle möchte ich den verschiedenen Archiven für die Bereitstellung ihres Materials und den jeweiligen Archivaren und Archivarinnen für ihre häufig zeitraubende Unterstützung ausdrücklich danken.

verständliche Fortschrittsglaube des 19. Jahrhunderts verlorengegangen ist, liegt es nahe, die Fragen zu stellen, was eigentlich Fortschritt ist und ob kurz-, mittel- oder langfristig Fortschritt durch gelenkten politischen Wandel (guided political change) überhaupt möglich ist. Diese Fragen seien hier jedoch zurückgestellt. Als Attlee im Oktober 1945 davon sprach, „to build a new society, a society of peace, freedom and social justice“, da wußte er und wußten seine Zuhörer, daß diese Gesellschaft Fortschritt bedeuten würde.

Fortschritt mißt sich in diesem historischen Fall sehr direkt. Soweit es die interne britische gesellschaftliche Entwicklung in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg angeht, hat es vor wenigen Jahren einen interessanten Versuch gegeben, die vorherrschende Ansicht über die tiefe soziale Not des damaligen Großbritanniens, geprägt durch das Bild ständiger massenhafter Arbeitslosigkeit und der Hungermärsche der dreißiger Jahre, zu differenzieren⁸. So berechtigt der Hinweis ist, daß Großbritannien vor dem Zweiten Weltkrieg ein differenziertes soziales und wirtschaftliches Gebilde war und Not und Elend nur die eine Seite der Medaille ausmachten, jene Seite nämlich, die auf die regionalen Notgebiete der in der tiefen Krise steckenden alten Großindustrien wies, so wenig ist zu übersehen, daß Großbritannien in hohem Maße des sozialen Fortschritts bedurfte. Aus dieser weithin – bis in das Lager der Konservativen hinein – geteilten Einsicht erwuchs jener soziale Konsens, dessen Symbol der Beveridge-Report von 1942 über eine neue soziale Gesetzgebung wurde⁹.

Sieht man hier näher hin, zeigt sich, daß die Labour Party klarer als die Konservativen für die Einlösung der scheinbar allgemein akzeptierten sozialen Forderungen der Kriegszeit eintrat¹⁰. Dem verdankte sie in hohem Maße ihre wachsende Popularität während des Krieges. Gezielt die „alte Welt“ der Not und des politischen Versagens – auch außenpolitischen Versagens gegenüber den faschistischen Diktaturen – den Konservativen zuweisend, die ja praktisch für 18 von den 21 Jahren der Zwischenkriegszeit den Kurs der britischen Politik bestimmt hatten, präsentierte sich Labour als die Partei der neuen Gesellschaft. So beispielsweise in dem Pamphlet „The Old World and the New Society“ aus dem Jahre 1942. Die Hoffnung auf eine neue Welt, so bitter enttäuscht nach dem Ersten Weltkrieg, richtete sich in stets höherem Maße auf Labour. Die dieser Entwicklung zugrundeliegenden psychologischen Prozesse einer Gesellschaft im Kriege, auch die mit ihnen verbundenen sozialen Entwicklungen, können hier nicht näher behandelt werden. Gallup Polls zeigten jedenfalls bereits seit 1942 eine deutliche Verschiebung zugunsten Labours. Im Sommer 1945 wich die Wahlvorhersage des Gallup Poll nur um 1% vom tatsächlichen Wahlergebnis ab, ein Zeichen für die in diesem Fall überraschende Genauigkeit der Vorhersage, der die Zeitgenossen aber noch keine Aufmerksamkeit geschenkt hatten¹¹.

⁸ John Stevenson/Chris Cook, *The Slump. Society and Politics during the Depression*, London 1977. Vgl. John Stevenson, *Social Conditions in Britain between the Wars*, Harmondsworth 1977.

⁹ Vgl. José Harris, William Beveridge. A Biography, Oxford 1977, S. 378 ff.

¹⁰ Vgl. Henry Pelling, „The 1945 General Election Reconsidered“, in: *The Historical Journal* 23, 2 (1980), S. 411; ders., *Labour Governments*, S. 29 ff.; Morgan, *Labour*, S. 23 ff.

¹¹ Vgl. Pelling, *Labour Governments*, S. 27.

Doch Labour meinte nicht nur sozialen Fortschritt und eine friedliche Welt, Labour verstand sich und präsentierte sich als sozialistische Partei. Im Wahlprogramm von 1945, bewußt vorausweisend „Let Us Face the Future“ genannt, hieß es dementprechend: „The Labour Party is a Socialist Party, and proud of it. Its ultimate purpose at home is the establishment of the Socialist Commonwealth of Great Britain.“¹² Interessant ist die Anordnung der Attribute, die diesem Socialist Commonwealth zugeschrieben wurden, nämlich: „free, democratic, efficient, progressive, public-spirited, its material resources organized in the service of the British people“. Daß „free“ und „democratic“ am Anfang dieser Liste standen, wird dem vor allem auffallen, der um die auch heute noch mancherorts gängigen Versuche weiß, Freiheit und Sozialismus für unvereinbar zu erklären. Auch damals bestand indessen Anlaß, solchen Behauptungen entgegenzutreten¹³. „Efficient“, an der dritten Stelle, das bedarf der näheren Erläuterung. Auf den hohen Stellenwert des Effizienz-Begriffs stoßen wir in den Labour-Verlautbarungen immer wieder, am stärksten dort zugespitzt, mit der entsprechenden Dosis propagandistischer Übertreibung, wo es hieß, die Labour Party „stands for order as against the chaos“, „order“ dabei umschrieben – das sei hier angesichts anderer heute naheliegender Assoziationen besonders hervorgehoben – als „positive constructive progress“, gegenüber dem „chaos of economic do-as-they-please anarchy“¹⁴. Wirtschaftliche Effizienz gegenüber wirtschaftlichem Chaos, das wurde den Wählern als das Erfolgszeichen der Labour-Regierung versprochen. Eine Effizienz, die auf staatlicher Planung beruhen und die der Gemeinschaft als ganzer zugute kommen sollte. Jener idealistische Appell, gerichtet an die Nation als ganze, fand nicht nur in Arbeiterwahlbezirken Widerhall. Charakteristisch für die Wahl von 1945 ist die breite soziale Anziehungskraft der Labour Party, die im übrigen auch mit einer auffälligen sozialen Verschiebung der Zusammensetzung der eigenen Parlamentsfraktion einherging, noch weiter weg von der reinen Arbeiterpartei und hin zur progressiven Volkspartei, die auch breite Teile der middle classes umfaßte¹⁵. Daß sich damals selbst eine Vereinigung von pro-Labour-Industriellen gebildet hat – die „1944 Association“ –, sei hier nur der Kuriosität halber hinzugefügt¹⁶. Ganz so kurios ist dies indessen auch wieder nicht, läßt sich daran doch erkennen, daß der von Labour propagierte Geist friedlichen kooperativen Wandels so beherrschend war, daß eine derartige Gruppenbildung überhaupt möglich wurde.

Dieser Geist zeigte sich auch in der Ablehnung aller revolutionären Experimente. Äußerten sich die Sprecher der Parteilinken, wie der bekannte Politikwissenschaftler der London School of Economics Harold Laski, gelegentlich im Sinne einer „revolu-

¹² Let Us Face The Future, London 1945, S. 6.

¹³ Für Churchills sehr polemische Art der Wahlkampf-führung vgl. Pelling, Labour Governments, S. 22 ff.

¹⁴ Let Us Face The Future, S. 2.

¹⁵ Vgl. Hugh Berrington, Backbench Opinion in the House of Commons 1945–1955, Oxford 1973, S. 29 ff.

¹⁶ Über die „1944 Association“ besteht meines Wissens keine Literatur. In den Autlee Papers in der Bodleian Library in Oxford liegen einzelne interessante Briefe von und über diese Vereinigung.

tion by consent“¹⁷, so hieß es im Wahlprogramm charakteristischerweise: „But Socialism cannot come overnight, as the product of a week-end revolution.“¹⁸ Bei dieser Verbindung von Wochenende und Revolution war übrigens noch nicht an unser langes Wochenende gedacht. Entscheidend aber ist der nicht-revolutionäre Charakter der britischen Arbeiterbewegung. Er war das Ergebnis eines langen friedlichen Entstehungsprozesses dieser Bewegung¹⁹. Dieser Prozeß kannte auch seine Perioden verschärften Konflikts, wie bei den Chartisten des 19. Jahrhunderts und in den industriellen Auseinandersetzungen unmittelbar vor und nach dem Ersten Weltkrieg bis hin zum Generalstreik von 1926. Vorherrschend war jedoch das Bemühen um den graduellen und friedlichen Wandel des politischen und gesellschaftlichen Systems, ermöglicht durch die seit der Wahlreform von 1832 auch stets wieder bewiesene Wandlungsfähigkeit des britischen Staates. Marxistische Ideen fanden hier nur geringen Widerhall²⁰. Bestimmend blieben die u. a. auf den Ideen von Robert Owen aufbauenden Vorstellungen der kooperativen Selbsthilfe, die aus der langen Tradition gewerkschaftlicher Organisation erwachsene Praxis der Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen in der bewußt staats- und gesetzesfrei gehaltenen Sphäre des collective bargaining und die von den bürgerlichen Theoretikern der Fabian Society geprägten Konzepte permanenter evolutionärer Reformpolitik auf parlamentarischem Wege²¹. Marxistisch orientierte Kritiker haben dies Gedankengebäude und die damit verbundene Praxis als „labourism“ charakterisiert und als „class collaboration“ negativ bewertet²². Einen erkennbaren Einfluß hat dies auf die Haltung der Labour Party als ganzes bis in die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts nicht gehabt. Allerdings ist die 1906 endgültig begründete Labour Party aufgrund der vielfältigen auf sie einwirkenden Einflüsse nie eine Einheit gewesen. Mit Recht hat man immer wieder von der Labour Coalition gesprochen, eine Koalition, in der, anders als in den Arbeiterparteien auf dem Kontinent, die Gewerkschaften bleibend eine zentrale Rolle spielten.

Auch christliche Einflüsse sind dabei von einer erheblichen Bedeutung. Es ist kenn-

¹⁷ Vgl. Harold Laski, *Reflection on the Revolution of our Time*, London 1943. Ausdrücklich als typisch unterstreicht Laskis Position Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982, S. 106.

¹⁸ *Let Us Face The Future*, S. 6.

¹⁹ Als eine der jüngsten Überblicksdarstellungen zur Geschichte der britischen Arbeiterbewegung sei hier noch genannt James Hinton, *Labour and Socialism. A History of the British Labour Movement 1867–1974*, Brighton 1983. Daneben immer noch wertvoll die ständig ergänzte und wiederaufgelegte Überblicksdarstellung Henry Pellings, *A Short History of the Labour Party*, zuerst London 1961.

²⁰ Vgl. Kirk Willis, „The Introduction and Critical Reception of Marxist Thought in Britain, 1850–1900“, in: *The Historical Journal* 20, 2 (1977), S. 417–459; Stuart Macintyre, „British Labour, Marxism and Working Class Apathy in the Nineteen Twenties“, in: ebd., S. 479–496.

²¹ Für eine ausgezeichnete kurze Zusammenfassung der Entwicklung der politischen Ideen der Labour Party siehe Ian Taylor, „Ideology and Policy“, in: *The Labour Party. An Introduction to its History, Structure and Politics*, hg. v. Chris Cook und Ian Taylor, London 1980, S. 1–31.

²² John Saville, „The Ideology of Labourism“, in: *Knowledge and Belief in Politics. The Problem of Ideology*, hg. v. Robert Benewick u. a., London 1973, S. 213–226.

zeichnend für die besondere Situation des britischen Protestantismus des 19. Jahrhunderts, daß dieser sich, anders als auf dem Kontinent und vor allem in Deutschland, nicht völlig von der entstehenden Arbeiterbewegung entfremdete, sondern daß die diversen nonkonformistischen Gruppierungen viele der Arbeiterführer prägten und die Ideen des Christian Socialism des 19. Jahrhunderts mit auf die Traditionen der Arbeiterbewegung einwirkten²³. Für die 29 Angehörigen der 1906 gewählten Labour-Parlamentsfraktion hat Pelling so auch charakteristischerweise hervorgehoben: „Many of them were under a vague Socialist influence, but only one or two were Marxists. Most of them claimed to be devoutly religious – nearly all being some sort of Methodist, or Congregationalist.“²⁴ Der Hinweis auf die Bedeutung der christlichen Einflüsse fehlt bis in die Gegenwart selbst nicht bei agnostischen Vertretern der Partei, von Attlee²⁵ bis Tony Benn²⁶. Sehr viel weiter ging gerade in dem hier besprochenen Zeitraum ein so aktiver Christ wie Stafford Cripps, in den dreißiger Jahren führender Politiker der Labour-Linken und nach 1945 als Handelsminister und Schatzkanzler eine der herausragenden Gestalten des Kabinetts Attlee, als er z.B. in einer Rede vor notabene Gewerkschaftsvertretern im September 1945 unterstrich: „I have myself always regarded Socialism and Christianity as synonymous.“ Er fuhr fort: „And I am convinced that all we are seeking to do by way of organisation and planning must be carried out – if we are to succeed – in the light and under the guidance of our Socialist and Christian principles.“²⁷ Sein gleichzeitiger Appell an „the spirit of Christian devotion and Socialist determination“ war freilich für die Labour-Führung ebensowenig selbstverständlich wie die Intensität seines christlichen Engagements. Es ist jedoch unverkennbar, wie sehr das Eintreten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sich in der britischen Arbeiterbewegung auch aus christlichen Quellen speist²⁸.

Das Wirtschaftsprogramm der Labour Party zeigte seit der Programmformulierung von 1918 eine eindeutig sozialistische Ausrichtung und zielte auf die Reorganisation der nationalen Industrien auf der Grundlage des Allgemeinbesitzes an den

²³ Vgl. Henry Pelling, *Origins of the Labour Party 1880–1900*, Oxford 1965, S. 125 ff.; Stanley Pierson, *British Socialists. The Journey from Fantasy to Politics*, Cambridge/Massachusetts 1979, S. 138 ff.

²⁴ Pelling, *A Short History*, zitiert nach der 4. Auflage, London 1974, S. 16.

²⁵ C. R. Attlee, *The Labour Party in Perspective*, London 1937, S. 27 ff. Für Attlees agnostische Einstellung vgl. Kenneth Harris, *Attlee*, London 1982, S. 10.

²⁶ Tony Benn, *Arguments for Socialism*, Harmondsworth 1980, S. 23 ff.

²⁷ Stafford Cripps, *Speech to the Lancashire and Cheshire Trade Council*, 9 September 1945, in: Cripps, *Democracy Alive. A Selection from Recent Speeches*, London 1946, S. 63. Vgl. David Marquand, „Sir Stafford Cripps“, in: Michael Sissons/Philip French (Hg.), *Age of Austerity*, London 1963, S. 176 f. Douglas Jay, der als jüngerer Labour-Politiker eng mit Cripps in dessen letzten Ministerjahren zusammenarbeitete, zuletzt als Staatssekretär im Finanzministerium, beschreibt diesen zusammen mit Gladstone als „examples of that eccentric type of English politician who believes that the will of God can be immediately translated into political decisions“ (*Change and Fortune. A Political Record*, London 1980, S. 178).

²⁸ Vgl. auch Ben Pimlott, „The Labour Left“, in: *The Labour Party. An Introduction* (Anm. 21), S. 180 f.; Saville, „Labourism“, S. 219.

Produktionsmitteln. Der berühmte „Clause 4“ der Parteisatzung umschrieb die Parteiziele auf diesem Sektor folgendermaßen:

„To secure for the workers by hand or by brain the full fruits of their industry and the most equitable distribution thereof that may be possible upon the basis of the common ownership of the means of production, distribution, and exchange, and the best obtainable system of popular administration and control of each industry or service.“

Diese Formulierungen waren im Detail vage und inhaltlich unbestimmt, z. B. in bezug auf das beste erreichbare System der Verwaltung und Kontrolle. Auch blieb der einzuschlagende Weg undeutlich, war von Zwischenphasen keine Rede. Deutlich war dagegen die Absicht der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, als Richtpunkt für eine ferne Zukunft. Gerade in dieser Mischung von Undeutlichkeit und Deutlichkeit gewannen diese Formulierungen eine solche Bedeutung für Labour, daß auch noch 40 Jahre später der von der Parteiführung unter Gaitskell unter den gewandelten Umständen des Jahres 1960 unternommene Versuch, sie durch eine begrenztere und deutlicher umschriebene Zielformulierung zu ersetzen, scheiterte²⁹.

Ohne auf die Einzelheiten der programmatischen Entwicklungen hier näher einzugehen, sei nur hervorgehoben, daß die Erfahrung der Wirkungslosigkeit der beiden Kabinette MacDonalds von 1924 und 1929 bis 1931 eine wichtige Rolle spielte. Beide Male konnte Labour nur Minderheitskabinette formen, aber als entscheidender erfuhr der Kern der Partei, der nach der Parteispaltung von 1931 übriggeblieben war, daß die Partei eines konkreten Reformprogramms bedurfte, wenn sie handlungsfähig im Sinne der Durchsetzung konkreter Reformforderungen sein wollte. Ebenso wie es die Generation der führenden Labourpolitiker der dreißiger Jahre war, die den Kurs der Attlee-Regierung nach 1945 bestimmte, war es das Reformprogramm, das die Labour Party in den Jahren nach 1931 entwickelte, auch unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs, aber auch die Sozialdemokratie international beherrschenden Planungsoptimismus³⁰. Der Zielkatalog aus „Let Us Face the Future“ liest sich beinahe wie eine Neuauflage des „Immediate Programme“ von 1937. Der Zweite Weltkrieg war, bis auf den von außen kommenden Anstoß des Beveridge-Plans, für die Programmentwicklung wenig fruchtbar, trotz ausführlicher Debatten, die aber mehr der näheren Konkretisierung als der Neuausrichtung der eigenen Zielsetzungen dienten³¹. Wichtiger war der Zweite Weltkrieg dafür, daß er erstens für den nötigen inneren Klimawandel sorgte, der Labours Wahlsieg erst möglich machte,

²⁹ Vgl. Philip Williams, Hugh Gaitskell. A Political Biography, London 1979, S. 544 ff.

³⁰ Vgl. Stuart Holland, „Keynes and the Socialists“, in: Essays on the Disintegration of the Keynesian Political Economy, hg. von Robert Skidelsky, London 1977, S. 67–77. Die beste Darstellung zur Debatte der jungen Ökonomen in der Labour Party der 1930er Jahre jetzt Elizabeth Durbin, New Jerusalem. The Labour Party and the Economics of Democratic Socialism, London 1985. Aufgrund der führenden Rolle Hugh Daltons als Inspirator und Teilnehmer dieser Debatte jetzt ebenfalls wichtig Ben Pimlott, Hugh Dalton, London 1985, vor allem S. 203–224.

³¹ Vgl. die unveröffentlichte Dissertation von Ian Taylor, War and the Development of Labour's Domestic Programme, 1939–45, University of London 1977, S. 228.

daß er zweitens nach ihrer erfolgreichen Teilnahme in der Churchill-Attlee-Koalition seit 1940 der Labourführung das immer wieder betonte Vertrautsein mit dem Regierungsapparat verschaffte und daß er drittens, durch die totale staatliche Mobilisierung der Wirtschaft, Labour das Beispiel für das Handlungsvermögen eines kontrollierenden und planenden Wirtschaftssystems lieferte³². Die Perspektive blieb indessen gemäßigt. So schrieb Attlee 1944 an Harold Laski, der auch eine wichtige Rolle in der internen Programmdiskussion während des Krieges spielte:

„Whether the postwar government is Conservative or Labour it will inevitably have to work in a mixed economy. If it is a labour government it will be a mixed economy developing towards socialism. If a Conservative government it will be an economy seeking to retain as much as possible of private enterprise. But both governments will have to work with the world and the country as it exists.

There are limits to the extent to which the clock can be put forward or back.“³³

Um diese „limits“ hier für die Attlee-Regierung näher in den Blick zu bekommen, sollen im folgenden zwei Aspekte exemplarisch herausgegriffen werden, nämlich die Frage der Nationalisierungspolitik und die der industriellen Demokratie.

Bevor ich darauf eingehe, ist jedoch nochmals die bekannte Tatsache zu unterstreichen, daß es sich bei der Attlee-Regierung um eine ohne Zweifel sehr produktive Regierung gehandelt hat. Das bejahen nicht nur viele Historiker³⁴, sondern selbst ein so scharfer Kritiker der Nachkriegsentwicklung seiner eigenen Partei wie Tony Benn scheut sich nicht, der Attlee-Regierung zu bestätigen, sie habe im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine „real social revolution“ erzielt³⁵. Starkes Lob findet Attlees Regierung aber auch auf konservativer Seite: laut Harold Macmillan war Attlees Regierung „one of the most able governments of modern times“³⁶. Die Einführung des Wohlfahrtsstaates mit seinem endlich vereinheitlichten sozialen Versicherungssystem und dem National Health Service, die Nationalisierung von etwa 20% der britischen Industrie, dazu viele kleine Reformen wie z. B. die Errichtung von National Parks und die Einführung eines neuen Systems der Regionalplanung gehören ebenso zu den Leistungen wie die Ausführung des Schulgesetzes von 1944, die Förderung eines umfangreichen Wohnungsbauprogramms und vor allem die Umstellung der Wirtschaft auf Friedensbasis und die Erzielung der Vollbeschäftigung. Auf außenpoliti-

³² Vgl. Morgan, *Labour*, S. 18 ff.; Paul Addison, *The Road to 1945. British Politics and the Second World War*, London 1975; ders., „Journey to the Centre. Churchill and Labour in Coalition, 1940–5“, in: Alan Sked/Chris Cook (Hg.), *Crisis and Controversy. Essays in Honour of A. J. P. Taylor*, London 1976, S. 165–193.

³³ Zitiert nach Harris, *Attlee*, S. 524.

³⁴ Vgl. auch die Äußerung von C. J. Bartlett: „The Attlee ministries can be credited with the most solid achievements of all governments between 1945 and 1974“ (*A History of Postwar Britain, 1945–1974*, London 1977, S. 93). Siehe auch Roger Eatwell, *The 1945–1951 Labour Governments*, London 1979, vor allem S. 155 ff.

³⁵ Tony Benn, „An interview with Eric Hobsbawm“, in: Martin Jacques/Francis Mulhern (Hg.), *The Forward March of Labour Halted?*, London 1981, S. 79. Siehe auch Benn, *Arguments for Democracy*, Harmondsworth 1982, S. 155.

³⁶ Zitiert nach Jay, *Change and Fortune*, S. 214.

schem Gebiet tritt die erfolgreiche Dekolonisierung des indischen Subkontinents in den Vordergrund. Ferner hatte die britische Regierung einen wichtigen Anteil bei der Koordinierung der europäischen Aktivitäten im Rahmen des Marshall-Plans und bei der Errichtung der NATO. So meinte die Labourführung 1950, auch im Blick auf die Welt der Zwischenkriegszeit und die äußerst schwierige wirtschaftliche Ausgangslage Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg, allen Anlaß zu haben, sich auf die Schulter zu klopfen. Dies um so mehr, als die enormen wirtschaftlichen Startprobleme Großbritanniens unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg³⁷ die Reformtätigkeit zwar hier und da behindert, keineswegs aber verhindert hatten. Hatte Labour 1945 gemeint, daß nur durch eine grundlegende Reparatur der britischen Wirtschafts- und Sozialordnung die bevorstehenden wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen seien, so zeigten Ende der vierziger Jahre die erzielten wirtschaftlichen Erfolge nach Labours überwiegender Ansicht die Richtigkeit des eigenen Ansatzes.

Diese positive Selbsteinschätzung wurde aber vom Wähler zunehmend nur bedingt geteilt. Nach dem Erdbeben von 1945 sah er die Jahre seit 1945 stets mehr als „age of austerity“. Energiemangel und Rationierung bestimmten das Bild: „Shiver with Shinwell, starve with Strachey“, so lautete der eingängige Slogan nach der 1946 erfolgten Einführung der Brotrationierung durch den Ernährungsminister Strachey – das Brot war nicht einmal während des Krieges rationiert gewesen – und nach der von Energieminister Shinwell in hohem Maße mitzuvertretenden Kohlenkrise vom Februar 1947. Der Hinweis auf den weltweiten Nahrungsmittelmangel und auf harte Winter überzeugte nur zum Teil. Weitere wirtschaftliche Krisen folgten, wie die Konvertibilitätskrise vom Sommer 1947 und die Abwertungskrise vom Sommer 1949, von der Regierung zwar stets gemeistert, aber doch immer nur unter hohem Einsatz an letzten Kraftreserven und erheblichen Verlusten an Selbstvertrauen und öffentlicher Zustimmung. Vor allem das Jahr 1947, von dem damaligen Schatzkanzler Hugh Dalton nachträglich bezeichnenderweise als „annus horrendus“ charakterisiert³⁸, erwies sich hier als Wasserscheide³⁹. War der eigentliche Reformimpetus auch noch keineswegs völlig gebrochen, das Regieren wurde doch mehr und mehr zum reinen Management der jeweiligen Krisen. Immerhin konnte der Rückschlag in der öffentlichen Einschätzung nach dem Tiefpunkt des Jahres 1947 wenigstens teilweise aufgefangen werden. So erzielte Labour bei den Februarwahlen des Jahres 1950 immerhin noch eine kleine Mehrheit von sechs Sitzen. Bei den erneuten Wahlen im Herbst 1951 kam das Aus: die Konservativen errangen eine knappe Mehrheit von 17 Mandaten, erzielt auf der Basis von 48% der Stimmen. Labour gewann selbst jetzt noch mit 48,8% der Stimmen 200 000 Wähler mehr als die Konservativen – das war mit beinahe 14 Millionen Wählern eine Stimmzahl wie nie zuvor und nie darnach –, verlor aber aufgrund der Ei-

³⁷ Vgl. u. a. Sidney Pollard, *The Development of the British Economy 1914–1967*, London 1969, S. 356 ff.; J. C. R. Dow, *The Management of the British Economy 1945–60*, Cambridge 1970, S. 13 ff.

³⁸ Hugh Dalton, *High Tide and After. Memoirs 1945–1960*, London 1962, S. 187.

³⁹ Vgl. Morgan, *Labour*, S. 334 ff.; Pimlott, Dalton, S. 476 ff.

gentümlichkeiten des britischen Mehrheitswahlsystems doch die Wahl⁴⁰. Ebenso widersprüchlich wie dies Wahlergebnis war auch Labours Leistungsbilanz: Labour als Gewinner und Verlierer zugleich.

Das gilt auch für die Felder der Außen- und der Sozialpolitik, die indessen hier beide nicht zu behandeln sind – dabei wäre über den britischen Anteil an der Entstehung des Kalten Krieges⁴¹ und das Scheitern der britischen Palästina-Politik ebenso wie über den noch immer als Glanzstück gesehenen National Health Service und das Mißlingen des Kampfes gegen die Armut⁴² mancherlei zu sagen. Hier geht es vielmehr um die sozialökonomischen Strukturreformen, denen im Rahmen der Reformpolitik eine zentrale Bedeutung zugeordnet war. Nationalisiert wurden programmgemäß die Bank of England, der Kohlebergbau, die Eisenbahnen, das Straßentransportwesen (road haulage), die Energiewirtschaft und schließlich auch die Eisen- und Stahlindustrie, daneben einige kleinere Betriebszweige wie der Luftverkehr. Selbst wenn die Konservativen nach 1951 die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie und des Straßentransportwesens nicht wieder rückgängig gemacht hätten, bleibt die Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß und den Wirkungen der Eingriffe. Hatte sich in den sozialökonomischen Strukturen Großbritanniens Entscheidendes geändert?

Die Antwort eines der extremeren der linken Kritiker der Labour-Regierung von 1945–1951 lautet: „In essence the Labour government of 1945–1951 had not created a socialist commonwealth, nor even taken a step in that direction. It had simply created a mixed economy in which the bulk of industry still lay in private hands, and the six years of its rule had only marginally altered the distribution of social power, privilege, wealth, income, opportunity and security.“⁴³ Selbst wenn man die Kritik von David Coates für weit überzogen hält, läßt sich nicht leugnen, daß sich in den sozialökonomischen Strukturen nur bedingt etwas geändert hatte. Der weitaus größte Teil der britischen Wirtschaft blieb außerhalb des direkten staatlichen Eingriffs, zumal das aus der Kriegszeit anfänglich bruchlos fortgesetzte System von Kontrollen und Kontingentierungen nach und nach abgebaut wurde. Die Nationalisierungsmaßnahmen betrafen in erster Linie öffentliche Dienstleistungsbetriebe oder aber kranke Indu-

⁴⁰ Vgl. Eatwell, *Labour Governments*, S. 119 ff., 147 f.; Morgan, *Labour*, S. 485 f.; Pelling, *Labour Governments*, S. 259.

⁴¹ Vgl. hierzu jetzt Victor Rothwell, *Britain and the Cold War 1941–1947*, London 1982; Alan Bullock, Ernest Bevin. *Foreign Secretary 1945–1951*, London 1983; D. Cameron Watt, „Britain, the United States and the Opening of the Cold War“, in: Ritchie Ovendale (Hg.), *The Foreign Policy of the British Labour Governments, 1945–1951*, Leicester 1984, S. 43–60.

⁴² Wenig kritisch behandelt bei Morgan, *Labour*, S. 170 ff.; Pelling, S. 98 ff. Vgl. Jürgen C. Heß, „The Social Policy of the Attlee Government“, in: W. J. Mommsen (Hg.), *The Emergence of the Welfare State in Britain and Germany, 1850–1950*, London 1981, S. 296 ff., auf deutsch in ders. (Hg.), *Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850–1950*, Stuttgart 1982, S. 306 ff.

⁴³ David Coates, *The Labour Party and the Struggle for Socialism*, Cambridge 1975, S. 47; ebenfalls sehr kritisch: Ralph Miliband, *Parliamentary Socialism. A Study in the Politics of Labour*, London 1975, S. 272 ff.; sehr viel angemessener: David Howell, *British Social Democracy*, London 1980, S. 175 ff.

strien wie den Kohlebergbau, für den eine Reorganisation schon seit langem überfällig war⁴⁴. Dort, wo die Labour-Regierung über diesen Rahmen hinausging, wie im Falle der Eisen- und Stahlindustrie, erwies sich der Eingriff als überaus mühsam, in der Struktur oberflächlich und zudem von kurzer Dauer⁴⁵.

Das Ringen um die Eisen- und Stahlnationalisierung kann gerade wegen dieser Schwierigkeiten verschiedene grundlegende Probleme aufzeigen. Laut Rogow war der „struggle for steel“ in der Tat die bitterste Kontroverse der sechsjährigen Amtsperiode der Labour-Regierung⁴⁶. Selbst ein Eingriff, der, wie auch im Falle der anderen Nationalisierungsmaßnahmen, reichliche finanzielle Kompensation für die Eigentümer bot – das Kompensationsprinzip war ein Grundprinzip in Labours Konzept des friedlichen Wandels⁴⁷ – und der zudem die interne Struktur der Industrie weitgehend unberührt ließ, wurde von der Eisen- und Stahlindustrie ebenso wie von den industriellen Spitzenverbänden strikt abgelehnt, so daß Labour hier anders als im Fall der übrigen nationalisierten Industrien nicht auf die freiwillige Kooperation der Industrie hoffen konnte⁴⁸. Damit fehlte von vornherein eine wichtige Grundvoraussetzung für die Durchsetzung der eigenen Pläne. Eine konsensuale Lösung war nur dann zu erreichen, wenn Labour sein Nationalisierungsvorhaben zurückstellte und sich mit einem Kompromiß zufriedengab. Setzte die Attlee-Regierung hingegen auf die Durchsetzung der Nationalisierungsforderung, dann war an dieser Stelle die Grenze des „war-time consensus“ und der darauf aufbauenden Zusammenarbeit von Regierung und Industrie erreicht.

Labour blieb nach schweren internen Auseinandersetzungen in der Tat fest und setzte sich schließlich nach außen hin durch, errang damit aber nur einen Scheinsieg⁴⁹. Dafür gab es neben dem Gegensatz zwischen Labour und Industrie noch eine Reihe von weiteren Gründen. Ohne die verwickelten Diskussionen um den Zeitpunkt der Einbringung des Nationalisierungsgesetzes für die Eisen- und Stahlindustrie und über das Ausmaß der geplanten Eingriffe wiedergeben zu können, seien einige Hauptpunkte hervorgehoben.

Die Stahlnationalisierung hatte von vornherein in der Prioritierung der verschiedenen Nationalisierungsvorhaben keinen hohen Stellenwert bekommen. Erst in den dreißiger Jahren war sie überhaupt in die Liste der Nationalisierungspläne aufgenom-

⁴⁴ Vgl. M. W. Kirby, *The British Coalmining Industry 1870–1946. A Political and Economic History*, London 1977.

⁴⁵ Vgl. Godfrey Hodgson, „The Steel Debates“, in: Sissons/French (Hg.), *Age of Austerity*, S. 297–316.

⁴⁶ A. A. Rogow, *The Labour Government and British Industry 1945–1951*, Oxford 1955, S. 158.

⁴⁷ Die Frage der Kompensationszahlungen wird ausführlich behandelt in der umfangreichen und sehr gründlichen Studie von Norman Chester, *The Nationalisation of British Industry 1945–51*, London 1975, S. 217 ff.

⁴⁸ Vgl. Stephen Blank, *Industry and Government in Britain. The Federation of British Industries in Politics, 1945–65*, Westmead 1973, S. 75 ff., vor allem S. 97 ff. Sehr aufschlußreiches Material zur sich allmählich verhärtenden Haltung der F.B.I. findet sich im F.B.I.-Archivbestand des „Modern Records Centre“ der University of Warwick, Coventry.

⁴⁹ Hodgson spricht dann auch von einem „Pyrrhic victory“ („The Steel Debates“, S. 316).

men worden. Noch während des Zweiten Weltkriegs hatte die TUC-Führung diese Industrie nicht zu den unmittelbaren Objekten der Nationalisierungspolitik gezählt, sie dann aber – unter dem Einfluß der wichtigsten Stahlarbeitergewerkschaft – an zweitrangiger Stelle in die „shopping list“ aufgenommen⁵⁰. Auch in der Labour Party selbst kam die Stahlnationalisierung erst nach einer internen Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern dieser Maßnahme definitiv ins Programm⁵¹. Diese von vornherein gegebene interne Uneinigkeit machte die tatsächliche Durchführung der Maßnahme nicht sicherer. Im Gegenteil hatte sie einen wesentlichen Einfluß auch auf die anschließenden Diskussionen.

Von den beiden Optionen – Nationalisierung einerseits, Reorganisation unter staatlicher Aufsicht andererseits – konnte sich die erste vor allem auch deswegen nur mühsam durchsetzen, weil die Stahlindustrie Großbritanniens nach einer profitablen Entwicklung in den späten dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkriegs keine Problemindustrie mehr war, wie es etwa für den Kohlebergbau galt⁵². Für ihre Übernahme sprachen daher rein wirtschaftliche Argumente nicht in derselben Weise wie bei den anderen für die Nationalisierung vorgesehenen Industrien. Vielmehr erschien die Stahlnationalisierung ihren Befürwortern in erster Linie als eine Frage der Macht. Die Stahlindustrie gehörte als Schlüsselindustrie in die Hand des Staates. Gebraucht ein so vehementer Verteidiger der Stahlnationalisierung wie der Schatzkanzler Hugh Dalton auch in der Öffentlichkeit sehr wohl wirtschaftliche Argumente – auch hier wurde an erster Stelle mit dem Effizienzargument hantiert⁵³ –, intern ließ er erkennen, daß es ihm darum ging, die Macht „of a most reactionary body of capitalists“ zu brechen⁵⁴. Auch sonst zeigte sich, wie sehr politische Überlegungen an erster Stelle standen. Im Sommer 1948 bestätigte C. Strauss, inzwischen nach der Kabinettsumbildung vom Herbst 1947, die dem krisenreichen Sommer 1947 gefolgt war, der zweite Minister, der die Stahlfrage zu behandeln hatte, ausdrücklich vor dem Kabinett, „that our case primarily rests on the need for taking this important basic industry out of the realm of private profitmaking into public ownership rather than on grounds of any present inefficiency in the industry's management“⁵⁵. Diese politische Orientierung, die auch immer wieder mit den Erwartungen in der Anhängerschaft ar-

⁵⁰ T.U.C., „Interim Report on Post-War Reconstruction“, in: T.U.C., 76th Annual Report 1944, S. 399.

⁵¹ Vgl. Miliband, *Parliamentary Socialism*, S. 277 ff.; Bernard Donoughue/G. W. Jones, Herbert Morrison. *Portrait of a Politician*, London 1973, S. 331 f.; Hugh Dalton, *The Fateful Years. Memoirs 1931–1945*, London 1957, S. 432 f.; Jay, *Change and Fortune*, S. 124, unterstreicht noch immer, es wäre besser gewesen, die Stahlindustrie nicht in „Let Us Face The Future“ aufzunehmen.

⁵² Vgl. Chester, *Nationalisation*, S. 15.

⁵³ London School of Economics Library, Dalton Papers 9/2: Dalton, Speech at the May Day Demonstration of the Durham Miners' Association, 4. Mai 1946.

⁵⁴ Diese sehr offene Ausdrucksweise hat im offiziellen Kabinettsprotokoll keine Spuren hinterlassen (siehe Public Record Office, C.M. 30 (46), S. 246), wird indessen durch Dalton selbst berichtet (High Tide, S. 138). Ben Pimlott charakterisiert Dalton bezeichnenderweise als „the member of the Big Five most determined to turn socialist conviction into action“ (Dalton, S. 443).

⁵⁵ Public Record Office, C.P. (48) 145, 10 June 1948, S. 1.

gumentierte, ließ dann nur noch wenig Raum, die überaus komplexe Struktur der Industrie in die Überlegungen einzubeziehen⁵⁶. Angesichts dieser Komplexität, aber auch der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten der Abgrenzung der geplanten Maßnahmen waren schließlich zwölf Gesetzentwürfe nötig, bis die Stahlnationalisierung Gesetzesreife erlangte⁵⁷.

Die Gegner der unmittelbaren Nationalisierung innerhalb der Labour Party⁵⁸, von denen Herbert Morrison der offenste und wichtigste war – als Lord President of the Council war er u. a. zentraler Koordinator der Gesetzesvorbereitung –, argumentierten dagegen stets mit den zu erwartenden negativen wirtschaftlichen Folgen, zu denen die Umstellungsprozesse der Nationalisierungsphase führen würden. Solche Produktionsverluste könne sich die britische Wirtschaft nicht leisten⁵⁹. Noch 1948, nachdem die Entscheidung über das Beharren auf der Nationalisierungsabsicht schon längst gefallen war, erinnerte Morrison an seine früheren Ansichten und unterstrich vor dem Kabinett, wie wichtig es sei, nicht politisch, sondern wirtschaftlich zu argumentieren. Wenn es schon nicht möglich sei, der Industrie gegenwärtige Ineffizienz vorzuwerfen, dann bleibe nur übrig zu unterstellen, daß sie allein in staatlicher Hand zur notwendig erachteten weiteren Effizienzsteigerung in der Lage sei⁶⁰. Das Kabinett schloß sich in der Tat seinem Vorschlag an⁶¹. Attlee hatte im übrigen eine eher vermittelnde Position eingenommen, sich dann aber der Front der sich für eine Nationalisierung aussprechenden Minister angeschlossen⁶².

Offensichtlich hat die Frage des timing eine erhebliche Rolle gespielt. Vorrangige Plazierung unter den Gesetzgebungsvorhaben hätte der Stahlnationalisierung eine Behandlung in der ersten aktivsten Phase der Regierung gesichert. Dagegen aber sprach schon die oben genannte programmatische Hintanstellung. 1946 diente dann die Überfüllung des Gesetzgebungsfahrplans für das laufende Jahr als Begründung für die Verschiebung in die Session 1947/48. Im Sommer 1947 war es der Zwang der Konvertibilitätskrise, unter dem sich das Kabinett zur weiteren Verschiebung in das darauf folgende parlamentarische Jahr veranlaßt sah, also 1948/49. Nun kam eine wichtige institutionelle Barriere zur Wirkung. Das House of Lords, in dem die Konservativen die Mehrheit besaßen, erhielt trotz der zeitlichen Befristung seiner Eingriffsmöglichkeiten die Chance, die Durchführung des Gesetzes bis auf den Zeitraum nach der für 1950 zu erwartenden Wahl zu verschieben. Erst Anfang 1951 trat es in

⁵⁶ Vgl. Jay, *Change and Fortune*, S. 124: „... having dealt throughout the war with the iron and steel industry, I was a bit shocked at the ignorance shown by both Dalton and Morrison about its complexities.“

⁵⁷ Donoghue/Jones, Morrison, S. 357 Anm. Vgl. auch George W. Ross, *The Nationalisation of Steel. One Step Forward, Two Steps Back?*, London 1965.

⁵⁸ Sie schlossen die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie zu einem späteren Zeitpunkt nicht aus.

⁵⁹ Siehe z. B. Public Record Office, C. P. (47) 185, 212 und 215; vgl. Donoghue/Jones, Morrison, S. 348 ff.

⁶⁰ Public Record Office, C. P. (48) 136, 2.6. 1948 und C. P. (48) 181, 15.7. 1948.

⁶¹ Public Record Office, C. M. 52 (48), S. 141 f. (19.7. 1948).

⁶² Eine knappe Beschreibung hiervon findet sich auch bei Harris, Attlee, S. 342 ff.

Wirkung, ohne daß die Regierung sich angesichts ihrer prekären parlamentarischen Situation nach der Februar-Wahl von 1950 noch in der Lage sah, der Politik der aktiven Nonkooperation der Stahlindustrie etwas entgegenzusetzen⁶³.

Ist das Bild also bestimmt von der scharfen Gegnerschaft zwischen Regierung und einer von der konservativen Opposition ständig gestützten Industrie, so beruhte die Schwäche der Regierung zunächst auf den internen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett, in der Partei und in den Gewerkschaften, später dann auch auf der starken Verminderung der parlamentarischen Mehrheit. Der Einfluß der Befürworter unter den Ministern und auf den Parteikonferenzen und Gewerkschaftskongressen hatte ausgereicht, die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie überhaupt auf der Tagesordnung des Kabinetts zu halten. Effektive Maßnahmen waren damit noch nicht gesichert. Weder die im Gesetz enthaltene sehr oberflächliche Reorganisation der Industrie, die, wie gesagt, die Firmenstruktur weitgehend intakt ließ, noch die äußerst kurzfristige Geltungsdauer des Gesetzes bis zu seiner Aufhebung durch die Konservativen nach ihrem Wahlsieg im Herbst 1951 lassen es zu, von mehr als einer Scheinlösung zu sprechen. Labours Konzept des friedlichen Wandels war gegenüber einer profitablen Industrie wie der Stahlindustrie unter den damaligen Umständen eindeutig an die Grenzen seiner Eingriffsmöglichkeiten gekommen. Dauerhafte Wirkung hatte erst der erneute Schritt zur Nationalisierung der Regierung Wilson im Jahre 1967⁶⁴.

Die Grenzen, die Labour sich – anders als im Falle der Stahlnationalisierung – selbst zog, lassen sich an der Frage der Organisationsstruktur der nationalisierten Industrien aufweisen. In aller Klarheit faßte der Abgeordnete Richard Crossman, einer der wichtigsten parteiinternen Kritiker der Labour-Regierung, bereits 1950 den Sachverhalt zusammen: „The change of ownership takes place, the flag goes up, and the management remains unchanged.“⁶⁵ Labour hatte sich mehrheitlich in den dreißiger Jahren für das Konzept der sog. „public corporation“ als Organisationsform nationalisierter Industriezweige entschieden und die unmittelbare Leitung durch die Bürokratie des Staates ebenso verworfen wie alle Ideen direkter Arbeiterkontrolle, im Erbgut des syndikalistischen Denkens auch in Großbritannien noch immer von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung, auch wenn sie in den Partei- und Gewerkschaftsdiskussionen der dreißiger Jahre unterlegen waren⁶⁶. Die nationalen Indu-

⁶³ Vgl. Rogow, *Labour Government*, S. 167 ff.

⁶⁴ Sehr kritisch R. Kelf-Cohen, *British Nationalisation 1945–1973*, London 1973, S. 89–107; John Redwood, *Public Enterprises in Crisis. The Future of the Nationalised Industries*, Oxford 1980, S. 78–89.

⁶⁵ R. H. S. Crossman, *Socialist Values in a Changing Civilisation*, Fabian Autumn Lecture, 17. 11. 1950, Fabian Pamphlet, London 1951, S. 12.

⁶⁶ Vgl. u. a. Herbert F. Weiner, *British Labour and Public Ownership*, Washington 1960, S. 47–52; E. Eldon Barry, *Nationalisation in British Politics. The Historical Background*, London 1965, S. 310–353. Erstmals aus den Quellen gearbeitet die bisher unveröffentlichte Dissertation von John Street, *The Origins and Development of Trade Union Attitudes to Worker Involvement in the Management and Control of British Industry, Especially Nationalised Industry, 1930–1951*, Oxford 1981, vor allem S. 142 ff.

strien sollten mit einem hohen Maß an interner Autonomie ausgestattet sein und nur in den Grundlinien dem Einfluß und der Kontrolle des zuständigen Ministers und des Parlaments unterliegen. Auf diese Weise hoffte man „the best of both worlds“ zu vereinen, sowohl „business management“ als auch „public accountability“ (öffentliche Rechenschaftslegung)⁶⁷. Um die als zentrales Ziel gestellte wirtschaftliche Effizienz zu garantieren, sollten in den zentralen „boards“ (Aufsichtsräten) wie auch sonst im Management nur „the best men“ angestellt werden⁶⁸. Das hatte von vornherein die ausschließliche Orientierung an Managementenerfahrung zur Folge. Resultat war ein hohes Maß an sozialer Kontinuität in den Chefetagen der nationalisierten Wirtschaftszweige. Freilich waren einige Gewerkschaftsführer in diese Hierarchie aufgestiegen. Rogow beziffert ihren Anteil 1951 auf 9 der 47 full-time members und 7 der 48 part-time members der „boards“ (also 19 bzw. 15%)⁶⁹. Das ist auf den ersten Blick vielleicht noch auffallend viel. Es verliert aber jede einschneidende Bedeutung durch die Tatsache, daß diese Gewerkschaftsführer nicht als Vertreter ihrer Gewerkschaften in der Administration und Leitung der nationalisierten Industrien mitwirkten, sondern als erfahrene Manager mit einer besonderen Sachverständigkeit für die Frage der Arbeitsbeziehungen. Sie hatten jedes Band mit ihrer Gewerkschaft aufgeben müssen. Jede Form einer direkten gewerkschaftlichen Vertretung sah man als Form einer doppelten Verantwortlichkeit, die als effizienzschädigend mit dem Blick auf die Industrie und als Gefahr für die eigene Unabhängigkeit aus dem Gesichtspunkt der Gewerkschaften erschien und ebenso von der Regierung wie vom Gewerkschaftsdachverband TUC strikt abgelehnt wurde. Daß die Gesamtvertretung der britischen Industrie, die „Federation of British Industry“, unter diesen Umständen schon gar keinen Platz für eine gewerkschaftliche Vertretung sah⁷⁰, wird niemanden überraschen. Die Haltung von TUC und Labour Party hingegen bleibt einer näheren Erklärung bedürftig⁷¹.

Zunächst einmal ist darauf zu verweisen, daß statt direkter Interessenvertretung in den Entscheidungsgremien der nationalisierten Industrien ein Konsultationsapparat vorgesehen war, die sogenannte „joint consultation“⁷². Diese Beratungsorgane waren

⁶⁷ So Morrison am 30. 1. 1946 im Unterhaus, in: House of Commons Debates, Bd. 418, S. 969 (mit Dank an A. de Wildt).

⁶⁸ Public Record Office, PREM 8/294: Brief Daltons an Attlee vom 15. 1. 1946 („... we must spare no efforts to obtain the best men.“). Vgl. Chester, Nationalisation, S. 539 f.

⁶⁹ Rogow, Labour Government, S. 105.

⁷⁰ Siehe ebd., S. 104.

⁷¹ Vgl. hierzu ausführlicher Jürgen C. Heß, „Der TUC und die ‚industrial relations‘ der 1940er Jahre“, in: Gustav Schmidt (Hg.), „Industrial Relations“ und „Industrial Democracy“ in Großbritannien, Bochum 1984, S. 61–88. Im Rahmen des Fachgruppenprojekts „Gewerkschaften und Strukturreform in Westeuropa nach 1945“ der Fachgruppe für Neueste Geschichte an der Vrije Universiteit, das auf die Initiative Prof. Dr. H. Lademachers (jetzt Universität Kassel) zurückgeht, arbeitet der Vf. an einer sehr viel umfassenderen Analyse der Reformkonzepte und Aktivitäten des TUC.

⁷² Vgl. u. a. A. M. F. Palmer, „Joint Consultation in Nationalised Industries“, in: William A. Robson (Hg.), Problems of Nationalised Industry, London 1952, S. 132–143; W. A. Robson, „General Conclusions“, in: ebd., S. 343 ff.; Chester, Nationalisation, S. 844 ff.

in ihrem Einwirkungsbereich strikt begrenzt und sollten auf den verschiedenen Ebenen von der Grube und Fabrik bis zur zentralen Konzernleitung den Arbeitnehmern die Möglichkeit zur Mitberatung bieten, von jeder Mitentscheidung aber ausgeschlossen sein. Auf diesen Apparat konzentrierten sich alle Bemühungen von Regierung und Gewerkschaftsführung. Über sein Funktionieren oder besser Nicht-Funktionieren gab es jedoch eine Fülle von Klagen, deren Berechtigung nicht in allen Fällen geleugnet werden konnte. Seit 1947 nahm auf den Parteitag der Labour Party und den Gewerkschaftskongressen die grundsätzliche Kritik an dieser begrenzten Form der Einflußmöglichkeit ständig zu⁷³. Auch auf der ministeriellen Ebene zeigte man sich über diese Kritik sehr besorgt. Das entsprechende Komitee des Kabinetts, das Socialisation of Industry Committee, setzte sich bis 1951 immer wieder mit der Frage der Partizipation der Arbeitnehmer auseinander⁷⁴. Bessere Informationen über die Konsultationsmöglichkeiten und das interne Funktionieren der nationalisierten Industrien überhaupt, andererseits eine intensivere gewerkschaftliche Vorbereitung auf die Mitwirkung im Konsultationsapparat, darin vor allem wurden Lösungen gesucht. Zu tatsächlichen Zugeständnissen sah man sich nicht in der Lage. Vielmehr ergänzte man die eigene Informations- und Ermahnungstaktik – die sich übrigens auch ans Management richtete – durch eine Taktik des Abwiegels, wenn etwa Morrison im Oktober 1950 im Parlament erklärte, man stehe erst am Beginn der Ära der industriellen Demokratie⁷⁵. Außerdem sorgte man für Begriffsverwirrung, indem man den Begriff der industriellen Demokratie bereits für den eigenen Konsultationsapparat in Anspruch nahm.

Zwei unvereinbare Konzepte stießen hier aufeinander, das der öffentlichen Kontrolle von oben bei strikter Scheidung von industriellem Management und gewerkschaftlicher Interessenvertretung, repräsentiert durch die TUC-Führung, die Parteiführung und die Regierung, und das der demokratischen Kontrolle von unten in Form einer industriellen Demokratie, die tatsächliche Mitentscheidung beinhalten sollte, verfochten durch Vertreter der unteren Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, aber auch durch verschiedene Einzelgewerkschaften wie die National Union of Railwaymen. Auch auf ministerieller Ebene mußte man sich eingestehen, daß es nicht ausreichte, das Ausmaß der Kritik mit dem Argument kommunistischer Einflüsse zu

⁷³ Siehe auch David Rubinstein, „Socialism and the Labour Party. The Labour Left and Domestic Policy, 1945–1950“, in: David E. Martin/D. Rubinstein (Hg.), *Ideology and the Labour Movement. Essays presented to John Saville*, London 1978, S. 228 ff. Bei Morgan, Labour, werden auffälligerweise die Partizipationsdebatte und die damit verbundenen Aktivitäten von Regierung, Partei- und Gewerkschaftsführung völlig übergangen; nur so ist ein Satz wie der folgende zu erklären: „The government and the TUC made no effort to alter the adversarial character of relations between labour and management.“ (S. 136; vgl. auch ebd., S. 492). Bei Pelling, *Labour Governments*, finden sich immerhin einige Hinweise (S. 91 ff.).

⁷⁴ Siehe z. B. Public Record Office, S.I. (M) (51) 25, 10. 5. 1951: „Report of Sub-Committee on Relations with Workers in the Socialised Industries“.

⁷⁵ So Morrison am 25. 10. 1950 im Unterhaus, in: *House of Commons Debates*, Bd. 478, S. 2811 (mit Dank an A. de Wildt).

erklären⁷⁶. Vielmehr ging es um einen prinzipiellen Konflikt. Wirkten bei den Vertretern des Konzepts der industriellen Demokratie die bereits erwähnten syndikalistischen Traditionen fort, so vertrat die andere Seite den Hauptstrang der britischen Gewerkschaftstradition, die auf der unbedingten gewerkschaftlichen Selbständigkeit beharrte. Das vorherrschende oppositionelle Rollenverständnis ließ wohl Kooperation und Beratung zu, nicht aber Mitverantwortung⁷⁷.

Aber auch andere Faktoren müssen berücksichtigt werden. So die typisch britische Gewerkschaftsstruktur des „multi-unionism“. Die Vielzahl der Gewerkschaften in einem Betrieb oder Betriebszweig verhinderte immer wieder die Entstehung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Interessenwahrnehmung. Auch der Mangel an geeignetem Personal spielte eine wichtige Rolle. Die Gewerkschaften hatten nach eigenem Eingeständnis nicht genügend Personen, die Managementfunktionen in der Industrie übernehmen konnten, und sahen sich auf diese Weise von der Ausblutung bedroht, falls alle Gewerkschaftsführer in die „boards“ der nationalisierten Industrien überwechseln würden⁷⁸. Gegen einen solchen Rollenwechsel führender Gewerkschafter sprach häufig auch nicht nur das eigene gewerkschaftliche Interesse, sondern ebenso das soziale Rollenverständnis der betroffenen Personen⁷⁹. Dazu kommt ein durch einen qualifizierten Beobachter wie den in der britischen Arbeiterbewegung sehr aktiven Sozialwissenschaftler G. D. H. Cole bestätigtes tiefes Mißtrauen bei der Labourführung und der Leitung der Gewerkschaften gegenüber jeder wirklichen Mitbestimmung von Seiten der Arbeiter⁸⁰, aber auch das ebenfalls zu konstatierende und wiederum von ihm bestätigte geringe Interesse breiter Arbeitergruppen an einer solchen Mitbestimmung⁸¹. Ihre Befürworter blieben kleine Gruppen, die wohl Mehrheiten auf Parteiversammlungen und Gewerkschaftskongressen dazu zu bringen vermochten, ihren Resolutionsentwürfen zuzustimmen, die aber, anders als im Falle der Stahlnationalisierung, auf der Ebene der Partei- und Gewerkschaftsführung nur wenige und auf der ministeriellen Ebene keine Fürsprecher hatten. So blieben sie kleine Vor-

⁷⁶ Am 20.7. 1948 schrieb Hugh Gaitskell an Morrison: „The big majority in favour of the resolution cannot consist only of Communists or people stirred up by Communists to make trouble.“ (Public Record Office, CAB 124/951) Gaitskell spielte als Minister of Fuel and Power seit 1947 eine zentrale Rolle in der Nationalisierungspolitik der Regierung Attlee; gerade er lehnte syndikalistische Tendenzen entschieden ab und war nur zu sehr geneigt, dahinter kommunistische Einflüsse zu sehen (vgl. Williams, Gaitskell, S. 167 ff., bes. S. 171).

⁷⁷ Vgl. V. L. Allen, *Trade Unions and the Government*, London 1960, S. 271 ff.

⁷⁸ Nach Allen, ebd., ist dies der wichtigste Punkt. So wenig an seiner Bedeutung zu zweifeln ist, so sehr müssen auch andere Faktoren einbezogen werden.

⁷⁹ Ein deutliches Beispiel nennt Williams, Gaitskell, S. 171.

⁸⁰ *Consultation or Joint Management. A Contribution to the Discussion of Industrial Democracy*, by J. M. Chalmers, Ian Mikardo, G. D. H. Cole (Fabian Tract 277, Dezember 1949), S. 27. Über Coles Einstellung zur Reformpolitik der Attlee-Regierung siehe u. a. seinen aufschlußreichen Artikel „The Dream and the Business“, in: *Political Quarterly* 20 (1949), S. 201–210. Vgl. auch A. W. Wright, G. D. H. Cole and *Socialist Democracy*, Oxford 1979, S. 274 ff.

⁸¹ Vgl. G. D. H. Cole, *Labour's Second Term. A Comment on the Draft: „Labour Believes in Britain“* (Fabian Tract 273, London 1949), S. 11; ders., *National Coal Board*, London 1948, S. 40. Vgl. ders., *An Introduction to Trade Unionism*, London 1953, S. 225 ff.

huten am linken Flügel der Labour Party, auch ohne wirkliche Unterstützung von einer breiten, aus der Basis kommenden industriellen Demokratisierungsbewegung. Aus der unübersehbaren Hervorhebung von Frustrationsempfindungen konnte auf diese Weise kein akzeptierter alternativer Ansatz erwachsen. Erst in den sechziger Jahren wandelte sich das Bild, begannen sich Labour Party und TUC für Konzepte direkter industrieller Mitverantwortung zu erwärmen⁸².

Noch eine andere Grenze gilt es hier sichtbar zu machen. Nennen wir sie hier einmal die Grenze vor dem zweiten Schritt. Ist es eine Grenze, an die jede Reformregierung stößt, wenn sie ihr erstes Reformpaket verwirklicht hat? Ein Aspekt, der der vergleichenden Untersuchung wert ist. Im Falle der Attlee-Regierung jedenfalls war der Verlust an Schwungkraft nicht zu übersehen. Um noch einmal Richard Crossman zu zitieren:

„Yet, after scarcely four years in office, the Government had fulfilled its historic mission. The nationalisation of half a dozen major industries, the construction of an all-in system of social security and a free health service, and the tentative application of planning to the national economy – the achievements of these reforms seemed to have exhausted the content of British socialism.“⁸³

Diese programmatische Erschöpfung zeigte sich schon ab 1948 in der Diskussion über ein neues Wahlprogramm. Labour zerfiel in zwei Flügel⁸⁴. Auf der einen Seite standen die Konsolidierer, die erst einmal die mittlerweile durchgeführten Reformen sichern und ihre Übergangsschwierigkeiten überwinden wollten. Unter ihnen finden wir an erster Stelle wieder Herbert Morrison⁸⁵. Demgegenüber stand die Gruppe derjenigen, die die Reformen weitertreiben wollten. Ihr führender Repräsentant war der Gesundheitsminister Aneurin Bevan⁸⁶. Ergebnis war ein Kompromiß, der noch eine Reihe von Nationalisierungsmaßnahmen ins Wahlprogramm aufnahm, wie z. B. die

⁸² Vgl. J. Eaton/A. Fletcher, „Workers' Participation in Management. A Survey of Post-War Organised Opinion“, in: *Political Quarterly* 47 (1976), S. 85–87. Über die umfangreiche Debatte der 1970er Jahre, die im Bullock-Report von 1977 ihren Höhepunkt fand, vgl. u. a. Ken Coates/Tony Topham, *The New Unionism. The Case for Workers' Control*, Harmondsworth 1974; John Elliott, *Conflict or Cooperation? The Growth of Industrial Democracy*, London 1978; Giles Radice, *The Industrial Democrats. Trade Unions in an Uncertain World*, London 1978; Martyn Sloman, *Socialising Public Ownership*, London 1978. Daß die britische Mitbestimmungsdebatte nach dem konservativen Wahlsieg von 1979 beinahe verstummt ist, wie dies u. a. Paul Windolf bestätigt, nimmt ihr nichts von ihrer potentiellen Relevanz (Windolf, „Gewerkschaften und industrielle Beziehungen in Großbritannien“, in: ders. (Hg.), *Gewerkschaften in Großbritannien*, Frankfurt 1983, S. 40). Zu Recht spricht George Bain von einem „cyclical development of industrial democracy“ (George Sayers Bain, „Industrial Democracy and Collective Bargaining“, in: Schmidt (Hg.), „Industrial Relations“, S. 146).

⁸³ R. H. S. Crossman, „Towards a Philosophy of Socialism“, in: *New Fabian Essays*, ed. by R. H. S. Crossman, London 1952, S. 1.

⁸⁴ Vgl. Miliband, *Parliamentary Socialism*, S. 298 ff.; Howell, *Social Democracy*, S. 165 ff.

⁸⁵ Vgl. Donoghue/Jones, Morrison, S. 441 f.

⁸⁶ Vgl. Michael Foot, Aneurin Bevan 1945–1960, St. Albans 1975, S. 254 ff.

Zucker- und die Zementindustrie⁸⁷. „We rather invented a further socialisation programme“, so lautete der spätere Kommentar Morrisons⁸⁸. Mangel an gründlicher Vorbereitung zeigte sich bei dem neuen Konzept der Teilnationalisierung, dessen nähere Ausarbeitung unterblieb⁸⁹. Keiner dieser Vorschläge wagte sich an zentrale Großindustrien. Besonders auffällig war dies im Falle der chemischen Industrie, die Bevan sehr wohl ins Programm aufgenommen sehen wollte, von der es dort aber schließlich nur hieß, man werde sie einer gründlichen Untersuchung unterziehen⁹⁰.

Auch führende Gewerkschafter hielten die Zeit für die Nationalisierung der chemischen Industrie nicht für reif. Sie schlossen sich der Ansicht an, daß die Regierung zunächst einmal die bereits nationalisierten Industrien konsolidieren und erfolgreich machen sollte. Überhaupt zeigte der TUC nur noch geringe Neigung, sich für weitere Nationalisierungsexperimente zu erwärmen⁹¹. Gerade gegenüber effizienten, also wirtschaftlich erfolgreichen Industrien war seine Mitwirkung nur noch sehr zögernd. Das zentrale Argument war ebenso praktisch wie ideologiefremd: Wenn der Staat als Arbeitgeber nicht in der Lage ist, die Arbeitsbedingungen anzubieten, die die besten privaten Firmen anbieten, dann können wir den Staat als „Modellarbeitgeber“ (model employer) nicht mehr verteidigen⁹². Im Sommer 1950 lautete das eindeutige Fazit im TUC-Bericht „The Public Control of Industry“: „It is certain that there is still a great deal to be done to improve the structure and operation of the public-owned industries and common sense indicates that at the present times efforts should be concentrated on making such improvements.“⁹³ Der Pragmatismus des common sense hatte gesiegt. Im Wahlprogramm vom Herbst 1951 tauchte dann auch konsequenterweise kein einziges Nationalisierungsvorhaben mehr auf, es hieß nur noch allgemein: „We shall take over concerns which fail the nation and start new public enterprises wherever this will serve the national interest.“⁹⁴ Es war in der Tat das Ende einer Ära für Labour. Unter diesen Umständen war es ein Glück, daß Labour die Wahl von 1951 verlor. Bereits seit dem knappen Wahlsieg vom Februar 1950 mehr durch die Ereignisse des Tages, vor allem die Folgen des Koreakrieges, hin und hergeschüttelt als einem selbständigen Kurs folgend, hätte Labour in einem dritten Kabinett Attlee keine Konzepte für eine erfolgreiche Politik weiterer Reformen mehr gehabt. Die Erschöpfung gilt im übrigen ebenso sehr für die Sozialpolitik wie für die hier angesprochenen Bereiche⁹⁵.

⁸⁷ Siehe Labour Believes in Britain, London 1949.

⁸⁸ Zitiert nach Howell, Social Democracy, S. 170.

⁸⁹ Vgl. G. D. H. Cole, „The Dream and the Business“ (wie Anm. 80), S. 205.

⁹⁰ Labour Believes in Britain, S. 13.

⁹¹ Vgl. Heß, „Der TUC“, S. 82 ff.

⁹² So Lincoln Evans, Generalsekretär der „Iron and Steel Trades Confederation“ und Mitglied des „General Council“ des TUC, in einer Besprechung zwischen der TUC-Spitze und verschiedenen Ministern am 25. 7. 1949 (TUC-Archiv 574.9). Siehe auch Evans' Rede auf dem TUC-Kongress von 1950: T. U. C. Brighton Congress Report 1950, S. 357 f.

⁹³ Public Control of Industry (T. U. C. Pamphlet 1951), S. 15.

⁹⁴ „Labour Party Election Manifesto“, in: Report of the Fiftieth Annual Conference of the Labour Party, London 1951, S. 209.

⁹⁵ Vgl. Heß, „Social Policy“, S. 308 ff. (in der deutschen Fassung, s. Anm. 42, S. 321 ff.).

Während Joseph Schumpeter im 1949 verfaßten Vorwort der 3. Auflage seines bekannten Buches „Capitalism, Socialism and Democracy“ konstatierte, nichts habe ihn an der englischen Entwicklung der vorhergehenden beiden Jahre mehr beeindruckt als die Schwäche des Widerstandes gegen das Fortschreiten auf dem Weg in den Sozialismus, und während er meinte, daraus konkludieren zu können, „that the ethos of capitalism is gone“⁹⁶, läßt sich feststellen, daß in demselben Jahre das Ethos des britischen Sozialismus bereits gebrochen war und das des Kapitalismus vor einer unerwarteten Wiedergeburt stand. Spätestens in den frühen fünfziger Jahren war dies auch in Großbritannien nicht mehr zu übersehen.

Im letzten Teil dieser Ausführungen sind die Hintergründe der anfänglichen Erfolge und der sich anschließenden Unfruchtbarkeit der Reformpolitik Labours noch einmal zusammenfassend zu betrachten. Dabei sind zwei reduktionistische Ansätze zunächst auszuschließen. Der Erfolg und das Scheitern der Reformpolitik sind das Ergebnis eines äußerst komplexen Interaktionsprozesses einer Vielzahl struktureller und inzidenteller Elemente gewesen; Versuche einer monokausalen Erklärung vermögen nicht zu überzeugen. Wenn der bekannte marxistische britische Historiker E. P. Thomson beispielsweise schreibt, von 1945 bis 1947 sei in Großbritannien eine tatkräftige sozialistische Strategie durchführbar gewesen, aber die Möglichkeiten dieser Jahre seien durch den Kalten Krieg vernichtet worden⁹⁷, so ruft das zahlreiche Fragen auf: Wo lagen die von ihm nicht näher ausgeführten, sondern nur angedeuteten Möglichkeiten? Wer trat für sie ein? Über welche Mittel zur Durchsetzung einer tatkräftigen sozialistischen Strategie verfügten ihre eventuellen Anhänger in diesen Jahren? War es wirklich der Kalte Krieg, der alles verdarb? Vergleichsweise einlinig argumentiert Arthur Marwick: 1945 hatte die Labour Party eine einmalige psychologische Gelegenheit, kühn zu sein, aber gebunden an die empirizistischen Traditionen der britischen Politik war sie nicht in der Lage, diese Gelegenheit zu ergreifen, wenn sie auch über eine viel klarere Sicht der Notwendigkeiten des Augenblicks als ihre politischen Gegner verfügte⁹⁸. In einem Falle der Kalte Krieg, also ein externer Faktor, im anderen Falle der Hinweis auf die internen Faktoren britischer Politik. Beides greift zu kurz. Nur ein multidimensionaler Ansatz, der eine Fülle von Faktoren berücksichtigt, vermag zu einer angemessenen Deutung zu führen. Auch ein solcher Ansatz vermag indessen nicht, letzte Gewißheit zu verschaffen. Seine Problematik bleibt, genau zu bestimmen, welches Gewicht die einzelnen Faktoren haben.

Erinnern wir uns noch einmal an die eingangs gestellten Teilfragen. Die ideellen Voraussetzungen des britischen Sozialismus habe ich in knapper Form angedeutet, auch den Hintergrund des Reformpakets von 1945 in wenigen Zügen sichtbar gemacht. Beide waren eine Antwort auf die britische gesellschaftliche Entwicklung und

⁹⁶ Joseph A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, London 1975, S. 416.

⁹⁷ E. P. Thompson, „The Peculiarities of the English“ (1965), in: ders., *The Poverty of Theory & other essays*, London 1978, S. 67.

⁹⁸ Arthur Marwick, *Britain in the Century of Total War. War, Peace and Social Change 1900–1967*, Harmondsworth 1970, S. 341.

vor allem ihre sehr konkreten Probleme in der Zwischenkriegszeit. Seinen zentralen Impetus gewann Labour aus der durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise scheinbar bestätigten Auffassung, daß der Kapitalismus eindeutig versagt habe. Diese negative Einschätzung eines ungeplanten Kapitalismus wurde durch die Kriegseindrücke noch bestärkt. Als Labour 1945 an die Regierung kam, wußten seine führenden Exponenten, was sie verändern wollten. Freilich erwies sich schnell, daß trotz jahrzehntelanger Diskussionen und mancher durchaus ausführlichen Pamphlete der dreißiger Jahre, etwa über die Kohle- oder Stahlnationalisierung⁹⁹, keine präzisen Entwürfe vorlagen, die die Reformen bis in ihre einzelnen Elemente vorbereitet hätten. Hier war Labour im folgenden auf die Zusammenarbeit mit der britischen Bürokratie, aber auch auf die Inanspruchnahme des industriellen Know-hows angewiesen. Nicht nur weil die Detailvorbereitung fehlte, sondern auch deshalb, weil im Zuge einer Reformmaßnahme erst zahlreiche Probleme sichtbar wurden, über die sich vorher nie jemand den Kopf zerbrochen hatte¹⁰⁰. Es ist offenkundig, daß Labour 1945 über nicht mehr verfügte als deutliche Richtungsschilder für die folgenden 5 km (wenn hier 5 parlamentarische Jahre einmal ins Längenmaß übertragen werden dürfen). Diese Schilder ermöglichten es, den Kurs zu bestimmen, nicht mehr und nicht weniger. Zudem besaß Labour eine lange Tradition sozialistischen Erneuerungsverlangens. Das war ein Pluspunkt, wo diese Tradition als eine Triebfeder des Reformwillens inspirierte und Anhänger mobilisierte, aber es konnte auch ein Problem sein, wenn die Tradition Erwartungen weckte, die jede Reformregierung schuldig bleiben mußte¹⁰¹.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, daß Labour für seinen Reformkurs über ein klares Mandat verfügte. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs hatten einer breiten Öffentlichkeit die Notwendigkeit erheblicher Veränderungen einsichtig gemacht. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Kriege als Akzeleratoren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen wirken¹⁰². Das klare Mandat bedeutete Legitimität, die entscheidende Machtgrundlage demokratischen Handelns. Die Frage der Macht der Regierung, Reformen durchzusetzen, auch gegen den Willen einer machtvollen Minderheit, hatte Labour in den dreißiger Jahren intensiv beschäftigt. Die Labour-Linke hatte damals mancherlei Konzepte entwickelt, mit denen die Macht des

⁹⁹ Iron and Steel. The T.U.C. Plan of Socialisation, London 1934; Coal. The Labour Plan, London 1935.

¹⁰⁰ Vgl. Chester, Nationalisation, S. 1025 ff. Charakteristisch ist die von Pimlott wiedergegebene Äußerung Hugh Daltons als frischgebackener Schatzkanzler über die Nationalisierung der Bank of England: „We are going to nationalise the Bank. We don't know how, but we are going to do it. Get the appropriate fellow to draw up the plans.“ (Pimlott, Dalton, S. 457).

¹⁰¹ Siehe als Kommentar eines kritischen Zeitgenossen George Orwell, „Writers and Leviathan“ (1948): „Left governments almost invariably disappoint their supporters.“, in: The Collected Essays, Journalism and Letters of George Orwell, Bd. 4, In Front of Your Nose, 1945–1950, ed. by Sonia Orwell and Ian Angus, Harmondsworth 1970, S. 466.

¹⁰² Vgl. Alan S. Milward, The Economic Effects of the Two World Wars on Britain, London 1970, S. 24 ff.; Arthur Marwick, War and Social Change in the Twentieth Century. A Comparative Study of Britain, France, Germany, Russia and the United States, London 1974, S. 151 ff.

gesellschaftlichen Gegners gebrochen werden sollte. Man erwartete heftigen Widerstand gegen die eigenen Maßnahmen und überlegte, wie weit man dem durch Sondergesetze Herr werden könnte¹⁰³. Aufgrund des „war-time consensus“ waren 1945 Sondergesetze nicht nötig, auch wenn Labour an einigen Stellen über diesen Konsens hinausging. Die moralische Autorität der Regierung genügte. Im Gesetzgebungsprozeß ist jedenfalls keines der Reformvorhaben der Attlee-Regierung hängengeblieben¹⁰⁴. Allerdings mußten die Eingriffsmöglichkeiten des House of Lords beschnitten werden. Erst als Labour 1950 nur noch über eine sehr kleine Mehrheit verfügte und das Ende der Labour-Regierung abzusehen war, erschien ihre Legitimität als ausgehöhlt und verstärkte sich z. B. der vorher schon vorhandene Widerstand der Stahlindustrie bis zur aktiven Nonkooperation.

Die Macht, Reformen durchzusetzen, beruht über die anerkannte Legitimität der Regierung hinaus auf einer Fülle anderer Faktoren. Da ist zunächst einmal die Entschlossenheit, die eigenen Ziele zu verwirklichen und sich nicht durch tagespolitische Zwänge davon abhalten zu lassen, ein Problem, das auch auf den vieldiskutierten Bereich des Verhältnisses von Persönlichkeit und Struktur weist. Ohne hier einer personalistischen Interpretation huldigen zu wollen, ist das Element der Persönlichkeit in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen, vorausgesetzt, wir behalten die Grenzen ihres Handlungsspielraums im Auge. Die führenden Persönlichkeiten von Attlees Kabinett waren sicher nicht austauschbar. Jede von ihnen brachte ihr eigenes Element in die Regierung und in den jeweiligen eigenen Aufgabenbereich ein. Attlee selbst war auf jeden Fall entschlossen, den Wählerauftrag wahrzumachen¹⁰⁵. Fehlte es ihm auch an dem Vermögen, seine Umwelt oder gar breite Massen zu inspirieren oder neue zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln, so erwies er sich doch als sehr fähiger Leiter und Koordinator des Kabinetts¹⁰⁶.

Das persönliche Element kam aber auch als begrenzender Faktor zum Tragen, nämlich im Hinblick auf die soziale Herkunft und Orientierung der führenden Persönlichkeiten ebenso wie im Hinblick auf die Grenzen ihres physischen Leistungsvermögens. Der Antritt des Attlee-Kabinetts bedeutete keineswegs den Sieg der Arbeiterklasse als solche. Führende Politiker dieses Kabinetts entstammten dem höheren Mittelstand, wie Cripps, Dalton oder Strachey. Attlee mit seiner bürgerlichen Herkunft und seinem Hintergrund von Public-School-Besuch und Oxford-Studium ist

¹⁰³ Vgl. Ben Pimlott, *Labour and the Left in the 1930s*, Cambridge 1977, S. 52.

¹⁰⁴ Ein in dem hier behandelten Zusammenhang ebenfalls sehr interessantes Gebiet, auf dem es Labour zwar gelang, seine eigenen Vorstellungen gesetzlich zu verankern, das Gesetz aber nicht vollständig ausführen konnte, war das der sog. „development councils“, einer Art korporativer Leitungsorgane mit erheblichem Staatseinfluß für die Koordination innerhalb nicht-nationalisierter Betriebszweige (vgl. u. a. Rogow, *Labour Government*, S. 76 ff.). Auch hier war es die intensive Opposition der Wirtschaft, die Labours Vorhaben zum Scheitern brachte (vgl. Blank, *Industry*, S. 85–88).

¹⁰⁵ Schon 1937 schrieb er: „A Labour Government should make it quite plain that it will suffer nothing to hinder it in carrying out the popular will.“ (*The Labour Party in Perspective*, S. 286).

¹⁰⁶ Vgl. Harris, Attlee, S. 401 ff.; Robert E. Dowse, „Clement Attlee“, in: *British Prime Ministers in the Twentieth Century*, ed. by J. P. Mackintosh, Bd. 2, London 1978, S. 37–72, vor allem S. 49 ff.

nicht zu Unrecht als „first-generation upper-class“ charakterisiert worden¹⁰⁷. Auch Arbeiterkinder wie Ernest Bevin oder Herbert Morrison waren Teil des Establishments geworden. Stand nicht auch dadurch mehr die Integration der Labour-Führung in die britische Elite auf der Tagesordnung als die weitreichende Veränderung der britischen gesellschaftlichen Verhältnisse¹⁰⁸?

Was das physische Leistungsvermögen angeht, so fällt in der Tat das Ausmaß physischer Erschöpfung führender Labour-Minister Ende der vierziger Jahre auf. Bevin und Cripps schieden schließlich beide 1951 krank aus dem Amt; kurz darauf starben sie. Auch Attlee war 1951 wochenlang erkrankt. Die Topriege der Regierung bestand aus Sechzigern, bei denen der Stress des Mitregierens seit 1940 und des Regierens seit 1945 deutliche Spuren zu hinterlassen begann. Es reicht indessen nicht aus, das hohe Maß ihrer physischen Erschöpfung etwa als wesentlichen Grund für die Unfruchtbarkeit bei der Entwicklung eines zweiten Reformprogramms anzuführen. Die persönliche Erschöpfung war nur ein Symptom im Zusammenhang einer weiterreichenden Stagnation¹⁰⁹.

Selbstverständlich hängt die Handlungsfähigkeit einer Regierung von ihrem inneren Zusammenhalt ab. Nach dem Ausfall von Bevin und Cripps vermochte Attlee 1951 die internen Spannungen nicht mehr auszugleichen, mit der Folge, daß Bevan, Wilson und Freeman, die Exponenten des linken Flügels, aus dem Kabinett ausschieden. Bereits im Sommer 1947 hatte Aneurin Bevan mit dem Rücktritt gedroht, um die Stahlnationalisierung auf der Tagesordnung zu halten¹¹⁰. Daß hier noch der Zusammenhalt des Kabinetts bewahrt werden konnte, war eine wichtige Vorbedingung für die Abrundung des Reformprogramms.

Auch die Fähigkeit zur bleibenden Mobilisierung des Parteiapparats ist hier zu erwähnen. Die Geschlossenheit der Parlamentsfraktion ließ sich nicht in jedem Fall garantieren, war sie dafür doch zu verschiedenartig orientiert¹¹¹. Schwierigkeiten entstanden vor allem auf dem Felde der Außenpolitik. Durch die konsequente Unterstützung, die eine große Mehrheit der Fraktion mit dem inneren Reformkurs verband, waren diese Schwierigkeiten ohne entscheidende Wirkung auf die Regierung. Auf den Labour-Parteitag war die Regierung angesichts der konsequenten Unterstützung des Regierungskurses durch den TUC (auch aufgrund des bestimmenden Einflusses der Gewerkschaften auf das Abstimmungsverfahren) nie wirklich gefährdet¹¹². Wo diese gewerkschaftliche Unterstützung dagegen ausblieb bzw. sich nicht auf Dauer aufrechterhalten ließ, wie in der Politik der freiwilligen Lohnbegrenzung zugun-

¹⁰⁷ Marwick, *British Society since 1945*, S. 42 ff.

¹⁰⁸ Vgl. z. B. Douglas E. Ashford, *Policy and Politics in Britain. The Limits of Consensus*, Oxford 1981, S. 18: „The Labour Party, ... wanted to be accepted in the system, not to change the British power structure.“

¹⁰⁹ Vgl. Crossman, „Towards a Philosophy of Socialism“, S. 1; Morgan, *Labour*, S. 7, spricht charakteristischerweise von einem „cabinet of veterans“.

¹¹⁰ Vgl. Foot, Bevan, S. 222.

¹¹¹ Vgl. Berrington, *Backbench Opinion*, S. 47 ff.

¹¹² Vgl. Howell, *Social Democracy*, S. 162–165.

sten der Exportförderung, konnte die Regierung ihren Kurs nicht aufrechterhalten¹¹³. Das Verhältnis Regierung–Partei ist indessen komplexer, durch wechselnde Koalitionen bestimmt, wie sich auch am Beispiel der Stahlnationalisierung im Zusammenwirken von Teilen des Kabinetts mit der Mehrheit der Parlamentsfraktion zeigte.

Zielgerichtete politische Führung war ein weiteres wichtiges Element für den Erfolg der Reformpolitik. An der Entwicklung einer deutlichen Führungsstrategie hat es die Labour-Führung nicht fehlen lassen. Sie hat es allerdings zugelassen, daß ein institutioneller Faktor wie das Aufnahmevermögen des – in ungekannt hohem Maße beanspruchten – parlamentarischen Apparats und die wirtschaftliche Krisensituation des Sommers 1947 mit den administrativen Erfordernissen ihrer Bewältigung ein Reformobjekt wie die Stahlnationalisierung in den Hintergrund schoben. Wie bereits betont, sind dabei jedoch die interne Uneinigkeit und die untergeordnete Platzierung auf dem Programm ebenfalls von Bedeutung. Daß die Labour-Regierung trotz aller wirtschaftlichen Probleme und der außenpolitischen Belastungen der Nachkriegszeit den parlamentarischen Apparat zielbewußt zu nutzen verstand, war eine wesentliche Vorbedingung der Durchsetzung aller im Programm von 1945 aufgeführten Vorhaben. Freilich mußte sie dann erfahren, daß die Verkündung von Gesetzen und selbst der Versuch ihrer Realisierung noch nicht identisch sind mit der Erzielung aller gewünschten gesellschaftlichen Folgen.

Gerade die unvorhergesehenen Folgeprobleme spielten eine wichtige Rolle für die Verfechter der Konsolidierungsthese. Es kann Morrison sicher nicht unterstellt werden, daß er die sozusagen orthodoxen Nationalisierungsvorhaben der Regierung nicht zum Erfolg hätte führen wollen¹¹⁴. Die Inangriffnahme neuer Experimente erschien dagegen nicht als attraktiv, solange jene Probleme noch nicht bewältigt waren, die Optimisten damals noch als Kinderkrankheiten und nicht als Strukturprobleme nationalisierter Industrien interpretierten, wie etwa die Schwierigkeiten in der effektiven wirtschaftlichen Leitung zentralisierter Mammutbetriebe oder ihre Integration in eine staatliche Gesamtplanung¹¹⁵. Dazu kam noch die intensive Unzufriedenheit in den Kadern der Arbeiterbewegung über das geringe Ausmaß an Partizipationsmöglichkeiten, mit der das Kabinett offenkundig in keiner Weise gerechnet hatte.

Zwei bisher nicht genannte Aspekte sind bei der Deutung des Umschlags Labours in die Stagnation der letzten Jahre der Attlee-Regierung ebenfalls zu berücksichtigen. Die wirtschaftlichen Reformideen Labours mit ihrer Orientierung an staatlicher Planung und Nationalisierungspolitik entstammten einer Zeit der strukturell bedingten

¹¹³ Vgl. Leo Panitch, *Social Democracy and Industrial Militancy. The Labour Party, the Trade Unions and Incomes Policy, 1945–1974*, Cambridge 1976, S. 30 ff.; Ken Coates, „The vagaries of participation 1945–1960“, in: Ben Pimlott/Chris Cook (Hg.), *Trade Unions in British Politics*, London 1982, S. 176 ff.

¹¹⁴ Vgl. Donoghue/Jones, Morrison, S. 354 ff.

¹¹⁵ Vgl. Jacques R. Toussaint, *De Labour Party en de Britse Volkshuishouding. Programapunten en beleidsdaden 1918–1951*, Schiedam 1965, S. 169; David Steel, „Nationalisation and Public Ownership“, in: Chris Cook/John Ramsden (Hg.), *Trends in British Politics since 1945*, London 1978, S. 123 ff.

und durch konjunkturelle Entwicklungen geförderten Unterbeschäftigung der britischen Wirtschaft mit dem Kennzeichen der massenhaften Arbeitslosigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg hingegen stand die britische Wirtschaft vor völlig anderen Problemen, nämlich denen einer „overloaded economy“, in der es galt, dem Inflationsdruck zu widerstehen und die Außenwirtschaftsbilanz positiv zu gestalten, jedoch das Problem der Arbeitslosigkeit langhin keine Rolle spielte. Hier waren andere wirtschaftliche Methoden erforderlich als Nationalisierungskonzepte. Der westdeutsche Historiker Werner Abelshauser hat die prekäre Lage zutreffend mit dem Satz charakterisiert: „Well prepared to meet the last crisis.“¹¹⁶ Dieses Unangepasstsein der Nationalisierungslösung als solcher an die konkreten wirtschaftlichen Probleme und das Ringen mit den Folgeproblemen der ersten Nationalisierungsmaßnahmen konnten jedenfalls bei den nüchternen Pragmatikern einer effektiven Wirtschaftspolitik in der Labour Party und im TUC nur noch geringen Enthusiasmus für die Nationalisierung weiterer Industrien erzeugen¹¹⁷. Da man jedoch auch zu keiner Übereinstimmung über die Behandlung der nicht-nationalisierten Teile der Wirtschaft in der mixed economy kam¹¹⁸, blieb Unsicherheit vorherrschend¹¹⁹.

Dazu kam die stets abnehmende Popularität der Nationalisierungszielsetzung in der öffentlichen Meinung¹²⁰. Die Regierung mag ihre Mobilisierungsmöglichkeiten hierbei nicht wahrgenommen haben. Die „mood for change“ des Sommers 1945 ließ sich jedoch nicht jahrelang konservieren. Nachdem die Komplexitäten der Nationalisierungsproblematik und die begrenzten Wirkungen in der gewünschten sozialistischen Richtung sichtbar geworden waren, galt 1950 die Nationalisierungsfrage auch

¹¹⁶ Werner Abelshauser, „Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre“, in: VfZ 29 (1981), S. 549 ff.

¹¹⁷ Auch das Laboursche Planungsideal verlor in der Konfrontation mit der Nachkriegswirklichkeit viel von seinem Glanz. Siehe u. a. Pollard, *British Economy*, S. 372 ff.; Alan Budd, *The Politics of Economic Planning*, London 1978, S. 58 ff.

¹¹⁸ Von besonders großem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Diskussion zwischen verschiedenen Ministern über das 1950 von dem damaligen Handelsminister Harold Wilson angefertigte Memorandum „The State and Private Industry“. In seiner „personal covering note“ schrieb Wilson „that in this problem of the relation between Government and private industry we have what is almost a vacuum in Socialist thought“. Diese Texte befinden sich im Public Record Office, CAB 124/1200. Dasselbe Vakuum hatte bereits zwei Jahre früher John Diamond konstatiert: „The Private Sector of Industry“, in: Donald Munro (Hg.), *Socialism. The British Way*, London 1948, S. 57–87.

¹¹⁹ Sehr zu Recht hat Samuel H. Beer, *Modern British Politics. A Study of Parties and Pressure Groups*, London 1965, S. 215 ff., das Kapitel über Labour in den Jahren nach 1951 „In Search of Purpose“ genannt.

¹²⁰ Auch ohne dessen Bedeutung zu überschätzen, kann auf sehr interessantes Umfragematerial hingewiesen werden. In einer Umfrage des Gallup Poll vom Dezember 1945 billigten 59% der Befragten die Nationalisierungspläne Labours, während sich im Oktober 1950 nur noch 22 bis 31% für die zu diesem Zeitpunkt aktuellen Nationalisierungsvorhaben aussprachen (*The Gallup International Public Opinion Polls. Great Britain*, Bd. 1, New York 1976, S. 122, 231). Noch ein Beispiel: während im Januar 1948 auf die Frage, ob man der Meinung sei, daß die Stahlindustrie nationalisiert werden sollte, 31% der Befragten zustimmten und 36% dies ablehnten (bei 33% ohne Meinung), waren die vergleichbaren Zahlen im Januar 1951 24%, 54% und 22% (ebd., S. 168, 238).

einigen in der Labour Party als „a subject both boring and difficult“¹²¹. Erneut war es Morrison – die Frage der Öffentlichkeitswirkung der Labour Party war ihm stets ein wichtiges Anliegen –, der 1950 die wahltaktischen Bedenken gegen ein Beharren auf der Nationalisierung weiterer Industrien hervorhob¹²².

An dieser Stelle sei kurz auch auf die Bedeutung des Kalten Krieges eingegangen. Trotz aller in der amerikanischen Öffentlichkeit immer wieder geäußerten Kritik an den sozialistischen Experimenten in Großbritannien – der die britische Regierung durch die ständige Unterstreichung der spezifischen demokratischen und liberalen Elemente des eigenen Sozialismus entgegenzuwirken suchte¹²³ – läßt sich, soweit bisher erkennbar, nicht feststellen, daß der interne Spielraum der britischen Regierung für die Realisierung des Reformpakets von 1945 durch die USA beschnitten wurde¹²⁴. Dies gilt auch für die in den Vereinigten Staaten besonders unpopuläre Stahlnationalisierung¹²⁵ und ist gegenüber den immer wiederkehrenden Interpretationen zu betonen, die den USA die Verantwortung für das Steckenbleiben der Labour-Regierung auf halbem Wege zuschreiben¹²⁶. Schwieriger zu bestimmen sind die indirekten Wirkungen des Kalten Krieges, in der Schwächung des linken Flügels der Labour Party und in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung¹²⁷. Doch auch hier scheint die Feststellung gerechtfertigt, daß die Grundprobleme tiefer lagen und ein solcher indirekter Einfluß des Kalten Krieges höchstens – freilich nicht zu ignorierende – Randbedingungen betraf.

Kommen wir zum Fazit. Labours „peaceful revolution“¹²⁸ verwirklichte nur einen beschränkten Katalog lange gewachsener Veränderungswünsche, war auf jeden Fall

¹²¹ Woodrow Wyatt, „Thoughts on Public Ownership“, in: Tribune vom 12.5.1950.

¹²² Labour Party Archiv: Herbert Morrison, „The Recent General Election and the Next“, N.E.C. 22nd March, 1950, S. 4, 7.

¹²³ Siehe z. B. Attlees Rede vor dem Amerikanischen Congress vom 13. 11. 1945, in: Purpose and Policy, S. 148 ff.

¹²⁴ Vgl. Donald C. Watt, „American Aid to Britain and the Problem of Socialism, 1945–51“, in: ders., Personalities and Policies. Studies in the Formulation of British Foreign Policy in the Twentieth Century, London 1965, S. 53–80.

¹²⁵ Auffallend ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung von Außenminister Bevin in der Kabinettsitzung vom 24.7.1947, daß im Falle einer Verschiebung der Nationalisierungspläne für die Eisen- und Stahlindustrie „it would be important to avoid giving the impression that this change had taken place as a result of pressure from the United States“. Public Record Office, C. M. 64 (47), S. 166. Anscheinend rechnete Bevin mit derartigen Vorwürfen.

¹²⁶ Siehe z. B. Teddy Brett/Steve Gilliat/Andrew Pople, „Planned Trade, Labour Party Policy and US Intervention. The Successes and Failures of Post-War Reconstruction“, in: History Workshop Journal 13 (1982), S. 132–142.

¹²⁷ Vgl. Rubinstein, „Socialism“, S. 236 ff. Vgl. aber auch Charles S. Maier: „The Cold War did not, in itself, determine the logic of the international system for domestic stability.“ („The Two Postwar Eras and the Conditions for Stability in Twentieth-Century Western Europe“, in: American Historical Review 86 (1981), S. 327–352, das Zitat auf S. 348.

¹²⁸ Vgl. Francois Bédarida, A Social History of England 1851–1975, London 1979, S. 195, der zu Recht hervorhebt, daß „the language used by Labour in 1945 was certainly misleading“. Dies gilt auch für den Titel des Buches von William Harrington und Peter Young, The 1945 Revolution, London 1978.

mehr Reform als Revolution und veränderte die Struktur der britischen Gesellschaft nicht wesentlich. Anders als erwartet, war damit noch nicht einmal die Tür zum sozialistischen Paradies aufgestoßen. Betrachtet man dies aus einer perfektionistischen Perspektive, liegt das Scheitern auf der Hand und die Suche nach Schuldigen nahe. Mangel an Kühnheit, der Kalte Krieg, das sind sicher zu kurz greifende Interpretationen. Auch die mangelnde programmatische Vorbereitung, die Beschränkung auf „short-term perspectives“¹²⁹, läßt sich als ein einfacher Grund anführen. Doch die Wirklichkeit ist komplexer. Dies zeigen die drei verschiedenartigen Typen von Grenzfällen, die hier exemplarisch vorgestellt wurden. Sie lassen sich nicht auf eine Ursache allein zurückführen. Die Auseinandersetzung, ja der Machtkampf zwischen der Reformregierung und ihren industriellen Reformgegnern, wie im Falle der Stahlnationalisierung, der Gegensatz zwischen zurückhaltenden, moderaten Reformern und einer über sie hinausweisenden Avantgarde, wie in der Frage der industriellen Demokratie, das Aufbrechen des Gegensatzes zwischen Pragmatikern der Reform, deren Veränderungswille durch die ersten Erfolge befriedigt ist, und den weiter voranstrebenden Verfechtern permanenten Fortschreitens auf dem Wege zum sozialistischen Ziel – sie müssen jeweils im einzelnen betrachtet werden.

Doch gibt es einen gemeinsamen Hintergrund, das Eingebundensein Labours in den Konflikt dreier Prinzipien: dem der öffentlichen Kontrolle von oben durch den demokratischen Staat, dem der demokratischen Kontrolle von unten durch zumindest erste Ansätze einer tatsächlichen industriellen Demokratie und dem der privaten Kontrolle durch die Industrie selbst. Daß einer dieser Konflikte Labour selbst zerriß¹³⁰, konnte nur Schwächung bedeuten. Ausgerichtet auf eine Überwindung dieses Konflikts nicht durch Zwang, sondern durch die vertrauensvolle Kooperation der drei Partner Arbeiterbewegung, Staat und Industrie, vermochte Labour, als sich dieser Konflikt nicht mehr friedlich lösen ließ, weder sein erstes Reformpaket zufriedenstellend abzurunden (also nicht nur formal, sondern auch inhaltlich) noch einen klaren Weg in die Zukunft eines demokratischen Sozialismus zu weisen. Das Eingebundensein in die institutionellen wie mentalen Strukturen der britischen Arbeitsbeziehungen, die nicht voluntaristisch durch einzelne Gesetzgebungsmaßnahmen von heute auf morgen zu verändern waren, verurteilte die eigenen Reformschritte zu Oberflächenveränderungen. Daß sie im historischen Vergleich dennoch nicht zu unterschätzen sind, zumal wenn man den engen wirtschaftlichen Spielraum Großbritanniens unmittelbar nach 1945 in die Überlegungen einbezieht, wird gerade auch derjenige sich eingestehen müssen, der sich die Erfolgs- und Mißerfolgsgeschichte der Sozialdemokratie als grundsätzlicher Reformbewegung in den Demokratien Westeuropas vergegenwärtigt¹³¹.

¹²⁹ Diese hat vor allem Andrew Shonfield, *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*, London 1965, S. 89, deutlich hervorgehoben. Auch Alan Warde erwähnt die intellektuellen Schwächen, fügt sie jedoch in einen umfangreichen und anregenden Katalog anderer Faktoren ein (*Consensus and beyond. The development of Labour Party strategy since the second world war*, Manchester 1982, S. 29).

¹³⁰ Vgl. H. M. Drucker, *Doctrine and Ethos in the Labour Party*, London 1979, S. 86 ff.

¹³¹ Vgl. Bartlett, *A History*, S. 44.

So sehr es also zu weit geht, der Labourführung in einer zynisch anmutenden Interpretation zu unterstellen, es sei ihr bei der Nationalisierungspolitik nur um ein „administratives Manöver“ gegangen¹³², so unverkennbar ist die Kluft zwischen Erneuerungsrhetorik und Erneuerungsrealität. Wir könnten uns hier eventuell mit dem Hinweis auf die „Heterogonie der Zwecke“ zufriedengeben, dem Wissen, daß es dem Menschen nun einmal nicht vergönnt ist, seine Ziele so zu erreichen, wie er sich das vorgestellt hat¹³³. In der Tat ist nicht alles „machbar“. Das enthebt uns aber nicht der Notwendigkeit, den Gründen für das Erreichen nur bestimmter Teilerfolge so weit wie möglich nachzuspüren. Hier konnten dafür am konkreten historischen Beispiel nur erste Ansätze aufgezeigt werden, die es weiter zu entwickeln gilt. Manche Teilbereiche, wie die der amerikanisch-britischen Beziehungen, wie die Rolle der Bürokratie als Bremsfaktor¹³⁴ und wie die sozialen und mentalen Strukturen der unteren Parteikader im Vergleich zur Parteiführung und Basis, bedürfen noch immer näherer Untersuchung.

Von zentraler Bedeutung für die Bestimmung der Grenzen und Möglichkeiten jeder Politik des bewußten Wandels bleibt das Verhältnis von Programm und Verwirklichung. Keine Reformregierung kann offensichtlich mehr verwirklichen als bereits vorhandene Zielvorstellungen, die innerhalb der reformerischen Kräftegruppierung durch ein genügend breites Ausmaß an Zustimmung getragen sind¹³⁵. Die Frage drängt sich auf, ob ein weiterreichendes Programm – alle anderen Variablen einmal als positiv angenommen – auch weiterführende Reformen ermöglicht hätte. Hätte Labour beispielsweise die Nationalisierung weiterer produktiver Bereiche der britischen Industrie erzielen können, wenn diese bereits im Katalog der Nationalisierungsobjekte von 1930 erschienen wäre? Diese Frage läßt schnell die Künstlichkeit eines solchen isolierenden Ansatzes erkennen. Zunächst einmal lassen sich nicht alle anderen Variablen wie eine Verkehrsampel auf Grün schalten. Ferner passiert die programmatische Festlegung nicht im luftleeren Raum. Die Kompromißfindung im Falle der Eisen- und Stahlindustrie zeigt, wie sehr hier verschiedene historische Faktoren einwirkten und auch die Tatsache der einmal erfolgten programmatischen Fixierung noch längst keinen Erfolg bei der Realisierung garantieren konnte. Es gibt nun einmal

¹³² Alan Sked und Chris Cook, *Post-War Britain. A Political History*, London 1979, S. 33.

¹³³ Vgl. Jan Romein, „Gedachten over de vooruitgang“ (1950), in: ders., *Historische lijnen en patronen. Een keuze uit de essays*, Amsterdam 1976, S. 387–416.

¹³⁴ Laut R. H. S. Crossman „in 1951 the Attlee Government quietly expired in the arms of the Whitehall establishment“. („The Lessons of 1945“, in: *Towards Socialism*, ed. by Perry Anderson und Robin Blackburn, London 1965, S. 155). Die Bremswirkung der Bürokratie gehört zu den Standardargumenten der linken Labour-Kritiker; vgl. z. B. Miliband, *Parliamentary Socialism*, S. 293 ff.; Coates, *The Labour Party*, S. 63 ff. Interessante Überlegungen finden sich bei Kenneth Morgan, *Labour, der zu Recht eine Überbewertung dieses Faktors ablehnt*: „The civil service, ..., cannot be made a scapegoat for the non-fulfilment of the socialist millennium“ (S. 89), dabei aber möglicherweise zu optimistisch ist im Hinblick auf bestimmte Einzelfälle (vgl. ebd., S. 85 ff.).

¹³⁵ Vgl. auch Ashford, *Policy and Politics*, S. 54: „The normal pressures of government plus unexpected crises and events mean that a government that takes power without a fairly clear idea of its policy goals is at a severe disadvantage.“

in einer demokratisch verfaßten komplexen Industriegesellschaft keine „Stunde Null“, in der vorgefertigte Programme ohne weiteres zur Anwendung kommen können. So begrenzt die Möglichkeiten für gelenkten politischen Wandel in einer solchen Gesellschaft – deren Spielregeln sich nur unter Gefahr für ihre Existenz durchbrechen lassen – aber auch sein mögen, Immobilismus muß ihr Kennzeichen nicht sein. So zeigt das Beispiel der Regierung Attlee, daß das Voranschreiten auf der Grundlage eines vorhandenen, weithin akzeptierten Programms möglich ist.

Ob die eingeleiteten Veränderungen manchem Zeitgenossen als revolutionär erscheinen, andere hingegen kaum oder gar nicht zu beeindrucken vermögen, ist dabei von untergeordnetem Rang. Die Beurteilungsperspektiven der Mitlebenden unterliegen schließlich sowieso schnellen Veränderungen: was gestern noch als kaum wahr-scheinlicher Durchbruch erschien, kann nach der Verwirklichung, vorausgesetzt es bildet sich ein genügend breiter Konsensus der Zustimmung, schnell zur kaum mehr beachteten Normalität werden, der große Sprung ins Dunkel zum kleinen Schritt voran. Entscheidend bleibt die Feststellung, daß immer wieder Spielräume für bewußte Veränderung genutzt werden können. Diese Möglichkeiten voll auszubeuten, wird das Ziel jeder Reformbewegung sein. Daß sich ihre Spielräume offensichtlich mit ihren ersten Erfolgen nicht erweitern, sondern verengen, durch die Erfüllung der Erwartungen eines Teils der Anhängerschaft, die Erzeugung von Frustrationen in einem anderen Teil, ist ein Mechanismus, dem auch Labour unterlag. Die Diskussionsbeiträge einzelner Intellektueller und einige Spitzenkonferenzen der Partei und der mit ihr verbundenen Organisationen reichten nicht aus, die programmatische Erschöpfung zu überwinden¹³⁶. So war Labour zur Entwicklung eines mehrheitsfähigen Konzepts für den weiteren Wandel nicht mehr in der Lage. Daß Labour auch in der gegenwärtigen Situation der erneuten Wirtschaftskrise mit massenhafter Arbeitslosigkeit über derartige Konzepte nicht verfügt, sondern der Riß zwischen pragmatischen und extremeren Erneuerern sich bis zur Parteispaltung verbreitet hat, bei noch stets erheblicher Entfremdung vom britischen Wählervolk, das macht die eigentliche Krise der heutigen britischen Arbeiterbewegung aus¹³⁷.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir immer wieder versuchen, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Häufig sind dies, weil die Zusammenhänge simplifiziert werden, die falschen Lehren. Indem wir die Ereignisse und Prozesse einer vergangenen

¹³⁶ Bisher fehlt jede gründliche zusammenfassende Darstellung dieser sehr weit ausfächernden Diskussionen. So finden sich im Cole-Nachlaß im Nuffield College, Oxford, sehr interessante Texte verschiedener Fabian Society Conferences aus den Jahren 1949/50, die mit verschiedensten Einzelpublikationen, aber auch den Ausführungen auf den Labour Party-Spitzenreffen von Shanklin (Februar 1949) und Dorking (Mai 1950) zu vergleichen sicherlich sehr aufschlußreich wäre.

¹³⁷ Aus der Fülle der aktuellen Literatur seien hier nur genannt S. E. Finer, *The Changing British Party System 1945–1979*, Washington 1980; Eric Hobsbawm, „The Forward March of Labour Halted?“, in: Jacques/Mulhern, *The Forward March*, S. 1–19; Stephen Haseler, *The Tragedy of Labour*, Oxford 1980; Geoff Hodgson, *Labour at the Crossroads*, Oxford 1981; Dennis Kavanagh (Hg.), *The Politics of the Labour Party*, London 1982; Paul Whiteley, *The Labour Party in Crisis*, London 1983.

Zeit zu verstehen versuchen, werden uns die allgemein vergleichbaren Elemente, aber auch die spezifischen Eigentümlichkeiten sichtbar. Auf diese Weise durch die Kenntnis der Vergangenheit den Blick für die Besonderheiten der eigenen Zeit zu schärfen, das ist gegenüber der soeben genannten Simplifizierung und der damit verbundenen Legendenbildung eine der ständigen Aufgaben des Historikers. Konzepte für politische Zukunftsplanungen vermag er als Wissenschaftler nicht anzubieten, wohl aber die Einsicht in strukturelle Zusammenhänge, soweit sie in der Vergangenheit sichtbar geworden sind. Seine so viel beschworene gesellschaftliche Relevanz liegt aber nicht nur hierin oder in der sorgfältigen Rekonstruktion und Deutung unserer Vorgeschichte bis hin zur Gegenwart. Auch nicht nur in der Vermittlung jenes intellektuellen Vergnügens, das die Suche nach der angemessenen Antwort auf die sich immer wieder zu stellende Frage nach dem Warum in der Geschichte bedeutet. Darüber hinaus kann er die Selbstverständlichkeiten unserer Zeit relativieren und uns auf diese Weise Abstand vermitteln. Einen Abstand, der fatalistischen Schicksalsglauben ebenso ausschließt wie ein mit Sicherheit zur Frustration führendes Perfektionsstreben. Auch wenn wir wissen, wie inherent Erfolg und Scheitern zusammenhängen und wie sehr selbst der gewollte politische Wandel eine Frage des langsamen und geduldigen Durchbohrens jener harten Bretter ist, von denen Max Weber, in seiner Deutung der Politik als Beruf, gesprochen hat, so bleibt uns doch die nüchtern und rational anzugehende weltweite Aufgabe der ständigen qualitativen und für noch immer viel zu viele auch quantitativen Verbesserung unserer Lebensumstände gestellt. Das Fortschrittsstreben ist ein Grundbedürfnis des Menschen¹³⁸. Das trifft auch auf eine Zeit zu, die skeptischer über die Rolle des Staates und von oben auferlegter Modernisierungsschritte geworden ist¹³⁹ und sich mehr Rechenschaft über die Grenzen des materiellen Wachstums ablegt, als es in der ersten sozialdemokratischen Reformergeneration gängig war, von der hier die Rede ist¹⁴⁰. Dabei gilt es immer wieder auch, auf den geeigneten Zeitpunkt vorbereitet zu sein. So hat Karl Mannheim zu Recht unterstrichen: „There are constellations in history, in which certain possibilities have their chance, and if they are missed the opportunity may well be gone for ever. Just as the revolutionary waits for his hour, the reformer whose concern it is to remould society by peaceful means must seize his passing chance.“¹⁴¹

¹³⁸ Bracher, *Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert*, Berlin 1981, S. 219.

¹³⁹ Vgl. Evan Luard, *Socialism without the State*, London 1979; Paul Kalma, *De illusie van de „democratische staat“*, Deventer 1982.

¹⁴⁰ Hierüber findet sich indessen auch in der Literatur über die Arbeiterbewegung noch sehr wenig.

¹⁴¹ Karl Mannheim, *Diagnosis of our Time*, New York 1944, S. VIII (zitiert nach Rogow, *Labour Government*, S. 187f.).

MAURICE VAÏSSE

DER PAZIFISMUS UND DIE SICHERHEIT FRANKREICHS 1930–1939

Eine einleitende Bemerkung ist geboten. Zwischen 1930 und 1939 verändern sich die Bedingungen der französischen Sicherheit grundlegend. Eine Studie, die sich gleich mit zwei Themen beschäftigt, mit der „Sicherheit Frankreichs“ und dem „Pazifismus“, muß also zugleich chronologisch und thematisch vorgehen¹.

Im Jahr 1930 hat Frankreich soeben das Rheinland geräumt, das aber weiterhin entmilitarisiert bleibt. Dem äußeren Anschein nach ist die französische Armee sehr stark. Der Vertrag von Versailles hat Deutschland entwaffnet. Der geheimen Aufrüstung Deutschlands sind enge Grenzen gesetzt. In dieser Zeit ist die Sicherheit Frankreichs nicht bedroht. Der Pazifismus ist dort übrigens keine tonangebende Kraft. *Im Jahr 1936* hingegen hat sich die Lage von Grund auf geändert. Deutschland hat die militärischen Beschränkungen des Versailler Vertrags abgeschüttelt und rüstet auf. Deutsche Truppen stehen wieder im Rheinland. Der französische Pazifismus ist nun eine ernst zu nehmende Kraft. *Im Jahr 1939* ist das militärische Ungleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich beunruhigend. Frankreich vermag 82 Divisionen aufzustellen, von denen ein Teil in Festungen liegt, also unbeweglich ist. Deutschland verfügt über 140 Divisionen. Das französische Kriegsgerät ist weniger modern, sieht man von den Panzern ab. Frankreich fehlt es an Panzerabwehrwaffen und an Flugzeugabwehrkanonen. Daß Deutschland militärisch überlegen ist, liegt auf der Hand: Frankreich besitzt 1078 moderne Flugzeuge; Deutschland hingegen hat mehr als 5000 moderne Flugzeuge. Die Sicherheit Frankreichs ist, Deutschland gegenüber, nicht mehr gewährleistet. Die Niederlage ist vielleicht nicht wahrscheinlich, aber sie ist zumindest möglich.

Die Niederlage kommt, und sie wird total! Wer ist daran schuld? Der Pazifismus, meinen viele Autoren, denn er habe dazu geführt, daß die Sicherheit Frankreichs vernachlässigt wurde. Die Vorwürfe, die man gegen den Pazifismus erhob, weil er nachteilige Folgen für die französische Sicherheit gehabt habe, sind gut bekannt. Die Mentalität, die während der langen Amtszeit Aristide Briands als Außenminister in Erscheinung getreten sei, hätten Presse und Schule in der ganzen Nation verbreitet. Man habe den Frieden über alles gestellt und geglaubt, der Friede ließe sich über die Abrüstung erreichen. Der Mythos der Abrüstung und der Regierungsantritt der

¹ Der Inhalt dieses Artikels wurde im September 1983 auf einem Colloquium des Generalsekretariats der Nationalen Verteidigung (Secrétariat général de la Défense nationale) als Bericht zu dem Thema „Die Sicherheit Frankreichs und der Pazifismus“ vorgetragen. Er gründet sich zum Teil auf meine Dissertation, die unter dem Titel „Sécurité d'abord, la politique française en matière de désarmement 1930–1934“ (Paris 1981) veröffentlicht wurde. Ich habe auch die ausgezeichnete bibliographische Darstellung von Pierre Guillen über „Opinion publique et politique étrangère“ verwendet, die in der Colloquien-Reihe der Ecole française in Rom erschienen ist, Paris 1984.

Volksfront hätten die französische Armee geistig gebrochen, so daß sie geglaubt habe, auf moderne Angriffswaffen verzichten zu können. Der Wille, selber offensiv zu werden, sei verschwunden gewesen, die Heeresorganisation geschwächt, und die Volksfront habe den militärischen Nihilismus gepflegt – genügt das nicht, die militärische Niederlage Frankreichs zu erklären? Wie hätte die französische Armee da überhaupt handeln sollen? Wie „hätten die Menschen, denen sogar die Schule den Pazifismus und den Antimilitarismus beigebracht hat ... zu Kriegern heranreifen sollen, die zugleich diszipliniert und kämpferisch gesinnt waren?“² „Frankreich ist im Rückwärtsgang in den Krieg gefahren.“³ Wie kann es da erstaunen, daß die Niederlage so vollkommen war?

Der Kritiker gibt es viele, und ihre Aussagen sind präzise, so daß man sie nicht einfach übersehen kann. Diese Studie muß an zwei verschiedenen Zeitpunkten ansetzen. Sie muß fragen, welche Verbreitung und welchen Einfluß der Pazifismus im Laufe der dreißiger Jahre auf die öffentliche Meinung in Frankreich tatsächlich hatte. In welchem Maße war er verantwortlich für die Mangelercheinungen und die festgestellten Unzulänglichkeiten der französischen Sicherheit?

I.

Der französische Pazifismus

Man muß den französischen Pazifismus und seine etwas verkannte Bedeutung im Lichte jüngster historischer Forschungen neu betrachten. Im Laufe der dreißiger Jahre erfuhr er ein erstaunliches Auf und Ab. In welchem Maße war er ein Hindernis, das sich einer Politik der Standhaftigkeit unüberwindlich in den Weg stellte? Wurde er am Vorabend des französischen Kriegseintritts überwunden?

Er verkörpert eine weitverbreitete Einstellung, daher übersteigt er die Parteischränken. Die einen hatten sich ihm verschrieben infolge ihrer geistigen Einstellung oder ihrer Klassenzugehörigkeit; für die anderen war er ein Mittel, eine ideologische Vorliebe – oder Abneigung – auszudrücken. Schließlich muß man den militanten Pazifismus einiger weniger vom Pazifismus der Massen unterscheiden. „Da das Wort, das sie predigen, ein augenfällig bequemes Evangelium war, fand ihre Botschaft wie von selbst Widerhall in den denkfaulen, egoistischen Instinkten, die ... in jedem Menschenherzen schlummern.“⁴

Zu Beginn der Zwischenkriegszeit war der Pazifismus die Sache einer Minderheit. Der größere Teil der öffentlichen Meinung fürchtete die Rache eines mit Rußland verbündeten Deutschlands, die sich zusammengetan hatten, um den Versailler Vertrag zu zerreißen. Rapallo stärkte diesen Mythos⁵. Als Raymond Poincaré die Ruhr

² Jean-Baptiste Barbier, *Le pacifisme dans l'histoire de France*, Paris 1966, S. 402 ff.

³ Marc Bloch, *L'étrange défaite*, Paris 1946, S. 175.

⁴ Ebenda.

⁵ Renata Bournazel, *Rapallo, naissance d'un mythe*, Paris 1974.

besezt, macht er dies in einem Klima, das einem energischen Auftreten günstig ist. Zwar kommt es auf der Linken zu Demonstrationen gegen die Ruhrbesetzung, und das Wort geht um: „Poincaré, das ist Krieg“. In den Jahren 1925 bis 1930 lassen die Spannungen nach: Der Geist von Locarno und die Politik Briands finden allgemeine Zustimmung (die nationalistische Rechte und die extreme Linke ausgenommen). Der Briand-Kellogg-Pakt erteilt dieser Stimmung seinen Segen, indem er den Krieg ächtet! Der humanitäre Pazifismus – ein gemeinsames Produkt von Sozialisten, Radikalen, Christdemokraten und Veteranenverbänden – wird von den großen Presseorganen weitgehend übernommen und scheint die französische Gesellschaft immer mehr zu durchdringen⁶.

Gleichwohl gilt es, verschiedene pazifistische Strömungen voneinander zu unterscheiden.

1. Den im Krieg geborenen und von Kriegserinnerungen gespeisten Pazifismus: Der Pazifismus der Kriegsteilnehmer entspringt dem langjährigen Völkerringen, den unerhörten menschlichen Verlusten, der Achtung für die Tapferkeit des Feindes, dem Schrecken vor dem Krieg und dem festen Wunsch, einen neuerlichen Krieg zu verhindern; er bildet die Grundlage der Einstellung der Veteranen, die Antoine Prost untersucht hat. Die französischen Veteranen sind Patrioten, die sich die Erinnerung an ihre gefallenen Kameraden bewahrt haben, sie sind weder Nationalisten noch Militaristen. Sie sind erfüllt vom Pazifismus und nähren die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden. Am 11. November eines jeden Jahres gedenken sie ihrer Trauer und zugleich ihres Sieges, und sie wiederholen die Worte: „Nie wieder Krieg!“⁷

Die Veteranen verabscheuen den Krieg und verurteilen die Sentenz „Si vis pacem, para bellum“, weil in diesen Worten ein „schuldhaftes Hinnehmen der Möglichkeit eines Krieges“ mitschwingt⁸. Pichot, einer ihrer Funktionäre, erklärt 1930: „Das Problem des Friedens besteht darin, die Bedrohung zu beseitigen, das heißt, dafür zu sorgen, daß die Drohung nicht wahr wird; und um das zu erreichen, muß man anders handeln als in vergangenen Zeiten. Das alte Sprichwort ‚Si vis pacem, para bellum‘ ... müßte im Denken der Regierenden zu einem Unterpfand des Friedens werden. Denn, meine Freunde, seit 6000 Jahren hat man den Krieg vorbereitet, um den Frieden zu bekommen ... Für das lateinische Sprichwort ist dies eine erschütternde Niederlage, und dies genügt als Beweis, daß man einen anderen Weg finden muß ...

⁶ Zu den Sozialisten vgl. Richard Gombin, *Les socialistes et la guerre, la SFIO et la politique étrangère française entre les deux guerres mondiales*, Paris 1970; zu den Radikalen vgl. Serge Bernstein, *Le parti radical-socialiste de 1919 à 1939*, 2 Bde., Paris 1982/83; zu den Katholiken R. Rémond, *Les catholiques, le communisme et les crises*, Paris 1960; J. C. Delbreil, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920–1933)*, Metz 1972; Maurice Vaisse, *Le Bulletin catholique international, 1925–1933*, und Jacques Gadille, *Conscience internationale et conscience sociale dans les milieux catholiques d'expression française dans l'entre-deux-guerres*, in: *Relations internationales* 27 (Herbst 1981), S. 343–360, 361–374. Zu den Kriegsveteranen Antoine Prost, *Les anciens combattants dans la société française (1914–1940)*, Paris 1977.

⁷ René Rémond, *L'image de l'Allemagne dans l'opinion publique française de 1936–1939*, in: *Deutschland und Frankreich 1936–1939*, Francia 10 (1981), S. 3–16.

⁸ Vgl. Antoine Prost, *Les anciens combattants* (wie Anm. 6), S. 117.

Man muß unablässig wiederholen, daß man Krieg ernten wird, wenn man Krieg sät ... Den Krieg vorzubereiten, bedeutet nicht, daß man Frieden bekommt.“ Nach Auffassung dieses Veteranen besteht der Friede darin, den Streitgegenstand vor einen Richter zu bringen, statt zu den Waffen zu greifen. Schiedsgerichtsbarkeit, kollektive Sicherheit, Abrüstung – die Veteranen bekennen sich zu den Ideen Aristide Briands. Sie wollen einen ernsthaften, vernünftigen Pazifismus; keinen, der nur laut herumbrüllt. Für die Veteranen verkörpert sich diese Denkweise am besten in Edouard Daladier, der sich an Reichskanzler Hitler wendet und ihn beschwört, nichts zu unternehmen, was den Frieden bedroht. „Er bringt die Einstellung all seiner Waffenbrüder und das gutgläubige Vertrauen einer ganzen Generation zum Ausdruck, die kaum einen Zweifel hegt, daß Hitler, der ja selber Kriegsteilnehmer ist, dem Frieden in gleicher Weise verbunden ist.“⁹

2. Den militanten Pazifismus der Linken: Will man die Grundlage dieser Gesinnung verstehen, ohne auf eine ziemlich abstrakte Ideologie zurückzugreifen, so muß man sich daran erinnern, daß der Erste Weltkrieg der Arbeiterbewegung schon eine schwere Niederlage zufügte, bevor er zum schrecklichen Gemetzel wurde. Sozialisten und Gewerkschafter wollen um jeden Preis vermeiden, daß erneut eine Kette von Ereignissen einsetzt, an deren Ende der Krieg steht: die Politik der Aufrüstung ebenso wie die Diplomatie, die Bündnisse gebiert. In der französischen Arbeiterbewegung geht der Geist des Juli 1914 um: „Nie wieder Krieg!“ Auf dem Kongreß von Tours der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) (1920) spielen Krieg und Landesverteidigung eine große Rolle¹⁰. Die Mehrheit der Delegierten stimmte für den Beitritt zur Kommunistischen Internationale, und zu deren Satzungen zählt auch „die Propaganda und systematische Agitation unter den Streitkräften“, ferner die Pflicht, „den Sozialpatriotismus zu entlarven“ und „jede Befreiungsbewegung in den Kolonien zu unterstützen“, und zwar nicht bloß mit Worten, sondern mit Taten. Auf einer ihrer Tagungen stellt sich die SFIO indes hinter einen von Léon Blum eingebrachten Antrag, der die Landesverteidigung nicht grundsätzlich verwirft.

Dennoch sind die Sozialisten der SFIO keineswegs frei von Skrupeln, wenn es um das Problem Krieg geht. Sieht man ab von einer kleinen Gruppe, die sich namentlich von Renaudel und Paul-Boncour verkörpert, die sich entschlossen für eine bedingungslose Landesverteidigung einsetzt, erklärt sich die SFIO in der Zwischenkriegszeit zur Partei des Friedens, und über diese Frage kommt es immer wieder zu Reibereien, die in ihrem Ursprung gewiß auf die Erinnerung an das Jahr 1914 zurückgehen¹¹. Die SFIO verurteilt den Versailler Vertrag und die Hand, die Deutschland immerzu an der Gurgel packt; sie weigert sich auch, dem Militärbudget zuzustimmen. Die Sozialisten bitten einen aus ihren Reihen, Paul-Boncour, seine Stelle in der permanenten Gesandtschaft Frankreichs beim Völkerbund aufzugeben. Sie erwärmen sich für die Vorstellung, „die Abrüstung sei schon von sich aus eine Garantie für Si-

⁹ René Rémond (wie Anm. 7).

¹⁰ Annie Kriegel, *Aux origines du communisme français*, Paris 1964.

¹¹ Joseph Paul-Boncour, *Entre deux guerres*, Paris 1944, Bd. II, S. 236–271.

cherheit“. Dies ist der Grund, warum Paul-Boncour (1931) und Marquet (1933) auscheiden.

Gleichzeitig bemüht sich Léon Blum, eine Sicherheitsdoktrin auszuarbeiten, die sich auf die Funktion des Völkerbundes, auf die Vorstellungen von Schiedsgerichtsbarkeit sowie auf die Abrüstung gründet und die zugleich versucht, die widersprüchlichen Strömungen innerhalb der SFIO unter einen Hut zu bringen¹². Léon Blum ist einer der wenigen Politiker, die den Abrüstungsgedanken zum Fundament ihrer Außenpolitik machen¹³. Für Léon Blum ist es die Aufgabe Frankreichs, als der ersten Macht auf dem Kontinent, die Initiative zu einer Abrüstungskonvention zu ergreifen, desgleichen auch zu einer einseitigen Abrüstung, die zwar nur einzelne Bereiche berührt, aber keine entsprechenden Gegenleistungen verlangt. Er geht nicht so weit, die totale Abrüstung zu empfehlen, aber gewünscht hat er sie: „Ich denke, wenn eine Nation sich bereit erklärte, ohne vorheriges Übereinkommen mit anderen Staaten ihre Waffen zu verschrotten, ohne von anderen das gleiche zu verlangen, dann ginge sie in Wirklichkeit überhaupt kein Risiko ein, denn das sittliche Ansehen, das sie damit gewönne, würde sie unantastbar machen, unverletzlich, und durch die Kraft ihres Beispiels würde sie die anderen Staaten zwingen, ihrem Beispiel zu folgen.“ Léon Blums Skrupel bringen die Anhänger einer totalen Abrüstung, die – wie Félicien Challaye – totale Abrüstung und die Revision der Verträge von 1919 befürworten, nicht in Verlegenheit.

Die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) hat dazu eine ambivalente Haltung: sie verwirft den Pazifismus, aber während der Ruhrbesetzung fordert sie dazu auf, die Dienstpflicht zu verweigern und sich mit den Deutschen zu verbrüdern. Pierre Semard, der Generalsekretär der Partei, und Jacques Doriot, der Generalsekretär der kommunistischen Jugendorganisation, senden am 30. September 1924 ein Telegramm an Abd-el-Krim, um ihm Mut zuzusprechen; sie verlangen von ihrer Regierung die Räumung Marokkos und einen sofortigen Frieden. Im April 1925 tritt unter dem Vorsitz von Maurice Thorez ein Aktionskomitee gegen den Krieg im Er-Rif zusammen. Als die Aktionen an der Ruhr und in Marokko gescheitert sind, nimmt die kommunistische Partei ihre antimilitaristische Propaganda wieder auf („L'Humanité“ veranstaltet einen Wettbewerb gegen alle „Schufte“; es kommt zu Aktionen gegen die Dauer der Reservedienstzeit).

Die KPF zieht zwischen sich und dem Pazifismus gern einen Trennungsstrich; sie wirft ihm vor, er begünstige den Imperialismus¹⁴. Die KPF erklärt die Anhänger der absoluten Sicherheit und die Befürworter der Abrüstung zu Zwillingbrüdern. Ihre

¹² Jacques Droz, *Le parti socialiste français devant la montée du nazisme*, in: *La France et l'Allemagne*, hrsg. v. Centre National de la Recherche Scientifique, Paris 1980, S. 173–190.

¹³ Seine Artikel sind abgedruckt in: *Les problèmes de la paix*, Paris 1931, das Werk wurde analysiert von Gilbert Ziebur, *Léon Blum et le parti socialiste*, Paris 1967, S. 229 ff.

¹⁴ „L'Humanité“, 2. Januar 1932, und die Broschüre der KPF, *L'Impérialisme français désarme-t-il?*, Paris 1932.

These lautet, daß infolge des Kapitalismus jegliche Abrüstung unmöglich sei¹⁵. In einem nicht-sozialistischen Staat die Abrüstung zu loben, heißt, ein für allemal der Idee des Klassenkampfes und der Revolution abzuschwören. Von dieser Warte richtet die KPF ihre Angriffe gegen den sozialdemokratischen Pazifismus und gegen das von Genf verkörperte Ideal. „Die Partei Blums verlangt von den Proletariern, daß sie der Tugend der Genfer Bordellbesitzer ihr Vertrauen schenken.“ Das andere Lieblingsthema der KPF ist die Verteidigung der Sowjetunion, die einerseits als Opfer imperialistischer Machenschaften, zum andern als das einzige friedfertige Land der Erde hingestellt wird.

Mehr oder weniger eng verbunden mit dem Pazifismus der Linken ist der Pazifismus der Intellektuellen, die ihre Angst vor einem Krieg in der Literatur zum Ausdruck bringen. Diese Angst trifft man allenthalben. Bücher gegen den Krieg finden großen Beifall: „Le Feu“ von Henri Barbusse (Prix Goncourt im Erscheinungsjahr 1916; dt.: „Das Feuer“, 1918), „Les Croix de bois“ von Roland Dorgelès (1919; dt.: „Die hölzernen Kreuze, 1920); auch das antimilitaristische Drama feiert Erfolge (vor allem in der Theatersaison 1919/1920). Schon 1921 schreibt der Philosoph Alain in „Mars ou la guerre jugée“: „Am gefährlichsten ist die Meinung, die glauben macht, der Krieg stehe unmittelbar bevor und sei unabwendbar.“ Der Ausweg, den er vorschlägt, ist einfach: „Es genügt, daß man sich weigert, an den Krieg zu glauben. Noch einmal nein zu sagen.“ Alain leugnet weder die Notwendigkeit der Landesverteidigung noch die des Patriotismus. Er hat großen Einfluß auf die Lehrer, die zum größten Teil Reserveoffiziere sind. Das ganze Jahrzehnt, von 1918 bis 1929, entsteht Literatur, die sich mit dem Krieg auseinandersetzt. Nur wenige Bücher beschwören seine männliche, sportlich hochgestimmte Seite. Alle anderen betonen immer wieder, wie abscheulich und fürchterlich er ist. Die Surrealisten beschimpfen die Armee und den Patriotismus¹⁶.

Diese Woge der Literatur (und des Kinos) erreicht nach 1930 ihren Höhepunkt: „Im Westen nichts Neues“, „Vier von der Infanterie“. Kriegsfurcht breitet sich aus (vgl. das „Journal“ von Paul Léautaud oder das von Julien Green). Es gibt kein Werk, das den Heldenmut des Kriegers preist. Viele Bücher nehmen sich die Fahnenflucht zum Thema (z. B. Louis Célines „Voyage au bout de la nuit“, 1932; dt.: „Reise ans Ende der Nacht“, 1933), die Weigerung, den Helden zu spielen, die Angst vor dem Krieg (so Jean Giono in der Zeitschrift „Europe“, 1934)¹⁷, das Schicksalhafte des Krieges

¹⁵ Vgl. die unveröffentlichte Habilitationsschrift von G. Oved, *La gauche française et le nationalisme marocain* (1905–1955), Paris I.

¹⁶ Zu all diesen Gesichtspunkten vgl. Ladislav Mysyrowicz, *Autopsie d'une défaite. Origines de l'effondrement militaire français de 1940*, Lausanne 1973, S. 279–291.

¹⁷ „Ich kann den Krieg nicht vergessen. Ich möchte es. Manchmal vergehen zwei, drei Tage, ohne daß ich an ihn denke, und plötzlich sehe ich ihn wieder, spüre ihn, höre ihn, erlebe ihn aufs neue. Und ich habe Angst ... Zwanzig Jahre sind vergangen. Und seit zwanzig Jahren habe ich mich, obwohl das Leben weitergeht, trotz Glück und Schmerz, nicht vom Krieg gereinigt. Der Schrecken dieser vier Jahre sitzt noch immer in mir. Er hat mich gezeichnet. Alle Überlebenden sind von ihm gezeichnet.“

(etwa Jean Giraudoux' „La Guerre de Troie n'aura pas lieu“, 1935; dt.: „Kein Krieg in Troja“, 1936).

Neben den bekennnishaften Pazifismus stellt sich der militante. Und wenn man auch dem erstgenannten keine politischen Hintergedanken unterstellen kann, so trifft dies für letzteren keineswegs zu. Ein Schriftsteller wird zum Symbol des militanten Pazifismus, der Kommunismus hat ihn stark geprägt: Henri Barbusse. Man findet ihn an der Spitze der wichtigsten pazifistischen Aktionen. Zusammen mit Romain Rolland veranstaltet er den „Weltkongreß gegen den imperialistischen Krieg“, der vom 27. bis 29. August 1932 in Amsterdam stattfindet. Im Komitee der Veranstalter findet man: Albert Einstein, Paul Langevin, Romain Rolland, Henri Barbusse, Maxim Gorki, John Dos Passos, Upton Sinclair. Er erhebt sich gegen den französischen Imperialismus und die Waffenhändler, erklärt seine Solidarität mit der bedrohten Sowjetunion und verlangt nach totaler Abrüstung. 2200 Delegierte aus 29 Nationen finden sich dort zusammen. Aus Frankreich kommen Mitglieder der KPF, der Liga für Menschenrechte, der Liga der Frauen für Frieden und Freiheit, der Liga der Kriegsdienstverweigerer. Die SFIO ist kaum vertreten, weil die KPF dem Kongreß ihre Schirmherrschaft gibt. Als der Kongreß auseinandergeht, begründet er noch ein Weltkomitee zum Kampf gegen den Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion. Ein weiterer Kongreß, diesmal ein europäischer, findet vom 4. bis 6. Juni 1933 im Salle Pleyel in Paris statt. Er führt 3000 Delegierte aus allen europäischen Ländern zusammen und gründet ein Weltkomitee zum Kampf gegen Krieg und Faschismus. Die Komitees der beiden Kongresse bilden den Kern der späteren Volksfront; ferner zählt dazu das Komitee der wachsam antifaschistischen Intellektuellen (CVIA), das 1934 gegründet wird und sich aus Kommunisten (L. Aragon, G. Cogniot), Sozialisten (A. Delmas, P. Rivet, F. Challaye), Radikalsozialisten (Alain, A. Bayet, V. Basch) und unabhängigen Intellektuellen zusammensetzt (A. Gide, J. Giono, J. Benda, J. Guéhenno), die zugleich antifaschistisch und pazifistisch eingestellt sind und vor den Gefahren eines Krieges warnen: „Nein, der Krieg ist nicht schicksalhaft vorbestimmt.“

3. Den christlichen Pazifismus: Er entwickelt sich nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem nach 1925. Unter Laien und in kirchlichen Kreisen gibt es unzählige Vereinigungen, die alle dafür eintreten, daß die Botschaft Christi eine Friedensbotschaft sei, und sie ziehen schließlich einen Strich zwischen Katholizismus und Nationalismus. Kardinal Verdier bekräftigt 1933: „Bis zu diesem Tag war die Menschheit nichts weiter als die Summe aller nationalen Einheiten. Sie hatte keine eigene Existenz. Aber morgen können uns unsere Verpflichtungen gegenüber dem Vaterland nicht mehr abhalten von unseren Verpflichtungen gegenüber der Menschheit.“ Immer mehr Katholiken machen sich das Wort eines Priesters zur Losung: „Alle Verbesserungen im Umgang der Völker miteinander finden im Evangelium ihren Ursprung; ich will damit sagen, daß der Krieg tot ist.“

4. Den gekauften Pazifismus: Die Untersuchungen von J. Bariéty zeigen, daß die deutsche Propaganda Pressekampagnen geschürt und finanziert hat; sie hat Schriftsteller und Publizisten unterstützt, damit sie sich für die Revision des Versailler Ver-

trags stark machten und Poincaré bekämpften, der für die Politik von Versailles stand¹⁸.

II.

Der Pazifismus in der Herausforderung: Sicherheit hat Vorrang (1930–1934)

Seit 1930 macht die ständige Verschlechterung der internationalen Lage und der Situation in Deutschland alle Hoffnungen zunichte; sie schürt Mißtrauen und Skepsis. Gleichzeitig kommt es zwischen den Pazifisten, die auf die neuerlichen Bedrohungen gegen den Frieden reagieren, indem sie ihre Kampagnen für allgemeine Abrüstung noch verstärken, und ihren Gegnern, die vor dem Trugbild des Pazifismus und Internationalismus warnen und für eine Politik eintreten, die die nationalen Interessen entschlossen verteidigt, immer wieder zu Auseinandersetzungen. „Vor dem Ersten Weltkrieg hatte die Außenpolitik die öffentliche Meinung zusammengeführt; aber nun wurde sie – im Gegenteil – zur Ursache der Spaltung . . . Statt die Eintracht zu fördern, begünstigt die Frage, für welche Außenpolitik und für welche Strategie wir uns entscheiden sollen, den Keim der Zwietracht und verstärkt noch die ideologischen Diskrepanzen, die hinsichtlich der Innenpolitik bereits bestehen.“¹⁹

Am Vorabend der Genfer Abrüstungskonferenz war die öffentliche Meinung Frankreichs in zwei Teile gespalten: auf der einen Seite die Anhänger der Sicherheitspolitik, auf der anderen die der Abrüstung. Letztere verstärken ihre Bemühungen: sie starten Pressekampagnen (in „Le Peuple“, „La Lumière“, „L'Europe Nouvelle“, „Le Populaire“), aktivieren Interessenverbände und politische Parteien (die radikale und die radikalsozialistische Partei, die SFIO), die Gewerkschaften, die unter dem Dach des CGT zusammengefaßt sind, Vereinigungen, die zum Völkerbund Verbindungen unterhalten (Internationale Verständigung, Neue Schule des Friedens), humanitäre Vereinigungen (Liga der Menschenrechte, Gesellschaft der Freunde Gandhis), pazifistische Kreise (Wille zum Frieden, Veteranenverbände, das Komitee Ländliche Aktion für den Frieden, die Internationale Liga der Kämpfer für den Frieden), Frauenverbände (Liga der Jugend für Frieden und Freiheit, Liga der Mütter und Pädagoginnen für den Frieden), katholische Kreise (Katholische Union für internationale Studien, ferner die Gruppen Versöhnung und Junge Republik). All diese Bewegungen finden sich, oftmals nach Städten organisiert, in den „Kartellen für den Frieden“ zusammen, von denen Henry de Jouvenel einmal gesagt hat, ihre Zusammenkünfte hätten fast einen religiösen Charakter besessen²⁰. Diese Treffen gipfeln in den Zusammenkünften auf nationaler Ebene, im Kongreß für Abrüstung, der, von „Europe Nouvelle“ organisiert, am 27. November 1932 stattfindet und 1098 Delegierte aus al-

¹⁸ Jacques Bariéty, L'appareil de presse de Joseph Caillaux et l'argent allemand, 1920–1932, in: *Revue Historique* (April–Juni 1972), ferner *Le Matin* et l'Allemagne, colloquium Presse et Politique.

¹⁹ René Rémond, L'image de l'Allemagne dans l'opinion publique française de mars 1936 à septembre 1939, in: *Deutschland und Frankreich* (wie Anm. 7).

²⁰ Henry de Jouvenel, *La paix française*, S. 26–31.

len Nationen zusammenführt²¹; ferner in einer großen Begegnung für Abrüstung, welche die SFIO und der CGT am 29. Januar 1932 in der Turnhalle von Japy abhalten, in der Konferenz für Abrüstung, die am 23. und 24. April 1932 in Paris tagt, veranstaltet von der Liga der Menschenrechte und den „Kartellen für den Frieden“.

Diese Veranstaltungen sind Legion. „Das Wort Pazifist bedeutet nichts mehr. Jedermann nennt sich Pazifist“, erklärt die Sekretärin der Liga der Frauen für den Frieden. Aber diese Treffen haben keine gemeinsamen, klar umrissenen Ziele. Die Sozialisten wollen nichts davon hören, daß es gewisser Vorbedingungen bedarf, um den Frieden zu sichern. Sie schlagen vor, an Stelle der Trias „Schiedsgerichtsbarkeit, kollektive Sicherheit und Abrüstung“ – die Herriot und Briand so teuer war – die Formel zu setzen: „Sicherheit durch Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung“. Die Vereinigung zur Verteidigung des Friedens und der Demokratie, die 1931 entsteht, die SFIO, die radikale und die republikanisch-sozialistische Partei, die Liga der Menschenrechte und die französische Lehrer-Liga sowie die permanente Vertretung der französischen Gesellschaften für den Frieden, das Komitee Aktion für den Frieden, die nationale Vereinigung der republikanischen Veteranen, die Vereinigung der Arbeiter und Bauern und die Liga der Frauen für das Frauenwahlrecht – sie alle setzen sich für die allgemeine, gleichzeitige und überwachte Abrüstung ein.

Die Freunde der Abrüstung ziehen gegen drei Schreckgespenster ins Feld: gegen den Einsatz von Gas, gegen die hohen Rüstungskosten und schließlich gegen die Waffenhändler. In „La Lumière“ vom 30. Januar 1932 beschreibt Paul Langevin die Schrecken des Gaskrieges, den erst der technische Fortschritt möglich gemacht hat. „Angesichts solcher Bedrohungen ist es weder möglich, sich zu verteidigen, noch sich zu schützen, noch den Einsatz dieser Mittel zu verbieten. Es ist unmöglich, den Krieg zu begrenzen oder ihn humaner zu machen. Er muß einfach abgeschafft werden.“ Weitere Artikel in dieser Zeitung vergleichen die Ausgaben für Rüstung mit denen für öffentlichen Unterricht. „Frankreich hat gerade vier Kreuzer auf Werft gelegt. Jeder dieser Kreuzer kostet mehr als 200 Millionen. 200 Millionen! Das ist das Doppelte dessen, was wir Jahr für Jahr für höhere Schulbildung ausgeben.“ „Le Peuple“ (1. Januar 1932) stellt die Waffenhändler bloß, „die einen Waffengang wünschen, weil er beträchtliche Gewinne abwirft“.

Am Vorabend der Genfer Abrüstungskonferenz breitet sich in Frankreich ein wahres Abrüstungsfieber aus. Aber es gibt auch eine mächtige Gegenpropaganda. Der Kongreß von Trocadero wird von Feuerkreuzlern gestört, die sich der stillschweigenden Zustimmung einiger Regierungsmitglieder erfreuen. Die Militärs malen den Popanz eines Frankreich an die Wand, das sich seiner Waffen entledigt, während Deutschland, das auf Rache sinnt, aufrüstet. Allerdings geht der Reiß, der sich durch die geistigen und politischen Kräfte Frankreichs zieht, nicht zwischen rechts und links hindurch; er verläuft entlang feinerer Verwerfungslinien²². Greifen wir zwei Beispiele

²¹ Louise Weiss, *Mémoires d'une Européenne*, Bd. II, Paris 1970, S. 318.

²² André Siegfried, *Tableau des partis en France*, Paris 1930, S. 130 ff.; Adolf Kimmel, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930–1933*, Bonn 1969, S. 119 ff.

heraus. In der französischen Außenpolitik verläuft der Spalt mitten durch die radikale Partei. Während Herriot gesteht: „Ich glaube nicht, daß die Abrüstung ein Mittel ist, mit dem man Sicherheit erreichen kann“, antwortet Daladier: „Man muß sich entscheiden, ob man zusammen abrüsten oder zusammen untergehen will.“

Auch die Katholiken sind aufgewühlt von der Diskussion über Abrüstung und Pazifismus²³. Auf Initiative von Pater Desbuquois, des Vorsitzenden der Action populaire, werden in Notre-Dame des Victoires seit Februar 1931 jeden Monat Messen für den Frieden gelesen. Das Jahr 1931 bringt den Krieg der Manifeste. Auf das Manifest für den Frieden, das am 18. Januar 1931 in der Zeitschrift „Notre Temps“ erscheint, unterschrieben von Gabriel Marcel, André Therive, François Mauriac, Jean de Pange, antwortet ein Manifest junger Intellektueller, die sich offen dafür einsetzen, daß Frankreich nicht abdankt; es trägt die Unterschriften von Robert Brasillach, Jean-Pierre Maxence, Henri Massis, Thierry Maulnier und wird von der „Revue française“ am 25. Januar 1931 verbreitet. Am 9. April 1931 veröffentlicht eine Reihe katholischer Vereinigungen (ACJF = Aktion junger französischer Katholiken, JEC = Christliche Studentenjugend, JOC = Christliche Arbeiterjugend, JAC = Christliche Landjugend, CFTC = Französischer Bund christlicher Arbeiter, Semaine sociale, Action populaire, UFCS = Französische Union der Veteranen) eine Erklärung junger Katholiken über den Frieden und macht sie durch Plakate bekannt, auf denen es heißt: Die französischen Katholiken wollen den Frieden. Sie vertreten die Auffassung, die Ideale von Genf und die Ideale von Aristide Briand sind identisch mit der Botschaft Christi, und sie erklären: „Das Problem der Abrüstung muß stets mit dem der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit verbunden werden.“ Die Gruppe „La Jeune République“ geht noch weiter, als sie offen für die Abrüstung Stellung bezieht. Georges Hoog beruft sich dabei auf die Autorität des Bischofs von Arras, Monsignore Jullien²⁴. Aber die Zeitschrift „La Croix“ macht eine Unterscheidung zwischen Abrüstung und Rüstungsbeschränkungen; nur letztere seien mit den Notwendigkeiten der Landesverteidigung vereinbar.

Als die Abrüstungskonferenz 1932 zusammentritt, ist der Pazifismus also weit davon entfernt, die öffentliche Meinung Frankreichs zu beherrschen. Die Verfechter der nationalen Sicherheit bekämpfen das Ideal von Genf sogar mit Gewalt. Selbst innerhalb der gesellschaftlichen Kräfte, die den Pazifismus unterstützen, ist die Begeisterung für den Mythos der Abrüstung nicht so groß, wie man glauben könnte. 1930 startet die Liga für Menschenrechte eine Unterschriftenaktion für Abrüstung und Frieden. Sie hofft auf eine Million Unterschriften. Aber bis Herbst 1931 hat sie lediglich 109 673 Unterschriften für die Abrüstung und 111 905 für den Frieden zusammen. Wovon zeugt dieser Mißerfolg, den man schnell zu verdrängen sucht? Es ist schwierig, es mit Exaktheit zu bestimmen, aber man sollte vielleicht daran erinnern, daß seinerzeit noch ein großer Teil der französischen öffentlichen Meinung hinter den Vorstellungen der kollektiven

²³ Vgl. die dazu bereits erwähnten Werke.

²⁴ André Devois, *L'épiscopat français dans la mêlée de son temps*, Roubaix 1955.

Sicherheit stand. „Vier feindliche Überfälle innerhalb eines Jahrhunderts verbieten hierzulande irgendwelche pazifistischen Phantastereien ... und diesbezüglich wird letzten Endes jede französische Regierung, welcher Couleur auch immer, das gleiche sagen, nämlich, daß sie bereit ist, sich selbst zu verteidigen, wenn abstrakte Prinzipien nicht genügen oder wenn ihre Bündnispartner zu spät kommen.“²⁵

III.

„Die Depression der Pazifisten“ (1934–1938)

Paradoxerweise hat der Pazifismus erst nach dem Scheitern der Abrüstungskonferenz seine größte Verbreitung gefunden. Er lähmt nun die französische Außenpolitik und ignoriert die Sicherheit Frankreichs. Jetzt geraten die bisherigen Positionen durcheinander. Als Italien über Abessinien herfällt, ein Mitglied des Völkerbundes, und London und Paris Sanktionen gegen den Angreifer ins Auge fassen, veröffentlichen Mitglieder der Académie Française und Publizisten (Charles Maurras, R. Brasillach, Pierre Gaxotte, T. Maulnier) ein Manifest der Intellektuellen für die Verteidigung des Abendlandes und den Frieden in Europa. Bei den Wahlen von 1936 empfiehlt die „Action française“, „gegen die Revolution und gegen den Krieg“ zu stimmen, indes auf den Zeitungen der Linken Aufrufe prangen: „Brot, Friede und Freiheit!“²⁶

„Die Depression der Pazifisten“ – das ist ein Wort des griechischen Diplomaten Nicolas Politis – erreicht in Frankreich 1936 ihren Höhepunkt. Am 8. März, am Tag, nachdem Hitler das entmilitarisierte Rheinland besetzt hat, scheint in der gesamten Pariser Presse, von der „Action française“ bis zur „L'Humanité“, in allen Veteranenverbänden, Gewerkschaften und Parteien über eine Frage Einmütigkeit zu bestehen: „Alles andere, bloß keinen Krieg!“ „Die Regierung, schwach wie sie ist, wird von einem pazifistischen Wirbelsturm emporgetragen.“ Damals beherrscht der Pazifismus die Nation. Er drückt dem flachen Land, der Mehrheit der Arbeitgeber und einem Teil der katholischen öffentlichen Meinung sein Signum auf²⁷. Er findet in vielen Zeitungen Widerhall. Folgende Organisationen verbreiten ihn:

a) Die Vereinigungen der Veteranen. Sie geben von Hitler und seiner Politik ein beschwichtigendes Bild. Das „Comité France-Allemagne“, das im November 1935

²⁵ André Siegfried (wie Anm. 22).

²⁶ Zu all diesen Punkten vgl. Jean-Baptiste Duroselle, *La Décadence 1932–1939*, Paris 1979; ferner Jacques Bariéty u. Raymond Poidevin, *Les relations franco-allemandes de 1815 à 1975*, Paris 1977 (dt. Ausgabe: *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975*, München 1982).

²⁷ Vgl. dazu die Berichte der vom Centre National de la Recherche Scientifique herausgegebenen Bände des Colloquiums *Les relations franco-allemandes 1933–1939*, Paris 1976 (darin: M. Cointet-Labrousse, *Le SNI, le pacifisme et l'Allemagne*); *La France et l'Allemagne*, hrsg. v. CNRS, Paris 1980 (darin: J.-B. Duroselle, *Les milieux gouvernementaux français en face du problème allemand en 1936*; P. Machefer, *Les croix de feu devant l'Allemagne*; J. Droz, *Le parti socialiste français devant la montée du nazisme*; J. Bruhat, *Le PCF face à l'hitlérisme*).

von F. de Brinon, G. Scapini, Jean Goy, dem Präsidenten der UNC (Union Nationale des Combattants), und von Henri Pichot, dem Vorsitzenden der UFAC (Union Française des Anciens Combattants), wieder ins Leben gerufen wird, macht sich die Annäherung der beiden Völker zum Ziel. Nach einem Empfang bei Hitler bekräftigen diese Veteranen ihren Pazifismus.

b) Die Bauern. Sie sind Pazifisten, wenn auch nicht alle in gleicher Weise. Für die Linken sind Faschismus und Kapitalismus die Kriegstreiber; für die katholische Presse ist es der Mangel an christlichem Geist, der Egoismus, der Haß; für die Rechten ist es der Kommunismus oder die Parlamentarier oder das System selber. Pazifismus, der im übrigen den großen Ausrichtungen des politischen Spektrums folgt, schließt Patriotismus keineswegs aus, auch nicht den Willen zur Selbstverteidigung, falls das Vaterland angegriffen wird. Aber die Bauern wollen nicht für irgendeine Ideologie kämpfen, welche auch immer, auch nicht für irgendein nicht näher bestimmtes „Volk“. Sie sind Pazifisten, weil sie sich nicht unmittelbar bedroht fühlen. Das Argument, das man fast allenthalben vernimmt, lautet: daß die Bauern keinen Krieg wollen, weil sie den größten Teil der Truppen stellen, indes sie glauben, die anderen Schichten der Gesellschaft seien weniger betroffen.

c) Die Verbände der Gewerkschaften. Die Gewerkschaft der Lehrer (SNI) erscheint als die wichtigste Kraft der pazifistischen Ideologie. Nicht nur dank ihrer Mitgliederzahl, auch durch ihren geistigen Einfluß stellt die SNI eine Macht dar. Die Lehrergewerkschaft SNI umfaßt 100 000 Mitglieder (also die große Mehrheit der französischen Volksschullehrer, von denen es 1937 130 000 gibt). 1939 vertritt sie 10% aller Mitglieder des CGT. Außerdem tun die Lehrer das Ihre, den Geist der Bürger zu formen, indem sie im Volk bestimmte Klischees entstehen lassen, andere bekämpfen. Sie können ein ethisches Prinzip verbreiten oder sozialen Konformismus. Sie haben ihre eigene Weltanschauung, und diese ist vom Pazifismus tief geprägt. Sie verbreiten ihn in ihrem Wochenblatt, „L'Ecole Libératrice“, gegründet 1929. Wenn neue Gedenkstätten für die Gefallenen eingeweiht werden, nehmen viele Lehrer dies zum Anlaß, ihren Pazifismus und ihren Widerstand gegen militärische Vorbereitungen zu bekunden; sie nehmen teil an Kampagnen gegen den Militarismus. Seit 1932 vertritt die SNI eine pazifistische Auffassung. Diese gründet sich auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und die allgemeine, überwachte Abrüstung; auf ihrem Kongreß in Lille, 1936, wo verschiedene Strömungen zusammenstoßen, tritt sie klar zutage. Der Antrag, die verschiedenen Strömungen zusammenfließen zu lassen, entspricht der Linie, die 1933 festgelegt wurde. Die SNI läßt kein Mittel unversucht, einen Krieg zu vermeiden, denn sie ist unter allen Umständen für den Frieden. Ihr pazifistischer Geist findet darin seinen Ausdruck, daß sie jedwede Aufrüstung verweigert, und ihr Generalsekretär André Delmas drückt diese Auffassung in „L'Ecole Libératrice“ und in „Le Peuple“ aus sowie auf dem Kongreß des CGT.

d) Die politischen Parteien und Organisationen der Linken. Wenn man versucht, die am stärksten pazifistischen gesellschaftlichen und berufsbezogenen Kategorien einzeln zu bestimmen, stößt man auf die Landwirte, die Beamten, die Angestellten im Dienstleistungsbereich, die Arbeiter, die traditionellen Berufen nachgehen, die Hand-

werker – mit anderen Worten also genau auf die Wähler der sozialistischen Partei SFIO. Das heißt, daß die SFIO die pazifistische Partei schlechthin ist. Der sozialistische Pazifismus ist eine bunte Mischung²⁸. Die einzelnen Strömungen innerhalb der SFIO reagieren unterschiedlich auf die äußeren Ereignisse, was es auch der kommunistischen Partei schwer macht, eine neue Einstellung zu finden. Der internationalistische und pazifistische Idealismus der Sozialisten orientiert sich an der Einrichtung des Völkerbundes und an der Vorstellung der kollektiven Sicherheit. Als Hitlers Machtergreifung die außenpolitische Landkarte Europas durcheinanderbringt, „genügen die einfachen Beschwörungen eines abstrakten Ideals nicht mehr“. Léon Blum möchte das sittliche und politische Vermächtnis Jean Jaurès' bewahren. Er haßt den Vertrag von Versailles, meint, man müsse den Frieden sichern, indem man den Vertrag von Versailles revidiert und allgemein abrüstet: die Sicherheit auf Waffen zu gründen, bedeute unweigerlich, daß man seine Zuflucht bei den Waffen suche, was nur in einem Krieg enden könne.

Hitlers Machtergreifung ändert nichts an dieser Analyse Léon Blums. Die Abrüstung hat für ihn immer Vorrang, und er mißbilligt jede Bündnispolitik. Bis 1935 weigert er sich, dem Verteidigungshaushalt zuzustimmen, und noch im März 1935 bezieht er Stellung gegen das Gesetz, das eine zweijährige Wehrdienstzeit vorsieht. Als die deutsche Wehrmacht ins Rheinland einrückt, beglückwünscht sich Blum, daß letzten Endes der Friede die Oberhand behalten hat. In seiner Regierungserklärung vom 23. Juni 1936 verweist er immer wieder auf die Abrüstung.

Auf seiten der Anhänger einer Politik der festen Hand gibt es die Militanten der Parteirechten (G. Monnet, P. Brossolette, D. Mayer), daneben Zyromski, der den linken Flügel der Partei leitet, „la Bataille socialiste“. Diese Anhänger einer Politik der starken Hand meinen, daß man den Frieden nicht über alles stellen dürfe. Sie predigen eine Politik der militärischen Stärke. Sie tönen gegen die Feigheit, mit der die Regierung (Daladier) und die Anhänger Blums reagierten. Sie verlangen, Bündnisse zu schließen, mit denen man Hitler Einhalt gebieten könne, denn mit dem Faschismus sei ein Kompromiß nicht möglich.

Auf seiten der Pazifisten gibt es Unentwegte, beispielsweise F. Challaye, der eine einseitige Abrüstung verlangt und erklärt: „Lieber eine fremde Besatzung als einen Krieg!“ Ferner sind da die Männer des Parteiapparates, Paul Faure und J. B. Séverac, der Generalsekretär und sein Stellvertreter, die verhindern wollen, daß Frankreich in einen Konflikt hineingezogen wird, und zu allen Zugeständnissen bereit sind, um Zeit zu gewinnen. Zu diesen Pazifisten gesellen sich Männer der extremen Linken der Partei, „die revolutionäre Linke“, die 1935 aufs neue entsteht und sich um Marceau Pivert schart. Sie verwerfen jedwede Vorstellung von Landesverteidigung und bekennen sich zum revolutionären Defätismus. „Ein Krieg unter Führung der Bourgeoisie? Zu keinem Preis, unter keinem Vorwand, niemals!“ ruft Marceau Pivert 1935 auf einem Kongreß im elsässischen Mülhausen. Die Reaktionen auf den Spanischen Bür-

²⁸ Neben den bereits erwähnten Werken vgl. Michel Bilis, *Socialistes et pacifistes ou l'impossible dilemme des socialistes français*, Paris 1979.

gerkrieg stellen für die pazifistische Linke, und besonders für die SNI, den Beweis dar. Die Gewerkschaft der Lehrer orientiert ihre Einstellung an der Regierung und kritisiert sehr schnell die interventionistische Haltung des CGT. Den Frieden zu bewahren erscheint ihr wesentlich, darum ist sie für Nichteinmischung und für eine spätere Vermittlung. Auf dem Kongreß von Nantes, August 1938, stellt André Delmas die Frage, wie man den Republikanern in Spanien helfen könne, ohne sich einzumischen „in diesen allgemeinen Krieg, was wir unter gar keinen Umständen machen wollen“.

Die Sozialisten, die der Sowjetunion mißtrauen, weigern sich, sich in einen Kreuzzug gegen den Faschismus hineinziehen zu lassen, und dies um so mehr, als die KPF 1935 bezüglich ihrer Haltung zur Außenpolitik und zur Landesverteidigung eine Wende vollzieht. Nach der Moskau-Reise von Pierre Laval und angesichts der Pfänder, die Stalin ihm gibt, entdeckt die KPF plötzlich die Notwendigkeit der Landesverteidigung; sie stimmt die Marseillaise an und empfiehlt den Zusammenschluß auf möglichst breiter Front gegen den Faschismus. Von da an bekennen sich die Kommunisten entschlossen zum Patriotismus und Antifaschismus.

Außerdem ist es der Nazipropaganda geglückt, sich in etlichen Bereichen der französischen Gesellschaft lieb Kind zu machen. Indem sie sich geschickt auf das Umfeld des Pazifismus stützt, erreicht sie eine psychologische Neutralisierung; sie schläft die Wachsamkeit der Franzosen ein und schwächt ihren Handlungswillen²⁹. 1936 ist der Pazifismus also beherrschend. Eine internationale Vereinigung, das „Rassemblement uni pour la paix“, der Lord R. Cecil und Pierre Cot vorstehen, behauptet 1937, daß ihr 16 Millionen Franzosen angehören.

IV.

München oder der Zusammenfluß der Pazifisten³⁰

Zwei Jahre später, zur Zeit der Münchener Konferenz, durchdringt der Pazifismus das Klima, und dies erklärt zum Teil, warum man die Tschechoslowakei fallenläßt.

²⁹ Jean-Baptiste Duroselle (wie Anm. 26), S. 204.

³⁰ Vgl. die folgenden Berichte des Colloquiums *La France et les Français en 1938–39*, hrsg. von der Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris 1979: J. Girault, *Le syndicat des instituteurs*; I. Boussard, *Le pacifisme paysan*; P. Fridenson, *Le patronat français*; J. Bruhat, *La CGT*; R. Sanson, *L'Alliance démocratique*; J. N. Jeanneney, *La Fédération Républicaine*; S. Berstein, *Le parti radical-socialiste*; R. Gombin, *Socialisme et pacifisme*. Die Dienststelle Ribbentrop organisierte über ihre Mittelsmänner F. de Brinon und Otto Abetz Begegnungen zwischen Deutschen und Franzosen. Man besuchte sich immer häufiger (Jugendliche, Anhänger der „Action Française“, Cineasten, Sängerknaben des Croix de Bois, Herrenreiter), und so entstand eine Atmosphäre, die der Wiederannäherung günstig war. Diese geschickt gemachte Propaganda verführte ehrliche, patriotisch gesinnte Menschen dazu, zu meinen, daß Deutschland weniger gefährlich sei, als man dachte, und daß ein deutsch-französisches Verständnis möglich sei. Dennoch waren die Wirkungen nicht unbedingt bezeichnend: „Es war nicht die Propaganda, die den antifaschistischen Pazifismus der Linken in die Welt setzte; aber sie kreierte auch nicht den antisowjetischen Pazifismus der Rechten.“

München ist tatsächlich der Punkt, wo der Pazifismus der Linken und der Neo-Pazifismus der Rechten zusammenfließen. Im Oktober 1938 stimmen bei einer Umfrage 57% der Franzosen dem Münchener Abkommen zu, 37% mißbilligen es. In der Deputiertenkammer stimmen nur 75 Abgeordnete (alle Kommunisten, ein Sozialist und Henri de Kerillis) gegen das Münchener Abkommen; 535 stimmen ihm zu.

Im September 1938 stellt sich die Mehrheit der öffentlichen Meinung, darin durch den größten Teil der Presse und wahrscheinlich auch die politische Elite bestärkt, gegen den Krieg. Das ist zu einem guten Teil ein Pazifismus der Umstände. Dies scheint nicht der Zeitpunkt zu sein, Hitler Widerstand entgegenzusetzen, auch im Hinblick auf die englische Zurückhaltung. Die Regierung und die öffentliche Meinung sind pazifistisch gesinnt. Einzig und allein die Kommunisten vertreten entschlossen eine Anti-München-Haltung. Gabriel Péri schreibt in „L'Humanité“: „Wir spenden keinen Beifall, weil wir glauben, daß jedes Mal, wenn die Sicherheit Frankreichs geschwächt wird, auch der allgemeine Friede geschwächt wird, und daß das Abkommen von München ein diplomatisches Sedan ist.“ Die Kommunisten verurteilen weiterhin jeden Kompromiß mit dem Dritten Reich. Am Vorabend des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes verkündet „L'Humanité“: „Kein zweites München!“

Diese kämpferische Einstellung der kommunistischen Partei stärkt den Pazifismus einiger weniger, deren antikommunistische Reaktion zunimmt, und zwar auf der Rechten wie auf der Linken. So wird die SNI um so pazifistischer, je mehr die Kommunisten im CGT mit Blick auf den Krieg in Spanien in Feuer geraten. Je antifaschistischer, antihitleristischer und kriegerischer die KPF wird, desto fester steht die SNI zu ihrem Pazifismus.

In der SFIO scheint die Politik der festen Hand zu obsiegen, denn Léon Blum bekräftigt, mit einem Blick auf die Anhänger des Friedens um jeden Preis: „Es gibt Augenblicke, wo man – um den Krieg zu vermeiden – das Risiko des Krieges auf sich nehmen muß.“

Auf dem Kongreß von Royan (Juni 1938) schließt die SFIO die revolutionäre Linke aus. Trotzdem bleiben die Partei und ihre leitenden Funktionäre pazifistisch. Die Formel „Lieber Hitler als den Krieg“ bringt die Überzeugung zum Ausdruck, daß man es nicht zu einem neuerlichen Blutbad kommen lassen wolle, daß nichts das Opfer von Tausenden von jungen Menschen wert sei. Als man in München das Abkommen unterzeichnet, ist Léon Blum innerlich zerrissen. Seine Festigkeit weicht dem Geist der Nachgiebigkeit. Er ist hin- und hergerissen zwischen einer „feigen Erleichterung“ und einem Gefühl der Schande. „Die Kriegsgefahr ist gewichen, das Ungeheuer macht sich davon . . . man kann die Schönheit der herbstlichen Sonne genießen.“ Aber er stellt auch fest: „Wenn uns der Krieg von außen aufgezwungen wird, müssen wir uns einfach wehren.“ Und in den folgenden Wochen findet er wieder seine Standhaftigkeit.

Für den Pazifismus von Paul Faure („Le Populaire“, 2. Oktober 1938) ist jetzt eine Bewährungsprobe: „Zeit gewinnen, verhandeln, an alle moralischen und geistigen Kräfte der Welt appellieren, um den Gang zu den Waffen zu vermeiden . . . Wir haben dem Papst Beifall gesendet. Wir hätten auch dem Teufel Beifall gesendet.“ In der

gleichen Zeit folgen die Pazifisten einem Gedanken, den Séverac für sie ausdrückt, bis ans Ende: „Die allerschwersten Zugeständnisse sind mehr wert als der siegreichste Krieg.“ „Lieber die Knechtschaft als den Krieg, denn die Knechtschaft kann man überstehen, aber aus dem Krieg kehrt man nicht zurück“, erklärt Jean Mathé, der Sekretär der Postgewerkschaft innerhalb des CGT.

Auf Initiative zweier Intellektueller, Alexandre und Emery, und einiger Gewerkschafter, Maurice Chambelland, Georges Maupieux und Giroux (Postgewerkschaft), wird im Mai 1938 das Gewerkschaftszentrum Aktion gegen den Krieg gegründet (CSACG). Mitten in der Münchener Krise entsteht eine Vereinigung gegen den Krieg, welche das Komitee der wachsam antifaschistischen Intellektuellen, das CSACG, die Gruppe um Marceau Pivert, die anarchistische Union und verschiedene kleinere Gruppierungen umschließt. Die Männer, die diese Vereinigung ins Leben rufen, A. Delmas, Sekretär der SNI, und Giroux, der Sekretär der Postgewerkschaft, unterzeichnen gemeinsam die Petition für den Frieden (26. September 1938), die den Titel trägt „Wir wollen keinen Krieg“ – eine Petition, die innerhalb von drei Tagen von 150 000 Menschen unterschrieben wird. Neben den Unterschriften von bekannten Linken stehen die von Katholiken wie G. Hoog und Marc Sanguier, von Intellektuellen (Bataillon, Rivet), von Künstlern (Louis Jouvet, Michel Simon).

Es ist richtig, daß sich neben dem Pazifismus der Linken ein Neo-Pazifismus entwickelt, der von der Rechten bis zur linken Mitte reicht. Ein Blick auf die politischen Parteien der Rechten ist bezeichnend. Die Soziale Partei Frankreichs (PSF) und die Republikanische Vereinigung sind in sich gespalten. Zögernd stehen sie zwischen der deutschen Gefahr und ihrem Antikommunismus. Im Falle der Demokratischen Allianz (die das Münchener Abkommen freudig begrüßt) – sie trat in bemerkenswerter Weise für den Frieden ein (mit einem Telegramm und einem Plakat von P.-E. Flandin) – scheint der Pazifismus die Resultante aus fünf Kräften zu sein: dem Bewußtsein, daß das Land militärisch und moralisch nicht auf einen Krieg vorbereitet ist; dem Widerstand gegen die kriegsgerische Einstellung der äußersten kommunistischen Linken; der Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben der Völker, ja auf eine Zusammenarbeit zwischen demokratischen Regierungen und totalitären Staaten, die sich gegen die Sowjetunion richtet; dem Wunsch, den wirtschaftlichen Liberalismus beizubehalten; der Furcht vor revolutionären Bewegungen. Angesichts der Diktaturen, die Ordnung und Hierarchie verkörpern, ist die Rechte wie gelähmt. Die Formel, die diese Mentalität in Worte kleidet, „Lieber Hitler als Blum“, bedeutet nicht unbedingt die Bereitschaft, sich in eine militärische Niederlage Frankreichs zu schicken³¹. Der Pazifismus erscheint hier wie ein innenpolitisches Manöver, das beherrscht wird von der großen Furcht vor der Volksfront und dem Spanischen Bürgerkrieg. Dieser Krieg führt in der öffentlichen Meinung Frankreichs zu großen Spannungen; rechts wie links reißt er neue Gräben auf und vertieft die alten³². Er trägt bei zum Sturz der

³¹ René Rémond (wie Anm. 7).

³² D. Pike, *Les Français et la guerre d'Espagne*, Paris 1975.

Volksfront und zur Isolierung der Kommunisten; man will nicht länger das Spiel der Sowjetunion spielen, die darauf aus ist, die Revolution weiterzutreiben³³.

Zur Zeit der Münchener Krise zerplatzt der Pazifismus der Bauernschaft wie eine Seifenblase. Im Laufe der Zwischenkriegszeit setzte sich allmählich die Idee durch, daß die französischen Bauern, die sich während des Weltkrieges weißgeblutet haben, auch in einem neuen Krieg mehr als jede andere Gruppe aufgerufen würden, Opfer zu bringen. Deshalb verlangen die Bauern, daß sie keinen höheren Blutzoll entrichten müssen; sie wollen keinen Krieg, in dem jeder Preis bezahlt wird, und sie attackieren die Kriegsbegeisterung der Industrie. So erklärt sich ihr Pazifismus, der aus tiefstem Innern kommt; 1938 wird er in der „Revue des Agriculteurs de France“ mit folgenden Worten ausgedrückt: „Ein siegreicher Krieg wäre beinahe ebenso verbrecherisch wie ein verlorener Krieg.“ Die Zeitung „Syndicats paysans“ trägt in ihrer Ausgabe vom 28. September 1938 die Überschrift: „Gegen den Krieg, der die Bauern mordet. Den Frieden retten.“ Die Bauern sind bereit zu kämpfen, wenn es um die Verteidigung des französischen Bodens geht, aber sie wollen sich nicht um irgendwelcher ideologischer Leidenschaften willen schlagen. Kurzum, die Bauern, von der äußersten Linken abgesehen, wollen nicht für die Tschechen sterben und schon gar nicht für die Russen („Le cri du paysan“).

Aber paradoxerweise kämpft der Pazifismus, der jeden Preis zu zahlen bereit ist, seit der Remilitarisierung des Rheinlandes mit dem Rücken zur Wand. In den Organisationen, in denen die pazifistische Gesinnung am lebendigsten ist, treten nun Verfechter einer Politik der Standhaftigkeit auf: in der Demokratischen Allianz, bei den Radikalen, in der SFIO, im CGT, sogar in der SNI. Jüngste Forschungsarbeiten zeigen tatsächlich, daß einige Anhänger des Münchener Abkommens unter den obwaltenden Umständen und angesichts der Machtverteilung zwar einen taktischen Rückzug für unvermeidlich halten, aber wohl wissen, daß dies nur einen Aufschub bedeutet³⁴. Mehr noch, die Berichte der Präfekturen und der Polizei zeigen, daß zur Zeit der Münchener Konferenz die Franzosen den Krieg für unabwendbar halten, ohne jede Begeisterung, doch bereits mit Entschlossenheit³⁵.

³³ René Rémond (wie Anm. 7).

³⁴ J.-B. Duroselle (wie Anm. 26), Kap. X; siehe dazu auch die Referate des Colloquiums Daladier (La France et les Français, wie Anm. 30) und die Berichte des Colloquiums über „Munich, 1938“, veranstaltet vom Institut d'Etudes Slaves, Paris 1979.

³⁵ Vgl. die verschiedenen Studien in dem bereits erwähnten Werk La France et les Français (wie Anm. 30); ferner die Aufsätze von J.-L. Crémieux-Brilhac, L'opinion publique française, ders., L'Angleterre et la guerre, in: Français et Britanniques dans la drôle de guerre, hrsg. v. Centre National de la Recherche Scientifique, Paris 1979; auch La France devant l'Allemagne au début de septembre 1939, in: Deutschland und Frankreich, 1936–39 (wie Anm. 12).

V.

Der an den Rand gedrängte und überwundene Pazifismus

Der Rückzug des Pazifismus, der in den Jahren 1936 bis 1938 sichtbar wird, beschleunigt sich nach München. Zwischen Oktober 1938 und September 1939 festigt sich in Frankreich die öffentliche Meinung; nach dem 14. Juli 1939 registrieren die Präfekten in ihren Berichten patriotisches Fieber. Alle jüngsten Forschungen bestätigen, wie weitverbreitet dieses psychologische Phänomen war, das gleich nach München einsetzte und nicht erst – wie in England – nach dem Handstreich gegen Prag³⁶. Große Teile der öffentlichen Meinung treten nun für eine energische Haltung ein: die Sozialisten Blum'scher Provenienz, natürlich auch ein Teil der Lehrerschaft, die Verbände der Bauern und die der Veteranen, das Comité des Forges und die Arbeitgeber („Le Temps“, „Les Débats“). Die beiden wichtigsten Veteranenverbände, die UFAC, die René Cassin anführt, und die UNC, der Jean Goy vorsteht, sind jetzt der Meinung, man müsse gegen den Hitlerismus einen Schutzwall errichten. „Militärische Spaziergänge, risikolose Eroberungen – damit ist es jetzt vorbei. Frankreich ruft: Sofort anhalten!“ Auch beinahe alle bäuerlichen Organisationen stellen sich hinter die Politik Daladiers. „Im September 1939 ... gibt es bei den Bauern keinen Pazifismus mehr.“³⁷ Im „Syndicats paysans“ heißt es: „Selber friedlich, aber zum Krieg bereit, steht Frankreich in Waffen und wartet ab.“ Henri Dorgères gibt seinem Leitartikel vom 10. September die Überschrift: „Die Bauernschaft wird, wie auch 1914, im Krieg ihre Pflicht erfüllen. Sie wünscht bloß eines: gerecht behandelt zu werden.“

Die pazifistische Fraktion der sozialistischen Partei stellt sich hinter Paul Faure und Séverac sowie die Wochenzeitung „Syndicats“. Im März 1939, auf dem Kongreß von Nantes, geben die Pazifisten sich überzeugt, daß Deutschland Frankreich besiegen wird – warum also die Knechtschaft nicht auf dem Verhandlungsweg annehmen? Man würde zu dem gleichen Ergebnis kommen, aber zu geringeren Kosten. Dank eines Antrags, der die Positionen der Pazifisten und der Anhänger Blums, die Daladiers Außenpolitik unterstützen, Reynaud und Mandel, enger zueinander bringen möchte, endet der Kongreß von Nantes in Ungewißheit. Von da an wird die Partei sich bis zur Niederlage hinschleppen, gelähmt durch die Spaltung im Innern und besessen von dem Gedanken, zumindest nach außen hin ihre Einheit zu bewahren. Im November 1938, auf dem Kongreß der CGT, erhält Delmas' Antrag gegen den Krieg nur 28% der Stimmen der Mandatsträger. Hingegen bewahrt Delmas in der SNI die pazifistische Linie, obwohl der Einfluß des oppositionellen Wochenblattes „La Lumière“ wächst.

Warum wird der Pazifismus in Frage gestellt? Die einen ziehen ihn in Zweifel infolge der deutschen Bedrohung, die andern, weil sie glauben, eine Politik des nationalen Zusammenhalts gegen die äußere Gefahr sei das beste Mittel gegen die Volksfront. Zwar geben sich gewisse Pazifisten zwischen März und September 1939 noch immer

³⁶ Ebenda.

³⁷ Vgl. den Bericht von Isabel Boussard (wie Anm. 30).

der Illusion hin, man könne den Frieden retten. Dies trifft für Georges Bonnet zu, für einen Teil der Radikalen, für viele Sozialisten, für die „Action française“ und mehrere Organe der Presse. Aber der deutsch-sowjetische Vertrag und der deutsche Angriff auf Polen zeigen ihnen, wie eitel ihre Hoffnungen sind.

Die Besetzung Prags und der deutsch-sowjetische Vertrag führen die Nation enger zusammen: Diese beiden Ereignisse versetzen dem französischen Kommunismus, der nun wieder einmal pazifistisch wird, einen schweren Schlag; sie bringen die Mehrheit der Franzosen hinter der Vorstellung zusammen, daß der Krieg unvermeidbar sei³⁸. Paradoxiertweise macht es der deutsch-sowjetische Vertrag der Nation leichter, dem Krieg entgegenzusehen. Die Antikommunisten sind jetzt weniger geneigt, in Nazi-Deutschland ein Bollwerk gegen den Bolschewismus zu erblicken, da die beiden gemeinsame Sache machen. Und wer bisher dafür war, gegen Deutschland standhaft aufzutreten, den bezichtigt nun keiner mehr, er sei ein Handlanger Moskaus. Der Pazifismus der Rechten verliert den Boden unter den Füßen. Nicht anders ergeht es der Linken. Der deutsch-sowjetische Pakt bringt einige berufsmäßige Pazifisten, Sozialisten und Gewerkschafter wie René Belin dazu, keine pazifistischen Aktionen mehr zu unternehmen, weil sie sich von den Kommunisten abgrenzen wollen. Kein Mensch will mehr mit Kommunisten zusammen offen auftreten.

Im September 1939 steht nur noch eine winzige Minderheit hinter dem Pazifismus: namentlich auf der äußersten Rechten, wo faschistoide Tendenzen ein Sprachrohr in der Zeitung „Je suis partout“ finden, deren Schlagzeile am 1. September 1939 lautet: „Nieder mit dem Krieg, es lebe Frankreich!“, und auf der Linken die dogmatischen Pazifisten der SFIO, dazu die revolutionären Defätisten. Im September 1938 war der Pazifismus noch in der Mehrheit, regierungstreu und erklärtermaßen antikommunistisch, aber ein Jahr später ist er in der Minderheit, regierungsfeindlich, verpönt durch seine Kumpanei mit dem Kommunismus³⁹.

Angesichts des offensichtlich bevorstehenden Krieges schließt sich die Nation wieder zusammen. Die träge Masse der öffentlichen Meinung folgt der gleichen Richtung wie die organisierte Meinung. Die ersten Umfragen, die damals in Frankreich gemacht werden, zeigen die große Mobilisierung der Geister, eine wachsende Entschlossenheit und das Bewußtsein, unmittelbar vor einem Krieg zu stehen. Mehr als drei Viertel der Franzosen erklärt sich „bereit, für Danzig zu sterben“⁴⁰. Die Mobilisierung vollzieht sich ohne Proteste, reibungslos. Nur einige Intellektuelle veranstalten Kundgebungen, weil sie Zeugnis ablegen wollen für ihre Überzeugung: Louis Lecoin schreibt einen Aufruf, der den Titel trägt „Friede – sofort!“, er trägt die Unterschriften von Alain, Victor Marguerite, Marcel Déat, F. Challaye, Lecoin, Hagnauer, M. Pivert, Zoretti, Emery, Henri Jeanson, J. Giono. In Marseille reißt Giono

³⁸ Bericht von Crémieux-Brilhac (wie Anm. 35).

³⁹ J.P. Brunet, *La presse française et le pacte germano-soviétique*, in: *Relations Internationales* 2 (1974), S. 187–212; ferner G. Rossi-Landi, *Le pacifisme en France*, in: *Français et Britanniques* (wie Anm. 35).

⁴⁰ Vgl. den Bericht von Chantal Peyrefitte auf dem Colloquium Daladier (*La France et les Français*, wie Anm. 3).

Plakate herunter, die die Mobilmachung verkünden. Aber die Basis folgt ihnen nicht, nur vereinzelt berichten Polizei und Gerichtsakten Ende August und Anfang September von defätistischen Aktionen⁴¹. Die Pazifisten sind ohnmächtig. André Delmas zufolge dämpft die SNI, die zur Zeit der Münchener Konferenz so rührig war, ihre pazifistischen Aktivitäten, und zwar aus zwei Gründen: bestimmte Mitglieder werden eingezogen, und sie hat es mit einer Atmosphäre der nationalen Einheit zu tun. Marceau Pivert weigert sich, nach Frankreich zurückzukehren. Romain Rolland erklärt in einer Botschaft an Daladier seine Solidarität. Nach den Berichten der Landpolizei und der Präfekten überwiegt stumme Entschlossenheit. Das geläufigste Argument beruft sich auf die Notwendigkeit: „Es muß einfach ein Ende nehmen; das ist das dritte Mal, daß uns die Deutschen den Krieg erklären.“

In den ersten Kriegstagen sind die Pazifisten eine winzige Minderheit, niemand hört auf sie. Erst seit Anfang 1940 kündigt sich ein Prozeß der Demoralisierung an, schwillt an und läßt ein Klima entstehen, das dem Pazifismus, der Frankreich aus dem Krieg lösen möchte, wieder günstiger ist.

VI.

Der Pazifismus und die Sicherheit Frankreichs

Was sind die Folgen von zwanzig Jahren Pazifismus? Im Laufe der dreißiger Jahre erfährt der Pazifismus beträchtliche Veränderungen. 1939 stellt er, in der öffentlichen Meinung, für eine Politik der Standhaftigkeit gegenüber Deutschland kein unüberwindliches Hindernis mehr dar. Die Vorstellung, der Pazifismus sei überwunden, erscheint ganz deutlich in den Worten von Henri de Montherlant („L'Equinoxe de Septembre“), der am 24. September im Pariser Ostbahnhof in den Zug steigt. Er habe „Tausende von Männern mit Uniformmützen gesehen“, die vollkommen ruhig waren, „die sich aufmachten zu dem, was sie am meisten verabscheuen – die mit Frieden im Herzen in den Krieg reisen“. Was ihn zu dem Kommentar veranlaßte: „Das französische Volk hat zwanzig Jahre lang pazifistische Propaganda getrunken und verdaut – ohne jede Wirkung.“ Und weiter: „Man zeige mir einen einzigen unter uns, der nicht den Frieden liebte und der nicht, zu dieser Stunde, bereit wäre, einen Großteil dessen, was sein privates Glück ausmacht, zu opfern, wenn ihm das helfen würde, sein Leben mit Ehren zu behalten. Es geht nicht darum, daß man bekennt, man liebe den Frieden. Es geht darum, stark genug zu sein, damit man denen, die den Krieg wollen, den Frieden aufzwingen kann.“

Aber: „Frankreich war nach einem pazifistischen Mythos von zwanzigjähriger Dauer nicht imstande, von heute auf morgen die Anstrengungen auf sich zu nehmen, die man nun plötzlich von ihm verlangte.“ Hat der Pazifismus der französischen Sicherheit geschadet? Ist der Pazifismus, wie man behauptet hat, verantwortlich für die unzulängliche französische Verteidigungspolitik, die ihrerseits dazu beigetragen hat,

⁴¹ Bericht von Crémieux-Brilhac (wie Anm. 35).

die französische Außenpolitik zu lähmen, so daß sie auf die deutsche Aufrüstung und Hitlers Expansion starrte und nichts tat? Mehrere Einflüssebenen sind zu unterscheiden:

Erste Ebene: Der Pazifismus sei schuld an der französischen Defensivstrategie und an der Maginot-Linie. Nach Oberst Minart „machte die Abrüstungsbewegung das Land glauben, es sei möglich, daß wir unseren Willen bekunden, unser eigenes Territorium zu verteidigen, und zwar durch die Errichtung der Maginot-Linie; es sei möglich, . . . Regimenter durch Beton zu ersetzen“. In Wirklichkeit hat aber nicht die öffentliche Meinung dem Land diese Defensivstrategie und den Mythos der Maginot-Linie aufgezwungen, sie sind die Folgen von Entscheidungen, die der Generalstab traf. Der französische Generalstab hat aus dem Weltkrieg bestimmte Lehren gezogen, die er für paradigmatisch hielt. Der Stellungskrieg im Schützengraben erschien ihm als die letztendliche Form des Kampfes. Im nächsten Krieg sei die Verteidigung die Königin. Von daher rührt die Idee – Marschall Pétain unterstützte sie –, Befestigungsanlagen zu errichten, welche die Unverletzlichkeit des Territoriums garantierten⁴². Aber die Errichtung einer befestigten Linie bedeutet nicht unbedingt, daß man in der Defensive bleibt. Man kann sie auch zur Ausgangsstellung einer anderen Strategie machen. Jedoch verführt ein Verteidigungswall dazu, defensiv zu bleiben. Wenn man, mit Pétain, das Dogma von der Unverletzlichkeit des eigenen Territoriums anerkennt, dann gibt man die Vorstellung auf, Frankreich werde sich am Rhein verteidigen. Wenn man zu hohen Kosten Verteidigungsanlagen errichtet, dann entscheidet man sich damit für eine Strategie der Abschreckung, die zu Lasten einer beweglichen Interventionsstreitmacht geht. Man macht die öffentliche Meinung glauben, die Sicherheit des Landes sei damit automatisch gewährleistet, und lähmt so jede weitere Anstrengung – und natürlich trifft dies erst recht zu in einer Zeit der reduzierten Staatsausgaben. Infolge dieser Strategie wird die Maginot-Linie zum einzigen Schutzschild der Nation. Als ihre Errichtung beschlossene Sache ist, wird sie für die französische Außenpolitik zum Argument, nachgiebiger zu werden⁴³. Nicht die Politik ist die Ursache! Dennoch hat General Tournoux den Zusammenhang zwischen militärischem Kommandoträger und politischer Exekutive, zwischen Exekutive und Parlament, und zwischen Parlament und der Nation vorzüglich dargestellt. Wie sagt Marc Bloch: „In einer Nation ist niemals eine Berufskörperschaft allein verantwortlich für ihre Handlungen. . . . Die Generalstäbe setzten die Werkzeuge ein, die ihnen das Land zur Verfügung stellte. Sie agierten in einem geistigen Klima, das nicht sie al-

⁴² Général Tournoux, Haut-Commandement, Gouvernement et Défense des frontières, Paris 1960.

⁴³ Der Präsident der Republik Frankreich, Gaston Doumergue, kommt auf einer Sitzung des Sicherheitsrates im Dezember 1926 darauf zu sprechen, wo es darum geht, die im Gang befindlichen Festungsarbeiten zu beschleunigen. Er sagt: „Man sagt uns nach, wir hätten unsere Grenze im Nordosten deswegen noch nicht befestigt, weil wir unsere Kräfte auf die Rheinlinie konzentrieren wollen. Wenn wir beginnen, unsere Verteidigungsanlagen aufzubauen, werden wir die Argumente zerfetzen, die man gegen uns ins Feld führt.“ Zu dieser Beziehung zwischen Außen- und Militärpolitik vgl. meine Habilitation *Sécurité d'abord* (wie Anm. 1).

lein hervorgebracht hatten.⁴⁴ Mit dieser Strategie war Frankreich im militärischen Bereich ohnmächtig, wie es die Remilitarisierung des Rheinlandes durch die deutsche Wehrmacht bewiesen hat.

Natürlich wäre eine andere Politik möglich gewesen. Die Thesen Charles de Gaulles bezüglich eines Berufsheeres und einer Panzerwaffe stehen in enger Verbindung zum pazifistischen Klima und zur Abrüstung. 1934 erscheint die erste Fassung seiner Schrift „Vers l'armée de métier“, in der er sehr richtig sagt: „Wo eine schlagkräftige Armee wacht, sind die Hirngespinnste der Politik ziemlich ungefährlich.“ Aber das sind die provozierenden Worte eines Außenseiters, daher wird seine Doktrin von den Sozialisten, die darin den Beginn einer Offensivstrategie und eine mögliche Bedrohung für das eigene Volk sehen, genauso verworfen wie von den offiziellen militärischen Kreisen, die fürchten, diese Strategie breche die Armee entzwei (Marschall Pétain, die Generale Debeney, Cuillaumat, Weygand)⁴⁵. Während der Debatten in der Deputiertenkammer über die Militärpolitik, am 15. März 1935, greift Léon Blum die zweijährige Dienstpflicht und das Berufsheer an und beschuldigt den Generalstab, er bereite strategische Angriffspläne vor. Aber der Kriegsminister, General Martin, weist jeden Gedanken daran zurück: „Wie kann man glauben, wir träumten noch von der Offensive, wo wir doch Milliarden für einen Verteidigungswall ausgegeben haben? Hält man uns für so wahnsinnig, daß wir vor diese Barriere hinaustreten und uns auf irgendwelche Abenteuer einlassen?“

Zweite Ebene: Der Pazifismus soll eine noch schädlichere Wirkung gehabt haben, da er (1) die allgemeine Abrüstung zum Leitmotiv der Zwischenkriegszeit machte, (2) den Eindruck erweckte, nur die Abrüstung werde zum Frieden führen, und (3) Frankreich gerade in dem Augenblick zur Abrüstung trieb, als Hitler die Macht ergriffen hatte und Deutschland aufzurüsten begann. Mit den Worten Minars: „Die Verwirrung, in die die Abrüstung unsere Streitkräfte gestürzt hat, hat uns daran gehindert, eine Armee aufzustellen, die in der Lage gewesen wäre, für die Respektierung der internationalen Ordnung zu sorgen.“

Erster Punkt: In Wirklichkeit ist die Abrüstung die weltbewegende Frage dieser Epoche überhaupt. Sie ist von höchster Aktualität. Sie spielt nicht nur im politischen Leben Frankreichs, sondern auch im internationalen Rahmen eine große Rolle. Die Abrüstung der Seestreitkräfte ist leichter zu realisieren. Die großen Seemächte kommen auf den Konferenzen von Washington (1921/22) und London (1930) überein, dem ruinösen Rüstungswettlauf ein Ende zu machen, indem sie ihre Überlegenheit zur See auf einem niedrigeren Niveau einfrieren. Die Abrüstung der Landstreitkräfte hingegen tritt auf der Stelle. Vor dem Zusammentritt der Genfer Abrüstungskonferenz (Februar 1932–1934) kommt es zu endlosen Diskussionen; die Konferenz selbst scheitert schließlich⁴⁶. Die Gesamtergebnisse sind also äußerst bescheiden, läßt man

⁴⁴ Marc Bloch (wie Anm. 3), S. 145.

⁴⁵ Zu dieser Diskussion vgl. die ausgezeichnete Darstellung von Mysyrowicz (wie Anm. 16), S. 245–268.

⁴⁶ Vgl. Sécurité d'abord (wie Anm. 1).

die Abrüstung zur See und die Bestimmungen über biologische und chemische Waffen außer acht. Dennoch entschließen sich einige skandinavische Länder dazu, einseitig abzurüsten. Großbritannien erlebt eine Woge des Pazifismus, der religiöse Züge trägt⁴⁷: „Appeasement“ ist keine französische Vokabel. Frankreich gilt sogar als eine militaristische Nation, die über Sicherheit nicht mit sich reden läßt und sich weigert, abzurüsten.

Zweiter Punkt: Frankreich ist – von der Sowjetunion abgesehen – die größte militärische Landmacht der Erde, daher ist es die wichtigste Zielscheibe aller Anwälte der Abrüstung:

– In internationaler Hinsicht. Daß die entwaffneten Deutschen die französische Rüstung angreifen, versteht sich von selbst; aber auf die Franzosen konzentrieren sich vor allem auch englische und amerikanische Abrüstungsvorschläge, die sich gegenseitig an Einfallsreichtum übertreffen, wie man Frankreich beim Abrüsten helfen könnte, und die auf Frankreich Druck ausüben, endlich abzurüsten. Daher rühren die enttäuschten Bemerkungen in Herriots Zeitung: „Die Amerikaner verschenken gerne das, was anderen gehört“, und „die Engländer sind geriebene Evangelisten“.

– In nationaler Hinsicht. Mitten während der Abrüstungskonferenz finden die Wahlen von 1932 statt. Diese Wahlen geben Radikalen, Sozialisten und Kommunisten Gelegenheit, die Politik der Regierung Tardieu zu kritisieren. Mehrheitlich verlangen sie einen beträchtlichen Abbau der französischen Waffen: Verminderung des Verteidigungshaushaltes, Verkürzung der Militärdienstdauer auf sechs Monate. Ein radikalsozialistischer Abgeordneter von der Charente fordert, Frankreich solle anderen Nationen ein Beispiel geben und sich entschlossen für eine Politik der Abrüstung einsetzen, „indem es unverzüglich sämtliche unnützen Elemente von Armee, Marine und Luftwaffe sowie alle Pöstchen und alle militärischen Pfründen abschafft“. Léon Blum übt auf die Regierungen Herriot und Daladier Druck aus, damit sie in Genf wenigstens eine Geste machen; er kritisiert Herriot, von Sicherheit zu sprechen, „denn Sicherheit heißt, daß man nicht abrüstet“⁴⁸. Vincent Auriol hat eine Lösung anzubieten, welche die finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen vermag: „Die Zahl der Beamten vermindern, niemals! Die Sozialausgaben senken, niemals! Unser Heilmittel heißt abrüsten. Abrüsten, abrüsten, immer weiter abrüsten!“

Die Abrüstungskonferenz zeitigt für die französische Sicherheit unmittelbare Folgen. Nehmen wir drei Beispiele: die Panzerwaffe, die Luftfahrt und den Militärhaushalt.

Die Panzer: „Ob die Konferenz die Rüstung gelähmt hat, beantworte ich mit einem klaren Ja, namentlich was die Herstellung von Panzern anlangt“, sagt der Rüstungsindustrielle Bloch-Dassault. „In Genf hat man lange genug darüber diskutiert und wußte, wie schwer die Panzer sein würden. Bei den vorausgehenden Diskussionen . . . konnte man leicht sagen: Wollen wir für diese Panzer nicht zuviel Geld ausgeben, wir wissen nicht, ob wir sie behalten werden.“ Diese erregten Debatten haben

⁴⁷ Martin Ceadel, *Pacifism in Britain 1919–1939*, Oxford 1980.

⁴⁸ *Securité d'abord* (wie Anm. 1).

zweifelloos zu einem gewissen technologischen Attentismus beigetragen. Wozu soll es gut sein, mit der serienmäßigen Herstellung von schweren Panzern zu beginnen, wenn man weiß, daß sie als Angriffswaffen eingestuft werden und der qualitativen Abrüstung daher ein Dorn im Auge sind? Aber es ist nicht einzig und allein die Schuld dieser Diskussion um die Abrüstung, daß die Entwicklung der Panzerwaffe plötzlich abgebrochen wird.

Die Luftfahrt: In diesem Bereich ist die Wirkung der Abrüstungsdiskussion noch viel direkter. Selbst die französischen Politiker kritisieren die Bombardierung aus der Luft und bezeichnen den Bomber als einen Waffentyp, den man verbieten sollte⁴⁹. Natürlich sind auch der Entwicklung der Luftfahrt Grenzen gesetzt. Dem Generalstab der Luftstreitkräfte wird die Benennung „Bomberflotte“ untersagt.

Im Anschluß daran sind zwei Feststellungen zu machen: Nicht nur die Abrüstungsfreunde nehmen die Bomber aufs Korn. Nach der Auffassung des Heeres muß die Fliegerei die Strategie des Heeres unterstützen. Sie muß dem Kommando der Bodentruppen unterstehen und mit ihnen zusammenarbeiten. Das Oberkommando der Bodentruppen war vollauf bereit, die Rüstungsbeschränkungen zu akzeptieren – vorausgesetzt sie bezogen sich auf die Luftwaffe. „Die Bomber müssen von den Abrüstungsbestimmungen betroffen werden“, erklärte General Gamelin. Denn, so sagt er: „Wenn man die Bombardierung aus der Luft einstellt, bleibt dies ohne Folgen für die Operationen zu Lande und zu Wasser . . . Im übrigen kann man nicht zugleich zu Land, zu Wasser und in der Luft gewappnet sein, man muß also irgendwo Abstriche machen.“ Andererseits wird die Entwicklung der militärischen Luftfahrt keineswegs so sehr behindert: Nach dem als „Plan I“ bezeichneten Rüstungsplan von Pierre Cot sah der Generalstab der französischen Luftwaffe immerhin 1023 Maschinen vor, darunter 471 Bomber. Jedoch ist das Ergebnis dieser geheimen Verhandlungen zwischen den Generalstäben der schlimmste aller möglichen Kompromisse: Man einigt sich auf den Bau eines Flugzeugs, das eine Mischung aus Bomber, Jagdflieger und Aufklärungsflugzeug ist. Von der Warte des Technikers her betrachtet, ist diese Lösung fragwürdig, denn sie läuft auf eine Maschine hinaus, die angeblich mehrere Dinge kann, aber in jedem Bereich von Spezialflugzeugen übertroffen wird.

Die Verteidigungsausgaben: Der Vorwurf lautet ja, die Entwicklung der Armee habe zur Zeit der Abrüstungskonferenz einen Rückschlag erlitten. Wenn man sich die tatsächlich getätigten Ausgaben ansieht, stellt man fest, daß der Anteil der Verteidigungskosten am Gesamthaushalt zwischen 1930 und 1936 beträchtlich abnimmt. Selbst wenn man in konstanten Franc rechnet (also den Deflationsfaktor berücksichtigt), fallen die Ausgaben für Verteidigungszwecke innerhalb von zwei Jahren (1934 bis 1936) um 22%. Der Knick nach unten ist ganz deutlich. Der Bau neuen Kriegsgüter und die Investitionen für Waffen im Bereich Luftfahrt sind von diesen Kürzungen am meisten betroffen. Ist aber an diesen Streichungen die Abrüstungspolitik schuld? Nein, sie sind eine Folge der Deflationspolitik; alle Regierungen, die zwischen Juni

⁴⁹ Diese Entwicklung wird dargestellt in meinem Aufsatz „Le procès de l'aviation de bombardement“, in: *Revue Historique des Armées* 2 (1977), S. 41–61.

1932 und 1935 an der Macht sind, folgen dieser Politik, wo es um öffentliche Ausgaben geht, und zwar völlig unabhängig davon, welcher politischen Couleur diese Regierungen angehören. Beweis: Auch das Kabinett Doumergue, dessen Kriegsminister Marschall Pétain heißt, senkt die Ausgaben für militärische wie für zivile Zwecke.

Dies sei noch hinzugefügt: Abrüstung führt nicht unbedingt zu einer Gefährdung der nationalen Sicherheit, selbst wenn sie konkrete Gestalt annimmt. Die Waffengattung, die zwischen den beiden Kriegen in Frankreich die größten Fortschritte machte, war die Marine, und sie machte ihre Fortschritte innerhalb der Rüstungsbeschränkungen, welche ihr die Konferenzen von Washington und London auferlegten.

Dritte Ebene: Daß Frankreich den Zweiten Weltkrieg verloren hat, daß die französische Armee die Sicherheit des Landes nicht gewährleisten konnte, sei die Schuld der Volksfront. Die stürmische Sozialpolitik des Jahres 1936 erkläre, zusammen mit dem Pazifismus der Linken, die materielle und moralische Unterlegenheit Frankreichs zum Zeitpunkt der französisch-deutschen Konfrontation⁵⁰. Hat das allgemeine Freudenfest des Sommers 1936, das unter der Parole Brot-Friede-Freiheit stand, nicht die Volkswirtschaft auf den Kopf gestellt und das Land seiner Sicherheit beraubt? Schließlich hat die Volksfront die Löhne erhöht, die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt, große Freizeitaktivitäten entfaltet und ein öffentliches Arbeitsprogramm in Höhe von 20 Millionen Franc geplant, während das Dritte Reich mit Ordnung und mit Disziplin aufrüstete. „Man versteht, daß ein Frankreich, das sorglos und pazifistisch war, gegenüber einem arbeitsamen und gefährlichen Deutschland nur einen Sommer lang tanzen konnte.“

Die Volksfront ist, soviel ist richtig, als erste dafür verantwortlich, daß sie für den Mythos von der Sorglosigkeit gegenüber der äußeren Gefahr gescholten wird. Zu Beginn der dreißiger Jahre hat Léon Blum die von Hitler ausgehende Gefahr völlig unterschätzt. Er verfolgt die Abrüstung selbst dann noch weiter, als Hitler bereits an der Macht ist, ja sogar vor allem deswegen, weil er nun an der Macht ist. Bis zum Frühjahr 1935 stimmen Sozialisten gegen den Militärhaushalt. Die einen machen die Abrüstung zu ihrem Dogma, die andern den revolutionären Defätismus. Die Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht durch Hitler, am 16. März 1935, sowie die Erklärungen Stalins gegenüber Laval, im Mai 1935, modifizieren diese Einstellung nur wenig. Aber das Wahlprogramm des Rassemblement Populaire beschwört den unermüdlichen Einsatz, damit man von einem Zustand des bewaffneten Friedens den Weg findet zu einem unbewaffneten Frieden; es empfiehlt, die Rüstungsindustrien zu verstaatlichen, um den Einfluß der Waffenschacherer auszuschalten, und macht die Worte „Brot, Friede, Freiheit“ zu seinem Slogan. Als die Volksfront an die Regierung kommt, scheint die Landesverteidigung für sie keinen Vorrang einzunehmen. Nach Statistiken zu urteilen, stagniert zwischen 1936 und 1938 die Waffenproduktion; erst 1939, nach dem Abtreten der Volksfront, beginnt sie wieder zu steigen.

⁵⁰ Bezüglich dieser Entwicklung folge ich dem Aufsatz von R. Frank, *Le Front Populaire a-t-il perdu la guerre?*, in: *L'Histoire* 58, S. 58–66; vgl. auch sein Werk *Le prix du réarmement français 1935–1939*, Paris 1982.

Indes unternimmt die pazifistische Linke seit September 1936 eine militärische Anstrengung, die sie bis kurz zuvor noch verurteilt hatte: Sie schlägt ein auf vier Jahre angelegtes Programm vor, das am 7. September 1936 angenommen wird. Der Generalstab hat neun Milliarden Franc verlangt; die Regierung Blum bewilligt vierzehn Milliarden und startet den „Plan II“, die Aufrüstung der Luftwaffe (1500 Kampfflugzeuge).

Hat die Volksfront deswegen ihre Ideologie aufgegeben? Nein, der Geist hinter diesen militärischen Anstrengungen ist der gleiche wie der, mit dem Paul Colin Plakate drucken läßt, in denen er dazu aufruft, eine Anleihe für die Verteidigung des Landes zu zeichnen. Frankreich rüstet nicht auf, um Krieg zu machen, sondern um den Frieden zu retten, um – hinter einem soliden Schild aus Stahl – sein Brot, seine Fabriken und seine Freiheit zu schützen. Eine Aufrüstung, die dem Frieden zugute kommt, das ist die große Hoffnung der ersten Regierung Blum. Sein zweites Kabinett (seit März 1938) hegt diese Hoffnung nicht mehr; es beschließt weitere Erhöhungen des Militärhaushalts, namentlich zugunsten der Luftwaffe.

So werden zwar Milliardenbeträge investiert, aber die Produktion hält nicht Schritt. Dafür gibt es zwei Gründe: Da ist zuerst der Umstand, daß die Arbeitszeit jählings auf 40 Wochenstunden verkürzt wird, und zweitens die Tatsache, daß die Industrieanlagen, die zur Verfügung stehen, für die Lufrüstung wenig taugen. Man bleibt in den Anfängen stecken, verzettelt die Kräfte der Konstrukteure; die Werkstätten sind noch 1937/38 vollauf damit beschäftigt – daran ist „Plan I“ schuld –, Flugzeuge herzustellen, die zwar bereits überholt sind, aber dem Geschmack des Generalstabs entsprechen. Kurzum, Frankreich hat zu spät begonnen, seine Luftwaffe zu modernisieren. Die französische Fliegerei versuchte den großen Umschwung – aber ihre Flugzeuge wären erst 1941 einsatzbereit gewesen. Die Gelder kamen zu spät, die Rüstungspläne waren allzu ängstlich, die Industrie war schlecht ausgestattet⁵¹ – es gibt viele Gründe, welche die Unzulänglichkeit der französischen Luftwaffe des Jahres 1940 erklären, man braucht nicht einmal auf die Strategie des Waffeneinsatzes zu sprechen zu kommen.

Bei den Tanks war die Produktion letzten Endes sogar ausreichend: Deutschland vermochte im Mai 1940 an seiner Westfront nicht mehr Panzer zusammenzuziehen, als Frankreich besaß. Aber gegen die dreitausend deutschen Tanks, die sich auf Schwerpunkte an der Front konzentrierten, waren die dreitausend französischen, die sich vom Ärmelkanal im Norden bis zur Schweizer Grenze verteilten, ein Nichts; dies führte zu Diskussionen, wie diese Waffe einzusetzen sei. Verantwortlich dafür war der Generalstab. Es wäre aber unsinnig, an dieser Stelle dem Generalstab vorzuwerfen, daß er es war, der den Panzerdivisionen energischen Widerstand entgegengestellt hatte. Man versuchte eben, aus dem Ersten Weltkrieg Lehren zu ziehen, vor allem aus den berühmten Tankangriffen am Chemin des Dames im April 1917, und Oberst Perré zog 1936 die Schlußfolgerung: „Diese Lektion des Krieges von 14–18 muß für den Einsatz von Tanks ein unanfechtbares Dogma sein; sie ist eine der

⁵¹ Siehe Anm. 36.

Grundideen unserer Strategie geblieben. Heute stellen einige Geister, die sich von Strategien verführen lassen, die fremden Armeen nützen, welche vom technischen Fortschritt der Tankwaffe begeisterter sind als wir, dieses Dogma in Frage. Sei's drum, solange es uns nur gestattet ist, daran festzuhalten, daß die französischen Panzer zusammen mit anderen Waffen, vor allem mit der Infanterie, eingesetzt werden und weiterhin eine schützende Funktion haben.“ Im übrigen haben sich nicht nur die Generalstäbe geweigert, die Strategie de Gaulles in Betracht zu ziehen. Auch die Politiker, allen voran Daladier und Blum, konnten oder wollten sich nicht für sie erwärmen.

Der Pazifismus hat ohne jeden Zweifel der Sicherheit Frankreichs geschadet. Trotzdem ist es angebracht, für die dreißiger Jahre seine Reichweite und seinen Einfluß genauer zu bestimmen. Setzte der Pazifismus zunächst in einigen Situationen einer Politik der festen Hand ein unüberwindliches Hindernis entgegen, so war er 1939 doch selber überwunden: gerade in dem Moment, als Frankreich in den Krieg eintrat, aber zu spät, als daß seine Folgen noch zu überwinden gewesen wären. Der Pazifismus brachte Friedfertigkeit des Geistes mit offensiver Strategie durcheinander. Es war ein tödlicher Irrtum zu glauben, man müsse auf jede Angriffswaffe verzichten, nur um wahrhaft friedfertig zu sein. Der Pazifismus hat also nicht, wie man gemeinhin glaubt, Frankreich seiner Landesverteidigung beraubt; er hat dem Land vielmehr eine bestimmte Strategie entzogen. Hier bestätigt sich, daß es für eine große Nation keine Sicherheit gibt, wenn man sie zu knapp bemißt. Sieht man ab von den Idealisten, den Gutgläubigen und jenen anderen, die sich ganz offen auf die Niederlage einstellten, so ist zu konstatieren, daß man sich in Frankreich über „Sicherheit zuerst“ einig war, denn Frankreich stellte, seitdem es Elsaß-Lothringen zurückerobert hatte, eine saturierte Nation dar, die keine weitreichenden eigenen Pläne hatte. Frankreich machte es zu seinem Anliegen, den Status quo zu erhalten, verwechselte aber die Sicherheit mit jenem instabilen Frieden, den ihm der Vertrag von Versailles beschert hatte.

Wenn Sicherheit, wie ein Wörterbuch definiert, die Ruhe des Geistes ist, welche dem Gedanken entspringt, daß es keine Gefahr zu fürchten gibt, dann lebte Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen nicht in Sicherheit. Gleichwohl widersetzte sich die öffentliche Meinung jeder Maßnahme, die Verteidigung des Landes zu stärken, sofern diese nicht einen rein defensiven Charakter hatte. Die Nation war erschöpft, seit dem Weltkrieg ihrer innersten Substanz beraubt, und träumte davon, sich allein durch rein abschreckende Maßnahmen – die im übrigen höchst lückenhaft waren – verteidigen zu können. Aber was nützt eine Strategie, die auf der Hoffnung beruht, es werde zu keinem Krieg kommen? Die Maginot-Linie wurde zu einem Symbol, weil sie die tiefe Hoffnung der französischen Nation auf Frieden verkörperte – auf einen Frieden allerdings, welcher der geringsten Anstrengung bedurfte⁵².

⁵² Zum französischen Pazifismus im 20. Jahrhundert vgl. auch den Aufsatz des Verf., *Le Passé insupportable, Les Pacifismes*, 1984, 1938, 1914, in: *Xème siècle*, Juli 1984, S. 27–39.

JAMES M. DIEHL

VON DER „VATERLANDSPARTEI“ ZUR „NATIONALEN REVOLUTION“: DIE „VEREINIGTEN VATERLÄNDISCHEN VERBÄNDE DEUTSCHLANDS (VVVD)“ 1922–1932

Als die Eliten des Deutschen Reiches im Herbst 1918 die Niederlage endlich eingestehen mußten, verfügten sie und das von ihnen repräsentierte System über keine ausreichende Machtbasis mehr. Der mit letzter Kraft unternommene Versuch, die Hauptnutznießer der konservativen sozialpolitischen Ordnung des Bismarckreiches in der Vaterlandspartei zu sammeln, erwies sich angesichts der Niederlage als letztlich erfolglos¹. Vier Jahre totaler Krieg und die damit einhergehenden Belastungen durch das kriegswirtschaftlich bedingte Aufgebot aller Kräfte hatten die schon in den florierenden Vorkriegsjahren brüchigen sozioökonomischen Fundamente konservativer politischer Zusammenarbeit unterhöhlt². Das Kaiserreich war in Mißkredit geraten, und selbst jene, die unter dem wilhelminischen Regiment privilegierte und gesicherte Positionen innegehabt hatten, waren nicht bereit, es zu verteidigen, als im November 1918 weitverbreitete Unzufriedenheit und Kriegsüberdruß in Revolution umschlugen: die führenden Schwerindustriellen wandten sich vom Kaiserreich ab und suchten sich mit der Sozialdemokratie zu verständigen, deren Führer, wie es nunmehr schien, in den neuen Nachkriegsverhältnissen eine wichtige Rolle spielen würden³; ehemals loyale Angehörige des Mittelstands, deren ökonomische Sicherheit durch die Kriegswirtschaft zerstört worden war, empörten sich gegen ein System, das sie ihrer Meinung nach betrogen hatte⁴; sogar die hartnäckigsten Monarchisten, die höheren Mili-

¹ Zur Vaterlandspartei siehe Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands*, Köln und Berlin 1970; ders., *Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 12 (1972).

² Die Versuche in der Vorkriegszeit, konservative antidemokratische und antisozialistische Elemente in einer gemeinsamen Front zu sammeln, im allgemeinen mit dem von Eckart Kehr entwickelten Begriff Sammlungspolitik bezeichnet, wurden in den genannten Werken von Dirk Stegmann ausführlich beschrieben. Als kritischen Blick auf die Sammlungspolitik vgl. Geoff Eley, *Sammlungspolitik. Social Imperialism and the Navy Law of 1898*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1/1974, und ders., *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change After Bismarck*, New Haven and London 1980.

³ Hierzu siehe Gerald D. Feldman, *German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Berlin 1970; ders., *Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923*, Princeton 1977.

⁴ Zu den sozioökonomischen Kriegslasten der deutschen Mittelschichten und der daraus resultierenden kurzfristigen Enttäuschung über das Kaiserreich siehe Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918*, in: *Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973, und ders., *The First World War and the „Mittelstand“: German Artisans and White-Collar Workers*, in: *Journal of Contemporary History* 8 (1973), sowie die früheren Arbeiten von Albrecht Mendelssohn-Barthol-

tärs und Beamten, ließen resigniert der anscheinend unaufhaltsamen Revolution ihren Lauf⁵.

Aber wenn auch die meisten Deutschen dem Kaiserreich ihre Loyalität entzogen, so übertrugen sie diese doch nicht auf die Republik, die ihm folgte. Als das „Traumland des Waffenstillstands“, wie Ernst Troeltsch sagte, im Sommer 1919 verschwand und die Deutschen sich gezwungenermaßen der harten Wirklichkeit von Niederlage und Revolution gegenüber sahen, wandten sich viele gegen die Republik, die in ihren Augen zur Ursache des deutschen wie ihres privaten Nachkriegselends geworden war⁶. Nach einem Jahr war die Unterstützung für die neue Republik, wie sie sich in den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 gezeigt hatte, geschwunden. In den Reichstagswahlen vom Juni 1920 verlor die Weimarer Koalition ihre Mehrheit, die sie nie wiedergewinnen sollte; das Bekenntnis zur Republik blieb künftig dürftig und passiv. Auch für die „Goldenen Zwanziger“, in der Mitte des Jahrzehnts, kann man mit Sicherheit behaupten, daß die Republik mehr Gegner als Anhänger hatte und daß der größere Teil der Republikfeinde rechts stand⁷.

Für die Konservativen des rechten Flügels war dieser Stand der Dinge eine Quelle sowohl der Freude wie der Verzweiflung. Obwohl sie sich damit trösten konnten, daß die meisten Deutschen entweder die Wiederherstellung der Monarchie oder wenig-

dy, *The War and German Society*, New Haven 1937, and Arthur Rosenberg, *Geschichte der deutschen Republik*, Karlsbad 1935.

⁵ Der anfänglich fehlende Widerstandsgeist bei Beamten und Offizieren des Kaiserreichs war nicht gleichbedeutend mit Anerkennung der neuen Ordnung, wie die Führer der Republik später zu ihrem Leidwesen erkennen mußten. Es liegt Ironie darin, daß nicht der aktive Versuch zu einer Konterrevolution, sondern dessen Ausbleiben sich als schädlicher für die Republik erwies, da die neuen Führer der Republik sich bezüglich der Verlässlichkeit der höheren Beamten des Kaiserreichs in Sicherheit wiegten und sie in Stellungen beließen, von denen aus sie später die Republik sabotieren konnten. Dazu Wolfgang Elben, *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919*, Düsseldorf 1965, und Ulrich Kluge, *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918–19*, Göttingen 1975.

⁶ Bis zum Sommer 1919 waren viele Deutsche, die sich später der konservativen Opposition anschlossen, für die Republik, in der Hoffnung, daß die Dinge sich in akzeptabler Weise entwickeln würden. Diese Hoffnungen platzten mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags im Juni 1919 und der Verkündung der Weimarer Verfassung im August. Von da an wurde es Ernst mit den Ausfällen der Konservativen gegen die Republik. Vgl. Klemens von Klemperer, *Germany's New Conservatism. Its History and Dilemma in the Twentieth Century*, Princeton 1957, S. 76 ff., und Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919–1920*, Düsseldorf 1967, S. 60 ff.

⁷ Von 1924 bis 1928 war die antirepublikanische Deutschnationale Volkspartei die zweitstärkste Fraktion im Reichstag. Obwohl die Deutsche Volkspartei unter Stresemanns Führung nach und nach einen prorepublikanischen Standpunkt einnahm, war die Loyalität vieler Mitglieder bestenfalls nominell, und nach Stresemanns Tod bewegte sich die Partei stetig nach rechts. Eine ähnliche Rechtsdrift spielte sich in der katholischen Zentrumspartei ab, die jedenfalls immer eine ambivalente Haltung gegenüber der Republik eingenommen hatte, sowie in der Deutschen Demokratischen Partei. Die zahlreichen kleinen Mittelstandsparteien, die in den mittleren Jahren der Republik entstanden, hatten ebenfalls eine ausgesprochen konservative, antirepublikanische Tendenz.

stens die Einsetzung einer eher autoritären, rechts von der Mitte stehenden Regierung begrüßen würden, wurden die Konservativen bei ihren Bemühungen, die nicht einmal schweigende Mehrheit wirkungsvoll für sich zu mobilisieren, dauernd enttäuscht. Anfängliche Hoffnungen auf die Bildung einer einzigen bürgerlichen Partei scheiterten an weltanschaulichen und personellen Differenzen, die sich schließlich in der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) niederschlugen⁸. Die Rechte, unterteilt in DNVP, DVP und ein paar Splitterparteien, blieb im ersten halben Jahrzehnt der Republik politisch machtlos. Der verzweifelte Versuch Wolfgang Kapps und des Generals Walther Freiherr von Lüttwitz, im März 1920 das Parlament auszuschalten und die Verhältnisse gewaltsam zu ändern, brach wegen ungenügender Planung und mangelnder Unterstützung in sich zusammen. Auch wenn der Kapp-Putsch, im Hinblick auf seine Nachwirkung, mehr zur Schwächung als zur Stärkung der Republik beitrug, da er die Angst des Mittelstands vor der Linken wieder anfachte und die Anhänger der Republik entzweite⁹, spaltete weiterhin sektiererisches Gezänk die rechts stehenden Widersacher der Republik und hinderte sie daran, von den wachsenden Schwierigkeiten des Staates zu profitieren. 1922, als galoppierende Inflation, zunehmender politischer Terror und fortgesetzte Demütigungen in der Außenpolitik immer mehr Angehörige des Mittelstands der Rechten zutrieben, tauchte eine neue Gruppierung auf: auf dem jährlichen Parteitag der DNVP im Oktober separierte sich der völkische Flügel und bildete eine eigene Partei, die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP)¹⁰.

Dieses neue Zeugnis der Zersplitterung ließ, verbunden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutz der Republik, das wenigstens ursprünglich gegen rechtsstehende Gegner der Republik gerichtet war, die Forderung nach einer gemeinsamen Rechtsfront wieder aufleben¹¹. Daraus ergab sich die Formierung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD), einer Organisation, die die zerstreuten Kräfte der antirepublikanischen Rechten sammeln und steuern sollte.

⁸ Zur Entstehung dieser Parteien, ihren Differenzen und ihrer inneren Gliederung siehe Lothar Albertin, *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei*, Düsseldorf 1972; Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956; Lewis Hertzman, *DNVP: Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918–1924*, Lincoln, Neb., 1963.

⁹ Zum Scheitern des Kapp-Putsches siehe Erger, Kap. 4.

¹⁰ Hierzu Liebe, S. 61–73, und Hertzman, Kap. 5.

¹¹ Die Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz der Republik im Juli 1922 entfesselte einen Sturm hysterischer Empörung auf der Rechten, wobei geflissentlich übersehen wurde, daß gerade die Aktivitäten von Rechtsextremisten das Gesetz initiiert hatten. Tatsächlich wurde das Gesetz von der Regierung mehr aus Angst vor einer zweiten Revolution zorniger Linker als aus dem Wunsch, Rechtsradikale in Schach zu halten, mit Widerstreben durchgebracht. Zum Gesetz und den politischen Manövern bis zu seiner Verabschiedung siehe Gouthard Janser, *Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930*. Tübingen 1963, bes. S. 56–92.

I.

Die VVVD wurde offiziell am 20. Januar 1923 gegründet, als sich Delegierte der beteiligten Organisationen in Berlin trafen, um ihre erste Generalversammlung abzuhalten und Funktionäre zu wählen¹². Die grundlegenden organisatorischen Vorbereitungen waren jedoch schon während des vergangenen Jahres getroffen worden. In Bayern, wo das Gesetz zum Schutz der Republik durch eine Sonderverordnung ersetzt wurde, hatten sich rechte Gruppen im September 1922 zu einer Koalition, Vereinigte Vaterländische Verbände Bayerns (VVVB), zusammengeschlossen¹³. Erfolge auf regionaler Ebene intensivierten die Bemühungen zur Schaffung eines nationalen Pendant, und diesbezügliche Verhandlungen wurden im Dezember mit der Gründung der VVVD erfolgreich abgeschlossen. Organisatorisch gesehen, entstand die VVVD durch die Fusion dreier bereits existierender Zusammenschlüsse nationalistischer Verbindungen: der Zentralstelle vaterländischer Verbände, der Arbeitsgemeinschaft für vaterländische Aufklärung und der Nationalen Einheitsfront. Die Zentralstelle war im September 1917 von Admiral Friedrich Graf von Baudissin und Professor Dietrich Schäfer gebildet worden und bestand aus über fünfzig Einzelorganisationen. Die Arbeitsgemeinschaft unter der Führung von Professor Max Görke umfaßte über zwanzig Organisationen, deren Hauptanliegen die Bekämpfung der „Kriegsschuldlüge“ war. Die Nationale Einheitsfront, die annähernd 100 000 Mitglieder hatte, war ein Ableger des 1919 gegründeten Volksbundes gegen den Bolschewismus¹⁴.

Die VVVD etablierte sich bald als zentrale Dachorganisation für die Vielzahl rechtsgerichteter patriotischer Organisationen, die die politische Landschaft der Weimarer Republik bevölkerten. Obgleich sie ein Produkt der Nachkriegszeit war, reichten ihre Wurzeln unverkennbar ins Kaiserreich zurück. In personeller, organisatorischer und politischer Hinsicht läuft eine klare Linie von den rechtsradikalen Massenorganisationen der neunziger Jahre über die Vaterlandspartei bis zur VVVD, und diese Linie bestimmte ihren politischen Charakter. Sie war monarchistisch, reaktionär

¹² Kurt Finker, „Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922–1933/34“, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. v. Dieter Fricke u. a., Leipzig 1970, Bd. II, S. 745.

¹³ Zu Einzelheiten des Aufbaus der VVVD siehe einen Artikel der Münchner-Augsburger Abendzeitung, abgedr. in: Ernst Deuerlein, Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 58 Anm. 54.

¹⁴ Zu Entstehung und Aufbau der VVVD siehe Finker, S. 745, sowie Lagebericht v. 12. Dezember 1922 des Preussischen Staatskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Staatsarchiv Bremen (künftig zit.: BSA), Aktenbestand 4, 65 II E 4, 831/155, und den entsprechenden Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Nr. 82, 16. Dezember 1922. Die letztgenannten Berichte (künftig zit.: RKO mit Nummer und Datum) sind auf verschiedene westdeutsche Archive verteilt. Das Bundesarchiv in Koblenz hat eine vollständige Ausgabe der Berichte des Reichskommissars erarbeitet, die nunmehr auf Mikrofilme eingesehen werden können.

und völkisch, allerdings mehr der Vorkriegszeit entsprechend als im nationalsozialistischen Sinne¹⁵.

Die VVVD wurde anfangs von einem Präsidium aus Führern der drei Gründerorganisationen geleitet, aber die treibende Kraft hinter der neuen Bewegung war eindeutig der Leiter der Zentralstelle, Fritz Geisler. Geisler, ein Reichstagsabgeordneter der DVP (später DNVP), war seit langem für die konservative Sache engagiert und besonders an Versuchen beteiligt, der Sozialdemokratie Arbeiter abzuwerben. Als ehemaliger Maschinenschlosser hatte er sich vor dem Krieg im Bund Deutscher Werkvereine, einer gelben Gewerkschaft, aktiv betätigt und 1919 die Leitung des Nationalverbands Deutscher Gewerkschaften übernommen, der 1921 in Nationalverband Deutscher Berufsverbände (NDB) umbenannt wurde¹⁶. Mit nahezu 300 000 Mitgliedern war der NDB die repräsentativste Organisation der gelben Gewerkschaften in der Nachkriegszeit. Geislers Einfluß im NDB und die Präsidentschaft im Zentralverband verschafften ihm eine starke politische Stellung, die es ihm erlaubte, wenigstens zu Anfang die dominierende Rolle in der VVVD zu spielen. Im Jahr 1923 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit Geislers und der VVVD – wie die der meisten Deutschen – auf den Ruhrkampf: Die Besetzung von Deutschlands wichtigstem Industriegebiet am 11. Januar, die in allen Schichten der Bevölkerung eine Aufwallung nationaler Gefühle provozierte, eröffnete ein willkommenes und weites Schlachtfeld für den neuen, selbsternannten Wachhund der deutschen nationalen Interessen. Die VVVD stürzte sich in einen Wirbel von Aktivitäten, hielt Versammlungen ab, erließ Resolutionen und inszenierte Demonstrationen. Obwohl die Propaganda der VVVD im allgemeinen die übliche Haltung der Rechten in dieser Zeit widerspiegelte, samt der Mahnung zur Einigkeit und dem Ruf nach einer autoritären Regierung, trug sie doch auch den Stempel ihres Führers Geisler. Die Sendung der

¹⁵ Zur Liste der Organisationen und einigen der mit der VVVD verbundenen Persönlichkeiten Finker, S. 743–746. Die Verbindung zu Kriegs- und Vorkriegsorganisationen wie dem Alldutschen Verband und der Vaterlandspartei war für die Zeitgenossen offensichtlich und wurde von den Führern der VVVD auch offen zugegeben. Siehe beispielsweise das Berliner Tageblatt v. 30. Oktober 1925 und den Bericht „Ein Jahr Vereinigte vaterländische Verbände“ v. 26. Januar 1924, von dem sich ein Exemplar im Nachlaß Escherich (künftig zit.: NE) befindet, Bayerisches Hauptstaatsarchiv IV (Kriegsarchiv), München, Bund 10/2. Zu den Unterschieden zwischen den völkischen Bewegungen der Vorkriegs- und Nachkriegszeit siehe Anm. 63.

¹⁶ Der Bund deutscher Werkvereine wurde 1910 in Magdeburg gegründet und vereinigte sich im selben Jahr mit dem Bund vaterländischer Arbeitervereine, einem Mitglied der gelben Gewerkschaften unter Vorsitz des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie im Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands. Der Hauptausschuß hatte sich aktiv an der von Schwerindustrie und Agrariern gelenkten Sammlungsbewegung der Vorkriegszeit und im Krieg an den Versuchen von Alld deutschem Verband und Vaterlandspartei, Arbeiter für einen Annexionsfrieden zu gewinnen, beteiligt. Nach dem Krieg schloß er sich dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften an. Zu Einzelheiten über diese Organisationen siehe die entsprechenden Beiträge in: Die bürgerlichen Parteien. Zur ausführlichen Darstellung der Umstände konservativer Versuche, durch solche Organisationen Arbeiterstimmen zu gewinnen, siehe Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation, und Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Außenpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914, Düsseldorf 1974.

VVVD, der sie sich während des Ruhrkampfes verschrieb, bestand in der „Erhaltung und Stärkung des Widerstandswillens des deutschen Volkes und seiner Regierung sowie in schärfster Beobachtung und Abwehr aller Anzeichen von Defätismus in dem uns aufgezwungenen Kampf“¹⁷. Es zeigte sich jedoch sehr bald, daß „alle Anzeichen von Defätismus“ den Sozialdemokraten und ihren Gewerkschaften in die Schuhe geschoben wurden. Bei einem Treffen im Februar 1923 klagte Geisler, daß die Gewerkschaften den Widerstand nicht unterstützten, und er wies darauf hin, daß wegen des Verrats am Siegeswillen in Berlin und Sachsen, also in Gebieten, in denen die Sozialdemokratie stark war, schon vor fünf Jahren der Krieg verloren worden sei¹⁸. Zur Verhinderung eines neuen sozialistischen „Verrats“ schuf das Präsidium eine spezielle antimarxistische Propaganda-Organisation. „Vaterländische“ Arbeiter wurden dazu eingesetzt, Reden zu halten und ihre Kollegen davon zu überzeugen, daß das wirtschaftliche Elend nicht die Schuld ihrer deutschen Arbeitgeber, sondern einzig und allein den Aktionen der Franzosen und Belgier zu verdanken sei. Die VVVD, ständig auf Anzeichen von Defätismus lauend, beobachtete „aufs schärfste“ die Aktivitäten sowohl der Sozialdemokraten wie auch „des linken Flügels der Zentrumspartei und der Kreise um das Berliner Tageblatt“. Diese Unternehmungen fanden schließlich ihre Krönung in der Bildung von „Aktionsgruppen“, die mit der Bekämpfung „sozialdemokratischer Zersetzungsversuche an der deutschen Front“ betraut wurden¹⁹.

Neben diesen parteiischen (und unbegründeten) Angriffen auf die demokratischen Stützen der Republik initiierte die VVVD auch Boykotts und Schwarze Listen jener Deutschen im Ruhrgebiet, die mit den Franzosen zusammenarbeiteten oder Geschäfte machten, half bei der Einsetzung von Feme-Gerichten zur Bestrafung von Kollaborateuren und unterstützte die gewaltsamen Widerstandshandlungen der Aktivisten²⁰. Sie stand auch in vorderster Linie derer, die luthals nach einer Diktatur und der Schaffung eines Direktoriums unter der Leitung des Generals Hans v. Seeckt riefen²¹. Als die deutsche Regierung im Herbst 1923 die Politik des passiven Widerstands aufgab, behauptete Geisler, daß die gleichen Kräfte, die Deutschlands Niederlage im Krieg verschuldet hätten (die Sozialdemokratie, die liberale Linke und vor allem die Gewerkschaften), auch für den Zusammenbruch des Widerstands an der Ruhr verantwortlich seien. Aufgrund der passiven Haltung der Regierung gegenüber „der sich ausbreitenden Zersetzung ... durch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften“, so hieß die Parole, habe das deutsche Volk einen neuen „Dolchstoß“ erhalten und „seine zweite Niederlage“ erlitten²².

¹⁷ Jahresbericht der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands für das Geschäftsjahr 1923, S. 6. Ein Exemplar befindet sich im NE 10/2.

¹⁸ VvVD-Bericht v. 24. Februar 1923, NE 10/2.

¹⁹ Jahresbericht, S. 7 f.

²⁰ VvVD-Bericht v. 7. März 1923, NE 10/2.

²¹ Siehe Bericht des Vertretertags der VvVD v. 13. Oktober 1923 und Geislers späteren Artikel „Direktorium?“, NE 10/2.

²² Bericht vom Vertretertag v. 13. Oktober 1923, NE 10/2; Jahresbericht, S. 12.

II.

Ende 1923 hatte sich die VVVD vergrößert und enger zusammengeschlossen. Der Jahresbericht drückte außer Enttäuschung über den Verlauf der Ereignisse des vergangenen Jahres auch Befriedigung über die Entwicklung der Organisation und Vertrauen in die Zukunft aus. Über das Verfehlen des Primärziels, die Errichtung einer rechten Diktatur, tröstete man sich mit der Tatsache hinweg, daß durch den Ausnahmezustand die „Herrschaft der Massen“ eingeschränkt und der Acht-Stunden-Tag abgeschafft worden war. Außerdem behauptete man, das Ermächtigungsgesetz stelle „ein nicht unwesentliches Zugeständnis an die Idee der Diktatur“ dar, ein Ziel, das die VVVD weiterhin offen verfolgte. Alles in allem schloß man, die VVVD könne „eine Rechtsentwicklung auf der ganzen Linie begrüßen“. Gegen Ende des Jahres rühmte sich die VVVD, eine echte Volksbewegung geworden zu sein, ein „außerparlamentarisches Zentrum vaterländischen Willens und vaterländischer Kraft“; für „zunehmende Tätigkeit und weitere Ausdehnung der Arbeit im Interesse des Volkes und des Vaterlandes im kommenden Jahr“ seien die Fundamente gelegt worden²³.

Auch wenn ihre Behauptungen offensichtlich überzogen waren und mehr Wunschenken als der Realität entsprachen, nahm die VVVD 1924 eine relativ starke Position ein. Da die VVVD von den Ereignissen um den fehlgeschlagenen Hitlerputsch im vergangenen November unberührt geblieben war, nutzte sie jetzt die allgemeine Verwirrung auf der Rechten zur Intensivierung ihrer Versuche, eine „Sammlung“ konservativer Kräfte zustandezubringen. In Verfolgung dieses Ziels bemühte sie sich lebhaft um die Unterstützung zweier Gruppen, die in die gewaltsamen Ereignisse von 1923 tief verstrickt gewesen waren: die Wehrverbände und die völkischen Parteien. Konfrontiert mit Polizeiaktionen und in der Erkenntnis, daß die Zeit der Putsche vorüber war, schienen die Wehrverbände hervorragendes politisches Rohmaterial zu bieten, das nach der Vorstellung der VVVD geformt werden konnte; die völkischen Gruppen, ernüchtert und unglaublich geworden, würden jetzt, so glaubte man, die Gelegenheit willkommen heißen, sich in den Schoß der seriösen konservativen Verbände, repräsentiert durch die VVVD, zu flüchten. 1924/25 bot sich die VVVD als umfassende Sammelstelle für die entmutigten rechten Gruppen an²⁴. Zur besseren Präsentation und Gewinnung weiterer Anhänger erweiterte die VVVD ihr Präsidium und stockte ihr Programm auf. Zu den neuen Mitgliedern des Präsidiums gehörten die rechtsstehenden Politiker Paul Bang und Wilhelm v. Gayl sowie der ehemalige

²³ VvVD-Bericht v. 21. Dezember 1923, NE 10/2; Jahresbericht, S. 21 f.

²⁴ Ein Bericht des preußischen Innenministeriums beschreibt die Rolle der VVVD in dieser Zeit so: „In den Jahren 1924 und 1925 war es die VvVD, die die Führung [der Rechten] übernahm, nicht so sehr wegen der Größe und Bedeutung ihrer Gefolgschaft als wegen der politischen Persönlichkeiten im Präsidium und deren Verbindungen zu führenden Persönlichkeiten in den rechten Parteien.“ Vgl. Einigung in der Rechtsbewegung, 25. Oktober 1926, Nachlaß Grzesinski, Nr. 1477, Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam; siehe auch RKO 115, 21. Dezember 1925.

Führer der Freikorps im Baltikum, General Graf Rüdiger von der Goltz²⁵. Das karge ursprüngliche Programm der VVVD, Bekämpfung des Marxismus und Förderung der „Wiederherstellung von Deutschlands Macht, Freiheit und Größe“, das den drei Gründungsorganisationen als Basis gedient hatte, wurde durch eine ganze Reihe von Leitlinien ergänzt, die detailliert erklärten, was zur Erreichung dieser Ziele getan werden solle. Danach war es der Zweck der VVVD, eine geschlossene „nationale Front“ zu schaffen, „innerhalb und außerhalb des Parlaments“, welche die „erneute Wehrhaftmachung des Volkes“, eine aktive Außenpolitik, die Befreiung vom „Versailler Diktat“, die Wiederherstellung von Deutschlands ehemaligen Grenzen, die Wiedergewinnung der Kolonien und die Eingliederung der benachbarten deutschsprachigen Gebiete in einen „großdeutschen Gesamtstaat“ erreichen müsse. Neben diesem außenpolitischen gab es auch ein Programm der „inneren Erneuerung“, das politische, wirtschaftliche und kulturelle Ziele umfaßte. Zu den politischen Zielen der VVVD gehörten die „Überwindung des Geistes der Weimarer Verfassung“ und die Rückkehr zu einer Verfassung wie im Bismarckreich, die „Beseitigung der gegenwärtigen Vorherrschaft des Parlaments“, die Schaffung einer „starken Erbmonarchie“ und die Einführung einer Volksvertretung, die „dem Charakter und den Bedürfnissen des deutschen Volkes entspricht“. Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele umfaßten „Bekämpfung des marxistischen Geistes“, „Ablehnung des Klassenkampfes“, Durchsetzung „völkisch-sozialer Grundsätze in der Wirtschaft“ und Begründung „einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ auf korporativer Basis. Das kulturelle Programm enthielt Forderungen zur Erziehung der Jugend und zur Ausschaltung „undeutscher Einflüsse“, besonders des „jüdischen Geistes“, aus dem deutschen Leben²⁶.

Die VVVD bezeichnete sich als „überparteilich“ und „unpolitisch“, nahm aber an den zahlreichen politischen Gefechten der folgenden Jahre mit Eifer teil. Wie bei vielen rechtsgerichteten Organisationen des Kaiserreichs und der Republik war der vorgeblich „unpolitische“, „nationale“ Kurs der VVVD in Wahrheit hochpolitisch. Unpolitisch bedeutete im Munde der VVVD-Führer lediglich, daß sie bei der Errichtung einer mit Hilfe des Nationalismus zu schaffenden antiliberalen, antisozialistischen und antirepublikanischen Front Fragen zu vermeiden suchten, die ihre vorwiegend

²⁵ Nach seiner Rückkehr aus dem Baltikum befaßte sich v. d. Goltz intensiv mit der Politik der Rechten. Er nahm am Kapp-Putsch teil, wurde zum Kommandanten des Verteidigungsabschnitts Berlin ernannt und erließ in dieser Eigenschaft den Befehl, alle Streikführer auf der Stelle zu erschießen. Später schloß er sich einer Reihe rechter Organisationen an, auch dem Jungdeutschlandbund und dem Nationalverband Deutscher Offiziere. Seine Teilnahme an der VVVD ergab sich aus seiner Tätigkeit in der Nationalen Einheitsfront, deren Exekutivausschuß er angehörte. Eine kurze Biographie v. d. Goltz' bei Junius Alter [Franz Sontag], *Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit*, Leipzig 1930, S. 165–170.

²⁶ Richtlinien der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands, NE 10/2. Die neuen Richtlinien wurden im Februar 1924 entworfen, im März und April diskutiert und bearbeitet und im Mai schließlich angenommen.

der Mittelschicht angehörende Gefolgschaft entzweien konnten²⁷. Wenn sie beispielsweise von den bevorstehenden Reichstagswahlen im Mai 1924 sprachen, argumentierten die Führer der VVVD, daß ihre Organisation, auch wenn sie parteipolitisch neutral sei, nicht untätig beiseitestehen könne, sondern im Gegenteil alles in ihrer Macht liegende tun müsse, um die Wahl einer „nationalen“ Regierung zu sichern, die mit dem „gegenwärtigen marxistischen System“ aufräumen werde. Der zu diesem Zweck erforderliche Zusammenschluß der nichtmarxistischen Kräfte wurde zum vorrangigen Ziel der VVVD im kommenden Wahlkampf erklärt. Allerdings wurde „nichtmarxistisch“ von der VVVD recht selektiv verstanden. Jede Zusammenarbeit mit der DDP wurde von der Hand gewiesen; das Zentrum war ebenfalls inakzeptabel, da es in den letzten Jahren unentwegt als „Steigbügelhalter der Sozialdemokraten“ fungiert habe. Sogar die DVP konnte nur „unter gewissem Vorbehalt“ unterstützt werden, nämlich nur dann, wenn der rechte Flügel tonangebend war und entsprechende Kandidaten aufgestellt wurden. Die VVVD suchte also einen Rechtsblock zu schaffen, der die DNVP mit gewissen völkischen Elementen und dem rechten Flügel der DVP zusammenschloß. Diese Parteien wurden gedrängt, gemeinsame Listen vorzulegen, die „streng völkisch und national“ zu sein hatten; jenen, die eine Zusammenarbeit verweigerten, drohte die VVVD mit Entzug ihrer Unterstützung²⁸. Diese Taktik wurde in späteren Jahren ein Grundzug der Politik der VVVD.

Nach den Wahlen vom Mai 1924, bei denen die Weimarer Koalition schwere Verluste erlitt und die Rechte beträchtliche Gewinne erzielte, waren die Führer der VVVD zuversichtlich. Die VVVD sah sich als „Korrektiv zum Parlament“, als eine „notwendige Ergänzung zu den nationalen Parteien“, die außerhalb des Parlaments und jenseits der Parteistreitigkeiten „sogar ein noch bedeutenderer politischer Faktor“ werden würde, zumal sich der hemmungslose Parlamentarismus durch seine Unfähigkeit, fruchtbare Resultate zu erzielen, mehr und mehr bloßstellte²⁹. Als „Korrektiv“ zum Reichstag arbeitete die VVVD angestrengt daran, dessen Zustimmung zum Dawes-Plan, der Deutschland angeblich noch größere Lasten auferlegte als das verhaßte ‚Versailler Diktat‘, wieder aufzuheben³⁰. Anfänglich waren auch die rechten Parteien gegen den Dawes-Plan. Der Patriotismus verlor jedoch bald gegen die Brieftasche; während des Sommers begannen die mächtigen Wirtschaftsgruppen, die den Plan befürworteten, ihren Einfluß in den Parteien spielen zu lassen. Die Hoffnungen auf eine vereinigte oppositionelle Front verflüchtigten sich, und am 29. August 1924

²⁷ Der offizielle Briefkopf der VvVD stellte fest: „Die Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands sind parteipolitisch und konfessionell neutral, jedoch entschiedenste Bekämpfer des Marxismus und erstreben mit ihrer Arbeit die Wiederherstellung deutscher Einheit, Macht, Freiheit und Größe.“

²⁸ Bericht von der Versammlung der VVVD am 16. Februar 1924, NE 10/2.

²⁹ Niederschrift über die 1. Sitzung des Erweiterten Präsidiums der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands vom 12. Mai 1924, NE 10/2; Bericht über die Vertretertagung der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands vom 31. Mai 1924, in: Akten des Bundes Bayern und Reich (künftig zit.: BuR) 11/1, Bayerisches Hauptstaatsarchiv IV (Kriegsarchiv), München.

³⁰ Siehe die Resolutionen in den Berichten der in Anm. 29 genannten Versammlungen.

wurde der Dawes-Plan mit Zustimmung der Abgeordneten der DNVP vom Reichstag angenommen. Die außerparlamentarischen Hüter der Ehre der deutschen Nation waren entrüstet, aber hilflos; denn während die wirtschaftlichen Interessengruppen die Mittel hatten, ihren Willen durchzusetzen, konnten Organisationen wie die VVVD das nicht.

Trotz dieser Enttäuschung rührte die VVVD bald wieder die Trommel für die rechten Parteien. Kaum war die Debatte über den Dawes-Plan verstummt, wurde der Reichstag aufgelöst. Für Anfang Dezember 1924 wurden Neuwahlen angesetzt, und die Aussichten für die Feinde der Republik waren nicht gerade glänzend. Bessere wirtschaftliche Verhältnisse und politische Stabilisierung ließen für die extremen Parteien einen Rückgang der Wählerstimmen erwarten. Ein weiteres düsteres Vorzeichen war die Gründung des Reichsbanners, einer prörepublikanischen paramilitärischen Organisation, die, wenigstens dem Namen nach, aus Mitgliedern der Parteien der Weimarer Koalition bestand. „Auf der Linken“, klagte ein Journalist aus dem rechten Lager, „marschiert das sozialistisch-kommunistische [sic] Reichsbanner Schwarz-Rot-Gelb [sic] im Gleichschritt“, während auf der Rechten „Gezänk und Uneinigkeit herrschen“³¹. Während des Wahlkampfes agitierte die VVVD gegen die Apathie auf der Rechten, führte eine ausgedehnte Kampagne für Einigkeit angesichts des gemeinsamen Feindes und traf umfassende Maßnahmen, am Wahltag eine starke Beteiligung konservativer Wähler zu sichern³². Das Ergebnis war trotz dieser Anstrengungen enttäuschend; die DNVP gewann zwar dazu und etablierte sich als zweitstärkste Partei im Reichstag, aber die Weimarer Parteien erholten sich von den Verlusten, die sie bei den Maiwahlen erlitten hatten, und die radikaleren rechten Parteien verloren Stimmen.

III.

Vor dem zweiten Jahrestag ihrer Gründung konnte die VVVD auf eine Reihe nur teilweise erfolgreicher Unternehmungen zurückblicken. 1925 begannen die ständigen Mühen zur Einigung der verschiedenen Gruppen der Rechten Früchte zu tragen, we-

³¹ „Zusammenfassung der Kräfte“ von Hans-Werner Zengen, NE 10/1. Auch wenn die Rechten das Reichsbanner als zusammengewürfelte Organisation feiger Pazifisten beschimpften, als „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gelb [oder schlimmer]“, waren sie doch sehr betroffen über die Gründung des prörepublikanischen Kampfbundes. Er bildete nicht nur ein Gegengewicht zu den Kampfbünden der Rechten, sondern erschien auch als Repräsentant der Vereinigung prörepublikanischer Kräfte, und das (peinlicherweise) durch ein Vorgehen, das bisher als alleiniges Vorrecht der Rechten gegolten hatte, nämlich durch paramilitärische Aktivität. Sowohl Geisler wie v.d. Goltz wandten beträchtliche Mühe daran, das Reichsbanner zu attackieren und Skeptiker auf der Rechten vor einer Unterschätzung dieser Gefahr zu warnen. Siehe beispielsweise das Pamphlet der VVVD „Die falsche Front: Klassenkampf und Landesverrat – Reichsbanner Nollat“, Berlin 1924.

³² Siehe beispielsweise das Pamphlet „Überparteilicher Vaterländischer Wahldienst der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands“, NE 10/1.

nigstens auf lokaler Ebene³³. Wegen der Rivalität und organisatorischen Eigenbrötlei der Parteien im allgemeinen und der ausgesprochenen Intransigenz der völkischen Parteien im besonderen hatten sich die Versuche, eine Front rechtsgerichteter Parteien zusammenzuschweißen, durch bemerkenswerten Mangel an Erfolg ausgezeichnet³⁴. Obwohl sich die DNVP den Forderungen der VVVD einigermaßen aufgeschlossen gezeigt hatte und sogar so weit gegangen war, einigen ihrer Führer sichere Reichstagsitze anzubieten, hatte sie doch keine geschlossene Front gegen den Dawes-Plan errichtet und somit die von der VVVD erwartete „nationale“ Politik nicht betrieben³⁵. Aus der Sicht der außerparlamentarischen Vertreter der „nationalen Opposition“ begannen die Parteien eine beunruhigende Bereitschaft für ein Arrangement mit dem verhaßten „System“ zu zeigen. 1925 tauchten aber zwei Fragen auf, die den außerparlamentarischen und „überparteilichen“ nationalistischen Kräften, die die VVVD repräsentierte, Gelegenheit zu einem neuen Versuch politischer Einflußnahme versprachen.

Im März sandte die VVVD ihren Mitgliedern ein Rundschreiben zum Tod Friedrich Eberts, des sozialdemokratischen Reichspräsidenten. Mit der Warnung vor einer „Legendenbildung“ präsentierte die Denkschrift eine Liste der Ebert unterstellten Versäumnisse; was Deutschland jetzt brauche, sei ein über den Parteien stehender, vaterländischer Präsident, der Korruption, Parteiherrschaft, Klassenkampf und Verrat bekämpfen müsse – was unterstellte, daß Ebert all diese Sünden toleriert und begünstigt habe. Das Schreiben schloß mit der Bemerkung, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen den rechten Organisationen stattfänden, die einen geeigneten Kandidaten für die bevorstehende Reichspräsidentenwahl ausfindig machen sollten³⁶. Diese Verhandlungen standen unter der Leitung eines von Wilhelm v. Gayl, Mitglied des VVVD-Präsidiums, geführten Ausschusses. Unter Gayls Vorsitz hatten sich Führer der außerparlamentarischen Rechten seit 1924 getroffen, um über politische Fragen und Mittel zur Erzielung größerer Einigkeit zu diskutieren. Nach Eberts Tod tagte Gayls Ausschuß mehrmals, um über die Frage zu entscheiden, wie die außerparlamentarischen vaterländischen Verbände die Wahl eines geeigneten „nationalgesinnten“ Präsidenten sichern könnten. Endlich wurde beschlossen, daß die vaterländi-

³³ RKO 108, 1. Dezember 1924; RKO 109, 20. Dezember 1924; RKO 110, 15. März 1925. Zu dieser Zeit wurden der VVVD 120 angeschlossene Organisationen zugeschrieben.

³⁴ Zu dem fehlgeschlagenen Versuch, die DVFP zu gewinnen, siehe die Berichte von den Versammlungen der VVVD am 16. Februar 1924 und am 5. April 1924, NE 10/2.

³⁵ Geisler und v. d. Goltz wurden sichere Listenplätze der DNVP angeboten. Geisler, der Reichstagsabgeordnete der DVP gewesen war, aber 1923 mit seiner Partei gebrochen hatte, nahm an und wurde 1924 als Abgeordneter der DNVP in den Reichstag gewählt. Goltz wies das Mandatsangebot mit der Begründung zurück, eine Beteiligung am Parlament sei nicht angebracht für einen Offizier der alten Armee. Siehe den Bericht von der Versammlung der VVVD vom 5. April 1924, NE 10/2.

³⁶ Rundschreiben der VVVD vom 7. März 1925, BuR 11/1. Das folgende basiert vorwiegend auf Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1918–1935*, Düsseldorf 1966, S. 72–75; Alois Klotzbücher, *Der politische Weg des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik*, phil. Diss. Erlangen 1964, S. 57–62; Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf 1968, S. 61; siehe auch Alter, S. 169.

schen Verbände sich geschlossen hinter einen Kandidaten stellen und die Politiker und wirtschaftlichen Interessengruppen drängen sollten, ihn als Kandidaten der Rechten anzuerkennen. Da paramilitärische und Offiziers-Verbände in Gayls Ausschuß stark vertreten waren, entschieden sich seine Leiter für den Chef der Heeresleitung, General Hans v. Seeckt. Als sie jedoch den Parteien ihren Kandidaten vorsetzen wollten, erlebten sie eine herbe Enttäuschung. Die Parteien hatten einen eigenen Ausschuß unter der Leitung von Friedrich Wilhelm v. Loebell gebildet, der Karl Jarres zu seinem und der rechten Parteien Bannerträger gewählt hatte. Die Parteien, die über die Einmischung der vaterländischen Verbände in ihre ureigensten Belange offensichtlich verärgert waren, weigerten sich, Seeckt als ihren Kandidaten anzuerkennen, und behandelten die Führer der außerparlamentarischen Gruppen auf recht herablassende und beleidigende Weise. Nach erbittertem, aber aussichtslosem Kampf gaben Gayl und seine Freunde den Parteien nach und unterstützten widerwillig Jarres, den „Einheits“-Kandidaten der Rechten.

Der erste Wahldurchgang erbrachte keine Mehrheit für einen der Kandidaten und machte einen zweiten Durchgang nötig, bei dem einfache Stimmenmehrheit für den Sieg ausreichte. Als die republikanischen Parteien sich hinter Wilhelm Marx, den Kandidaten des Zentrums, stellten, reagierten die rechten Parteien, indem sie Jarres zugunsten des verehrten Feldmarschalls Paul v. Hindenburg fallenließen, der, wie sie hofften, mehr Stimmen auf sich vereinigen würde als der farblose Oberbürgermeister von Duisburg. Während dieser Schachzug die Chancen für einen Sieg der Rechten erheblich steigerte, stellte sich der harte Kern der „nationalen Opposition“, einschließlich vieler VVVD-Führer, dagegen, da vor allem befürchtet wurde, daß Hindenburgs Wahl das Ansehen der Republik erhöhen und somit zu ihrer Stabilisierung beitragen werde. Die Einwände der außerparlamentarischen Elemente wurden jedoch von den Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen beiseite gesetzt, deren Führer die sterile Opposition aus den Anfangsjahren der Republik allmählich aufgaben und statt dessen eine pragmatische Annäherung versuchten, die ihren politischen und ökonomischen Interessen besser diene. Als Gefangene ihres eigenen Loyalitätsbekenntnisses zu dem greisen Kriegshelden und angesichts der notwendigen Einigkeit auf der Rechten sah sich die VVVD gezwungen, für Hindenburg zu stimmen; dabei spielte die Angst vor einem Sieg der Linken eine größere Rolle als der Wunsch, Hindenburg an der Spitze der Republik zu sehen. Die ambivalenten Gefühle der Führer der VVVD zeigten sich deutlich auf einer Versammlung, die kurz nach der Wahl des Feldmarschalls abgehalten wurde. Nachdem der Sieg Hindenburgs offiziell gefeiert worden war (und man sich unverhältnismäßig viel Verdienst daran zugeschrieben hatte), gewannen alsbald wieder Bedenken wegen der problematischen Seite dieser Präsidentschaft die Oberhand. Eines der Probleme war natürlich, daß Hindenburg als Präsident die „offensive à outrance“ der äußersten Rechten gegen die Republik empfindlich störte. Die gemeinen persönlichen Angriffe gegen den Präsidenten, die in Eberts Amtszeit üblich geworden waren, mußten nun eingestellt werden. Obwohl Hindenburgs Wahl als Wiedererstarken nationaler Kraft aufgefaßt werden konnte, war mit einer „nationalen“ Mehrheit im Reichstag für die nächste Zukunft nicht zu

rechnen. Die Führer der VVVD teilten zumeist nicht die übertriebenen Hoffnungen vieler Rechter, die Wahl des Feldmarschalls werde eine Umstrukturierung der Regierung nach autoritäreren Grundsätzen und die Wendung zu einer nationalistischeren Politik garantieren; sie kamen vielmehr zu der resignierten Einsicht, daß Hindenburg nicht fähig sein werde, tiefgreifende Änderungen zu bewirken. Auch wenn man nach wie vor überzeugt war, daß Hindenburg sich niemals vor den linken Karren spannen lassen werde, blieb doch die beunruhigende Besorgnis, daß der alte Mann die gemäßigte Linie in der Außenpolitik, die mit dem Dawes-Plan begonnen hatte, nicht verhindern, vielmehr zu ihrer Anerkennung beitragen könne³⁷. Bald stellte sich heraus, daß solche Befürchtungen wohlbegründet waren. Anfang 1925, noch vor den Präsidentenwahlen, hatte Gustav Stresemann, der deutsche Außenminister, mit Deutschlands westlichen Nachbarn Verhandlungen über einen gegenseitigen Sicherheitspakt und den deutschen Eintritt in den Völkerbund begonnen. Diese Politik der Verständigung mit Deutschlands Kriegsgegnern war ein rotes Tuch für die extremen Nationalisten, besonders die paramilitärischen Verbände, die einsehen mußten, daß Stresemanns Kurs die Verwirklichung ihrer Träume von einem Befreiungskrieg gegen Frankreich verzögern oder gar unmöglich machen werde. Mit dem Fortgang der Verhandlungen kritisierten die VVVD und ihre paramilitärischen Verbündeten lautstark Stresemanns Politik und übten starken Druck auf die Parteien aus, die getroffenen Vereinbarungen zu verhindern³⁸. Da das nichts nützte und die Verhandlungen im Oktober in Locarno erfolgreich abgeschlossen wurden, riefen die VVVD und ihre außerparlamentarischen Anhänger zu einem verzweiferten Kreuzzug auf, um die Ratifizierung der Verträge durch den Reichstag zu verhindern. Aus der VVVD, dem Stahlhelm, dem größten der paramilitärischen Veteranenverbände nach dem Krieg, und dem Tannenberg-Bund, einer von General Erich Ludendorff im September 1925 gegründeten Vereinigung von nicht-nationalsozialistischen völkischen paramilitärischen und Veteranenvereinen, wurde ein Aktionsausschuß gebildet³⁹. Die Allianz der völkischen Kräfte um Ludendorff und der bürgerlich-konservativen, DNVP-orientierten VVVD sowie dem Stahlhelm wurde zwar von einigen Beobachtern als bedeutsamer Schritt zur Einigung der Rechten angesehen, aber der Aktionsausschuß war nicht in der Lage, eine völlig geschlossene Front zu schaffen. Einige bedeutende paramilitärische Verbände weigerten sich mitzumachen, und etliche der lokalen VVVD-Organisationen im Rheinland und anderen Industriegebieten wollten sich der Anti-Locarno-Kampagne des Ausschus-

³⁷ Bericht über den Vertretertag der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands am 23.5. 1925, NE 10/2.

³⁸ Sitzung des Präsidiums und erweiterten Präsidiums der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands am 26.8. 1925, BuR 11/1; „Einigung in der Rechtsbewegung“, ebenda; Attila Chana-dy, *The Disintegration of the German National Peoples' Party 1924–1930*, in: *Journal of Modern History* 39 (März 1967), S. 74; RKO 113, 15. September 1925.

³⁹ Zur Bildung des Aktionsausschusses siehe RKO 114, 20. November 1925, und „Einigung in der Rechtsbewegung“. Zur Bildung des Tannenbergbundes siehe RKO 113, 15. September 1925, RKO 114, 20. November 1925, und RKO 115, 21. Dezember 1925.

ses nicht voll und ganz anschließen, offenbar unter dem Druck ihrer Gönner aus der Industrie, die für die Verträge eintraten⁴⁰.

Trotzdem unternahm der Aktionsausschuß leidenschaftliche, wenn auch vergebliche Angriffe auf Locarno, indem er die Verträge in scharf formulierten Resolutionen verurteilte und in ganz Deutschland Protestdemonstrationen veranstaltete. Die Agitation hatte einen gewissen Einfluß auf die DNVP, die in ihrem Entschluß, gegen die Verträge zu stimmen, bestärkt wurde, aber am 27. November ratifizierte der Reichstag die Abkommen und bekräftigte damit Deutschlands Abkehr von einer Außenpolitik der Revanche zugunsten einer Politik der Verständigung.

IV.

Im ganzen gesehen war 1925 kein zufriedenstellendes Jahr für die VVVD. Hindenburgs Wahl war bestenfalls eine gemischte Freude, für manche sogar ein verhängnisvoller Irrtum; außerdem stellte Locarno eine grundlegende Stabilisierung der auswärtigen Beziehungen der Republik dar. Noch enttäuschender war die andauernde Unfähigkeit, die verschiedenen Zweige der „nationalen Opposition“ zu verbinden. Trotz ihrer gemeinsamen Opposition gegen die Republik blieben die bürgerlich-konservativen und völkischen Gruppen entzweit, und zu allem Übel blühte der Parteigeist auch in den getrennten Lagern. Am peinlichsten war schließlich die Uneinigkeit selbst innerhalb der VVVD, der Vorkämpferin der Einheit des rechten Flügels. 1925 brach der Kampf in der Führung der VVVD, nachdem er anfangs unterdrückt worden war, offen aus.

Nach außen erschien die Krise als Machtkampf zwischen dem Gründer der Organisation, Fritz Geisler, und dem militärischen Flügel, repräsentiert durch General Graf Rüdiger von der Goltz, der nach der Anfang 1924 erfolgten Vergrößerung des ursprünglich von Geisler beherrschten Präsidiums beträchtlichen Einfluß gewonnen hatte⁴¹. Der Konflikt ergab sich in der Tat zum Teil aus einem Zusammenstoß zweier Persönlichkeiten, aber es steckte mehr dahinter. Letzten Endes stritt man um die beste Strategie und Taktik zur Erreichung des Ziels der VVVD, eine mächtige Massenorganisation der Rechten zu schaffen. Bekanntlich versuchte die Führung der VVVD,

⁴⁰ RKO 114, 20. November 1925.

⁴¹ Mit der Erweiterung des Präsidiums begann Geislers Einfluß in der VVVD ständig schwächer zu werden, während gleichzeitig die Anzahl und Bedeutung der ehemaligen Offiziere in der Organisationsleitung stetig zunahm. Dieser Vorgang wird in den Berichten über die Versammlungen der VVVD 1924/25 ganz deutlich. Siehe auch Fricke, S. 745 u. 748. Fricke behauptet, daß der Nationalverband Deutscher Offiziere eine Hauptrolle dabei spielte und für General v. d. Goltz' Aufstieg in die Führung der VVVD 1925 direkt verantwortlich war, aber er liefert dafür keinen stichhaltigen Beweis. Die Beschaffenheit der verfügbaren Quellen zur Innenpolitik der VVVD, halboffizielle Berichte von Präsidium und Vertretertagungen, lassen es schwierig erscheinen, das Hintergrundgeschehen mit absoluter Sicherheit einzuordnen. Es ist jedoch sicher, daß die Offiziere auf dem Vormarsch waren und daß sie keine sonderliche Zuneigung für Geisler hegten. Siehe beispielsweise den Artikel über die vaterländischen Verbände im Berliner Tageblatt vom 30. Oktober 1925 und Alter, S. 164 f.

die Verwirrung und Bestürzung in den völkischen und paramilitärischen Bewegungen nach dem erfolglosen Putschismus von 1923 für sich auszunutzen. Die Ausweitung des Programms der VVVD mit stärker völkischen Akzenten und die Wahl des Generals wie anderer politisch tätiger ehemaliger Offiziere in die Organisationsleitung waren zweifellos durchgeführt worden, um die VVVD für eben diese Gruppen attraktiver zu machen. Aber wenn es auch nicht strittig war, daß es wünschenswert sei, Angehörige des völkischen und des paramilitärischen Lagers zu gewinnen, gab es doch Meinungsverschiedenheiten darüber, inwieweit und zu welchen Bedingungen eine künftige Zusammenarbeit stattfinden könne. Geisler selbst verhielt sich gegenüber den völkischen Gruppen kühl und war einer größeren Einflußnahme der paramilitärischen Organisationen abgeneigt. Goltz stand wie Geisler politisch der DNVP nahe, aber er hatte mehr für die völkische Bewegung übrig und wollte weiter als Geisler gehen, um ihre Anhänger an die VVVD zu ziehen; als ehemaliger Offizier zog er außerdem instinktiv die Soldaten den Politikern jeglicher Couleur vor. Sein Hauptrezept zur Bekämpfung der deutschen Übel der Nachkriegszeit bestand in der geistigen und physischen „Wehrhaftmachung“ der Nation, wozu als unverzichtbarer Bestandteil das Einpflanzen soldatischer Werte und militärischer Disziplin gehörte. Vor der Übernahme einer aktiven Rolle in der VVVD war das Hauptbetätigungsfeld des Generals die Entwicklung des „Jungdeutschlandbundes“ gewesen, einer Organisation, die sich der militaristischen Indoktrination und der paramilitärischen Ausbildung der deutschen Jugend gewidmet hatte⁴². Daher war v. d. Goltz den militärisch ausgerichteten Wehrverbänden gegenüber sehr aufgeschlossen und hoffte sie in die VVVD, der sie bisher ferngeblieben waren, eingliedern zu können. Daß das Hinzutreten der auf Massengrund organisierten paramilitärischen Verbände zu den in der VVVD bereits überrepräsentierten Offiziersbünden der Organisation einen überwiegend militärischen Charakter geben würde, konnte den früheren General nicht stören, der sehr wahrscheinlich eine solche Entwicklung als entschiedene Verbesserung ansah. Diese „Militarisierung“ der VVVD war aber nicht im Sinne Geislens. Sein Hauptinteresse galt den gelben Gewerkschaften, die nach der Auflösung der „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Unternehmern und Gewerkschaften 1924 neuen Aufschwung erlebt hatten⁴³. Er wollte die VVVD nicht nur als Mittel zur Einigung der Rechten benutzen, sondern auch, um die Sache der Gelben zu fördern, besonders seines „Nationalver-

⁴² Der Jungdeutschlandbund wurde 1911 mit der Unterstützung des preußischen Kriegsministeriums gegründet und von einem Onkel v. d. Goltz', Feldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz, bis zu seinem Tode 1916 geleitet. Die Organisation geriet in den ersten Nachkriegsjahren in eine schwere Krise, lebte aber unter General v. d. Goltz, der von 1924 bis 1930 als ihr Präsident fungierte, wieder auf.

⁴³ Der Zusammenbruch der Arbeitsgemeinschaft löste auch einen erbitterten Kampf zwischen den verschiedenen antisozialistischen Unionisten in den rechten Parteien aus. Siehe Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Frankfurt/Main 1967, S. 197–214, und Hertzman, S. 178–181. Eine Ursache von Geislens Schwierigkeiten könnte die 1924 erfolgte Wahl Paul Bangs, der aktiv an der Werkgemeinschaft beteiligt war, in das Präsidium gewesen sein.

bands Deutscher Berufsverbände“ (NDB). Obwohl Geisler zugab, daß Deutschland seine militärische Schwäche überwinden müsse, war er der Meinung, daß es die vornehmste Pflicht der nationalen Bewegung sei, die Arbeiter für sich zu gewinnen, so daß die VVVD „weniger als soldatisch-militärische Bewegung“, sondern mehr als eine „sozial-politische, als eine vaterländisch-soziale Bewegung“ zu wirken habe⁴⁴.

Anfang 1925 spitzte sich die Krise in der VVVD zu. Die intensiven Bemühungen v. d. Goltz', vor den Reichstagswahlen im Mai und Dezember 1924 die völkischen Kreise zu erobern, wurden wiederholt von Geisler unterlaufen, der kein Hehl aus seiner Abneigung gegen die völkischen Extremisten machte und sich damit ihre dauernde Feindschaft zuzog⁴⁵. Gleichzeitig erlitt auch Geisler Rückschläge. Sein diktatorischer Führungsstil und die offene Einsetzung des NDB für seine persönlichen Interessen hatten in diesem Verband Mißfallen erregt, während andererseits seine Streitsüchtigkeit und sein Mangel an politischer Disziplin allmählich die Geduld der DNVP erschöpften, deren Reichstagsfraktion er nominell angehörte.

Goltz und die mit ihm verbündeten Offiziere waren darauf aus, den „Zivilisten“ und in ihren Augen viel zu demagogischen Gründer hinauszudrängen; als Geisler an Terrain verlor, versuchte er, durch eine Attacke die Schlappe auszugleichen und seinen Gegnern, die den „Zivilisten“ in der Führung der VVVD als Hindernis für den Anschluß der Wehrverbände betrachteten, den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Ohne das Präsidium einzuberufen, verhandelte Geisler mit Franz Seldte und Arthur Mahraun, den Führern der beiden größten paramilitärischen Organisationen, über eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und seinem NDB, was zum „Nationalausschuß“ führte⁴⁶. Das neue Arrangement kam Geisler gleich mehrfach zugute. Erstens behinderte es die Versuche der Militärfraktion, die Wehrverbände direkt der VVVD einzugliedern, wodurch sie ihren eigentlichen Charakter beibehielt. Zweitens wurde Geislers NDB nicht nur auf gleiche Ebene mit den Wehrverbänden gestellt, er bekam auch die ausgezeichnete Gelegenheit, die Massenmitgliedschaft von Stahlhelm und Jungdeutschem Orden für seine Zwecke zu nutzen. Schließlich erweiterte die Schaffung des Nationalausschusses Geislers Machtbasis, verlieh ihm eine Rolle als Makler der Macht und festigte damit möglicherweise seine Position in der VVVD, deren Leitern er nun Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen ihr und Nationalausschuß anbot.

Natürlich entfesselte Geislers Coup bei seinen Gegnern in der VVVD einen Sturm wütenden Protests. Auf einer überstürzt einberufenen Versammlung am 12. Februar

⁴⁴ Geislers Ansichten wurden nach der ersten Wahl zum Präsidium in einer umfassenden siebzehnseitigen Denkschrift mit dem Titel „Politische und wirtschaftliche Gefahren und ihre Abwendung“ niedergelegt; ein Exemplar befindet sich in NE 10/2, Zitat von S. 8.

⁴⁵ Geisler ging offensichtlich so weit, sich 1924 für Hitlers Entlassung aus dem Gefängnis einzusetzen, da er hoffte, daß Hitlers Auftauchen die Uneinigkeit in den völkischen Reihen verstärken würde und so der DNVP zugute käme. Siehe den Bericht Pregers vom 27. Oktober 1924, BHSA II (Geheimes Archiv), 103474.

⁴⁶ Zur Gründung des Nationalausschusses siehe RKO 110, 15. März 1925, und die Denkschrift Geislers vom 4. Februar 1925, NE 10/2.

1925 wurde Geisler beschuldigt, ein „Konkurrenzunternehmen“ gegründet zu haben; er wies diesen Vorwurf zurück⁴⁷. Statt dessen machte er klar, daß weder Stahlhelm noch Jungdeutscher Orden zur VVVD gehörten, ihre Unterstützung aber für den Erfolg der nationalen Bewegung unerlässlich sei. Er argumentierte, die VVVD sei ihrem Aufbau und Wesen nach nicht für eine derartige Union geeignet; deshalb habe er den Nationalausschuß geschaffen, der seiner Meinung nach der nationalen Sache durch die Einbeziehung der beiden Wehrverbände und die reibungslose Integration in die gesamte nationale Bewegung einen großen Dienst erwiesen habe. Geislers Ankläger ließen sich davon nicht überzeugen, und trotz Versicherungen von allen Seiten, daß alles eine befriedigende Lösung finden könne und werde, war es bald klar, daß die Wege Geislers und der VVVD sich getrennt hatten.

Bei Bildung des Nationalausschusses war Geisler aus dem Exekutivsausschuß des VVVD-Präsidiums ausgetreten. Seine Gegner nützten die Gelegenheit sofort, das Präsidium mit ihren Anhängern aufzufüllen. Ende Februar hatte v. d. Goltz den Verwaltungsapparat unter Kontrolle gebracht, und spätere Wechsel im Präsidium spiegelten den Sieg der Soldatenfraktion in der VVVD wider⁴⁸. Noch im selben Monat wurde bekanntgegeben, daß die Geschäftsräume von VVVD und Geislers NDB getrennt würden (ursprünglich hatte Geisler die Büros des NDB der VVVD zur Verfügung gestellt), da die Bindungen zwischen den beiden Gruppen, die historisch gewachsen waren, untragbar geworden seien. Vor allem hieß es, die enge Verbindung könne vom Präsidium vor einzelnen Mitgliedsorganisationen, besonders „Jugend- und Soldatenverbänden“, nicht mehr gerechtfertigt werden⁴⁹. Zugleich erwies sich Geislers Triumph, den Nationalausschuß geschaffen zu haben, als kurzlebig. Nach ein paar Monaten brach das Unternehmen zusammen, als zwischen Stahlhelm und Jungdeutschem Orden Streitigkeiten wegen der Wahl eines Präsidentschaftskandidaten entstanden. Gleichzeitig ging auch der NDB, Geislers eigentliche Machtbasis, an internen Schwierigkeiten ein. Geisler trat im Juli 1925, wegen Betrugs und Verleumdung angeklagt, als Präsident zurück, und gegen Ende des Jahres wurde der NDB aufgelöst. Inzwischen waren auch Geislers Versuche, seinen verlorenen Einfluß in der VVVD zurückzugewinnen, erfolglos gewesen⁵⁰. Als die VVVD im Januar 1926 ihren dritten Jahrestag feierte, lag die Macht fest in den Händen v. d. Goltz' und seiner Offizierskameraden.

Aber wenn v. d. Goltz es auch geschafft hatte, Geisler zu verdrängen und die Kontrolle über die VVVD zu gewinnen, konnte er, wie sein Vorgänger, seine weiteren Ziele nicht verwirklichen. Die Bemühungen um eine Zusammenarbeit zwischen der

⁴⁷ Ein Bericht über die Versammlung befindet sich in NE 10/2.

⁴⁸ Siehe die VVVD-Berichte vom 20. Februar und 29. Oktober 1925, BuR 11/1; siehe auch Finker, S. 745.

⁴⁹ Rundschreiben der VvVD vom 6. Februar 1925, BuR 11/1.

⁵⁰ Zu Geislers Sturz und dem Zusammenbruch des NDB siehe Hamel, S. 199 ff.; Hertzman, S. 179 f.; RKO 111, 25. April 1925; Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Athenäum-Droste Reprint, Kronberg/Düsseldorf 1978, S. 196; Dieter Fricke, Nationalverband Deutscher Berufsverbände (NDB) 1919–1925, in: Die bürgerlichen Parteien, II, S. 441 f.

DNVP-orientierten VVVD und den völkischen Parteien blieben im ganzen ohne Erfolg. Versuche, für die Reichstagswahl 1928 einen Block aus DNVP und völkischen Parteien zu bilden, scheiterten, wie schon 1924, am gegenseitigen Mißtrauen und den unverhohlenen Versuchen der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die VVVD für sich einzuspannen⁵¹. Auch v.d.Goltz' Traum, die bedeutenderen paramilitärischen Verbände der VVVD einzugliedern, erfüllte sich nicht. Seit 1925 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der VVVD und der zweitgrößten politischen Kampforganisation, dem Jungdeutschen Orden, immer mehr und endeten schließlich in erbittertem offenen Kampf mit einer Reihe giftig geführter Prozesse⁵². Auch als Theodor Duesterberg, einer der Führer des Stahlhelm, schließlich dem Präsidium der VVVD beitrug, tat er das in seiner Eigenschaft als Führer der Vereinigten Vaterländischen Verbände von Halle, nicht als Vertreter des Stahlhelm. Einer der bekanntesten paramilitärischen Verbände, der Bund Wiking des Kapitäns Hermann Ehrhardt, schloß sich der VVVD an, war aber zu dieser Zeit in Preußen verboten und besaß keine wirkliche Bedeutung mehr. Tatsächlich zeigte Ehrhardts wie auch Duesterbergs Beitritt zum Präsidium eher an, daß sich die paramilitärischen Kampfverbände der VVVD bemächtigen wollten, als umgekehrt, wie v.d.Goltz gehofft hatte. Ab 1926/27 geriet die Leitung der außerparlamentarischen „nationalen Opposition“ samt den Bestrebungen zur Schaffung eines geschlossenen rechten Blocks in die Hände der politischen Kampfbünde, unter denen der Stahlhelm die führende Rolle spielte⁵³. Dieser Rollentausch, der sich abzuzeichnen begann, als die paramilitärischen Organisationen immer politischer und selbstbewußter auftraten, blieb bis zum Ende der Republik bestehen. Schon 1927 war die VVVD politisch unbedeutend geworden; gegen 1929 hatte sich ihre Lage so sehr verschlechtert, daß ihre Führer überlegten, ob man sie nicht auflösen und im Stahlhelm aufgehen lassen solle⁵⁴.

Zu solch drastischen Maßnahmen kam es nicht. Unter der Führung v.d.Goltz' schleppte sich die VVVD bis zum Ende der Republik weiter, und auch als ihre eigene Bedeutung dahinschwand, diente die VVVD den dynamischen rechten Totengräbern der Republik noch als begeisterter Komplize. Sie förderte bereitwillig Alfred Hugenberg's Versuche, die Nazis zu kapern, unterstützte das von DNVP und Nationalsozialisten initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan und war dann aktives Mitglied der Harzburger Front⁵⁵. Obwohl sie der DNVP verbunden waren, feierten v.d.Goltz und seine Kameraden ungeniert die Wahlsiege der Nationalsozialisten in

⁵¹ Die Differenzen zwischen Goltz und den Führern des völkischen Lagers werden in zwei Rundschreiben der VvVD vom 10. und 30. Dezember 1927, BuR 11/3, behandelt; siehe auch RKO 124, 24. Dezember 1927, RKO 125, 14. April 1928, RKO 126, 20. Juli 1928.

⁵² Zu Einzelheiten siehe RKO 116, 26. Januar 1926 und folgende; Hornung, Kap. 6.

⁵³ Ausführliche Diskussion und Dokumentation dieses Vorgangs bei Diehl, Kap. 6.

⁵⁴ Polizeibericht Berlin, 13. März 1930, BSA 836/156.

⁵⁵ Hugenberg's Versuche, einen vereinigten radikal nationalistischen Block zu bilden, hatten schließlich mehr Erfolg als die der VVVD. Dazu sowie zur Rolle des Volksbegehrens gegen den Young-Plan und zur Harzburger Front siehe John A. Leopold, Alfred Hugenberg. *The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic*, Yale University Press 1977, Kap. 3 u. 4.

den letzten Jahren der Republik und traten in der Reichspräsidentenwahl von 1932 für Hitler ein⁵⁶. Der ehemalige Führer der Freikorps im Baltikum begrüßte das Nahen des Dritten Reiches und wurde dafür 1933, nach der Auflösung der VVVD, mit der Führung des nationalsozialistischen „Reichsverbands Deutscher Offiziere“ belohnt⁵⁷.

V.

1929 schrieb von der Goltz, es gäbe sozusagen zwei Generationen vaterländischer Vereinigungen, entstanden aus „zwei entscheidenden Ereignissen der jüngsten deutschen Geschichte, der Entlassung Bismarcks 1890 und dem unglücklichen Kriegsende 1918“⁵⁸. Dementsprechend habe die erste, die Vorkriegsgeneration, aus Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, dem Kolonialverein und dem Flottenverein bestanden, hingegen die zweite, die Nachkriegsgeneration, aus Offiziers- und Veteranenbünden, paramilitärischen Organisationen und der Masse von konservativen und völkischen Vereinigungen, die in den Wirren nach Deutschlands Niederlage entstanden waren. Goltz hatte die beiden Generationen vaterländischer oder „nationaler“ Verbände zwar als Reaktionen auf bedrohliche internationale Entwicklungen dargestellt, in Wirklichkeit waren sie aber zwei verschiedene Reaktionen auf einen einzigen fortlaufenden Prozeß, der primär innenpolitischer Natur war: auf die – reale oder drohende – Modernisierung und Liberalisierung der deutschen Gesellschaft wie auf den begleitenden Aufstieg der Sozialdemokratie. Die beiden Generationen patriotischer Verbände repräsentierten verschiedene Entwicklungsstufen in der fortgesetzten Praxis politischer „Blockbildung“, die in den neunziger Jahren begonnen hatte, mit der „Vaterlandspartei“ weitergeführt worden war und schließlich in der „Nationalen Front“ von 1933 gipfelte⁵⁹. Auch nach Kriegsende sollten die Versuche zur Blockbildung, wie vor dem Krieg, konservative sozioökonomische und politische Bestrebungen zu einem Block oder einer „Sammlung“ zusammenschließen, kräftig genug, den liberal-demokratischen und sozialdemokratischen Kräften auf der Linken die Stirn zu bieten. In dieser Funktion glichen sich die beiden Generationen. In einer anderen Hinsicht waren ihre Funktionen jedoch unterschiedlich, ja sogar entgegengesetzt: die Bestrebungen der Sammlungspolitik waren vor dem Krieg, im ganzen gesehen, auf die Erhaltung des Status quo gerichtet, nach dem Krieg aber gegen den Status quo⁶⁰.

⁵⁶ Finker, S. 748; Robert G. L. Waite, *Vanguard of Nazism: The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923*, Harvard University Press 1952, S. 288.

⁵⁷ Finker, S. 748; Waite, S. 99 Anm. 13, S. 288.

⁵⁸ Generalmajor Graf Rüdiger von der Goltz, *Die vaterländischen Verbände*, in: *Volk und Reich der Deutschen*, hrsg. v. Bernhard Harms, Berlin 1929, Bd. II, S. 155.

⁵⁹ Zur Blockbildung im Kaiserreich siehe Gustav Schmidt, *Innenpolitische Blockbildungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (13. Mai 1972), und die in Anm. 1 genannten Werke; für die Weimarer Zeit David Abraham, *Constituting Hegemony: The Bourgeois Crisis of Weimar Germany*, in: *Journal of Modern History* 51/3 (Sept. 1979).

⁶⁰ In „Reshaping the German Right“ behauptet Geoff Eley, daß die Tätigkeit der nationalen Verbände in der wilhelminischen Ära tatsächlich einen Angriff auf den Status quo darstellte, da sowohl die

Im Kaiserreich mit seiner schmalen, quasiparlamentarischen politischen Basis waren lockere Dachorganisationen wie jene, die Sammlungspolitik betrieben, in der Lage, beträchtlichen politischen Einfluß auszuüben, auch wenn die Stärke dieses Einflusses großenteils von Einverständnis und Unterstützung der mächtigsten Gruppen der Schwerindustriellen und Agrarier abhing, der dominierenden sozioökonomischen Kräfte im Reich. Allerdings waren, wie Geoff Eley und Roger Chickering gezeigt haben, die auf begrenzte Basis gestützten und vor allem manipulativen Methoden der klassischen Sammlungspolitik, wie sie Miquel verfolgte, bei Kriegsausbruch wirkungslos geworden. Differenzen zwischen den ursprünglichen Partnern der Sammlungsbewegung schlossen eine enge Zusammenarbeit in vielen Bereichen aus; dagegen entwickelten einige der nationalen Verbände, die eigentlich als Vehikel zur Mobilisierung von ergebnem Fußvolk für die Sammlungspolitik dienen sollten, unabhängige, sogar oppositionelle Tendenzen, die nicht nur der Regierungspolitik, sondern auch den Interessen der Hauptpfeiler der eigentlichen Sammlungspolitik, nämlich Schwerindustrie und vor allem Agrarier, zuwiderliefen⁶¹.

Etwa 1914 begann auch auf der Rechten, wie auf der Linken, eine eigenständige und unkontrollierbare Politik auf Massenbasis. Daher wurden die engen Grenzen des wilhelminischen konstitutionellen Systems nicht nur durch strukturelle sozioökonomische Veränderungen gesprengt, sondern auch durch die Politisierung und Radikalisierung weiter Kreise der Mittelschichten, die sich nicht mehr mit dem passiven Hinnehmen gönnerhafter Bevormundung durch die traditionellen Honoratioren zufriedengaben. In dieser in Fluß geratenen politischen Situation kam der Ausbruch des Krieges. 1917/18 fanden sich die verschiedenen Elemente der antidemokratischen Rechten vorübergehend in der Vaterlandspartei zusammen, zersplitterten

höchsten Ziele der Verbände wie auch die Mittel zu ihrer Verwirklichung Änderungen im konstitutionellen Gefüge und in der politischen Praxis des Kaiserreichs nötig machen, die vor allem auf die Verdrängung der ostelbischen Großgrundbesitzer als der führenden Macht in der Innenpolitik hinausgelaufen wären. Eley hat recht mit seiner Behauptung, daß die politischen Programme und Methoden der nationalen Verbände eine Abkehr von der engen Begrenzung der traditionellen „klassischen“ Sammlungspolitik Miquels darstellten und für den Fall ihrer Realisierung einen Machtwechsel zugunsten der „moderner“ bürgerlichen Elemente bewirkt hätten, die die treibende Kraft in den nationalen Verbänden waren. Die durch einen Sieg der Verbände hervorgerufenen Wandlungen hätten den Status quo durch den erweiterten Zugang zu den politischen Eliten und die Förderung populistischer Formen der Politik verändert, was alles die Macht der traditionellen Junkerklasse vermindert hätte. Sieht man jedoch ganz allgemein den Status quo als Repräsentanz eines vorwiegend kapitalistischen sozioökonomischen Systems, das von einer politischen Struktur abgesichert wird, die zum Schutz der Interessen der traditionellen agrarischen und der neuen industriellen Eliten (wie auch derjenigen des mittleren Mittelstandes) angelegt ist, während man gleichzeitig die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie verhindert und den weiteren Ausschluß der arbeitenden Klassen von wirksamem politischen Einfluß sichert, dann scheinen die Bestrebungen der nationalen Verbände im ganzen gesehen eher eine Unterstützung als eine Unterminierung des Status quo darzustellen.

⁶¹ Eley, *Reshaping the German Right*; Roger Chickering, *Der „Deutsche Wehrverein“ und die Reform der deutschen Armee 1912–1914*, in: *Militärhistorische Mitteilungen* 1979/1.

aber nach der Niederlage und Revolution 1918 in eine noch größere Zahl von Einzelgruppen⁶².

Die Mission der VVVD sollte darin bestehen, die Verwirrung und Uneinigkeit der Rechten in der Nachkriegszeit zu beenden. Und doch blieben die Haltung und die Einstellung ihrer Führer zu diesem Problem im wesentlichen (von einigen Ausnahmen abgesehen) an das Denken der Vorkriegszeit gebunden; sie wandten Methoden an, die schon im Kaiserreich zu wünschen übriggelassen hatten und sich in der veränderten politischen Situation der Republik als noch unzulänglicher erwiesen. Obwohl die VVVD nicht mehr, wie die nationalen Verbände vor dem Krieg, unter der Spannung litt, sich als „staatserhaltend“ darstellen zu wollen und in Wirklichkeit oppositionelle Politik zu treiben, hat ihre Führung, besonders nach der Entfernung Geislers, die traditionelle Zurückhaltung der Konservativen gegenüber aller populistischen Aktivität, die die Position der alten deutschen Eliten bedroht hätte, offenbar aufrechterhalten⁶³. Die Tendenz, Blockbildung, wie in der Vorkriegszeit, von oben her zu konzipieren, wurde zweifellos durch die Bündnisstruktur der VVVD verstärkt, die Entscheidungen nur als Ergebnis von Verhandlungen zwischen den Führern der Teilorganisationen zustande kommen ließ.

Die VVVD brachte es, wie ihre Vorläufer vor dem Krieg, nicht fertig, eine geschlossene konservative Front oder Sammlung zu schaffen, die fähig gewesen wäre, bei und zwischen den Wahlen als wirkungsvolles organisatorisches Gegengewicht zur Linken zu fungieren. Als außerparlamentarische Organisation in einem – wenngleich nur stockend – funktionierenden parlamentarischen System (wenigstens bis 1930) war die VVVD nicht fähig, ihre numerische Stärke in effektive politische Macht umzusetzen. Dieses Versagen zeigte sich auf zweierlei Weise: Einerseits konnte die VVVD die Parteien nicht aus ihrer Machtstellung verdrängen, andererseits fehlten ihr die Mittel, auf die Parteien erfolgreich Druck auszuüben. Die Verschiedenartigkeit der VVVD-Mitglieder und die sich daraus ergebende schwache Bündnisstruktur verhinderten kraftvolles Agieren. Obgleich Nationalismus und Antisozialismus eine

⁶² Eley, *Reshaping the German Right*, Kap. II; Gerhard Schulz, *Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland*, Berlin 1975, S. 274–285.

⁶³ Auch wenn die Führer der VVVD die Notwendigkeit der Mobilisierung der öffentlichen Meinung für ihre Sache in „diesem Zeitalter der Massenwirkung“, wie es in einem Prospekt der Zentralstelle hieß, erkannten, fürchteten und verachteten sie doch „die Massen“. Die VVVD bezeichnete sich zwar häufig als „völkische“ Organisation, war es aber mehr in der Vorkriegsbedeutung des Wortes als in der dynamischeren, populistischen Version, die in der Nachkriegszeit entstand. Eine Schrift der NSDAP aus den zwanziger Jahren charakterisiert die mit der VVVD verbundene völkische Bewegung als „ähnlich der der Achtziger- und Neunzigerjahre, wie damals unter dem Einfluß von Studenten, Professoren, Land-, Studien- und Justizräten, kurzum Mittelstandsidealisten“. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten entbehrte die deutschvölkische Bewegung „den warmen Hauch jugendlicher Energie“ und war „eine völkische, aber keine Volksbewegung“, die „den Millionen unserer handarbeitenden Volksgenossen fernbleibt“. Siehe Werner Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution. Dokumente*, Frankfurt 1963, Dok. 25, S. 87 ff. Dieses Dokument wird zum Teil bei Eley, *Reshaping the German Right*, S. 360, zitiert, der auch auf den scharfen Gegensatz zwischen den beiden Arten völkischer Bewegungen hinweist.

starke emotionale und integrierende Wirkung hatten, konnten sie keine Richtlinien für politisches Handeln in einer modernen Industriegesellschaft hervorbringen. Die VVVD war alles andere als unpolitisch, hatte aber offiziell einen „überparteilichen“ und „unpolitischen“ Standpunkt zu vertreten, der die Ausübung politischer Macht (sofern das in der Weimarer Republik überhaupt möglich war) in der Praxis in den Händen der politischen Parteien ließ, welche jene Zersplitterung repräsentierten – und verewigten –, die von der VVVD so beklagt wurde. In dieser Hinsicht befand sich die VVVD in einem ähnlichen Dilemma wie ihre wilhelminischen Vorgänger⁶⁴.

Die verhaßten Parteien blieben nicht nur bestehen, sondern die VVVD brachte es zu ihrer maßlosen Enttäuschung nicht einmal fertig, entscheidenden Einfluß auf sie auszuüben. Im Unterschied zu den mächtigen ökonomischen Interessengruppen besaß sie für diesen Kampf kein ausreichendes Waffenarsenal. Ein moralischer Appell konnte die Parteien nicht veranlassen, den von der VVVD verlangten harten Kurs „nationaler“ Politik einzuschlagen. Dies galt besonders, wenn wirtschaftliche Interessen berührt wurden, dann zeigten nicht nur die Parteien, sondern auch einflußreiche ökonomische Interessengruppen, die offiziell im politischen Lager der VVVD standen, eine betrübliche Neigung, abtrünnig zu werden⁶⁵.

Versuche, Parteien und Reichstag durch Volksentscheide zu umgehen, eine Taktik, die von den außerparlamentarischen Gegnern der Republik häufig angedroht und gelegentlich auch angewandt wurde, blieben im allgemeinen ohne Erfolg⁶⁶. Eine andere theoretisch wirksame, aber praktisch nutzlose Waffe war der Wahlboykott. Die Bemühungen der VVVD und anderer rechter außerparlamentarischer Organisationen, die konservativen Parteien auf einen „nationaleren“, d. h. radikaleren und härteren Kurs zu zwingen, waren häufig von der – sowohl versteckten wie offen ausgesprochenen – Androhung eines Wahlboykotts begleitet, sollten sich die Parteien nicht gefügig zeigen. Tatsächlich waren das aber nur leere Drohungen, da sie immer wieder an der Angst scheiterten, eine Stimmenthaltung werde nur den linken Parteien zugute kommen⁶⁷. Ohne finanzielles Druckmittel, und nicht fähig oder willens, ihre einzige möglicherweise wirksame politische Waffe einzusetzen, war die VVVD dazu verurteilt, machtlos im politischen Abseits der Weimarer Republik zu stehen, zwar zu Kritik und Ermahnung in der Lage, aber nicht zu einer fühlbaren Steuerung der Ereignisse.

⁶⁴ Eley, *Sammlungspolitik*, S. 57.

⁶⁵ Wie zum Beispiel der Reichslandbund, Gründungsmitglied der VVVD, während der Auseinandersetzung um den Dawes-Plan.

⁶⁶ Obwohl die VVVD an einer Reihe von Kampagnen zu Volksbegehren aktiv teilnahm, scheint sie selber nie eines in die Wege geleitet zu haben. Zum Gebrauch – und Mißbrauch durch antidemokratische Elemente – von Volksbegehren in der Weimarer Republik und ihre verhängnisvollen Auswirkungen siehe Reinhard Schiffers, *Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem*, Düsseldorf 1971, Kap. 4 u. S. 285–291.

⁶⁷ Zur Verdeutlichung der Position der VVVD gegenüber den Parteien und der Wahl von 1928 siehe die Leitartikel in *Wehr und Vaterland*. Wochenschrift der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands (Wochenbeilage der Deutschen Zeitung), Nr. 45 (19. November 1927) und Nr. 46 (26. November 1927).

Der für solche politische Impotenz zu zahlende Preis war der Verfall und schließlich die Verdrängung durch den dynamischeren Nationalsozialismus, der Elemente der außerparlamentarischen „nationalen Opposition“ (einschließlich paramilitärischer, Wirtschafts- und Kulturorganisationen) mit der Struktur einer modernen politischen Partei verband⁶⁸. Aber wenn sie auch selber erfolglos blieb, trug die VVVD doch ihr Teil dazu bei, die Republik zu zerstören und dem Dritten Reich den Weg zu bahnen. Gerade während der sogenannten „Goldenen Jahre“ in der Mitte der Weimarer Periode trugen ihre Attacken dazu bei, die Autorität der Republik zu untergraben und die Entfremdung breiter Schichten zu fördern. Just als die Republik sich zu stabilisieren begann, tauchte die VVVD als Gegenkraft auf und erreichte 1924/25 ihren Höhepunkt an Aktivität und Einfluß. Obwohl sie ihr angesteuertes Ziel, Kern einer stabilen „Sammlung“ der Weimarer Rechten zu werden, nicht erreichte, konnte die VVVD doch auf bescheidenerer Ebene als eine Art Sammelbecken der Rechten fungieren, indem sie konservativen Gegnern der Republik Hilfe, Trost und einen ideologisch-organisatorischen Hafen bot. Durch ihre Tätigkeit half sie mit, die verstreuten Kräfte der Rechten in einem Zustand der Halbmobilisierung zu halten, der zur totalen Mobilisierung durch die NSDAP während der Depression erheblich beitrug. So ist die Geschichte der VVVD zwar nur eines der kleineren Kapitel in der Geschichte der Weimarer Republik, doch stellt sie ein wichtiges Verbindungsglied zwischen der wilhelminischen Sammlungspolitik und dem verhängnisvollen Zusammenschluß rechtsgerichteter, antidemokratischer Kräfte im Kabinett Hitler/Hugenberg von 1933 dar.

⁶⁸ Hierzu siehe Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln 1969, und Heinrich A. Winkler, *German Society, Hitler and the Illusion of Restoration 1930–1933*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976); als Regionalstudie zu diesem Vorgang siehe Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933*, Oxford University Press 1971, besonders Kap. 6, 7 und 10.

JÖRG WOLFF

HITLERJUGEND UND JUGENDGERICHTSBARKEIT 1933–1945

1. Problemstellung

Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, gab es seit zehn Jahren ein Gesetz, das für straffällige Jugendliche ein besonderes Verfahren vor dem Jugendgericht und jugendgemäße Reaktionen anstelle der herkömmlichen Strafen vorsah. Die strafende Gerechtigkeit war zugunsten der Erziehung und Resozialisierung junger Straftäter in den Hintergrund getreten. Die Sozialpädagogik hatte Einzug in das Jugendstrafrecht gehalten. Strafrecht und Sozialpädagogik waren schon vor 1933 nationalsozialistischen Angriffen ausgesetzt, weil sie als zu „liberalistisch“ galten. Das neue Regime sorgte bereits im ersten Jahr seiner Herrschaft für Änderungen. Nationalsozialistischer Geist sollte auch die Justiz durchdringen. Das Gesetz über die Neuwahl der Schöffen, Geschworenen und Handelsrichter (Ges. v. 7. 4. 1933, RGBl. I, S. 188 f.) beendete die Amtszeit aller Schöffen und Geschworenen zum 30. 6. 1933 vorzeitig. Auf dem Weg über die Neuwahl der Laienrichter konnten zuverlässige Nationalsozialisten zur Überwachung in die Strafrechtspflege eingeschleust werden¹. Ebenfalls am 7. 4. 1933 wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (RGBl. I, S. 175 ff.) erlassen, dessen 3. DurchführungsVO (RGBl. I, S. 245 ff.) die Anwendbarkeit auf Richter bestimmte. Danach mußten nichtarische Beamte ebenso in den Ruhestand versetzt werden wie jene, „die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“ (§ 4). Diese Maßnahmen trafen die Jugendgerichtsbarkeit wahrscheinlich härter als die übrige Strafrechtsbarkeit. Traditionell waren Sozialpädagogik und Sozialpolitik politische Domäne sozialdemokratischer und liberaler Gruppen. Insbesondere die SPD hatte sich zu Beginn der Weimarer Republik für den Erlass von JGG und JWG eingesetzt und mit dem bedeutenden Strafrechtler und Rechtsphilosophen Gustav Radbruch den Reichsjustizminister mehrerer Kabinette (Wirth, Stresemann) gestellt. Der spezialpräventive Gedanke eines besonderen Strafrechts für Jugendliche ging auf den Strafrechtslehrer Franz v. Liszt zurück, der für die Fortschrittliche Volkspartei seit 1908 im Preussischen Landtag, seit 1912 im Reichstag als Abgeordneter gewesen war. Liberal oder sozialdemokratisch eingestellte Richter mußten in der Justiz der Weimarer Republik, deren Mitglieder überwiegend demokratiern und konservativ waren² – wenn überhaupt – dort zu finden sein, wo die

¹ Zwar behielt die sog. Urliste, aus der Schöffen und Geschworene für die Jahre 1933–1934 gewählt wurden, weiter ihre Gültigkeit, aber der Schöffenwahlausschuß (§ 40 GVG) mußte unverzüglich neu gewählt werden (§ 2 Ges. v. 7. 4. 33). Dadurch war die Auswahl neuer Schöffen steuerbar.

² Vgl. H. Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982, S. 423 f.

Materie das nahelegte: in der Jugendgerichtsbarkeit. Sie also mußte von den beiden genannten Gesetzen besonders betroffen sein. –

Nach nationalsozialistischem Verständnis nahm die NSDAP gegenüber dem Staat und seinen Institutionen die führende Rolle ein³. Auch auf unteren Ebenen staatlicher Einrichtungen und parteilicher Gliederung suchte sie ihren Hegemonieanspruch durchzusetzen. In der Anfangsphase des Dritten Reiches stand die Beseitigung und Mundtotmachung der politischen Gegner im Vordergrund, die durch Pressezensur, Parteienverbot, SA-Terror, Konzentrationslager u. ä. m. betrieben wurden. Aber der Anspruch der Nationalsozialisten erstreckte sich darüber hinaus auch auf den unpolitischen Alltag eines jeden Bürgers, auf die Kontrolle seines Verhaltens und Denkens, seiner privaten Beziehungen und Meinungen. Wenngleich sich das in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft nicht vollkommen durchsetzen ließ, beeinflusste doch die Allgegenwart von Ideologie und Kontrolle die Grundlagen des Denkens und der Kultur⁴. Ein wesentlicher Teil dieser totalen Erfassung war die Erziehung der Jugend. Die von Hitler immer wieder hervorgehobene Bedeutung der Jugend fand ihren gesetzlichen Niederschlag in den programmatischen Sätzen des Gesetzes über die Hitlerjugend (Ges. v. 1. 12. 1936, RGBL. I, S. 993). Hier beanspruchte die Jugendorganisation der NSDAP, die Hitlerjugend (HJ), den Vorrang und konkurrierte auch mit Bestrebungen der Mutterpartei. Die NSDAP sollte durch Verflechtungen mit staatlichen Institutionen – dem Reichsministerium des Innern, dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, dem Reichsministerium der Justiz, dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei – ihre Vorstellungen bis in die Amtsgerichte, die Dorfschulen, Polizeistationen und die Jugendämter durchsetzen. Die Anstrengungen der HJ galten einer eigenen Kompetenz für alle Belange der Jugend. Die Entwicklung der HJ von der Parteijugend über die Gleich- und Ausschaltung aller anderen Jugendorganisationen zur Staatsjugend ist bekannt. Der Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur v. Schirach, wurde 1933 zum Jugendführer des Deutschen Reiches „ohne behördlichen Charakter und nicht eingegliedert in den staatlichen Behördenapparat“ (RdErl. d. MdI v. 20. 7. 1933, MBliV 1933, Sp. 879f.) ernannt. Er wurde damit über die Parteijugend hinaus für alle Jugendfragen im Deutschen Reich zuständig. Die gleichzeitig erlassenen Richtlinien zeigen, daß diese Ernennung auch das Vakuum füllen sollte, das durch die Auflösung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände entstanden war. Diese Vereinigung war ein Zusammenschluß von Verbänden, die vorwiegend aus der bündischen Jugend stammten. Schirach übernahm die Funktion des bisher von den Jugendverbänden gewählten Vorsitzenden des Reichsausschusses. Wenngleich ihm behördliche Kompetenzen und die Befugnis zu hoheitlichen Eingriffen noch nicht zugestanden waren, forderte doch der Reichsminister des Innern alle Jugendämter zur Unterstützung der Tätigkeit des

³ C. Schmitt, Staat. Bewegung. Volk, Hamburg 1933, S. 12.

⁴ Vgl. M. Reich-Ranicki (Hrsg.), Meine Schulzeit im Dritten Reich. Erinnerungen deutscher Schriftsteller, Köln 1982; H. Focke/U. Reimer, Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten, Reinbek 1980.

Jugendführers des Deutschen Reichs auf. Ihm wurde demonstrativ die Möglichkeit eröffnet, sich der Hilfe des Innenministeriums zu bedienen, „soweit nach seiner Auffassung staatliche Eingriffe gegenüber Jugendorganisationen notwendig erschienen“ (Richtlinien in MBlV 1933, Sp. 880). 1936 erhielt er durch das Hitlerjugend-Gesetz (§ 3 Ges. über die Hitlerjugend v. 1. 12. 36, RGBl. I, S. 993) den Rang einer Obersten Reichsbehörde, die dem „Führer und Reichskanzler“ unmittelbar unterstellt war. 1939 wurde der umfassende Anspruch der HJ auf „alle Aufgaben der körperlichen, geistigen und sittlichen Erziehung außerhalb von Elternhaus und Schule“ gesetzlich geregelt (§ 1 der 1. DVO zum HJ-Gesetz vom 25. 3. 1939, RGBl. I, S. 709). Aus dem Geschäftsbereich des Reichs- und Preussischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung sollten alle Angelegenheiten der Jugendpflege auf die HJ übergehen. Der Einfluß der HJ machte vor den Toren der Schulen nicht halt. Die Schulen wehrten sich zwar gegen Übergriffe, mußten aber in vielen Fragen den Forderungen der HJ nachgeben⁵. Bespitzelungen der Familie und Besuche von HJ-Führern im Elternhaus machten auch die Abgrenzung der Einflußsphäre von HJ und Familie zur Farce⁶.

Das Interesse der HJ beschränkte sich aber nicht auf jene für totalitäre Systeme typische Vermischung allgemeiner Erziehung und Kontrolle, in der jede Erziehung zugleich Kontrolle und umgekehrt jede Kontrolle auch nationalsozialistische Erziehung beabsichtigte. „Die Jugend kann nicht politisch restlos erfaßt werden, wenn sie nicht auch in allen ihren Lebensäußerungen von der JH erfaßt wird.“⁷ Der Totalitätsanspruch der HJ erstreckte sich nicht allein auf ihre Mitglieder, sondern auf die Gesamtheit der Jugend, und er bezog sich auch auf „die Intensität des Einflusses“⁸. Ein derart engmaschig ausgelegtes Netz von Erziehung und Kontrolle – das alle zu Gewaltunterworfenen, zu Angehörigen eines besonderen Gewaltverhältnisses machen wollte – konnte auf die Kontrolle der Jugendkriminalität keinesfalls verzichten. Zu Anfang richtete sich dieser Anspruch vornehmlich an die Mitglieder der HJ, „um die Organisation von allen störenden Elementen rein zu halten“⁹. Aber die Doppelfunktion als Parteidienststelle auf der einen und oberste Reichsbehörde auf der anderen Seite erleichterte die Ausdehnung des Kontrollanspruchs auf alle Jugendlichen. Zudem ließ sich innerorganisatorische Kontrolle leicht nach außen kehren. Der paramilitärische Aufbau der HJ erleichterte die interne Kontrolle und ermöglichte scharfe Disziplinarmassnahmen¹⁰. Die Abstützung nach außen erfolgte durch das Verlangen nach Kontrolle außerhalb des Dienstes auf der Straße, in der Schule, im Elternhaus. Sichtbares Zeichen war der HJ-Streifendienst, der eng mit der SA, SS und Polizei zusam-

⁵ Vgl. W. Klose, *Generation im Gleichschritt. Die Hitlerjugend. Ein Dokumentarbericht*, Oldenburg-Hamburg-München 1982, S. 190 ff.

⁶ Klose, S. 85 ff.

⁷ So Axmann, zit. nach G. Klemer, *Jugendstrafrecht und Hitler-Jugend*, Diss. jur. Berlin 1941, S. 26.

⁸ Klemer, S. 27.

⁹ Klemer, S. 28.

¹⁰ Das Vorgehen der HJ wird deshalb auch im Sinn einer totalen Organisation gedeutet; vgl. A. Klönne, *Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen*, Düsseldorf-Köln 1982, S. 121 ff.

menarbeitete¹¹, jeden Jugendlichen überprüfen konnte und so an der Kontrolle von Jugendkriminalität teilnahm.

2. Interesse an Jugendrechtspolitik

Nach der Machtübernahme setzten frühzeitig Bemühungen der HJ ein, ihren umfassenden Erziehungs- und Kontrollanspruch auch durch eine Beteiligung am Jugendstrafverfahren durchzusetzen. Zur Verwirklichung boten sich sowohl Beeinflussung der Gesetzgebung als auch Beeinflussung der Praxis der Jugendgerichte an. Letzteres war umständlicher, aber unauffälliger. Der kürzeste und direkteste Weg zur Durchsetzung von Interessen der HJ wäre eine Änderung des JGG von 1923 gewesen. Man könnte meinen, daß sie sich auf der Basis des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ges. v. 24. 3. 1933, RGBl. I, S. 141) leicht hätte verwirklichen lassen. Angesichts der skrupellosen Machtpolitik der Nationalsozialisten könnte es verwundern, daß dieser Weg nicht sofort beschritten wurde. Nach ihrer Philosophie wären entsprechende Änderungsbefehle ohne weiteres legitim gewesen. Denn „der Führer (ist) der einzige Gesetzgeber“, seine Entscheidungen unterlagen keiner Nachprüfung auf ihre Richtigkeit, weil sich der Maßstab für diese Richtigkeit aus der Autorität desselben ergab, der den Rechtssatz geprägt hat¹². Sicher unterblieb eine frühzeitige Änderung des RJGG nicht deshalb, weil die NSDAP nach der Regierungsübernahme noch einen innenpolitischen Legitimationsbedarf gehabt hätte, der durch die – inhaltlich rechtswidrige – Maßnahme der Beteiligung einer Parteigliederung der NSDAP an der zur Neutralität verpflichteten staatlichen Strafjustiz gestört worden wäre. Der Politisierungsgrad dieses Themas dürfte angesichts der tiefgreifenden Erschütterungen des Jahres 1933 gering gewesen sein. Aber nicht nur deshalb. Eine Änderung des JGG wäre – auch ohne Zensur der öffentlichen Meinung – eine Angelegenheit der Experten in Justiz und Ministerialbürokratie geblieben, wie es viele Veränderungen des Strafrechts bis heute noch sind¹³.

Warum also keine Gesetzesänderung? Ein Teil der Antwort liegt im nationalsozialistischen Rechtsverständnis. Hitler räsionierte bei Gelegenheit, daß das Recht lediglich die in Regeln gebrachte Herrschaftsausübung sei¹⁴. Nach rechtsstaatlichem Verständnis bedürfen Politikformulierungsprozesse der Normsetzung, die gemeinsam mit der Normanwendung die Implementation der Politik bewirkt. Im Nationalsozialismus kam der Normsetzung keineswegs die Bedeutung einer Verbindung zwischen Politikformulierung und Politikanwendung zu, deren tragende Grundsätze bereits in

¹¹ Siehe Klönne, S. 261.

¹² Vgl. A. Kaufmann, Rechtsphilosophie und Nationalsozialismus, in: ARSP, Beiheft 18, Wiesbaden 1983, S. 10f.

¹³ E. Blankenburg/H. Treiber, Der politische Prozeß der Definition von kriminellem Verhalten, in: KrimJ 1975, S. 252ff.

¹⁴ H. Boberach (Hrsg.), Richterbriefe. Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942–1944, Boppard 1975, S. XI.

der Politikformulierung zu beachten sind. Schirach formulierte das andersartige Verständnis von der Normsetzung so¹⁵:

„Wie die Bewegung zuerst eine neue politische Wirklichkeit schuf, ehe sie, Schritt für Schritt, das nationalsozialistische Recht durch den Staat kodifizieren ließ, so war auch die geballte Energie der Jugend auf das Leben unmittelbar, auf die Bildung und Erziehung einer Gemeinschaft junger Nationalsozialisten gerichtet, ehe sie vorstieß zur Auseinandersetzung mit dem Recht, das dieser Entwicklung angemessen sein sollte.“

Es gebe, schrieb Schirach weiter, eine natürliche Rangfolge, die das lebendige Werden vor das geschriebene Recht setze. Nach dieser Vorstellung mußte die Normsetzung ein relativ unwesentlicher Bestandteil des Implementationsprozesses sein, der mit der Politikformulierung wenig zu tun hatte. Normsetzung besiegelte eine bereits implementierte Politik. Die Politikformulierung war nicht mehr an tragende Grundsätze der Rechtsordnung gebunden. Sie war frei für den Kampf konkurrierender Interessen innerhalb des Nationalsozialismus und der Kontrolle durch die Rechtsordnung entzogen. Da die Interessen der HJ am Jugendstrafverfahren im Detail noch gar nicht formuliert waren, mußte ein Verzicht auf eine Gesetzesänderung im frühen Zeitpunkt taktisch richtig sein. Sie ließen sich in der täglichen Einflußnahme auf die Jugendgerichtspraxis besser weiterentwickeln.

Außerdem war der Verzicht auf eine frühzeitige Gesetzesänderung ein Ergebnis anderer Prioritätensetzung. Der nationalsozialistische Staat hatte aus der Weimarer Republik die Bemühungen um die Reform des Strafrechts übernommen. Es kam vorrangig darauf an, Vorstellungen über nationalsozialistisches Strafrecht zu entwickeln¹⁶. In diesem Rahmen war die Frage zu klären, ob die im JGG vom 1923 ohnehin nicht sehr weit entwickelte Eigenständigkeit des Jugendstrafrechts wieder aufgegeben werden und sein materieller Teil in das allgemeine Strafrecht, der verfahrensrechtliche Teil in die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsrecht zurückgeführt werden sollten¹⁷. Die HJ mußte sich mit eigenen Vorstellungen von einem eigenständigen Jugendrecht, das auch das Jugendstrafrecht umfaßte, gegen solche Ansichten erst durchsetzen. Solange hierüber keine Klarheit bestand, war es wenig lohnend, einen Teilaspekt – wie die Beteiligung am Jugendstrafverfahren – im Wege der Gesetzesänderung einzuführen. Es gibt einen Beleg dafür, daß in Juristenkreisen innerhalb und außerhalb der NSDAP der Wunsch nach nationalsozialistischen Rechtsreformen und die Unsicherheit über die Beständigkeit des geltenden Rechts groß waren. Deshalb veröffentlichte die rechtspolitische Abteilung der Reichsleitung der NSDAP (später: Reichsrechtsamt) in Fachzeitschriften (z. B. Deutsches Recht Nr. 3 vom August 1933) folgende Mitteilung, auch in Form einer Anzeige:

¹⁵ B. v. Schirach, Die Jugend und ihr Recht, in: ZAkDR 1939, S. 330.

¹⁶ F. Gürtner/R. Freisler, Das neue Strafrecht. Grundsätzliches zum Geleit, Berlin 1936.

¹⁷ Vgl. Schoetensack, Bemerkungen über das Verfahren gegen Jugendliche im künftigen Strafprozeßrecht, in: Der Gerichtssaal 1935, S. 156 ff.; K. Peters, Vorschläge zum Jugendstrafrecht, in: ZblJugR 1935, S. 37 ff.

„Die Neugestaltung des deutschen Rechts ist keine Angelegenheit, die in wenigen Wochen oder Monaten durchgeführt werden kann. Es besteht Veranlassung, ausdrücklich darauf hinzuweisen. Selbst bei der notwendigen beschleunigten Durchführung der für das Schicksal des deutschen Volkes äußerst wichtigen Fragen wird mit einer längeren Übergangszeit zu rechnen sein.“

Seit 1933 beteiligte sich die HJ an der Formulierung von Jugendpolitik und der gesetzgeberischen Umsetzung¹⁸ und meldete einen politischen Vorrang gegenüber der Justiz an, der ihren Umgang mit der Jugendgerichtsbarkeit fortan bestimmen sollte:

„Die Hitler-Jugend betont, daß sie bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge zur Neugestaltung des Jugendwohlfahrts-, Jugendgerichts- und Erziehungswesens die Mitarbeit der Gerichtsbehörden nicht entbehren kann und will. Die künftige Neugestaltung des Jugendrechts soll nicht einseitig erfolgen, sondern in engster Zusammenarbeit mit der Praxis, vor allem den Gerichten, sollen die Richtlinien eines nationalsozialistischen Jugendrechts ausgearbeitet werden.“¹⁹

Dieser Anspruch wurde mit der Vorstellung von der HJ als einer Reichsjugend, nicht aber einer Staatsjugend begründet²⁰. Partei und Staat sollten mit je eigenen Hoheitsrechten in der übergeordneten Einheit des Reiches aufgehen. Durch die Ernennung Schirachs zum Jugendführer des Deutschen Reichs sei die HJ die einzige Gliederung, die sowohl dem Staat als auch der Partei zugeordnet sei. Ihr komme deshalb ein besonderer Rang zu²¹. So entstand auch die Vorstellung von einem gesonderten „Jugendverfassungsrecht“.

Die HJ drängte ganz pragmatisch auf die Einrichtung von Seminaren für Jugendrecht an den Universitäten²², um sowohl die wissenschaftliche Fachberatung für die rechtliche Umsetzung der Jugendpolitik anzuwerben als auch die juristische Ausbildung zu beeinflussen. Sie war maßgeblich an der Entwicklung systematischer Vorstellungen für eine Vereinheitlichung des Jugendrechts beteiligt. Beabsichtigt war eine gesetzliche Zusammenfassung der über verschiedene Rechtsgebiete verstreuten Vorschriften für Jugendliche in vier Gruppen:

- Jugendverfassungsrecht
- Jugendarbeitsrecht
- Jugenderziehungsrecht
- Jugendstrafrecht.

Baldur v. Schirach und später auch sein Nachfolger Artur Axmann waren daher interessierte und aktive Förderer des Jugendrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht²³.

¹⁸ Vgl. Keffler, Der HJ-Rechtsreferent und seine Arbeit, in: ZAKDR 1936, S. 600 ff.; auch Schirach.

¹⁹ Schreiben des Sozialen Amtes der Reichsjugendführung an das Reichsjustizministerium v. 27. 11. 1934, Anlage 2, Bundesarchiv (BA), R 22/1174, Bl. 33.

²⁰ H.-H. Dietze, Die Jugend in der Verfassung des Reiches, in: JuR 1938, S. 167 f.

²¹ Dietze, S. 166.

²² Keffler, S. 602; G. Kaufmann, Das kommende Deutschland. Die Erziehung der Jugend im Reich Adolf Hitlers, Berlin 1943, S. 267.

²³ G. Kaufmann, S. 267.

Die Bemühungen um das Jugendarbeitsrecht schritten voran und fanden 1938 ihren ersten Niederschlag im Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendschutzgesetz v. 30.4. 1938, RGBl. I, S. 437 ff.). 1942 wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Berufserziehung der deutschen Jugend vom Jugendrechtsausschuß der Akademie für Deutsches Recht vorgelegt, der für jeden Jugendlichen eine Mindestausbildung vorschrieb²⁴. Erst ab 1937 nahm eine eigenständige Arbeitsgemeinschaft für Jugendstrafrecht als Unterkommission des Ausschusses für Jugendrecht der Akademie für Deutsches Recht ihre Arbeit auf. Ab 1939 traten verschiedene Verordnungen – VO zum Schutz gegen jugendliche Schwerverbrecher (1939), JugendarrestVO (1940), VO über die unbestimmte Verurteilung Jugendlicher (1941) – in Kraft. 1943 fand die Jugendstrafrechtsreform im Erlaß eines grundlegend veränderten RJGG ihren vorläufigen Abschluß. Ein allzu langer Zeitraum für den „revolutionären“ Elan der HJ! Unter dem Einfluß juristisch vorgebildeter Mitglieder beschritt man sogleich nach dem 30. Januar 1933 praktische Wege, die schnelle Erfolge in kleinen Schritten zeitigten und damit den politischen Primat der HJ bei der Formulierung von Jugendpolitik sowohl innerparteilich als auch gegenüber dem Staatswesen manifestierten. Es waren also sowohl ideologische und machtpolitische als auch taktische Gründe, die für den Verzicht auf sofortige Gesetzesänderungen maßgebend waren.

Um in das Jugendstrafverfahren einzudringen, bediente man sich mehrerer Methoden:

- Druck regionaler HJ-Führungen auf örtliche Justizbehörden mit dem Ziel einer Beteiligung am Jugendstrafverfahren
- personelle Verflechtungen zwischen HJ und Justiz
- Beeinflussung der Juristenausbildung über die Jugendrechtsseminare an den Universitäten
- Einrichtung von regionalen Arbeitsgemeinschaften zwischen HJ und Justiz.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Bestrebungen der HJ nicht allein vom Machtanspruch der NSDAP, sondern auch von „der veränderten Stellung und der besonderen Aufgabe der Jugend nach dem nationalsozialistischen Umbruch“ getragen wurden²⁵. Die HJ hatte mit der Übernahme des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände deren Erbe nicht nur formal angetreten. War sie schon 1933 keineswegs eine einheitliche ideologische und soziale Gemeinschaft, sondern ein Sammelbecken, das in sich sozialistische neben nationalistischen und bündischen Interessen vereinigte, mußte sie nunmehr durch das ungeheuer schnelle Wachstum von rd. 108 000 Ende 1932 auf rd. 4 Mio. Mitglieder im Jahr 1936²⁶ noch heterogener werden. Die Durchsetzung einer nationalsozialistischen Weltanschauung war mindestens ebenso sehr ein Gebot der inneren Konsolidierung wie der Formierung der gesamten

²⁴ G. Kaufmann, S. 273.

²⁵ Klemer, S. 7.

²⁶ J. Schultz, Die Akademie für Jugendführung der Hitlerjugend in Braunschweig, Braunschweig 1978, S. 240.

deutschen Jugend. Aus der Vielfalt unterschiedlicher Meinungen entstand als gemeinsame Grundüberzeugung eine beflügelnde Aufbruchstimmung hinsichtlich einer größeren Bedeutung der Jugend. Die Schnittlinie von nationalsozialistischer Ideologie und Geltendmachung von Jugendinteressen war die Vorstellung von der „Jugend als Garant der Zukunft“. Allen gemeinsam war die Überzeugung von der Notwendigkeit der „nationalen Revolution“, von der Notwendigkeit, das soziale und wirtschaftliche Elend durch Beseitigung der Weimarer Republik zu beheben, die „Schmach von Versailles“ zu beenden. Auf der Ebene unterer und mittlerer Führung in der HJ – ja bis in die Reichsjugendführung hinein – hat es einen unerbittlichen Idealismus in der Arbeit für die Jugend gegeben. Ein Idealismus, der die schlimme Alltagspraxis des Nationalsozialismus für ebenso nebensächlich ansah wie den rabiatischen Antisemitismus und Rassismus oder die gewalttätige Verfolgung Andersdenkender²⁷. Ein Idealismus, der die Absicht nationalsozialistischer Erziehung durch die HJ in einem höheren Interesse der Betroffenen mit durchaus sozialistischen Anklängen begrüßte, dem persönliche Bereicherung, Karrieredenken und Macht um ihrer selbst willen fremd waren²⁸. Dieses jugendbewegte Sendungsbewußtsein und der selbstlose Fanatismus ließen sich von den skrupellosen und zynischen Machtpolitikern der NSDAP leicht ausnutzen. Der jugendliche Idealist beschaffte Legitimation für den Nationalsozialismus, weil er glaubwürdiger als dessen geistige Substanzlosigkeit war.

Die Reformbemühungen in der Jugendberichterstattung hingen mit dem Interesse am Jugendstrafrecht durchaus inhaltlich und nicht nur instrumentell zusammen, obwohl sie keineswegs das Ergebnis so konsequenter pädagogischer Planung waren. Ihnen ließen sich die Umrisszeichnungen erzieherischer Ideale ablesen, die nicht allein nationalsozialistischem Denken entstammten. So kritisierte beispielsweise die Reichsjugendführung an der Jugendgerichtsbarkeit, daß sie zum Abstellgleis für ältere Richter geworden sei, die keine Aussicht auf Beförderung hätten; damit machte sie auf einen realen Mangel aufmerksam, der mit der Idee der Erziehung der Jugend durch Jugend zusammenhing. Sie stellte fest, daß rechtsdogmatische Kenntnisse der Richter nicht das Zentrum des Jugendstrafrechts bilden dürften, sondern ihre pädagogischen Fähigkeiten und Einsichten; damit konstatierte sie einen Mangel, der die Ausbildung zum Jugendrichter bis heute prägt. Und sie forderte, daß im Jugendstrafrecht die Einsicht in die Richtigkeit und Notwendigkeit staatlicher Ordnung durch Erziehung zu bewirken sei, nicht unbedingt durch Strafe²⁹; das dürfte eine auch heute noch gültige Maxime sein. Es lassen sich an diesen Reformbemühungen aber auch die Vorstellungen vom kommenden nationalsozialistischen Volksrecht ablesen:

„Unser werdendes Volksrecht ist ein junges, beschwingtes und lebendiges Recht, also ein Recht, das vor allem Eingang finden wird in den aufgeschlossenen Herzen einer begeisterungsfähigen und kämpferischen Jugend, die eine klare und eindeuti-

²⁷ M. Maschmann, *Fazit. Mein Weg in der Hitler-Jugend*, München 1983, S. 27.

²⁸ J. Schultz, S. 186.

²⁹ Vgl. Anm. 19.

ge Entwicklung und Erziehung im nationalsozialistischen Geiste vor allen anderen voraus hat.“³⁰

Hier werden Verbindungen zwischen Jugend, Emotionen und Recht sichtbar, wie sie bereits in der Weimarer Republik zum festen Bestand der konservativen Revolution gehört hatten. Man wollte Wertorientierung und Vernunft des modernen Rechts zugunsten eines erfüllten Rechts aufgeben, das eher mystischen Charakter haben sollte. Der spezifisch nationalsozialistische Charakter der Forderungen der HJ ergab sich vielfach in der Präzisierung und Umsetzung im Laufe der ersten Jahre nach 1933³¹. Er bildete sich in der Praxis der HJ-Arbeit heraus. Hier bündelten sich die unterschiedlichen Motive der HJ. Gerade die fanatische Überzeugung von der geschichtlichen Sendung des Nationalsozialismus zur Rettung des deutschen Volkes mußte im Verein mit jugenderzieherischer Begeisterung dazu führen, den jugendlichen Kriminellen als Systemfeind zu betrachten. Nonkonformismus und Abweichungen der Jugend mußten um des höheren Ziels willen durch massive Auslese und Kontrolle beschränkt werden. Die Bereitschaft zur Erziehung und zur Resozialisierung beschränkte sich auf die Wiedergewinnung gemeinschaftsfähiger HJ-Angehöriger für die Volksgemeinschaft³². Die Teilnahme am Strafverfahren sollte vornehmlich dem Zweck dienen, über disziplinarische Maßnahmen gegen HJ-Angehörige zu entscheiden³³.

Die HJ sollte also die „Auslese im negativen Sinne der Abstoßung alles Unbrauchbaren und Untauglichen“ betreiben³⁴. Mit der gerichtlichen „Unschädlichmachung gefährlicher Elemente“ und mit „entehrenden Strafmaßnahmen“ wollte sie nichts zu tun haben³⁵. Darin liegt kein Widerspruch zu dem Erziehungs- und Jugendidealismus, weil die Vorstellungen der Nationalsozialisten durch einen dichotomen Erziehungsbegriff geprägt waren, der nur zwischen der Wiedergewinnung gutgearteter und der Ausschließung nicht charaktervoller Volksgenossen unterschied. Er ist auf jene kaum noch entwicklungsfähige Freund-Feind-Formel in Carl Schmitts Begriff des Politischen zurückzuführen³⁶. Was Ausschließen und Ausmerzen in der nationalsozialistischen Terminologie wirklich bedeuteten, haben spätestens die ab 1940 eingerichteten Jugenderschulungslager gezeigt³⁷. Erziehung endete in der planvollen Vernichtung.

³⁰ Keßler, S. 604.

³¹ Schultz, S. 186 ff., zeigt das am Beispiel der Ausbildung der HJ-Führer.

³² So Schirach, zit. nach Klemer, S. 32; vgl. Keßler, S. 603.

³³ Vgl. Anm. 19; auch Klemer, S. 82.

³⁴ Klemer, S. 25.

³⁵ Klemer, S. 31.

³⁶ Schmitt, Staat. Bewegung. Volk; G. Radbruch, Strafrechtsreform und Nationalsozialismus, in: Neue freie Presse, Wien, 15. 1. und 22. 1. 1933.

³⁷ Werner, Die Polizei in ihrem Kampf gegen die Gefährdung der Jugend, in: DJD 10/1941, S. 243 ff.; ders., Die polizeilichen Jugenderschulungslager, in: DJH 1944, S. 101 ff.

3. Institutionalisierung im Jugendstrafverfahren

Die Bemühungen der HJ um Teilnahme am Jugendstrafverfahren richteten sich vornehmlich darauf, die nationalsozialistische Sicht bei der Beurteilung der Persönlichkeit des Täters einzubringen³⁸. Symbolischer Interaktionismus und Etikettierungstheorie zeigen inzwischen, daß die Einschätzung der sozialen Herkunft und der Biographie des Täters bei der Aburteilung tatsächlich eine wichtige Rolle spielt. Deshalb kann eine ideologisch gesteuerte Interpretation von Sozialisationsdefiziten das Strafverfahren von innen beeinflussen. In den ersten Jahren ging es um die Kenntnis von Strafverfahren gegen Angehörige der HJ, später um die Ausdehnung der Mitteilungen in Strafsachen, die Akteneinsicht und -übersendung, die Teilnahme an der Hauptverhandlung und das Recht zur Stellungnahme. Die Pflicht zu Mitteilungen in Strafsachen wurde zuerst für Angehörige der SA und SS geregelt (AV v. 31.7. 1933, JMBL, S.258), was angesichts der zahlreichen strafbaren Handlungen der Angehörigen dieser Organisationen zur Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender nicht verwundert. Das Preußische Justizministerium bestimmte zunächst, daß die Eröffnung des Hauptverfahrens und die rechtskräftige Erkenntnis der Rechtsstelle bei der zuständigen Gauleitung der NSDAP mitzuteilen seien (AV v. 8.3. 34, DJ 1934, S.341). Kurz darauf wurde diese Mitteilungspflicht auf die HJ ausgedehnt (AV d. Preuß. Justizministeriums v. 8.5. 34, DJ 1934, S.599). Das schien aus mehreren Gründen unzureichend:

- Die AV galt nur in Preußen,
- sie bezog sich nur auf solche Verfahren, in denen die „Zugehörigkeit des Beschuldigten zur NSDAP oder ihren Gliederungen (z.B. HJ) aus den Akten sich ergibt oder ohne besondere Nachforschungen festzustellen ist“,
- sie erfolgte nicht direkt an die HJ.

Die HJ verlangte mehr. Von 1934 an versuchte sie durch individuelle Absprachen mit verschiedenen Oberlandesgerichtspräsidenten, Regelungen für eine unmittelbare Teilnahme an Jugendstrafverfahren gegen HJ-Angehörige zu erreichen³⁹. Zur Begründung wurde gelegentlich auf die Pflicht des Jugendgerichts verwiesen, sich umfassend über den Jugendlichen zu informieren (insbes. § 31 JGG 1923). Dazu sollte die Anhörung des zuständigen HJ-Führers zwingend gehören. Er sei in der Lage, „wertvolle Informationen über die Persönlichkeit des Jugendlichen zu geben, den er

³⁸ Klemer, S.79.

³⁹ Vgl. Schreiben des Präs. d. OLG Naumburg an das RJM v. 26. 10. 1934, BA, R 22/1174, Bl. 13. Auch der Präs. d. OLG Düsseldorf berichtete mit Schreiben v. 27. 12. 1934 (BA, R 22/1174) über entsprechende Versuche. In Pommern bestand seit Anfang 1934 eine Rundverfügung des Präs. d. OLG Stettin; BA, R 22/1174, Bl. 68. Der Generalstaatsanwalt bei dem OLG Hamm hatte ebenfalls am 6. 4. 1934 Anweisung für eine Zusammenarbeit mit den Rechtsreferenten der HJ gegeben, in der die Notwendigkeit unmittelbarer Fühlungnahme – also nicht über JGH und Jugendamt – betont wurde; BA, R 22/1174.

innerhalb der ihm gleichgeordneten Gemeinschaft ständig beobachtet“⁴⁰. Die eigentliche rechtliche Begründung lag in der Bezeichnung der HJ als Vereinigung für Jugendfürsorge gem. §§ 23, 42 JGG, mit der sich JGH und Jugendamt ins Benehmen zu setzen hätten. Das war kaum mehr als eine verfahrensrechtliche Argumentation, weil die HJ nach ihrem Selbstverständnis keine sozialpädagogische Einrichtung war. Der Nationalsozialismus hatte an der staatlichen Jugendarbeit der Weimarer Republik kritisiert, daß sie sich in der Fürsorge für die verwahrloste und gefährdete Jugend erschöpft habe, während es Aufgabe der HJ sei, „die Erziehung der Gesunden vor die der Gefährdeten und Verwahrlosten“ zu stellen⁴¹. Sozialpädagogisches Interesse konnte nur als Bestandteil des Totalitätsanspruchs in Jugendfragen bestehen. Die Bezeichnung der HJ als Vereinigung für Jugendfürsorge berührte aber auch das Verhältnis von Partei und Staat. Traditionell traten in der Sozialarbeit freie Wohlfahrtsverbände und Jugendfürsorgevereinigungen dort ein, wo der Staat nicht tätig wurde. Mit dem JWVG von 1922 war erstmals auch dem Staat die Möglichkeit eröffnet, systematisch Jugendpflege und -fürsorge zu betreiben. Die Einführung des Subsidiaritätsprinzips im Jugendwohlfahrtsrecht war Ergebnis eines Kompromisses zwischen staatlichem Erziehungsanspruch in § 1 JWVG und den Besitzstandsansprüchen der freien Wohlfahrtsverbände. Diese Position zu akzeptieren, hätte die Umkehrung des Verhältnisses von NSDAP und Staat bedeutet, weil solche Verbände gegenüber dem Staat keinerlei ideologischen Führungsanspruch anmelden konnten.

Neben die ideologisch-sozialpolitischen Argumente trat eine verfahrensrechtliche Überlegung, weil die HJ auf diese Weise lediglich eine abgeleitete Verfahrensposition als Gehilfe der Jugendgerichtshilfe (JGH) hätte erlangen können. Sie führte aber ihren Anspruch auf Selbständigkeit „aus der uneingeschränkten Verantwortung der HJ für ihren Einsatz und aus der historischen Entwicklung“⁴² und auf den erwähnten Führungsanspruch der NSDAP gegenüber dem Staat zurück. Die JGH war durch JWVG 1922 und JGG 1923 zur Pflichtaufgabe der Jugendämter geworden (§§ 3 Ziff. 5 JWVG, 42 JGG). Sie war ein völlig neues Prozeßorgan mit eigenen Verfahrensrechten⁴³. Die HJ konnte als Vereinigung der Jugendfürsorge lediglich ein Recht auf Teil-

⁴⁰ Notiz einer Besprechung zwischen Reichsjugendführung und RJM v. 7. 2. 1934, BA, R 22/1174, Bl. 66 f.

⁴¹ G. Kaufmann, S. 14; Dietze, S. 166.

⁴² Klemer, S. 32–81.

⁴³ – Anhörungsrechte bei vorläufigen Anordnungen über die Erziehung und Unterbringung, § 8
– Beteiligung an Ermittlungen über die Führung eines Jugendlichen während einer Bewährungszeit, § 12 V
– Beteiligung in allen Abschnitten des Verfahrens (Sollvorschrift), § 22
– Teilnahmerecht an der Hauptverhandlung, § 23 II
– Mitteilungspflicht und Benachrichtigungspflicht der Staatsanwaltschaft über den Gang des Verfahrens – und umgekehrt Pflicht der JGH zur Mitteilung über weitere anhängige Verfahren –, § 27
– Besuchsrechte im Fall der Untersuchungshaft, § 28 III
– Recht auf Bestellung als Beistand, § 29
– Ermittlung der Lebensverhältnisse, § 31

nahme an der Hauptverhandlung („soll . . . in der Regel“) gem. § 23 II 2 JGG 1923 selbständig erwerben. Alle übrigen Verfahrensrechte hätten dem Jugendamt weiterhin zugestanden, das von Fall zu Fall hätte entscheiden müssen, ob sie an die HJ übertragen werden sollten. Ein Teil dieser Rechte gehörte außerdem zu den nicht übertragbaren Hoheitsrechten aus der gesetzlichen Pflichtaufgabe „Jugendgerichtshilfe“.

Nun handelte es sich bei den regionalen Vorstößen der HJ auch nur um taktische Maßnahmen. Augenscheinlich wurde das Ziel der Verfahrensbeteiligung zentral gesteuert – „auf Weisung der Reichsjugendführung“ –, aber dezentral verfolgt, weil umfassende gesetzliche Neuregelungen nicht sogleich zu erwarten waren. Die Reichsjugendführung hatte die vage Vorstellung von einer Art gutachterlicher Stellung der HJ im Verfahren vor den Jugendgerichten⁴⁴. Die Gebietsführungen der HJ testeten, inwieweit regionale Justizbehörden bereit waren, auf entsprechende Forderungen einzugehen; möglicherweise handelte es sich auch um ein Zusammenspiel zwischen bereits nationalsozialistisch geführten Justizverwaltungen und HJ-Formationen zum Zweck der Schaffung von Präzedenzfällen⁴⁵. Für den Erfolg war entscheidend, wie das Reichsjustizministerium reagieren würde. Keine staatliche Institution konnte nach ihrem Selbstverständnis solche Eingriffe in ihre Kompetenzen bereitwillig hinnehmen. OLG-Präsidenten, Generalstaatsanwälte und Beamte des Reichsjustizministeriums waren in Loyalitätskonflikten zwischen den Anforderungen jener Partei der nationalen Erhebung und den rechtlichen Anforderungen ihrer Behörde. Diese Konflikte wurden dadurch verstärkt, daß die NSDAP den Reichskanzler stellte, hingegen der oberste Dienstherr der Justiz, Minister Franz Gürtner, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei war. Gürtner war bereits seit 1932 in den Kabinetten Papen und Schleicher Justizminister gewesen. Bei Gürtner wie bei den hohen Justizbeamten „dominierte das Bestreben, die Kompetenzen der Verwaltung durch Teilkonzessionen an das Programm der NSDAP zu bewahren oder angesichts ihres übersteigert erscheinenden Radikalismus ‚Schlimmeres zu verhüten‘“⁴⁶. Angesichts drängender Probleme wie der Brutalitäten der SA, Gewalttätigkeiten in den KZ's, aber auch der Überführung der Justiz in die Reichshoheit haben Justizbehörden und Ministerium auf die vergleichsweise untergeordneten Forderungen der HJ

- Rederecht in der Hauptverhandlung, § 31 III 2
- Mitteilung der Einstellungsverfügung, § 32 III
- Anhörungsrecht bei Aussetzung einer Ersatzfreiheitsstrafe, § 34
- Anhörungsrecht bei politischen Strafverfügungen, § 40 III.

⁴⁴ Vgl. Anm. 19.

⁴⁵ Die Zusammenarbeit war folgendermaßen gedacht:

- | | |
|--|-------------------------|
| Reichsjustizministerium | – Reichsjugendführung |
| OLG-Präsident, Generalstaatsanwalt | – Gebietsrechtsreferent |
| LG-Präsident, Oberstaatsanwalt, Jugendrichter und
-staatsanwälte, Vormundschaftsrichter | – Bannrechtsreferent |

Vgl. W. Bergemann, Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Hitler-Jugend auf Grund der AV vom 16. 5. 1935, in: R. Freisler (Hrsg.), Grundfragen des Jugendrechts, Berlin 1941, S. 38 ff.

⁴⁶ D. v. Richthofen (Hrsg.), Beamte im Nationalsozialismus. Ausstellung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW, Düsseldorf 1984, S. 5.

unterschiedlich reagiert, aber wenig prinzipiellen Widerstand geleistet. Insofern war die Taktik der HJ erfolgreich. Den Justizbehörden ging es vornehmlich darum, verfahrensrechtlich einwandfreie Lösungen für die Beteiligung der HJ am Jugendstrafverfahren zu finden. Deshalb bevorzugten sie eine Einordnung als jugendfürsorgerische Vereinigung gem. § 23 JGG 1923⁴⁷, obwohl das der Reichsjugendführung unerwünscht war. Angesichts der Nachgiebigkeit in der Sache und dem Rückzug auf Verfahrensfragen sah die HJ größere Aussichten, sowohl eine selbständige Verfahrensposition mit frühzeitiger Informationspflicht durch die Gerichte als auch zusätzlich das Recht auf Akteneinsicht durchzusetzen. Die HJ ging nunmehr zentral beim Reichsjustizministerium vor und forderte das Recht auf Aktenübersendung⁴⁸. Beides war durch bisherige Konstruktionen verfahrensrechtlich nicht gedeckt. Solche Rechte hätten sich vielleicht im Wege der Amtshilfe für eine Reichsbehörde begründen lassen. Genau das war die HJ noch nicht, weil sie diesen Status erst durch das Hitlerjugendgesetz von 1936 erlangte. Dennoch erließ der Reichsjustizminister im Jahr 1935 eine AV, in der die Stellung der HJ im Strafverfahren über die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten des JGG von 1923 hinaus geregelt wurde. Diese AV „Zusammenarbeit zwischen Justizbehörden und Hitlerjugend“ (v. 16.5. 1935 in DJ 1935, S.766) legte dar, daß die „Reichsjugendführung bei ihren erzieherischen Aufgaben auf eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Justizbehörden Wert lege“ – damit auch klar wurde, von wem hier die Initiative ausging. Die HJ konnte zahlreiche Mitteilungsrechte in Strafverfahren gegen ihre Mitglieder in Anspruch nehmen⁴⁹.

⁴⁷ Schreiben des OLG-Präs. und des Generalstaatsanwalts an die HJ, Gebiet Mittelland, v. 14. 11. 1934, BA, R 22/1174, Bl. 17 f.

⁴⁸ Vgl. BA, R 22/1174, Bl. 66. Die HJ nutzte ein Ersuchen des Präs. d. OLG Düsseldorf um Genehmigung eines Entwurfs entsprechender Richtlinien aus, die in Düsseldorf von Justiz und HJ erarbeitet worden waren (BA, R 22/1174, Bl. 45–47). Die dort vorgeschlagene selbständige Zulassung der Rechtsreferenten der HJ und die Mitteilungspflicht der Staatsanwaltschaft schienen den Referenten im Reichsjustizministerium zu weitgehend, obwohl auch sie keine prinzipiellen Einwände hatten. Angesichts der uneinheitlichen Lage in verschiedenen OLG-Bezirken galt ihr Interesse vornehmlich einer einheitlichen Regelung – die nur durch Vereinbarung mit der Reichsjugendführung getroffen werden konnte.

⁴⁹ Mitteilungsrecht über

- a) die Einleitung des Verfahrens, wenn Tatsachen vorliegen, die ein alsbaldiges Einschreiten der Hitlerjugend gegen den Beschuldigten angezeigt erscheinen lassen;
- b) die Verhaftung und Entlassung aus der Untersuchungshaft;
- c) die Erhebung der öffentlichen Klage, den Antrag auf Erlass eines Strafbefehls sowie den Eingang eines Antrages auf gerichtliche Entscheidung (nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung) oder auf Festsetzung einer Freiheitsstrafe an Stelle einer Geldstrafe (§ 423 StPO, § 470 RAbgO);
- d) die Einstellung des Verfahrens in den Fällen, in denen eine Mitteilung nach a oder b gemacht worden ist, sowie die in Aussicht genommene Einstellung in den Fällen des § 32 JGG;
- e) den Termin zur Hauptverhandlung;
- f) die ergehenden Urteile (mit Gründen);
- g) den Ausgang des Verfahrens;

Außerdem wurde den Bann- oder Gebietsrechtsreferenten Akteneinsicht gewährt, „sofern dadurch die Untersuchung weder gefährdet noch verzögert wird, noch im Einzelfall besondere Bedenken anderer Art entgegenstehen“⁵⁰. Die Übersendung der Akten an die HJ war mit einer Ausnahme untersagt. Nur dem Personalamt der Reichsjugendführung durften Akten übersandt werden, sofern sie entbehrlich waren und keine Bedenken im Einzelfall bestanden.

Die HJ hatte also binnen zwei Jahren erreicht, sich im Jugendstrafverfahren als selbständiger Verfahrensbeteiligter – nicht auf dem Umweg über Hilfsaufgaben für die Jugendgerichtshilfe – zu etablieren. Aber ihr Sieg war nicht vollständig. Zum einen standen ihr die neuerworbenen Rechte nur dann zu, wenn die Beschuldigten HJ-Mitglieder waren. Daran änderte auch die nominelle Zwangsmitgliedschaft aller Jugendlichen des Deutschen Reiches nichts, die durch das HJ-Gesetz von 1936 begründet wurde. Sie war nicht soweit umgesetzt, daß alle Jugendlichen einer HJ-Einheit zugewiesen worden wären. Auch nach Einführung der Jugenddienstpflicht im Jahr 1939 (2. DVO zum Gesetz über die Hitlerjugend v. 25. 3. 39, RGBl. I, S. 710 ff.) mit einem wesentlich höheren Organisationsgrad gab es immer noch zahlreiche Jugendliche, die nicht, noch nicht oder nicht mehr der HJ angehörten. Zum anderen gab es eine Reihe von Vorbehalten, die Mitteilungen in das Ermessen der Strafverfolgungsbehörden stellten; den Gerichten wurde nur empfohlen, entsprechend zu verfahren. Von den offenen Problemen scheint die Frage der Akteneinsicht und -übersendung gegenüber den letztgenannten Einschränkungen recht nebensächlich. Es ist bezeichnend für die Vorgehensweise der HJ, daß gerade diese Frage aufgegriffen wurde. Über Nebensächlichkeiten ließen sich Hauptprobleme leichter kleinarbeiten. Daher nahm die Reichsjugendführung die Ablehnung eines einzelnen Aktenübersendungsersuchens zum Anlaß, sich beim Reichsjustizministerium zu beschweren⁵¹. Gleichzeitig versuchte sie, ein gegenseitiges Akteneinsichtsrecht zwischen den Justizbehörden und der neu aufgebauten HJ-Gerichtsbarkeit zu vereinbaren⁵². Der Gebietsreferent der HJ konnte Akteneinsicht verlangen; wurde gegen den Jugendlichen gleichzeitig ein Verfahren vor einem HJ-Gericht eingeleitet, sollte das HJ-Gericht Aktenübersendung begehren können. Der Vorschlag fand im Reichsjustizministerium Zustimmung⁵³. Die AV von 1935 wurde daher geändert. Man war einen Schritt vorange-

h) die Einleitung und Beendigung der Strafvollstreckung und die sie betreffenden gerichtlichen und sonstigen Entscheidungen (insbesondere die Aussetzung der Strafvollstreckung gemäß § 10 JGG).

Die Mitteilungen konnten unterbleiben, wenn sie im einzelnen Falle aus besonderen Gründen bedenklich oder nicht erforderlich erschienen; weitergehende Mitteilungen waren zu machen, soweit es nach Lage der Sache zweckmäßig war.

⁵⁰ C 12 der AV v. 16. 5. 1935, DJ 1935, S. 766 ff.

⁵¹ Schreiben der Reichsjugendführung an das RJM v. 11. 5. 1936, BA, R 22/1174, Bl. 277 ff.

⁵² Schreiben des Leiters des Personalamts der Reichsjugendführung v. 14. 3. 1936, BA, R 22/1174, Bl. 284 ff.

⁵³ Notiz der Besprechung vom 7. 4. 1936, BA, R 22/1174, Bl. 290.

kommen⁵⁴. Aber die weitergehenden Forderungen auf Beteiligung an allen Strafverfahren gegen Jugendliche und unbeschränkte Aktenübersendung blieben offen.

Da es der HJ um eine der Justiz gleichgeordnete oder gar vorrangige Beteiligung „ohne die geringste Beeinträchtigung ihrer Souveränität“ ging⁵⁵, betrieb sie ihren Kleinkrieg in bewährter Manier weiter⁵⁶. Inzwischen wies das Reichsjustizministerium die nachgeordneten Justizbehörden an, nicht mehr auf örtliche Vorstöße zu reagieren. Die HJ sollte ihre Vorstellungen den obersten Parteidiinststellen unterbreiten, die sich mit dem Ministerium ins Benehmen setzen könnten. Dieser zäher werdende Widerstand ist kaum auf späte Einsicht zurückzuführen. Es ging nicht mehr um die grundsätzliche Abgrenzung staatlicher Justiz gegen parteipolitischen Einfluß. Das Reichsjustizministerium war längst mit zuverlässigen Nationalsozialisten durchsetzt. Der sachbearbeitende Beamte für das Gebiet des Jugendstrafrechts war Landgerichtsrat und Stammführer der Reichsjugendführung; er wurde bereits 1935 als Referendar von der HJ als Rechtsreferent für den Bereich des LG-Bezirks Essen benannt⁵⁷, kam also aus dem Bereich des OLG Düsseldorf, das die Zusammenarbeit von Anfang an sehr aktiv betrieben hatte. Die Bereitschaft des Reichsjustizministeriums, aber auch der nachgeordneten Justizbehörden, mit der HJ zusammenzuarbeiten, lag auf der

⁵⁴ Seit der Reichsjugendführer Oberste Reichsbehörde geworden war, bedurfte es keiner besonderen Regelung von Akteneinsicht und -übersendung mehr, weil die üblichen Amtshilfverfahren zwischen Behörden galten. Andererseits war die HJ aber auch eine Gliederung der NSDAP (§ 2 VO z. Durchf. d. Ges. z. Sicherung d. Einheit von Partei und Staat vom 29. 3. 1935, RGBl. I, S. 502 f.). Die NSDAP war eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 4 Abs. 2 der VO v. 29. 3. 1935). In § 6 dieser VO war das Amtshilfepnzinzip im Verhältnis zwischen dem Reichsschatzmeister der NSDAP als Generalbevollmächtigtem des Führers in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten (§ 4 Abs. 3 der VO v. 29. 3. 1935) und den Behörden des Reichs zwingend bestimmt. Wollte die HJ den politischen Vorrang vor der staatlichen Justiz behaupten, mußte sie für Akteneinsicht und -übersendungen die Behandlung nach dieser Verordnung verlangen. Das geschah auch in einer Besprechung zwischen Reichsjugendführung und Reichsjustizministerium im Jahr 1937 (Bespr. v. 10. 11. 1937, BA, R 22/1174, Bl. 404). Wenngleich das Reichsjustizministerium zusicherte, daß alle Petita erfüllt würden, wurde dem in zwei Allgemeinverfügungen aus dem Jahr 1938 nur sehr beschränkt nachgegeben (Bekanntgabe von Akten an Dienststellen der NSDAP und ihrer Gliederungen, AV des RJM v. 23. 1. 1938, DJ 1938, S. 130 f.; AV des RJM v. 8. 11. 1938, DJ 1938, S. 1774). Die Beschränkung auf das Personalamt der Reichsjugendführung wurde aufgehoben, im übrigen verblieb es für die nachgeordneten Dienststellen des Reichsjugendführers bei Akteneinsicht und -auskunft; allerdings wurde keine Einschränkung mehr gemacht, sondern nur ein begründeter Antrag verlangt (Ziff. 1–4 der AV v. 23. 1. 1938).

⁵⁵ Klemer, S. 81.

⁵⁶ Der Rechtsreferent des Gebiets Schlesien der HJ schrieb an alle Oberstaatsanwälte im Bereich des OLG Breslau und bat um Mitteilung in Strafsachen gegen Nichtangehörige der HJ (Bericht des Generalstaatsanwalts bei dem OLG Breslau vom 11. 7. 1938, BA, R 22/1174, Bl. 475). Der Zugriff der HJ hatte sich geflockert, weil viele Jugendliche behaupteten, der HJ nicht anzugehören, damit die Mitteilung unterbliebe. Insbesondere in Verfahren wegen Versäumnis der Berufsschulpflicht, die in der AV von 1935 ausgenommen waren, wurde das zum Problem (Bericht des KGPräs. v. 27. 7. 1938, BA, R 22/1174, Bl. 480). Das RJM ging aber auf weitere Änderungswünsche nicht ein, sondern verwies die Gerichte nunmehr auf Auslegungsspielräume.

⁵⁷ BA, R 22/1174, Bl. 198.

Hand. Widersprüche konnten sich höchstens daraus ergeben, daß die Justiz den – ehemals selbstverständlichen – Anspruch der dritten Staatsgewalt auf den Vorrang nicht ohne weiteres an die HJ abgeben wollte. Sie wollte das Tempo und die Intensität der Zusammenarbeit bestimmen – was ihr in den ersten Jahren nicht recht gelungen war. Die Justiz hatte sich in ein Gerangel um Einflußsphären – noch einmal: nicht prinzipielle Unterschiede in der Auffassung von der Rolle der Justiz im Staat – verwickeln lassen, in dem die HJ ihr überlegen war. Nunmehr galt es, Einfluß zurückzugewinnen. Inzwischen war die Arbeitsgemeinschaft für Jugendstrafrecht im Ausschuß für Jugendrecht der Akademie für Deutsches Recht eingerichtet worden (1937). Dort wurde eine umfassende Reform des Jugendstrafrechts diskutiert. Dorthin sollte die Politikformulierung verlagert werden. Daher sank die Neigung, Details zu regeln.

4. Personelle Verflechtungen und ihre Wirkung

Die mühsam erstrittenen Beteiligungsrechte der HJ im Jugendstrafverfahren nahmen die Rechtsreferenten wahr. Diese Aufgabe bedeutete eine zusätzliche organisatorische und personelle Belastung. Ohnehin bereitete die Rekrutierung eines geeigneten Führungskorps der HJ nicht nur zu Anfang Probleme. In den Jahren 1933 bis 1936 mußte man dem großen Mitgliederzuwachs Herr werden. Das Führungskorps stieg von 12 000 Personen im Jahr 1932 auf 220 000 im Jahr 1933 und 496 000 im Jahr 1936⁵⁸. Die Situation verschärfte sich durch Aufgaben, für die man Spezialisten benötigte. Die Position eines Rechtsreferenten wurde 1934 eingeführt. Er sollte Rechtsberatung für HJ-Angehörige und Rechtsschulung für HJ-Führer betreiben, zusätzlich auch an den Strafverfahren gegen HJ-Angehörige teilnehmen. Er mußte also über Rechtskenntnisse verfügen, gleichzeitig aber auf dem Boden der nationalsozialisti-

Berufe der Rechtsreferenten der HJ im Jahr 1935

Beruf	absolut	v. H.
Justiz	165	49,7
Rechtsanwalt	40	12,0
andere juristische Berufe	13	3,9
Jurastudenten	7	2,1
andere Berufe	11	3,3
nur Angabe „Dr.“ *	23	6,9
ohne Berufsangabe *	73	21,9
N=	332	99,8

* Hier verbergen sich weitere juristische Berufe, deren Umfang sich nicht ermitteln läßt.

⁵⁸ J. Schultz, S. 240 f.

schen Weltanschauung stehen⁵⁹. Die Rechtsreferenten wurden vornehmlich aus dem Justizbereich gewonnen, wie eine erhalten gebliebene vollständige Liste aller Gebietsrechtsreferenten im Deutschen Reich aus dem Jahr 1935 zeigt⁶⁰, die Auskunft über Berufe gibt. Die Bewerber mußten im „richtigen“ Alter, d. h. zwischen 20 und 30 Jahren sein, um dem Anspruch zu genügen, „Jugend führt Jugend“. Deshalb handelte es sich vornehmlich um Rechtsstudenten, Referendare, Gerichtsassessoren oder andere Anfänger in juristischen Berufen.

Wenigstens 67 v. H. aller Rechtsreferenten waren Juristen. Unter den Justizjuristen überwiegen die Gerichtsreferendare (N=105). Es folgten die Gerichtsassessoren (N=51). Richter (N=7) und Staatsanwälte (N=2) waren zu dieser Zeit nur geringfügig vertreten.

Der Einfluß der HJ auf die Justiz durch solche personelle Verbindungen nahm in der Folgezeit zu. Der Reichsjustizminister Dr. Gürtner teilte in einem Rundschreiben vom 2.10. 1936 mit, er habe keine Bedenken dagegen, daß Justizbeamte in der NSDAP und ihren Gliederungen das Amt des Rechtsberaters ausübten⁶¹. Bereits 1934 hatte die Reichsjugendführung gefordert, die Personalakten jener Rechtsreferenten einsehen zu dürfen, die Justizangehörige waren⁶². Später verlangte die Gebietsführung der HJ vom Präsidenten des OLG München, daß hauptamtliche Justizjuristen zum Zweck einer Tätigkeit als Rechtsreferenten abgestellt werden sollten. Außerdem sollten von der Justiz Referendare als ehrenamtliche Referenten benannt werden⁶³. Diese Forderungen wurden von der Justiz in Rundschreiben als „Dienst an der Deutschen Jugend“ unterstützt⁶⁴. Jugendrichter wurden mit Kommentaren über ihre politische Zuverlässigkeit gemeldet.

„Ich habe sogar Bedenken, . . ., die genannten beiden Richtervorzuschlagen, da es mit Oberamtsrichter Y. schon früher einmal politische Schwierigkeiten gegeben hat und da auch Oberamtsrichter Dr. X. nicht als voll und ganz zuverlässig angesehen wird.

...

Für G. käme allein Gerichtsassessor Z. in Betracht, der Parteianwärter und komm. Blockleiter ist.

...

Auch die in Aussicht gestellte Übernahme als Hitlerjugendführer nach kurzer Bewährungszeit wird manchen Richter, insbes. die älteren Richter, nicht verlocken können, vielmehr sogar unangenehm berühren.“⁶⁵

⁵⁹ Keßler, S. 600.

⁶⁰ BA, R 22/1174, Bl. 176–223.

⁶¹ Archiv IfZ, Repert. Reichsjustizministerium, Fa 195, Bd. IV, Bl. 698.

⁶² Schreiben des Sozialen Amtes der Reichsjugendführung an das RJM v. 27. 11. 1934, BA, R 22/1174, Bl. 26.

⁶³ Schreiben der HJ, Gebiet Hochland, v. 18. 12. 1940 und v. 8. 12. 1943 an den OLG-Präsidenten München, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁶⁴ Rundschreiben des OLG-Präs. und des GenSta. München an alle LG-Präsidenten v. 11. 9. 1943, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁶⁵ Schreiben des LG-Präs. München 2 an den OLG-Präs. München v. 15. 12. 1943, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

In Oberbayern forderte die HJ ihre Rechtsreferenten kurzfristig durch Befehl zur Teilnahme an Dienstbesprechungen und Tagungen auf, ohne daß der Justiz eine andere Möglichkeit als die der Beurlaubung blieb. Über die entstehenden organisatorischen Probleme beklagte sich die Justizverwaltung⁶⁶. Bewährte Jugendrichter, die zugleich Rechtsreferenten der HJ waren, sollten nur mit Zustimmung der HJ versetzt werden oder andere Aufgaben übernehmen⁶⁷. Hinter allen örtlichen Vorstößen steckte die Taktik der Reichsjugendführung, bei einzelnen Justizbehörden Druck auszuüben. Im Falle des Erfolgs wurde das dann zentral ausgenützt⁶⁸. Diese Einflußnahmen auf die Personalverwaltung dienten dem Zugriff auf einzelne Jugendstrafverfahren. Durch Rundschreiben, persönliche Gespräche, Schulungen und Befehle konnte die HJ nationalsozialistische Vorstellungen in konkretes Handeln im Jugendstrafverfahren umsetzen, soweit die Rechtsreferenten beteiligt waren. Darüber hinaus besprachen die Rechtsreferenten außerhalb der Hauptverhandlung bisweilen mit den Jugendrichtern in Sammelbesprechungen anstehende Fälle⁶⁹. 1936 berichtete der Präsident des Oberlandesgerichts Düsseldorf an das Reichsjustizministerium über die Fortschritte der Zusammenarbeit in Gestalt einer steigenden Teilnahme von Rechtsreferenten der HJ an Jugendstrafverfahren⁷⁰. Die Rechtsreferenten kamen regelmäßig – zum Teil auf telefonisches Ersuchen – zu den Richtern und Staatsanwälten und sahen die Akten ein, um den Sachverhalt – namentlich in politischen Angelegenheiten – durchzusprechen. Zum Teil erhielt die HJ auch Terminzettel über die anstehenden Jugendsachen. Gelegentlich gab es wöchentliche Vorbesprechungen von Jugendgerichtssachen, an denen auch Vertreter der HJ teilnahmen⁷¹. Zuweilen wurden auch zur Entscheidung anstehende Fälle in Arbeitsgemeinschaften von HJ und Justiz durchgesprochen. Probleme des Amtsgeheimnisses wurden durch Verweis auf die AV des RJM von 1935 ausgeräumt⁷². So war hinreichend Gelegenheit, die Vorstellungen der HJ von Erziehung und Strafe vor der Entscheidung im Einzelfall einzubringen. Personelle Verflechtungen und juristische Sachkunde erleichterten außerdem Urteils-

⁶⁶ Schreiben des Leiters der landgerichtl. Zweigstelle Bergreichenstein an den OLG-Präs. München v. 1. 10. 1944 und Bericht v. 14. 10. 1944, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁶⁷ Vermerk v. 30. 5. 1944 über eine Cheftagung am 23. 5. 1944 auf der Reichsburg Kochem, BA, R 22/1179.

⁶⁸ Ein Indiz für diese Vorgehensweise ist das Schreiben des Jungbanns B 1/42 Rottal, Deutsches Jungvolk in der HJ, Gebiet 22 (Bayer. Ostmark), v. 18. 1. 1937 an das AG Arnstorf, wonach die RJF um Auskunft über die Zahl der Jugendrichter und -staatsanwälte sowie der Vormundschaftsrichter ersuchte. Diese Auskunft wurde zunächst verweigert, die RJF müsse selbst tätig werden. Verschiedene Vorstöße von HJ-Einheiten wurden in gleicher Weise beantwortet. Aber auf eine Anfrage der HJ, Gebiet Hochland, beim OLG München v. 25. 1. 1939 wurde am 9. 2. 1939 die Mitteilung der gewünschten Daten verfügt; Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁶⁹ Vgl. Anm. 19. Ferner Bericht des Rechtsreferenten der HJ für das Gebiet Schlesien an den Oberstaatsanwalt beim LG Glatz v. 1. 6. 1938, BA, R 22/1174, Bl. 483 f.

⁷⁰ Schreiben v. 30. 4. 1936, BA, R 22/1174, Bl. 299 ff.

⁷¹ Schreiben des LG-Präs. München 1 an den OLG-Präs. München v. 27. 12. 1935, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁷² AG Neuburg an den OLG-Präs. München v. 13. 12. 1935, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 276.

schelte⁷³. Die Rechtsreferenten rügten ihnen nicht genehme Urteile entweder direkt bei den vorgesetzten Gerichtsbehörden oder aber auf dem Dienstweg über die Reichsjugendführung beim Reichsjustizministerium. In beiden Fällen mußte das entscheidende Gericht schriftlich Bericht erstatten und sich rechtfertigen. Diese Rechtfertigung hatte stets eine juristische und eine politische Dimension. Damit war eine doppelte Disziplinierung verbunden: der deutliche Wink seitens der politischen Machthaber und die negative Aufmerksamkeit des Dienstherrn.

Weitaus intensiver als über ein Anwaltsmodell für die Rechtsreferenten ließen sich die informellen Beziehungen innerhalb der Justiz durch solche personellen Verflechtungen ideologisch und praktisch kontrollieren. In jüngster Zeit hat die Bedeutung solcher Beziehungen für das richterliche Vorverständnis und die Entscheidungsarbeit die Aufmerksamkeit der Rechtssoziologie gefunden⁷⁴. Lange Zeit hindurch galt die wissenschaftliche Aufmerksamkeit allein der Bearbeitung des Sachverhalts und den rechtsdogmatischen Problemen in der Rechtsprechung. Der Einfluß der beteiligten Personen auf die Entscheidungsfindung wurde wenig beachtet. Unter dieser Perspektive war die HJ lediglich ein neues Prozeßorgan, das zur Tatsachenfindung beitrug. Die Betonung der personellen Verflechtung lenkt die Aufmerksamkeit von materiell- und verfahrensrechtlichen Programmen richterlicher Entscheidung auf informelle Programme mit außerrechtlichen Entscheidungselementen, die weder aus gesetzlich oder dogmatisch legitimierten Quellen stammen noch in der richterlichen Argumentation dargestellt werden. Zu solchen Entscheidungsvoraussetzungen gehörte der politische Druck der Nationalsozialisten auf die Justiz. Es war nicht so, daß der Einfluß der HJ-Juristen in der Justiz auf gerichtliche Entscheidungsprozesse gering war, weil es sich vorwiegend um Berufsanfänger handelte. Diese jungen Juristen kannten den Justizbetrieb von innen, wußten um organisatorische Einzelheiten und informelle Hierarchien. Sie waren mit Elan bei der Sache und vertraten die HJ-Interessen *de lege lata* und *de lege ferenda* mit Eifer⁷⁵. Die klassische Systemüberlegenheit des Justizapparates gegenüber dem Anfänger war sowohl im Status- wie im Inhaltsbereich erschüttert. Die Beamtenhierarchien der Justiz wurden durch die politischen Hierarchien der NSDAP überlagert. Man konnte nach Bedarf zwischen der Rechtsreferentenrolle und der Rolle des Justizangehörigen wechseln und sich auf diese Weise Gehör verschaffen. Dabei dürfte es kaum irgendwelcher Drohungen bedurft haben, mit denen die Nationalsozialisten die Praxis ihrer Herrschaft zu bereichern pflegten. Vielmehr hatte die Verbindung zwischen dem Führungsanspruch in der Politik und der allgemeinen Aufbruchstimmung der Jugend – insbesondere den Reformvorstellungen der HJ – eine Art moralischer Überlegenheit erzeugt⁷⁶. Das Festhalten an den Grundsätzen des JGG von 1923, an rechtsstaatlichen Normen und rechtsdogmati-

⁷³ BA, R 22/1174, Bl. 379.

⁷⁴ R. Lautmann, *Justiz – die stille Gewalt. Teilnehmende Beobachtung und entscheidungssoziologische Analyse*, Frankfurt 1972, S. 18.

⁷⁵ Keßler, S. 601.

⁷⁶ Keßler, S. 600 f.

schen Prinzipien mußte als reaktionärer Positivismus eingeschätzt werden. Es war ein Generationenkonflikt, der sich in Rechtspolitik verkleidet hatte⁷⁷.

Über die Alltagsarbeit hinaus wurde aus den Kreisen junger Juristen die Fachkompetenz für die angestrebte Reform des Jugendstrafrechts gewonnen⁷⁸. Ihr Gelingen sollte von der Existenz nationalsozialistischer Jugendrichter abhängen⁷⁹. Ein Bestandteil dieser Personal- und Rechtspolitik war die Eroberung wissenschaftlicher Meinungen durch Publikationen. Von 60 beliebig ausgewählten Arbeiten zum Jugendstrafrecht im Zeitraum 1933–1944 sind 33 erkennbar von Angehörigen der HJ verfaßt; 12 Autoren waren gleichzeitig in der Justiz tätig. Zu den eifrigsten Autoren zum Thema Reform des Jugendstrafrechts gehörten auch die beiden Reichsjugendführer v. Schirach und Axmann. Zahlreiche Publikationen stammten von einem Landgerichtsrat im zuständigen Referat des Reichsjustizministeriums, der zugleich Bannführer in der Reichsjugendführung war. Ebenso häufig hat sich ein hauptamtlicher Abteilungsleiter der Reichsjugendführung geäußert, der mit dem Thema „Jugendstrafrecht und Hitler-Jugend“ zum Dr. jur. promoviert hatte.

Gleichwohl war das System nicht lückenlos. Es hat regionale Besonderheiten gegeben, die aus der erwähnten Taktik der Reichsjugendführung herrührten, örtliche Erfolge zu suchen. Drei Schwierigkeiten scheinen vor allem bestanden zu haben⁸⁰:

1. Die Zusammenarbeit zwischen der HJ und ihren Gebietsrechtsreferenten scheint nicht überall hinreichend organisiert gewesen zu sein. Insbesondere in den Jahren des Aufbaus war die regionale HJ-Führung zum Teil derart überlastet, daß sie den Rechtsreferenten wenig Aufmerksamkeit schenkte. Die Taktik der Reichsjugendführung wurde nicht überall in konkrete Weisungen für die Rechtsreferenten umgesetzt⁸¹.
2. In der Kriegszeit gab es – wie allenthalben – Personalprobleme. Gebietsrechtsreferenten-, erst recht Bannrechtsreferentenstellen blieben längere Zeit verwaist. Eine Stichprobe von 30 Strafsachen beim Jugendgericht München aus dem Jahr 1942 zeigt nur in einem Fall die Beteiligung der HJ.
3. Das Interesse an einer Zusammenarbeit scheint bisweilen – insbesondere in ländlichen Gebieten – weder bei der Justiz noch bei der HJ sehr groß gewesen zu sein, obwohl die Behördenleiter dazu drängten:

⁷⁷ Aus einem Bericht über eine Tagung von HJ und Jugendgerichtsbarkeit: „Die älteren Rechtswahrer kommen mit den erheblich jüngeren zusammen und mühen sich mit diesen um die Neuformung der Rechtsprechung in Jugendsachen. Es findet ein Austausch der praktischen Erfahrungen statt. Die Älteren werden bekannt mit den Zielen der Jugend. So war für die Justizbeamten besonders wertvoll der Einblick in das Leben in den Lagern der HJ. Andererseits lernt die Jugend die Erfahrungen des Alters kennen und merkt, daß sie den Boden der Wirklichkeit nicht verlassen darf“ (BA, R 22/1174, Bl. 303).

⁷⁸ Keßler, S. 601.

⁷⁹ Schirach, S. 333.

⁸⁰ Hierzu die Generalakten des OLG München, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 276–278.

⁸¹ Bericht des AG Augsburg an den OLG-Präs. München v. 27. 12. 1935, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 276.

„Nur in der Provinz scheint nicht überall die vertrauensvolle Fühlungnahme hergestellt zu sein. Ich mache es den Strafverfolgungsbehörden zur Pflicht, an dem gemeinsamen Werk zur Förderung unserer Jugenderziehung mitzuarbeiten und insbesondere allenthalben die persönlichen Beziehungen zu der Hitlerjugend herzustellen, ohne die jene schwere, im Staatswohl gelegene Aufgabe nicht gelöst werden kann.“

Über den förmlichen Verkehr mit den Bannrechtsreferenten hinaus wäre auch jede Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden und den örtlichen Stellen der Hitlerjugend erwünscht, die immer ideal gesinnte Jugendfreunde besitzt, die bereit sind, sich in den opfervollen Dienst der gerichtlichen Jugendhilfe und Fürsorge zu stellen.“⁸²

5. Arbeitsgemeinschaften

Es gab noch einen dritten Weg zur Durchsetzung einer „klare(n) politisch-weltanschauliche(n) Blick- und Willensrichtung“⁸³ in der Jugendstrafrechtspolitik. Am 18. Dezember 1934 war in der „Kölnischen Zeitung“ ein Bericht „Justizbehörden und Hitler-Jugend. Wünsche der HJ für die Zusammenarbeit im Landgerichtsbezirk Düsseldorf“ zu lesen. Richter, Jugendamtsleiter und Rechtsreferenten der HJ hatten sich getroffen, um über „die Betreuung der straffälligen gefährdeten Jugend“, vornehmlich über die Behandlung „nicht charaktvoller Jugendgenossen“, zu sprechen. Der zuständige Rechtsreferent begründete das Interesse der HJ mit der Notwendigkeit eines ständigen Gedankenaustausches, damit nationalsozialistische Erziehungsziele verdeutlicht werden könnten und klargestellt werde, „welchen Sinn und Zweck die überkommenen Gesetze im nationalsozialistischen Staat haben können, solange sie gelten und noch nicht ausgeschaltet worden sind durch ein umfassendes neues Jugendrecht“⁸⁴. Auch in anderen Gerichtsbezirken forderte die HJ zur Gründung entsprechender Arbeitsgemeinschaften auf. Anfang 1935 (2./3.2. 1935) fand im Bereich des OLG Köln eine erste Arbeitstagung statt⁸⁵. Die Gebietsführung von Hessen-Nassau der HJ forderte Anfang 1936 die Präsidenten der Oberlandesgerichte Frankfurt, Kassel und Darmstadt recht ultimatив zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf⁸⁶. Im Bereich des OLG München wurden ebenfalls solche Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, wie sich den Berichten verschiedener Amtsgerichte an den Präsidenten des

⁸² Rundschreiben des GenSta. beim OLG München v. 4. 9. 1935, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁸³ H. Luther, Arbeitsgemeinschaften der HJ mit den Justizbehörden. Ein Bericht aus dem Landgerichtsbezirk Düsseldorf, in: DJ 1935, S. 1220.

⁸⁴ Luther, S. 1219.

⁸⁵ BA, R 22/1174, Bl. 77–79.

⁸⁶ BA, R 22/1174, Bl. 259 R.

OLG München entnehmen läßt⁸⁷. Gleichwohl scheint dort die Entwicklung weder von der HJ noch von den Justizbehörden sehr intensiv vorangetrieben worden zu sein. Ein Aktenvermerk zeigt eine abwartende Haltung des OLG München; die Bewährung der Arbeitsgemeinschaft in Düsseldorf sollte abgewartet werden⁸⁸.

Wieder wandte die HJ die bewährte Taktik regionalen Vorgehens und zentraler Steuerung an. Wahrscheinlich in enger Abstimmung mit dem Vorgehen in Düsseldorf – von dieser Arbeitsgemeinschaft gingen Vorschläge und Anregungen aus, die zum Erlaß der erwähnten AV des RJM im Jahre 1935 führen sollten – fanden bereits im Herbst 1934 Gespräche zwischen dem Sozialen Amt der Reichsjugendführung und dem Referat Jugendstrafrecht im Reichsjustizministerium statt, in denen die Aufgaben solcher Arbeitsgemeinschaften beschrieben wurden⁸⁹:

- Erfahrungsaustausch zwischen Richtern und Rechtsreferenten zum Zweck einer „einheitlichen“ Erziehung der deutschen Jugend,
- Gespräche über „eine dem nationalsozialistischen Geiste angepaßte Rechtsgestaltung durch die Rechtsprechung“,
- Ausarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung des Jugendrechts.

Leiter dieser Arbeitsgemeinschaften sollte der jeweilige Landgerichtspräsident sein, Themenvorschläge sollten von der Reichsjugendführung auf Anfrage genannt werden; die Fahrtauslagen für Justizbeamte waren dem Justizministerium zugedacht! Am Beispiel der ersten Tagung im Bereich des OLG Köln (2./3.2. 1935) zeigte sich, daß man auf beiden Seiten wohl verstanden hatte, was erwartet wurde. Es wurde erheblicher institutioneller und thematischer Druck auf die Teilnehmer aus dem Justizbereich ausgeübt:

1. Der OLG-Präsident hatte Teilnahmepflicht angeordnet. Fernbleiben mußte schriftlich begründet werden⁹⁰.
2. Der Präsident des OLG, der Stellvertreter des Generalstaatsanwalts und ein LG-Präsident nahmen teil.
3. Zahlreiche hohe HJ-Führer aus dem Bereich der Befehlsstelle West waren anwesend.
4. Die Tagung fand in einer Gebietsführerschule der HJ statt.
5. Fünf von sieben Vorträgen befaßten sich mit Aufgaben der HJ, nur zwei mit Themen aus dem Jugendstrafrecht⁹¹.

⁸⁷ AG München v. 13. 12. 1935, AG Augsburg v. 27. 12. 1935, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 276.

⁸⁸ Notiz v. 22. 1. 1936, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277.

⁸⁹ Vgl. Anm. 19.

⁹⁰ Rundschreiben des OLG-Präs. v. 26. 1. 1935, BA, R 22/1174, Bl. 77–79.

⁹¹ Die Themen waren:

1. Aufgabe und Arbeitsgebiet des Sozialen Amtes der HJ
2. Wert der Zusammenarbeit zwischen Gerichtsbehörden und dem Sozialen Amt der HJ (das Referat hielt der Präsident des OLG)
3. Die Aufgabe des Rechtsreferates und das neue Jugendrecht
4. Die Zusammenarbeit von Gerichtsbehörden und Jugendämtern mit den Rechtsreferenten der HJ

Der Chefpräsident des OLG Köln hielt selbst das Einleitungsreferat. Er begann mit einer Definition jugendrichterlicher Aufgaben im nationalsozialistischen Staat. Das gemeinsame Ziel sei die Heranbildung der nationalsozialistischen Jugend, ihre Bewahrung vor geistigen und leiblichen Schäden, ihre Maßregelung und letzten Endes Ausmerzung, soweit es sich um gemeinschaftsfremde Elemente handele. Im weiteren bot er das ideologische Arsenal des Nationalsozialismus auf:

- Betonung des Führertums bei der Jugendernährung,
- der Jugend gehöre die Zukunft, die ältere Generation sei unterlegen, selbst wenn sie nationalsozialistisch gesonnen sei, weil sie „eingesponnen in den Gedankengängen früherer Epochen (sei), aus denen sie sich nicht so ohne weiteres und meistens niemals vollständig lösen könnte“,
- Auflösung von Länderinteressen in einer großen Volksgemeinschaft,
- Aufhebung der Klassengegensätze in der Volksgemeinschaft,
- Bewertung des zukünftigen Menschen nach Leistung, Charakter und Herz,
- Reinheit des Blutes und Verbundenheit mit dem Boden,
- die große Aufgabe, dem deutschen Volk einen Platz an der Sonne zu schaffen.

Alle diese Gesichtspunkte würden durch die HJ verwirklicht, so daß eine Zusammenarbeit für die Justiz geboten sei. Mit einer geschickten Verteidigung der Justiz gegenüber nationalsozialistischen Vorurteilen verband er gleichzeitig den Versuch, die richterliche Rechtsanwendung zu beeinflussen. Richter seien keineswegs Rechtsverdreher. Unsinniges Recht sei ein Problem des Gesetzgebers. Der Richter sei vielmehr durch seine Ausbildung und die Beschäftigung mit den Fragen der Gerechtigkeit besonders befähigt, „aus den flüchtigen Erscheinungen der Stunde den wahren Kern einer Sache herauszufinden“. Wenngleich er das Gesetz nicht ändern dürfe, könne er doch durch eine verständige Auslegung zumeist „das Richtige“ treffen. Häufig sei dem Richter die Entscheidung überlassen, ob ein Verhalten gegen Treu und Glauben oder gegen die guten Sitten verstoße. Dadurch sei er zum Hüter der öffentlichen Moral bestellt, auch soweit es sich nicht um strafrechtliche Tatbestände handele. Was das Gewissen in der Brust des einzelnen Menschen, sei der Richter im ganzen Volkskörper. Sein wachsames Urteil habe schon in unzähligen Fällen Volksschädlinge beseitigt⁹². Ein Oberlandesgerichtspräsident machte also klar, wie in Zukunft mit dem Jugendstrafrecht umzugehen war. Diese Vermischung von Politik und Rechtsprechung konnte in der strengen Justizhierarchie nicht ohne Wirkung bleiben. Die Beeinflussungsversuche der HJ wurden als legitim dargestellt. Gleichzeitig wurde auf die mangelnde Linientreue der älteren Richter hingewiesen und die – natürlich aus der Weimarer Republik stammende – Unsinnigkeit der Gesetzgebung beschworen. Ein raffiniertes Referat, das glänzend in die geschickte Regie der HJ paßte. Der Erfolg stellte sich mit der bereits besprochenen AV von 1935 ein, in der die Bildung entsprechender

5. Gerichtliche Jugendfürsorge

6. Jugendstrafrecht

7. Aufbau und Wesen der HJ und die Stellung des Führers in ihr (BA, R 22/1174, Bl. 84f.).

⁹² BA, R 22/1174, Bl. 84 ff.

Arbeitsgemeinschaften im ganzen Reich für den Fall angekündigt wurde, daß sie sich bewähren würden. Selbstverständlich gingen positive Berichte, insbesondere aus Düsseldorf, ein⁹³.

Im Jahr 1938 wurde in Thüringen eine Variante solcher Arbeitsgemeinschaften ins Leben gerufen. Dort veranlaßte der Reichsstatthalter die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft für Jugendgerichtshilfe in Thüringen“, deren Mitglieder das Land Thüringen, die Stadt- und Landkreise, das Amt für Volkswohlfahrt der NSDAP des Gau- es Thüringen und die Gebietsführung der HJ waren. Diese Arbeitsgemeinschaft ersetzte die Arbeitsgemeinschaften zwischen HJ und Jugendgerichtsbarkeit nicht, sondern sollte eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, NSV und HJ schaffen, die eine strengere Beachtung nationalsozialistischer Vorstellungen – insbesondere des Rassegedankens – in den JGH-Berichten sicherstellen sollte. Ein Merkblatt für den Ermittlungsbericht wurde vorgelegt⁹⁴. Der für diesen Bericht vorgesehene Fragebogen hob deshalb neben geistigen und körperlichen Erkrankungen Rassen-, Erb- und Abstammungsfragen und „Kriminalität, Asozialität, erbliche und erworbene Krankheiten bzw. Leiden der Sippenangehörigen“ hervor. Er verlangte auch Informationen über „politische Unbedenklichkeit der Eltern, Verwandten, Arbeitgeber usw.“. Die HJ sollte den Jugendlichen anhand des Dienstleistungszeugnisses beurteilen. Politische Haltung und Kriminalität wurden direkt miteinander verknüpft. Das Kontrollnetz sollte jegliche Verhaltensform umfassen. Neben solcher Berichterstattung über die straffälligen Jugendlichen sollte die Arbeitsgemeinschaft Fortbildung der Sozialarbeiter und Helfer im Sozialwesen betreiben, aber auch vorbeugende Betreuung gefährdeter Jugendlicher leisten. Die HJ war maßgebend – im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft und im Beirat – beteiligt. Ihre Beteiligungsrechte am Strafverfahren – gem. der AV aus dem Jahr 1935 – blieben unberührt. Auf besondere Gegenliebe im Reichsjustizministerium scheint diese Arbeitsgemeinschaft nicht gestoßen zu sein. Eine Aktennotiz vom 28. 12. 38 besagte, daß diese Arbeitsgemeinschaft wohl eine Angelegenheit des Reichsministeriums des Innern sei, die Justiz habe weiter mit den Jugendämtern zusammenzuarbeiten. Ein handschriftlicher Entwurf eines Schreibens an das Reichsministerium des Innern begann mit den Worten: „Ein besonderes Bedürfnis für die Gründung einer ‚Arbeitsgemeinschaft für Jugendgerichtshilfe‘ in Thüringen vermag ich nicht anzuerkennen.“⁹⁵ Auch nach Anfragen verschiedener Gerichtsbehörden⁹⁶ blieb das Reichsjustizministerium bei dieser Ansicht. Deshalb erlangte diese Arbeitsgemeinschaft keine überregionale Bedeutung. Dem Reichsministerium des Innern blieb die Aufgabe, das Verhältnis zwischen NSV-Jugendhilfe und Jugendämtern im Sinne des § 22 JGG zu regeln. Die in Thüringen gegründete Arbeitsgemeinschaft entstand zwar unter Beteiligung der HJ, ist aber wohl

⁹³ Schreiben des OLG-Präs. Düsseldorf v. 17. 7. 1935 an das RJM, BA, R 22/1174, Bl. 225; ferner Bericht über eine Arbeitstagung v. 12.–15. 10. 1935 in Düsseldorf, BA, R 22/1174, Bl. 232 ff.

⁹⁴ BA, R 22/1175, Bl. 27 c.

⁹⁵ Vom 8. 3. 1939, BA, R 22/1175, Bl. 60.

⁹⁶ OLG Naumburg v. 28. 2. 1939, LG Magdeburg v. 22. 2. 1939, BA, R 22/1175, Bl. 61 f.

eher als Versuch der NSV anzusehen, einen ähnlichen starken Einfluß auf das Jugendstrafverfahren zu erwerben. Das wurde durch das Reichsjustizministerium abgewehrt.

Während des Krieges wurde auf Anordnung des Leiters der Parteikanzlei Bormann⁹⁷ eine Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung gegründet, in der „alle auf dem Gebiete der Jugendarbeit tätigen Reichsdienststellen der Partei und des Staates“ vertreten waren. Nach den Richtlinien dieser Arbeitsgemeinschaft, die vom Reichsjugendführer im Einvernehmen mit Bormann erlassen werden sollten, waren auch in den Gauen und Kreisen Arbeitsgemeinschaften zu bilden, deren Leitung der HJ übertragen wurde. Durch RV forderte das RJM alle OLG-Präsidenten und Generalstaatsanwälte zur Gründung solcher Gauarbeitsgemeinschaften auf und verlangte die Entsendung „einiger tüchtiger Jugend- und Vormundschaftsrichter oder Jugendstaatsanwälte“⁹⁸. Aufgaben und Funktion waren völlig verschieden von den bisher beschriebenen Arbeitsgemeinschaften, wie sich erhalten gebliebenen Berichten entnehmen läßt. Am 10. Oktober 1942 fand die erste Tagung der Gauarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung für das HJ-Gebiet Bayreuth in drei Arbeitskreisen – Jugendrecht, Elternhaus und Schule, Jugend am Arbeitsplatz – statt. Beteiligt waren neben Vertretern der Kommunen, der Verwaltung und der Justiz

- die NSDAP
- die HJ
- der SD
- die Kriminalpolizei
- die Gestapo.

⁹⁷ Arbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung

Anordnung A 17/42

Betr.: Jugendbetreuung im Kriege

Die Einberufung vieler Väter, Lehrer und Hitlerjugendführer und der Berufseinsatz vieler Mütter macht eine besonders nachhaltige Jugendbetreuung erforderlich. Es ist daher eine Reichsarbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung gebildet worden, in der alle auf dem Gebiete der Jugendarbeit tätigen Reichsdienststellen der Partei und des Staates vertreten sind, um gegenseitig Erfahrungen auszutauschen und dadurch eine einheitliche Ausrichtung der zu treffenden Maßnahmen zu gewährleisten.

Um auch in den Gauen die Erfahrung in der Jugendbetreuung unter den im einzelnen zuständigen Dienststellen der Partei und des Staates auszuwerten, sind auch in den Gauen Arbeitsgemeinschaften nach den Richtlinien der Reichsarbeitsgemeinschaft zu bilden. Nach Bedarf sind in den Kreisen später ebenfalls Arbeitsgemeinschaften zu gründen.

Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft ist in den Gauen den Gebietsführern (in den Kreisen den Bannführern) zu übertragen.

Die Richtlinien für die Aufgaben und die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften in den Gauen und Kreisen werden vom Reichsjugendführer im Einvernehmen mit mir erlassen.

Führerhauptquartier, den 17. April 1942

gez. M. Bormann

(Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277).

⁹⁸ RV v. 13.7. 1942, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 277; vgl. auch Kümmerlein, S. 143 ff.

Es wurden folgende Themen besprochen:

1. Durchgreifende Maßnahmen zum Vollzug der PolizeiVO zum Schutz der Jugend (VO v. 9. 3. 1940, RGBl. I, S. 499),
2. Erzwingung der Jugenddienstpflicht, gegen die sich immer mehr Jugendliche und Eltern sträubten,
3. Bekämpfung von Cliquenbildungen (sog. Blasen)⁹⁹.

Anfang 1943 (27. 1. 43) folgte in München die Gründungssitzung der Gauarbeitsgemeinschaft im Gebiet Hochland der HJ. Diese Arbeitsgemeinschaft sollte in sechs Arbeitskreise gegliedert werden:

1. Jugend und Beruf
2. Jugend und Schule
3. Jugend und Elternhaus
4. Jugend in der Öffentlichkeit
5. Jugend und Gesundheit
6. Jugend und Landwirtschaft.

Auch hier ging es darum, durch verschärfte Kontrollen einer Verwahrlosung der Jugend während des Krieges entgegenzuwirken. Ebenso wie in Bayreuth wurde der Bekämpfung des Banden- oder Blasenwesens besondere Bedeutung beigemessen. Diese Jugendcliquen fielen häufig durch einheitliche Kleidung oder besondere Abzeichen auf. Sie bewegten sich in einem Grenzbereich von Kriminalisierung, politischer Opposition und Jugendkriminalität¹⁰⁰.

Während die Arbeitsgemeinschaften zwischen HJ und Justiz in den ersten Jahren nach 1933 die Implementation von Jugendstrafrechtspolitik *de lege lata et ferenda* zum Gegenstand hatten, ging es in dieser späten Phase nationalsozialistischer Herrschaft nur noch darum, durch Straffung und Verschärfung der Kontrollmaßnahmen den Anzeichen der Auflösung, einem Zustand drohender Anomie, mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Das zeigt sich nicht nur an den diskutierten Maßnahmen, sondern auch an der umfänglichen Beteiligung von polizeilichen Sicherheitsorganen sowie an der Teilnahme von ausführenden Dienstgraden aller Staats- und Parteidienststellen. Die Behördenleiter fehlten. Die politischen Programme von Partei und HJ hatten sich auf die bloße Unterdrückung reduziert. Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaften waren lediglich Reaktionen auf tatsächliche oder vermeintliche politische und kriminelle Abweichung.

Die Funktion aller Arbeitsgemeinschaften ist eingangs mit der Implementation nationalsozialistischer Jugend- und Jugendstrafrechtspolitik bezeichnet worden. Wiederum spielte sich alles Vorgehen auf der Ebene unterhalb der Gesetzesänderung ab. Ideologische Beeinflussung der Justiz war auch so möglich. Die behördeninternen Versuche – Anweisungen an die Staatsanwaltschaften, Druck auf die Jugendrichter und Urteilsschelte, Verfahrenskontrolle durch die Rechtsreferenten der HJ, später

⁹⁹ Bericht v. 18. 10. 1942, Staatsarchiv München, Bestand OLG München 278.

¹⁰⁰ H. Muth, Jugendopposition im Dritten Reich, in: VfZ 30 (1982), S. 369–417.

auch durch die berückichtigten „Richterbriefe“ des Reichsjustizministeriums¹⁰¹ – wurden wirksam ergänzt durch die Manipulation des richterlichen Verständnisses vom Recht, vom Jugendstrafrecht und von der Bedeutung der Jugendkriminalität im nationalsozialistischen Staat. Gleichzeitig wurde der Vorrang der HJ im Bereich des Jugendstrafrechts und seiner Reform verdeutlicht. Aus dem Bericht eines OLG-Präsidenten:

„So erfreulich gesetzgeberische Gedanken und theoretische Vorträge sind, am wichtigsten scheint es doch, daß die Teilnehmer sich über die neuen Grundbegriffe klarwerden.“¹⁰²

6. Ergebnis

Die HJ hatte ihr Ziel einer umfassenden Kontrolle der Jugendgerichtsbarkeit und der Durchsetzung nationalsozialistischer Jugendstrafrechtspolitik bis 1937 weitgehend, aber nicht vollständig erreicht. Als man 1937 nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendstrafrecht in der Akademie für Deutsches Recht (ADR) daranging, das JGG von 1923 zu reformieren, galt es nicht nur, die neue Praxis gesetzlich festzuschreiben, sondern sie auch auszubauen. Die Auswirkung der Einflußnahme auf Jugendrichter und -staatsanwälte durch die geänderte Ausbildung, durch personelle Verflechtungen und durch die Arbeitsgemeinschaften war eine Frage der Zeit. Aber die Ausdehnung der Zuständigkeit der HJ auf alle Jugendstraf- und Jugendschutzsachen und die Ausdehnung des Rechts auf Aktenübersendung und -einsicht an nachgeordnete Dienststellen der HJ mußten de lege ferenda betrieben werden¹⁰³. Der erwünschte Erfolg wurde durch den vorläufigen Abschluß der Jugendstrafrechtsreform mit der Neufassung des RJG von 1943 erreicht: „Im gesamten Verfahren sollen die Hitler-Jugend und die Jugendgerichtshilfe zur Mitarbeit herangezogen werden“ (§ 25 Abs. 1 RJGG von 1943).

Noch vor der JGH wurde nunmehr die HJ genannt. Sie war gesetzlich vorgeschriebenes Organ der Jugendstrafrechtspflege zur „Unterstützung des Gerichts“ geworden. Ihre Rechte reichten bis zu Ausführungen in Rechtsfragen in der Revisionsinstanz, was nicht einmal der JGH zugestanden war¹⁰⁴. Kurz nach Erlass dieses Gesetzes erging eine AV des Reichsjustizministeriums (Hitler-Jugend und Jugendrechtspflege, AV v. 18. 12. 1943, DJ S. 569 ff.), die jene AV von 1935 ablöste. Das Verhältnis zur Justiz wurde nunmehr explizit im Sinne der HJ definiert:

„Die Hitlerjugend ist im nationalsozialistischen Staat die Trägerin der Erziehung der deutschen Jugend außerhalb des Elternhauses und der Schule. Die Erziehungsarbeit der Jugendrechtspflege muß daher auf die Erziehungsgrundsätze der Hitler-

¹⁰¹ Vgl. Boberach.

¹⁰² BA, R 22/1174, Bl. 103.

¹⁰³ Klemer, S. 83.

¹⁰⁴ K. Peters, Reichsjugendgerichtsgesetz vom 6. November 1943, § 25, Anm. 1, § 35, Anm. 1 und 2.

Jugend ausgerichtet sein und diese bei der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben unterstützen.“

Auch die Einzelheiten der AV zeigten die Selbständigkeit der HJ und ihre Vorrangposition¹⁰⁵. Probleme wie Akteneinsicht und -übersendung waren nach ihren Wünschen geregelt. Die Disziplinargewalt der HJ konkurrierte mit dem staatlichen Strafanspruch und konnte bei Taten, deren Schwergewicht in der Disziplinlosigkeit lag, unter Umständen den Vorrang haben. Durch die personellen Verflechtungen und die Arbeitsgemeinschaften zwischen HJ und Jugendgerichtsbarkeit, auch durch die ab 1942 eingerichteten Arbeitsgemeinschaften für Jugendbetreuung, war die Jugendgerichtsbarkeit in ein dichtes Netz von Überwachung und Entscheidungskontrolle eingewoben. Das Selbstverständnis von richterlicher Unabhängigkeit und dritter Gewalt war – auch unter Mithilfe hoher Repräsentanten der Richterschaft – ausgehöhlt, zur Fassade geworden. In der Praxis der Jugendgerichte waren der Rassengedanke, die Unterscheidung von Mensch und Untermensch und die Beziehung zwischen Erziehung und Ausmerzung verankert. HJ, SS und Polizei teilten sich mit der Justiz in die Kontrolle der Jugendlichen. Das politische Schwergewicht lag bei den erstgenannten Institutionen. Unterschiede zwischen Kriminalität, politischer Gegnerschaft oder kulturellen Abweichungen konnten bis zur Unkenntlichkeit verwischt werden – insbesondere durch Einführung von § 60 RJGG 1943, der es erlaubte, Jugendliche nach Verbüßung ihrer Jugendstrafe ohne ordentliches Gerichtsverfahren in Jugendschutzlager zu bringen, in denen ihnen Vernichtung oder lebenslange Einsperrung drohte. Mit Hilfe der HJ konnten beliebig wechselnde Sachverhalte kriminalisiert werden. Staatliche und parteiliche Reaktionen waren austauschbar geworden. Wenngleich die jugendgerichtliche Praxis keineswegs überall und dauernd die Einflüsse der HJ zeigt, bestand die entscheidende Veränderung gegenüber einer unabhängigen Justiz in der Neuregelung der rechtlichen, der organisatorischen, aber auch der informellen Voraussetzungen der Jugendgerichtsbarkeit, die Einflußnahmen im nationalsozialistischen Sinn jederzeit erlaubte.

¹⁰⁵ Es ging um folgende Einzelheiten:

- Angabe der Gründe, warum ein Beschuldigter der HJ nicht angehörte,
- Benachrichtigung der HJ bei allen Straftaten, die mit mehr als sechs Wochen Freiheitsstrafe oder RM 167 Geldstrafe bedroht waren. Im Einzelfall bei geringer Strafdrohung Sammelmitteilung über
 - Einleitung eines Verfahrens
 - Verhaftung und Entlassung aus der Untersuchungshaft
 - Anklageerhebung
 - Einstellung des Verfahrens
 - Urteil mit Gründen
 - Einleitung und Beendigung der Strafvollstreckung und Bewährungsentscheidungen
 - Beurteilungen des Vollzugsleiters bei Entlassung
 - Verfahren zur Beseitigung des Strafmakels.

Dokumentation

STANISLAV F. BERTON

DAS ATTENTAT AUF REINHARD HEYDRICH VOM 27. MAI 1942 EIN BERICHT DES KRIMINALRATS HEINZ PANNWITZ

Gegen Ende des Jahres 1977 erregten zwei Bücher, herausgegeben vom tschechischen Verlag 68 Publishers, Toronto/Kanada, meine besondere Aufmerksamkeit: die Erinnerungen des Generals František Moravec „Špión, jěmuž nevěřili“ und die des Professors Václav Černý „Pláč Koruny české“. General Moravec war der Chef der Nachrichtenabteilung der tschechoslowakischen Auslandsregierung in London während des Zweiten Weltkrieges. Auf Befehl des Staatspräsidenten Dr. Edvard Beneš organisierte er unter dem Decknamen „Operation Anthropoid“ das Attentat auf den Stellvertretenden Reichsprotektor für Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich. Professor Černý ergänzt seine persönlichen Erinnerungen an die Untergrundtätigkeit während des sog. Protektorates mit einer kurzgefaßten Übersicht über alle Gruppen des antinazistischen Widerstandes sowohl in der Heimat als auch im Ausland.

Beim Lesen beider Werke fiel mir die große Anzahl unterschiedlicher Angaben zum Attentat auf. Vor allem konnte ich auf den ersten Blick in den Erinnerungen des General Moravec viele Ungenauigkeiten finden. So mußte ich mir die wohl berechtigte Frage stellen, ob die gesamten Erinnerungen, die seine Tochter, Frau H. V. Disher, für die Publizierung vorbereitete, auch tatsächlich aus der Feder ihres Vaters stammen. Dessen phänomenales Gedächtnis bewundern alle seine früheren Mitarbeiter, die ich befragen konnte. Warum wurden unter dem Namen des General Moravec soviel Irrtümer veröffentlicht? Warum wird in seinem Buch behauptet, daß z. B. die Fallschirmspringer und späteren Attentäter Gabčík und Kubiš im April 1942, keinesfalls aber gegen Ende Dezember 1941 abgesetzt wurden? Liegt hier eine Nachlässigkeit vor oder das Bestreben, einige Umstände des Attentats in Nebel zu hüllen? Nach Ansicht eines langjährigen Mitarbeiters der „Abt. Moravec“ hätte sein Chef das Buch „niemals unterschrieben“.

Ich selbst war nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges Redakteur beim Arme Rundfunk in Prag, wo ich Gelegenheit hatte, mich mit führenden Persönlichkeiten des tschechischen Widerstandes auseinanderzusetzen. Der Autor des Buches „Pláč Koruny české“, Professor V. Černý, war vor meinem Weggang nach London mein Hochschullehrer für vergleichende Literatur an der Karls-Universität in Prag. An das Attentat selbst oder, besser gesagt, an seine Folgen, habe ich persönlich unvergeßliche Erinnerungen. Im Jahre 1942 war ich 18 Jahre alt und Mitglied eines Sportklubs in Brünn. Unser Stadion befand sich in der Nachbarschaft zum Kaunitz-Studenten-

wohnheim, in dessen Hof während der Zeit des Standrechts die Gegner des deutschen Besatzungsregimes hingerichtet wurden. Allein schon das einfache Gutheiß des Attentats wurde mit dem Tode geahndet. Unsere sportlichen Übungen wurden täglich von den Salven der Hinrichtungskommandos unterbrochen.

Als ich die schrillen Gegensätze in der Beschreibung des Attentats feststellte, faßte ich den Entschluß, mich mit der mir zugänglichen Literatur und Dokumentation zu befassen. Wer spricht die Wahrheit? Freunde rieten mir von meinem Vorhaben dringend ab. Aus dem so weit entfernten Sidney zeitgeschichtliche Nachforschungen anzustellen, schien fast unmöglich. Warum Geld und Zeit vergeuden, wenn schon das ganze Geschehen bis in alle Kleinigkeiten so oft beschrieben wurde? Ich ließ mich aber von meinem Vorhaben nicht abbringen.

Vor sieben Jahren konnte ich natürlich nicht ahnen, daß es mir gelingen sollte, bisher unbekannte Dokumente aufzufinden, aus denen sich die Notwendigkeit ergibt, die bisherigen Publikationen nun mit einer scharfen Lupe zu betrachten. Die Autoren und Historiker sind offensichtlich in vielen Fällen Opfer ihrer Zeugen geworden, die ihre Aussagen und Aufzeichnungen nach eigenem Bedarf, ohne Rücksicht auf Tatsachen, machten. Eine der Hauptquellen verbürgter Informationen über das Prager Attentat ist ein Mann, der sich durch seine Gefälligkeit, mit der Gestapo zusammenzuarbeiten, kompromittierte.

Nach 1945 konnte erwartet werden, daß das Heydrich-Attentat in der tschechischen Literatur Gegenstand besonderen Interesses sein werde. In der Nachkriegs-ČSR war das Attentat allerdings tabu. In Unkenntnis darüber, wie die Aktionen der Fallschirmspringer Gabčík und Kubiš und ihre Folgen von der tschechischen Bevölkerung beurteilt werden, sagte Präsident Beneš während der ersten Audienz für die führenden Männer des heimatischen Widerstandes sogar, daß er von dem Attentat *vorher nichts gewußt habe!*

Die Nachforschungen wurden durch die Veränderung des gesellschaftlichen Systems im Februar 1948 erschwert. Der KPČ-Vorsitzende Klement Gottwald verherrlichte zwar im Jahre 1942 im Moskauer Rundfunk die Fallschirmspringer, nach der kommunistischen Machtübernahme wurde aber amtliches Schweigen über jene Aktionen verordnet, die im Westen ausgebildete Fallschirmspringer ausgeführt haben. Ein kommunistischer Autor behauptete sogar, diese mutigen Männer, die von englischen Flugzeugen über ihrer tschechischen Heimat abgesetzt wurden, hätten nicht gegen die nazistischen Besatzer, sondern nur für die Wiederherstellung des kapitalistischen Systems in der Tschechoslowakei gekämpft. Die erste bahnbrechende Arbeit eines tschechischen Autors über das Attentat erschien im Jahre 1947: Jan Drejs „Za Heydrichem stín“, das nächste fundierte Werk gar erst 1965. Miroslav Jvanov brachte in seinem Buch „Nejen černé uniformy“ Aussagen von Augenzeugen, die 1942 Fallschirmspringer verbargen und dabei das Glück gehabt hatten, während des verschärften Terrors nach Heydrichs Tod von der Gestapo nicht ermittelt oder nicht verraten zu werden. 252 Verwandte und Helfer der Fallschirmspringer wurden am 24. Oktober 1942 im Konzentrationslager Mauthausen hingerichtet. Antonín Jvanov, der Vater des Autors und Oberleutnant der tschechoslowakischen Armee, war unter ihnen.

Während die Publikationen tschechischer Autoren unter dem vorgeschriebenen prokommunistischen Ton leiden, sind manche ausländische Werke voll von sensationlüsternen Aussagen, die sich mehr auf eine üppige Fantasie und Quellen aus zweiter Hand stützen als auf originales, freilich beschwerliches Quellenstudium. Ein Beispiel ist der Bestseller des Kanadiers William Stevenson „A Man Called Intrepid“. Stevenson behauptet, Zugang zu geheimen Akten der British Security Co-Ordination gehabt zu haben, deren Zentrale sich während des Zweiten Weltkrieges in den USA befand und die Ausbildungszentren u. a. auch in Kanada hatte. Anhand einer Analyse des Textes ist leicht zu beweisen, daß Stevenson zumindest hinsichtlich des Attentats seine „zuverlässigen“ Nachrichten bei dem absolut unzuverlässigen Walter Schellenberg schöpfte.

Die wahre Geschichte des Attentats ist bisher noch nicht geschrieben worden. Vor allen Dingen ist es auffallend, daß m. W. bisher nicht eine einzige Studie aus der Feder eines britischen Historikers erschienen ist.

In Anbetracht der traditionellen Verschwiegenheit britischer Nachrichtenorgane besteht leider nicht die Hoffnung, daß wir in absehbarer Zeit erfahren werden, wer den Befehl zur Beseitigung Reinhard Heydrichs *wirklich* gegeben hat.

Als ich mich gegen Ende des Jahres 1977 entschloß, die Wahrheit über das Attentat zu suchen, hatte ich unerwartet Glück. Schon in den ersten Tagen des Quellenstudiums konnte ich feststellen, daß in Sidney zwei ehemalige tschechische Fallschirmspringer leben. Einer davon war Kapitän Oldřich Pelc, der nach 1945 für eine kurze Zeit Leiter eines besonderen Büros beim Generalstab im Ministerium für Nationale Verteidigung in Prag war. Einige Offiziere ermittelten damals die Aktivitäten der Fallschirmspringer und zeichneten die Aussagen tschechischer Männer und Frauen auf, die ihnen beim Verstecken halfen und auch Informationen brachten, die nach London gesendet wurden. Kapitän Pelc nahm nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 aus unbekannten Gründen ungefähr ein Dutzend Kopien von Zeugenaussagen, sämtlich das Heydrich-Attentat betreffend, in das Exil mit. Welch ein Zufall!

Nach Durchsicht des Buches „Nejen černé uniformy“ machte mich Kapitän Pelc auf fünf Niederschriften eines Gymnasial-Professors Ladislav Vaněk aufmerksam, der führender Funktionär der Widerstandsgruppe der Sokol-Bewegung, mit dem Tarnnamen Jindra, war. Einige Unstimmigkeiten reizten mich, meine Nachforschungen auf seine Widerstandserinnerungen, so wie er sie einigen tschechischen und ausländischen Autoren und Fernsehreportern darbot, zu konzentrieren.

Ende 1981 erhielt ich aus zuverlässiger Quelle die Nachricht über die Bemühungen des Professor Vaněk, daß er mit dem ehemaligen Kriminalrat Heinz Pannwitz in Verbindung treten wollte. Pannwitz war seit 1940 Leiter des Referats II g (Attentate, illegaler Waffenbesitz und Sabotage) bei der Geheimen Staatspolizei in Prag. Vaněk bat Pannwitz – also seinen früheren Verfolger – um Mitarbeit bei der Niederschrift der Erinnerungen. Ein schier unglaublicher Vorgang!

Daraufhin bat ich meinen deutschen Mitarbeiter, nähere Erkundigungen anzustellen. Dabei ergab sich, daß Pannwitz 1975 verstorben ist, seine Frau jedoch noch lebt.

Während mehrerer Besuche wurde Frau Pannwitz u. a. auch nebenbei gefragt, ob ihr der Name Vaněk-Jindra bekannt sei. Ohne Zögern antwortete sie, daß sie sich an diesen Namen noch sehr gut erinnern könne und Vaněk für einen großen tschechischen Patrioten halte. Das war für unsere Arbeit ein hoffnungsvolles Zeichen. Schließlich vertraute sie uns nach einigem Zögern eine Mappe „Prag betr.“ an, mit dem Hinweis, daß wir die *ersten* seien, denen sie ausdrücklich das Recht einräume, das von ihrem verstorbenen Mann erstellte Material zu fotokopieren und frei darüber zu verfügen. Nur dürften wir, das war die einzige Bedingung, das Material nicht gegen ihren verstorbenen Ehemann verwenden. Dies haben wir Frau Pannwitz auch versprochen. In den uns vorgelegten Materialien befinden sich zwei Niederschriften über das Attentat. Die erste, undatiert, hat 13 Seiten. Pannwitz verfaßte sie sechs Monate nach seiner Rückkehr aus sowjetischen Kerkern im Januar 1956. Die zweite Niederschrift ist datiert vom März 1959, das Original hat 40 Seiten. Aus dem Inhalt geht hervor, daß Pannwitz unmittelbar nach dem Attentat zum Leiter der Sonderkommission zur Ermittlung des Attentats ernannt worden war. Er war auch der – *bisher anonyme* – Autor des bekannten amtlichen Abschlußberichts, hinterlegt im New Yorker YIVO-Institute for Jewish Research. Dieser Bericht wurde auf einer Schreibmaschine mit großen Buchstaben geschrieben und war für Adolf Hitler bestimmt, der bekanntlich über ein schlechtes Sehvermögen verfügte.

Unter den weiteren Hinterlassenschaften befand sich ein Brief an das Landessozialgericht Schleswig-Holstein in Sachen Versorgungsansprüche der Witwe Lina Heydrich, eine Erklärung Pannwitz' dem gleichen Gericht gegenüber und zwei kürzere Aufzeichnungen über den legendären Spion Paul Thümmel (alias Renee, A-54).

Nach einem kurzen Zwischenspiel bei der Wehrmacht, wohin er sich – weil zunächst in Unnade gefallen – flüchtete, wurde Pannwitz Anfang 1943 Leiter eines Sonderkommandos, das die Aktivitäten des sowjetischen Spionagenetzes im besetzten Europa, der sog. „Roten Kapelle“, verfolgte, bekämpfte und teilweise auch kontrollierte. Pannwitz zeichnete für das Funkspiel mit Moskau verantwortlich. In einigen kürzeren Niederschriften beschrieb er seine Erfahrungen mit den Hauptpersonen der „Roten Kapelle“, Trepper und Sukolov, ebenso seinen Zusammenstoß mit dem Chef des SMERSCH im Kreml kurz nach seinem Flug nach Moskau im Juni 1945.

Das Ende seiner Karriere – Pannwitz hatte ein abgeschlossenes Theologiestudium absolviert und war anschließend direkt zur Polizei gegangen – kam mit seiner Verhaftung durch die französische Militärpolizei Anfang Mai 1945 in Österreich. Auf *eigenen Wunsch wurde er den Sowjets übergeben*. Dieser Entschluß wurde Gegenstand vielfacher Mutmaßungen. In seiner undatierten 15-seitigen Niederschrift, überschrieben „Rote Kapelle“, hat er versucht, seine Beweggründe ausführlich zu erläutern.

Heinz Pannwitz' Niederschriften zeigen, daß sie nicht von einem durchschnittlichen, trockenen Polizeibeamten verfaßt wurden, sondern von dem Initiator einer sowohl kurzfristigen als auch langfristigen Strategie. Es war in der damaligen Zeit gewiß ein riskantes Unterfangen, sich unter Umgehung des Dienstweges über die Köpfe der Vorgesetzten hinweg an die Spitzen der RSHA und der Abwehr zu wenden. Pannwitz gab aber im Kampf gegen seinen Feind der List vor brutalen Methoden den

Vorzug. Diese Taktik brachte während der Attentatsermittlungen Erfolge. Er überzeugte u. a. auch die politischen Führer von der Notwendigkeit, eine Amnestie zu erlassen. Die Folge war nicht nur der Eingang von ca. 2000 Informationen aus den Reihen der verängstigten tschechischen Bevölkerung, sondern auch, daß sich der Fallschirmspringer Karel Čurda im Prager Gestapo-Hauptquartier freiwillig stellte.

Der nachfolgend abgedruckte Pannwitz-Bericht zum Attentat auf Heydrich enthält eine ganze Reihe unbekannter Details, die lebhaft Diskussionen erwarten lassen. Der Bericht bringt wichtige neue historische Erkenntnisse und sollte Anlaß sein, das bisherige Schrifttum zu überprüfen.

In der Pannwitz-Niederschrift haben sich sowohl bei Personen- und Ortsnamen als auch bei einigen Daten Ungenauigkeiten eingeschlichen, die ich berichtigt habe. Sonst wurde das Original weder gekürzt noch geändert. In den „Anmerkungen“ mache ich außerdem auf einige Irrtümer aufmerksam und ergänze den Text mit Informationen, welche die Bedeutung der Aufzeichnungen hervorheben.

HEINZ PANNWITZ:

März 1959

ATTENTAT AUF HEYDRICH (27. 5. 1942 gegen 10,32 Uhr)

- 1.) Vorgeschichte
- 2.) Durchführung
- 3.) Aufklärung

Vorgeschichte

Der aktive Widerstand des tschechischen Volkes war seit Beginn des zweiten Weltkrieges nicht von Bedeutung. Mit Ausnahme der demonstrativen Volksäußerungen am 28. 10. 1939 auf dem Wenzelsplatz in Prag sind ähnliche Kundgebungen nicht in Erscheinung getreten. Von Sabotage aber, die den Verkehr, die Rüstungs- und andere Industrie, das öffentliche Leben und die deutschen Kriegsinteressen getroffen hätte, war im Verhältnis zur Größe des Landes und seines Volkes fast nichts zu spüren. Mit dem 22. 6. 1941, dem Tage des Kriegsbeginns mit der Sowjet-Union, wurde das schlagartig anders. Sofort wurde eine systematische Sabotagetätigkeit spürbar, die in wenigen Wochen eine solche Vielzahl von Sabotagefällen schwerster Art mit sich brachte, daß das zuständige Referat „Sabotageabwehr in der Rüstungsindustrie“ nicht mehr in der Lage war, die Fälle zu bearbeiten und sich mit der Registrierung allein begnügen mußte. 80 Sabotagefälle an einem Tage war zeitweise der Durchschnitt (Sabotageobjekte waren: Sprengstoffanschläge auf Brücken, Gleisanlagen, Weichen, Reparaturwerkstätten, Transporte der Eisenbahn und Tanklager, Zerstörung von Hochspannungsleitungen und deren Masten bei Leitungen mit 100 000 Volt, Brandstiftungen mit modernsten Brandsätzen in Getreide- und Vorratslagern, Holzlagerplätzen und Industrieanlagen, Anschläge besonderer Art wurden auf Heiz- und Kesselanlagen der Rüstungsindustrie durchgeführt). Durch diese aktive Sabotagetätigkeit war eine ernsthafte Gefährdung der Rüstungsindustrie eingetreten, die sich im Kriege keine Staatsführung bieten lassen kann.

Die Aufklärung dieser Sabotagewelle war einem Zufall vorbehalten. Das Referat „Bekämpfung der kommunistischen Partei“ hatte bei einem Treff illegaler kommunistischer Gruppen einen Verteiler modernsten Sabotagematerials auf frischer Tat erfaßt. Dieses Material war in tschechischen Fabriken vollkommen sachgemäß von Mitgliedern der illegalen kommunistischen Partei hergestellt worden. Bis zum Kriegsbeginn mit der Sowjet-Union gab es keine aktive Tätigkeit von Seiten der tschechischen Kommunisten gegen die Deutschen. Der Pakt Hitler-Stalin wurde auch von diesen Kreisen trotz der Schaffung des Protektorats – sicher auf Weisung aus Moskau – eingehalten. Jetzt aber war die illegale kommunistische Partei der

Tschechen Träger der Sabotage gegen die Deutschen. Der Tag „X“ war eingetreten, die vorbereiteten Kader der Bürgerkriegssituation folgten ihren Befehlen aus Moskau und traten in Aktion.

Die deutsche Führung im Protektorat stand vor der Notwendigkeit, dieser für sie gefährlichen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Man hielt wohl den damaligen Reichsprotektor, den Diplomaten alter Schule Freiherrn v. Neurath, nicht für den geeigneten Mann, härtere gesetzliche Bestimmungen und damit einen entschlossenen Kampf einzuführen. So ging v. Neurath in „Krankheitsurlaub“ und Hitler beauftragte Heydrich mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines stellvertretenden Reichsprotektors.

Heydrich führte sich im Protektorat durch Verhängung des Standrechts und Aufstellung eines Standgerichtes für die Dauer von etwa 10–14 Tagen ein. Dabei wurde u. a. auch vom Volksgerichtshof der damalige Ministerpräsident der Protektoratsregierung General A. Eliáš und der Oberbürgermeister von Prag Dr. O. Klapka wegen ihrer illegalen Beziehungen zur Exilregierung Benesch in London und ihrer feindlichen Handlungen gegen Deutschland zum Tode verurteilt. Das Urteil gegen Eliáš sollte nicht vollstreckt werden, weil sich herausgestellt hatte, daß Eliáš seine Beziehungen zu London etwa ein halbes Jahr vor seiner Verurteilung abgebrochen hatte. Nach dem Attentat auf Heydrich aber hat Hitler die Vollstreckung befohlen. Nach Ablauf dieser ersten Standgerichtsperiode verhandelte Heydrich mit den Vertretern von Industrie, Landwirtschaft, Wirtschaft und der Arbeiter und forderte von ihnen, daß das tschechische Volk die Deutschen in der Wahrnehmung ihrer Kriegsinteressen nicht behindern bzw. stören solle. Für Deutschland ging der Kampf um Sein oder Nichtsein, die Tschechen aber brauchen in diesem Kriege keinen Soldaten an die Front zu schicken und hätten keinen Blutverlust, er sei bereit über alle Nöte der Tschechen mit ihnen zu reden und zu helfen, wo es ihm nur möglich sei, jeden Widerstand aber entschlossen zu brechen. Die von Heydrich danach tatsächlich durchgeführten verschiedenen sozialen Maßnahmen, besonders zu Gunsten der Arbeiterschaft, haben ihm oft eine positive Beurteilung eingebracht. Die sichtbare Folge aber war, daß innerhalb weniger Monate bis zum Frühjahr überhaupt keine Sabotagefälle registriert wurden. Die kommunistische Initiative war zerschlagen, Sabotage aus der bürgerlichen Widerstandsbewegung aber fast garnicht zu verzeichnen. War es nur ein Zufall – oder war der Exilregierung Benesch und der englischen Kriegsführung zur Kenntnis gekommen, daß im Protektorat vollkommene Ruhe herrschte und das tschechische Volk keine Bereitschaft zu Aufständen und Partisanenkrieg auf seinem Territorium zeigte, ist mir nicht bekannt. Jedenfalls zum Zeitpunkt als Heydrich in das damalige Protektorat kam, wurde auch der erste tschechische Fallschirmspringer am 4. 10. 1941 bei Tschaslau abgeworfen. Er sollte Verbindung mit der tschechischen Widerstandsbewegung aufnehmen und ihr ein Funkgerät sowie Chiffriermaterial überbringen. Er wurde bereits am 25. 10. 1941 von der Geheimen Staatspolizei Prag festgenommen und die von London ihm mitgegebenen Mittelsmänner, die er angelaufen war, ebenfalls. Vor seinem Abflug wurde er von dem damaligen tschechoslowakischen Kriegsminister der Exilregierung Benesch, dem General Ingr persönlich

verabschiedet¹. Mit diesem Einsatz begann eine neue Ära der Störung von westlicher Seite. Später versuchten dann auch die Russen wieder, mit ihren „Roten Kapellen“ auch auf tschechischem Territorium zum Zuge zu kommen. Je ruhiger es im tschechischen Gebiet wurde, desto stärker aktivierte der Westen seine Fallschirmeinsätze, so daß im Frühjahr 1942 eine ganze Flut von Absprüngen zu verzeichnen war, die aber im Laufe der Zeit fast alle ausgehoben wurden².

Durchführung des Attentates

Nach der Schaffung des Protektorates war ein großer Teil ehemaliger tschechischer Soldaten auf dem Wege über Polen-Gdingen, später über Ungarn und die Balkanstaaten über Marseille-Algerien, und auch Kairo, Istanbul nach England gelangt. Auf diesen Wegen haben wir damals selbst tschechische „Flüchtlings“ bis nach England, in die Reihen der dortigen tschechischen Legion geschleust³. Aus diesen Reihen suchte man in England die zuverlässigsten Männer heraus und bildete sie als Fallschirmagenten zur Durchführung militärischer Aufgaben im Protektorat heraus. Sie kamen zu einem sechswöchigen Lehrgang auf die englische Sabotageschule Cammus-Darrach bei Hal-laig/Schottland, nachdem sie zuvor noch einen kurzen 14tägigen Bewährungslehrgang auf der englischen Funker- und Fallschirmschule in Manchester absolvieren

¹ Dies war der Gefreite František Pavelka, Unternehmen „PERCENTAGE“, hingerichtet am 11. 1. 1943 in Berlin-Plötzensee.

² Vom 29. 12. 1941 bis 30. 4. 1942 wurden aus Großbritannien 9 Gruppen und 1 Mann, insgesamt 25 Fallschirmspringer, abgesetzt. Davon wählten 7 in der Kyrill-Method-Kirche in Prag den Freitod – 1 meldete sich bei der damaligen tschechischen Protektoratspolizei, wurde der Gestapo überstellt, mit der er insgesamt unwillig zusammenarbeitete. Im Jahre 1946 wurde er von einem tschechoslowakischen Gericht zum Tode verurteilt (V. Gerik) – 1 meldete sich bei der Gestapo, verriet seine Kameraden und die, die ihm Unterschlupf gewährten, arbeitete willig mit der Gestapo zusammen. 1946 wurde er von einem tschechoslowakischen Gericht zum Tode verurteilt (K. Čurda) – 1 wurde von der Gestapo verhaftet, er überlebte den Krieg – 1 überlebte den Krieg in der Freiheit – 1 wurde verhaftet, arbeitete bereitwillig mit der Gestapo zusammen und wurde von ihr irrtümlich erschossen (V. Kindl) – 4 wurden verhaftet und hingerichtet – 1 wurde verhaftet, täuschte Mitarbeit mit der Gestapo vor, wurde aufgedeckt und hingerichtet – 3 sind bei Schießereien mit der Gestapo gefallen – 2 erschossen sich selbst bei Schießereien mit der Gestapo – 3 nahmen während ihrer Verhaftung Gift – (siehe Dr. Zdeněk Jelinek, „Západní paraskupiny a spolupráce s domácím odbojem v letech 1941–1945“, Zprávy OaR, 1/1970). Die zweite Welle der Absprünge eröffnete die Gruppe „ANTIMON“, abgesetzt am 24. Okt. 1942 bei Rožďalovice.

³ So der Flieger Augustýn Přeučil. Er arbeitete für die Gestapo in Polen, Frankreich und Großbritannien (dies war 1939 der übliche Fluchtweg der Tschechoslowaken in das westliche Exil), wo er mit einer Hurricane II nach Belgien zu den Deutschen überwechselte. Für die Entführung des Flugzeuges wurde er mit 10000 RM belohnt. Danach arbeitete er für die Prager Gestapo als agent provocateur. 1944 wurde er in Theresienstadt „gefangengehalten“. Er wurde beauftragt zu erkunden, ob Dozent Dr. Vladimír Krajina mit dem tschechischen Widerstand in Verbindung stand. A. Přeučil wurde von einem tschechoslowakischen Gericht zum Tode verurteilt und am 14. 4. 1947 hingerichtet. (Unveröffentlichtes Material aus dem Archiv M. Janeczek, ergänzt durch eigenhändige Anmerkungen des Prof. A. Krajina.)

mußten. In Cammus-Darrach erhielten sie Ausbildung in: Morsen, Kartenkunde, Sprengstoffkunde, Anwendung von Giften und Bakterien, Verteidigung im Nahkampf. Nach Abschluß mußten die Funker noch für eine Woche in die tschechische Sendestation Wolding bei London – Villa Funny Newk. Danach ging der so ausgebildete Agent zu seinem tschechischen Truppenteil zurück und wartete auf seinen Einsatz. Vor dem Einsatz war der Sammelplatz Dorking, 40 km SO von London, Villa Bellasis. Meistens wurde der Einsatz vom englischen Flugplatz Bedford gestartet.

Die Aufträge für die eingesetzten Agenten waren: Ausbau des Nachrichtennetzes – Spionage – Sabotage. Zwei herausragende Sonderaufträge: Attentat auf Heydrich und Bombardierung der Skodawerke in Pilsen vorbereiten.

Am 29. 12. 1941 wurden die beiden Attentäter Gabčík und Kubiš bei Pilsen abgesetzt⁴, während die drei weiteren Insassen dieses gleichen Langstreckenbombers, unter ihnen der Chef aller Agenten im damaligen Protektorat, Leutnant Bartoš, bei Kolín absprangen⁵. Die beiden Attentäter und ihr Chef sowie der Chef der tschechischen Widerstandsorganisation Stabskapitän Morávek (bereits am 21. 3. 1942 durch Zufall erschossen) waren die einzigen Wissenden um den Plan des Attentates – das heißt, sie sollten es sein – aber durch die Notwendigkeiten bei den Vorbereitungen wurden noch einige weitere Personen zwangsläufig Mitwissende. Die Zahl betrug etwa 12 Personen insgesamt, die vor der Ausführung des Attentates davon wußten. Die beiden Attentäter sollten zu keinerlei anderen Aufträgen hinzugezogen werden, so war der strikte Befehl aus London. Wie schwierig für die Fallschirmagenten die Lage im Protektorat war, zeigt die Vorbereitung der Bombardierung der Skodawerke, die in der Nacht vom 25. auf 26. 4. 1942 stattfand. Obwohl in der Zwischenzeit noch mehrmals Agenten aus London abgesprungen waren, mußte der Chef, Leutnant Bartoš, die beiden Attentäter anweisen, sich für die Aktion Skodawerke zur Verfügung zu stellen, weil er keine Hilfe aus den Reihen der tschechischen Bevölkerung und der tschechischen Widerstandsbewegung erhalten konnte! Die Aktion wurde schließlich durchgeführt, vor den Werken und hinter den Werken in Flugrichtung der Bomber zwei Scheunen als Richtfeuer angezündet und vorher ein Einpeilungsgerät „Rebecca“ für die Bomber in Tätigkeit gesetzt, der Erfolg aber blieb gleich Null⁶. Es wurden alle Bomben daneben geworfen, weil die Agenten ohne fremde Hilfe alles allein machen mußten und die beiden Scheunen nicht im gleichen Zeitpunkt anzünden konnten. So gering war die Bereitschaft der ansässigen Tschechen zur Mithilfe an der Sabotage, weil sie durch die Nachrichtensendungen des tschechischen Senders in London einsehen mußten, daß man in London über das Protektorat vollkommen falsch infor-

⁴ Geplanter Absprungplatz für die Gruppe „ANTHROPOID“ (Jos. Gabčík und Jan Kubiš) war Eipovice bei Pilsen. Tatsächlicher Absprung: Nehvizdy bei Čelakovice.

⁵ Vorgesehener Absprungplatz für die Gruppe „SILVER-A“ (Bartoš, Valčík, Potůček) war Vyžice, Bezirk Chrudim. Tatsächlicher Absprung: Poděbrad.

⁶ Aus der Depesche von London nach Pardubice vom 15. 4. 1942 und den Verzeichnissen des tschechoslowakischen Verteidigungsministeriums in London geht hervor, daß Kapitän Bartoš auf Weisung Londons Gabčík und Kubiš einsetzte. Am 20. 4. 1942 meldete Bartoš nach London, daß „Rebecca“ im Versteck nicht gefunden wurde. Das Gerät fiel der Gestapo in die Hände.

miert war. So mußte der Chef, Leutnant Bartoš, sogar Benesch auffordern, die Nachrichtensendungen aus London einzustellen, weil sie den Agenten mehr schaden als nützten – was natürlich durch Benesch nicht geschah. Genau so schwer hatten es die Attentäter bei ihren Vorbereitungen zum Attentat, weil der Kreis der Mitwisser ganz klein sein mußte. Sie durften nicht einmal die anderen Agenten mit einsetzen. Ihr Steuermann für ihre Orientierung in Prag und Auswahl von Mitarbeitern, der Stabskapitän Moravek, war durch Tod ausgefallen. Sie standen ganz auf sich allein und fanden nur eine Hilfe in dem früheren Gauobmann des Sokol Lehrer Zelenka (Deckname: Hajský), bei dem sie Unterschlupf fanden und der ihnen verlässliche Tschechen nannte, die jeweils behilflich sein konnten. Zelenka-Hajský war übrigens ein alter Nachrichtenmann, der an der deutsch-tschechischen Grenze bei Bodenbach für das tschechische Verteidigungsministerium tätig gewesen ist. Die von London aus mitgegebenen und die nach dem Absprung der Agenten neu erschlossenen Anlaufstellen in der tschechischen Bevölkerung betrugen zur Zeit des Attentates:

Prag	10	Königgrätz	3
Pardubic	12	Bernatic	9
Lidice	6	Belograd	1
Lezaky	2 (dort stand der Agentensender)	(?) Wemce (?)	1
Pilsen	3	(S.F.B.)	

insgesamt 47 Anlaufstellen, das war nicht viel, wenn eine weitverzweigte Arbeit durchgeführt werden sollte. Das kam aber auch daher, daß nach zunehmender Aktivierung der Absprünge eine äußerst erfolgreiche Abwehr von deutscher Seite entwickelt wurde, die zur frühzeitigen Festnahme eines Teils der Agenten und zur umfassenden Sicherstellung ihres Agentenmaterials führte. Eine kurze Darstellung über die Methode: Die deutsche Luftabwehr hatte einen über das ganze Land verteilten Flugmeldedienst, der die einfliegenden feindlichen Maschinen an seine zuständige Luftwarnzentrale meldete, wenn die Maschinen seinen Standort im Gelände überflogen oder streiften. Zeit, Flugrichtung und evtl. Höhe wurden auf einer großen Karte eingetragen. Bei Einflügen begab ich mich sofort in die Luftwarnzentrale und berechnete die Geschwindigkeit der Feindmaschine zwischen den einzelnen gemeldeten Punkten, solange die Geschwindigkeit gleich blieb, z.B. 400 km, war alles in Ordnung, sank die Geschwindigkeit zwischen zwei gemeldeten Punkten rapide ab, z.B. 100–150 km, dann bedeutete das, daß die Feindmaschine zwischen diesen beiden Punkten, wo die Geschwindigkeit auf 100–150 km herabgesunken war, auf etwa 250 m Höhe heruntergegangen war und Kreise flog, um Agenten oder Material abzuwerfen. Dieses Gebiet wurde sofort telefonisch alarmiert und alle verfügbaren Militär- und Polizeieinheiten rückten zur Durchkämmung aus. Auf diese Weise waren wir meist schon zwei Stunden nach den Abwürfen aktiv in der Fahndungsarbeit, wobei uns fast immer das abgeworfene Material und teils sogar Agenten unmittelbar in die Hände fielen⁷. Die Agenten allerdings konnten oft auch entkommen – jedoch oh-

⁷ Nicht ein einziger der aus Großbritannien eingeflogenen Fallschirmspringer wurde kurz nach dem Absprung verhaftet. Die Fallschirmspringer der sog. ersten Welle bekamen in London Auffang-

ne ihre wertvolle Ausrüstung. Der Gegner – England oder Moskau – haben den ganzen Krieg hindurch nichts von unserer Taktik geahnt und setzten die Methode ihrer Abwürfe immer im gleichen Stile fort.

Die Erkenntnis für ähnliche Abwurfaktionen in unseren Tagen ist folgende: Eine Feindmaschine muß, bevor sie ihren Abwurf durchführt, an verschiedenen Stellen mehrmals kreisen und Zeit verlieren, um bei einer genauen Beobachtung durch die Bodenorgane viele und verschiedene Plätze als möglichen Abwurfort verdächtig erscheinen lassen. Durch eine solche Methode werden die Abwehrorgane des Abwurfgebietes nicht in der Lage sein, die für eine Durchkämpfung notwendigen Personalmengen aufzubringen.

Aus dem Abwurfmaterial, das so in unsere Hände fiel, war deutlich zu ersehen, daß die Agenten über nachrichtendienstliche und Sabotageaufträge hinaus nunmehr auch Aufträge für Terror- und Attentatshandlungen erhalten hatten. Es befanden sich u. a. Sprengsätze dabei, die man mit Hilfe von Haftmagneten an Autos anbringen konnte und auch solche, die aus schwarzem Bakelitmaterial bestanden und Form und Größe hatten, um sie als Untersatz unter einen Telefonapparat zu stellen. Beim Abnehmen des Hörers ging die Sprengladung aus etwa 200 Gramm Plastiksprengstoff los, die vollkommen hinreichte, um einen Menschen zu töten. Ebenfalls befanden sich die ersten Bomben unter dem Material. Himmler der damalige Chef der deutschen Polizei, sah sich am 1. 5. 42 in Prag das moderne Material an, er verfügte, daß die aus den Erkenntnissen mit diesem Material gewonnenen Erfahrungen bei der Herstellung von Haftladungen zur Bekämpfung von Panzern im Nahkampf Verwendung fanden. So haben die Engländer unbewußt zur Entwicklung dieses Panzernahkampfmittels bei den Deutschen mitgewirkt.

Durch die Forcierung des Abwurfs dieses modernen Materials in den Monaten April und Mai 1942 bestärkte sich bei uns der Attentatsverdacht immer mehr und es wurden von uns alle Abwehrmaßnahmen in diesen Tagen genauestens überprüft. Die Sicherungsmaßnahmen für die Person des Reichsprotektors wurden verstärkt und Heydrich persönlich Vortrag gehalten mit dem Hinweis, daß er das von Hitler befohlene Begleitkommando für sich in Anspruch nehmen müsse. Heydrich war mit den allgemeinen Maßnahmen einverstanden, lehnte jedoch einen persönlichen Begleitschutz entschieden ab mit der Begründung, daß das dem deutschen Ansehen im Protektorat schaden würde (v. Neurath war ständig mit Begleitschutz gefahren). Ein gewisser arroganter Stolz und seine sportliche Haltung mögen Heydrich zu dieser Stellung gebracht haben. Er glaubte, daß ihm niemand von den Tschechen etwas tun würde. Wir aber machten seine Stellungnahme aktenkundig und berichteten Berlin darüber – dies war dann bei dem schließlich doch durchgeführten Attentat unsere Rückendeckung.

Die Attentäter hatten verschiedentliche Anläufe zur Durchführung ihres Planes ge-

Adressen, die in vielen Fällen enttäuschten. Einige der Adressaten meldeten die ungebetenen Besucher sogar der Gestapo. Auch die Fallschirme, Ausrüstung und Funkgeräte wurden meist zufällig von tschechischen Einwohnern entdeckt und der Gestapo übergeben.

nommen, die durch die verstärkten Sicherungsmaßnahmen alle nicht zu realisieren waren. So mußte die Vorbereitung anlässlich eines Besuches durch Heydrich im Deutschen Theater in Prag fallen gelassen werden, weil die Schutzmaßnahmen zu stark waren. Heydrich wohnte auf einem schloßartigen Gebäude in Jungfern-Breschan bei Prag mit seiner Familie, wo er täglich einen Morgenritt ohne Begleitung ausführte. Hier waren die Vorbereitungen durch die Attentäter bereits zum Abschluß gekommen als unsere Verstärkung der Sicherungsmaßnahmen einsetzte und die Ausführung unmöglich machte. Nunmehr studierten die Attentäter wochenlang die Gepflogenheiten Heydrichs bei seiner Fahrt von seinem Wohnsitz in Jungfern-Breschan nach Prag zu seinem Amtssitz. Sie sammelten an den Straßen, die er befuhr, Kaninchenfutter und begrüßten ihn bei seiner Vorbeifahrt jedesmal in sehr ehrerbietiger, devoter Haltung. Auf freier Strecke konnte ihr Plan nicht zur Ausführung kommen, weil die Fahrtgeschwindigkeit des Wagens zu hoch war und sich für die Täter im freien Felde keine genügende Fluchtmöglichkeit ergab. So entschlossen sie sich, die Tat in die Stadt zu verlegen – nachdem sie wußten, daß er allein mit seinem Chauffeur fährt – und zwar in den Ortsteil Prag-Lieben in einer Haarnadelkurve, in der der Wagen gezwungen war ganz langsam zu fahren.

Am 27. Mai 1942 kam es zur Tat. Um 10.32 Uhr durchfuhr der weithin erkenntliche offene Wagen mit der Nummer SS-4, in dem Heydrich in der Uniform eines SS-Obergruppenführers ebenfalls weithin erkenntlich war, diese Haarnadelkurve. Die beiden Täter hatten so Aufstellung genommen, daß unmittelbar am Straßenrand, einen halben Meter vom vorbeifahrenden Wagen entfernt, der Attentäter Gabčík stand, der unter einem über dem Arm hängenden Regenmantel eine englische Maschinenpistole Marke „Sten“ verborgen hatte. Als der Wagen in seiner Höhe war, brachte er die Maschinenpistole in Anschlag auf Heydrich – höchstens einen Meter von ihm entfernt und drückte ab ... einmal, mehrmals ... und kein Schuß löste sich. Im Normalfall wäre Heydrich von den 32 Schuß durchsiebt worden. Wütend warf er die MP fort und ergriff die Flucht. Der Fahrer Heydrichs hatte alles mit beobachtet. Es wäre nach den Anordnungen, die Fahrer solcher Persönlichkeiten in derartigen Situationen befolgen sollten, seine Pflicht gewesen, Gas zu geben und davon zu fahren, und nichts wäre passiert! Heydrich aber befahl kurz „anhalten“. Der Fahrer an Gehorsam gewöhnt, befolgte diesen Befehl, den er nach seinen Vorschriften nicht befolgen durfte. Der Wagen rollte noch langsam – da traf ihn am hinteren rechten Kotflügel die Bombe des zweiten Attentäters Kubiš. Der zweite Täter war hinter einem Lichtmast in einer Entfernung von 5 Meter vom ersten Täter versteckt gewesen und schritt zur Tat als der Versuch mit der MP mißglückte. Er mußte dem Wagen nachlaufen und durfte die Bombe mit dem hochempfindlichen Zünder nicht zuviel bewegen, weil bereits beim Wurf der Bombe eine einzige Umdrehung genügte, um die Bombe zur Detonation zu bringen. Seine Möglichkeiten bei dem empfindlichen Zünder waren also so beschränkt, daß ein normales Weiterfahren durch den Chauffeur bereits die Tat unmöglich gemacht hätte – geschweige denn ein schnelles Weiterfahren. Über den hinteren Kotflügel wurde die Seitenwand des Wagens getroffen – die Bombe erreichte also gerade noch ein relativ ungünstiges Ziel. Die Seitenwand des Wagens wurde auf-

gerissen und die Splitter durchschlugen die Rückenlehne des Sitzes, auf dem Heydrich saß. Zwei Splitter drangen in seinen Rücken, nicht einmal große, und einer davon durchschlug die Milz, hatte aber von der Pferdehaarpolsterung Teile mit in den Körper gerissen, wodurch die Blutvergiftung eintrat, die neun Tage nach der Tat zu Heydrichs Tod führte. Auch hier war die Vorschrift, daß die Rückenlehnen der Sitze bei „zu schützenden“ Persönlichkeiten ein Stahlblech erhalten sollten, um Durchschüsse zu verhindern, nicht berücksichtigt worden.

Nach dem Bombenwurf flüchtete auch Kubiš, um sein Fahrrad zu erreichen. Straßenbahnfahrergäste – Tschechen – die den Vorfall miterlebt hatten, stellten sich ihm in den Weg, worauf Kubiš aus seiner Colt-Pistole wild um sich schoß und sich den Weg freikämpfte. Er entkam mit dem Fahrrad – durch Luftdruck bei der Detonation der Bombe in der linken Gesichtshälfte und linkem Auge verletzt. Heydrich sprang sofort aus dem Wagen und versuchte, Kubiš zu verfolgen, der nur wenige Meter vor ihm lief. Er hatte eine Aluminium-Leichtpistole, Kal. 7.65, aus der Seitentasche des Wagens gezogen und schoß auf Kubiš – kein Schuß ging los! Er hatte das Durchladen vergessen. Sein Fahrer war ebenfalls aus dem Wagen gesprungen und verfolgte Gabčík, den MP-Schützen, der von seinem Fahrrad abgedrängt wurde und zu Fuß in anderer Richtung flüchtete. Nur 15 Meter hinter ihm, der körperlich große Fahrer in SS-Uniform, der ihn fast eingeholt hatte als Gabčík aus seiner Colt-Pistole wild nach hinten zu schießen begann. Der Fahrer hatte ebenfalls seine Pistole gezogen und wollte schießen, aber kein Schuß löste sich, er hatte bei seiner Walther-Pistole in der Erregung auf den Knopf gedrückt, der das Magazin freigibt, um es herauszunehmen. Wenn das Magazin aber nur einige Millimeter herausgerutscht ist, geht kein Schuß mehr los. Der Fahrer hatte nicht die Nerven, kurz stehen zu bleiben und seine Pistole zu kontrollieren ... in diesem Falle wäre der Schaden durch eine Handbewegung zu beheben gewesen und der Täter nicht mehr entkommen. So lief er unbewaffnet weiter, der Täter flüchtete in einen Laden, um nach hinten heraus zu entkommen, der Laden aber hatte keinen hinteren Ausgang, der Täter mußte zurück und prallte mit dem inzwischen angelangten Fahrer zusammen und schoß direkt auf ihn, wodurch dieser einen Kniedurchschuß erlitt und zur weiteren Verfolgung nicht mehr fähig war. So entkam auch dieser Täter. Heydrich war inzwischen vor Schmerzen gebeugt und unfähig sich auf den Beinen zu halten zu seinem Wagen zurückgekehrt, wo er sich auf seinem Sitz niederließ. Nunmehr, völlig allein und verwundet, ein hilfloses Opfer jedes weiteren Angriffes, der aber nicht mehr stattfand. Eine tschechische Frau hielt einen vorüberfahrenden Lastwagen (Kastenwagen!) an und half Heydrich einzusteigen, um in das nahegelegene Krankenhaus zu fahren. Er saß hinten in dem verschlossenen Kasten und hätte ohne Schwierigkeiten entführt werden können. Aber das geschah nicht⁸.

⁸ Dr. Rudolf Ströbinger zitiert in seinem Buch „Das Attentat von Prag“ (Landshut 1976) eine angebliche Aussage des Prof. Ladislav Vaněk-Jindra, wonach Heydrich nicht hätte erschossen werden sollen, sondern verwundet und nach England entführt (S. 222). Diese Behauptung wurde im Deutschen Fernsehen am 27. 5. 1982 vom gleichen Autor wiederholt.

Danach befragt, teilte mir (S.F.B.) Prof. Vaněk am 9. 12. 1982 mit: „Ich weiß nicht, mit welchem

Aufklärung des Attentates

Der 27. Mai 1942 war kurz nach dem Pfingstfest. Im Protektorat war es ruhig. Kurze Zeit vorher hatte in Prag eine große gemeinsame Tagung mit einigen Hundert führender Männer von Abwehr mit Canaris und Sicherheitspolizei mit Heydrich stattgefunden – es hatte keine Störung und keine Einzelaktion stattgefunden. Nur zu Pfingsten war auf die deutsche Buchhandlung in Prag eine Bombe geworfen worden, die geringen Sachschaden an den Scheiben angerichtet hatte – ihre Herkunft konnte nicht festgestellt werden, vermutlich handelte es sich um eine selbstverfertigte Bombe, dem Vorfall wurde keine Bedeutung beigemessen, obwohl im Protektorat in dieser Zeit an anderen Stellen ähnliche kleine Störaktionen beobachtet wurden. Da diese Vorfälle keine Schädigung deutscher Belange darstellten, hat man sie vielleicht doch zu leichtfertig behandelt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hier die Proben für den Ernstfall des Attentates durchexerziert wurden. Es darf eine Polizei eben niemals eine kleinere Sache als unwichtig betrachten. Der Krieg mit seinen großen Ereignissen aber verleitet leicht dazu.

Wenige Minuten nach dem Attentat rief der Verbindungsoffizier zwischen tschechischer und deutscher Polizei, Kommissar Zenaty, an und teilte mit, daß sie eine Meldung erhalten hätten, daß angeblich ein höherer Wehrmachtsoffizier bei einem Bombenattentat verletzt worden sei. Wahrscheinlich war es Furcht, daß die tschechische Polizei so tat als ob sie nichts wüßte ... sondern nur von einer sehr unbestimmten Sache gehört habe. Derartige Meldungen, die angebliche Angriffe auf Wehrmachtangehörige mitteilten, waren schon viel gekommen und meist war überhaupt nichts daran, sodaß man in der Dienststelle der Geheimen Staatspolizei geneigt war, garnicht ernstlich darauf zu reagieren und erst Einzelheiten von Seiten der Tschechischen Polizei abzuwarten. Aber der Referent für Attentatsbekämpfung entschloß sich schließlich doch den nur unbestimmt angegebenen Tatort aufzusuchen, wozu er sich mit noch zwei Beamten in das Polizeirevier begab, von dem die Meldung kam. Dort wurde ihm gesagt, daß der verletzte General im Krankenhaus Bulovka liege und daß es angeblich der Reichsprotektor sein sollte. In dem Krankenhaus wußte weder der Pförtner noch eine andere Stelle etwas von einer solchen Einlieferung, so daß man sich entschloß, in allen Räumen der chirurgischen Abteilung nachzufragen. Sogleich

Recht Ströbinger das Buch so geschrieben hat, als ob es ein Interview mit mir wäre. Eine Entführung wurde von Gabčík abgelehnt und es wurde darüber nicht mehr gesprochen. Am Ort des Attentats befand sich kein Rettungswagen ... niemandem gegenüber habe ich behauptet, daß ich als Invalide am Tatort einen auffallenden Gipsverband trug. Wenn er hier wäre (in der CSSR – S.F.B.), dann verklagte ich ihn wegen dieser beiden Seiten (222–223).“ Es ist aber zu bemerken, daß Milan J. Varsík in seinem Buch „Kto ste, Jozef Gabčík“ (Bratislava 1973) unter den Beobachtern des Attentats auch Prof. Vaněk als Invalide verkleidet und in Begleitung von Frau Eržika Šenoldova aufführt (S. 144). Varsík hatte die Niederschrift von Vaněks Reportage über das Attentat (bisher unveröffentlicht) zur Verfügung.

M. Ivanov erklärte Prof. Vaněk, daß er am Tage des Attentates „im Garten von Hloubětín, wo sich der Stab befand, auf das Ergebnis des Attentates wartete“ (M. Ivanov, *Attentat na Heydricha*, Prag 1979, S. 143).

im Vorzimmer zum Operationsraum stieß man auf Heydrich, der mit entblößtem Oberkörper auf einem Operationstisch saß, er bekam von zwei Schwestern Eiskompressen auf Stirn und Schläfen, auf seinem Rücken bluteten zwei Wunden. Heydrich wandte sich um, erkannte den Beamten und fragte ihn, wo seine Aktentasche wäre, worauf ihm geantwortet wurde, daß alles da sei, obschon man nichts wußte. Heydrich wollte an diesem Vormittag nämlich in das Führerhauptquartier fliegen und alles Material dafür – nur geheime Reichssachen – befand sich in der Tasche. Die Tasche war im Wagen liegen geblieben und ein Tischehe hat sie brav in das Krankenhaus gebracht⁹. Der Professor erklärte, daß umgehend eine Operation stattfinden wird, die bereits 10 Minuten später begann.

Die Situation war vom polizeilichen Standpunkt aus sehr kritisch, der Anschlag konnte bei einer entschlossenen Organisation ohne Schwierigkeiten im Krankenhaus wiederholt werden. Zwei Beamte konnten bis zum Eintreffen eines Teiles des SS-Wachbataillons nur das Operationszimmer bewachen. Die Verständigung über das Attentat und seine Folgen an die Geheime Staatspolizei wurde sofort telefonisch vorgenommen. Der Leiter der Gestapo glaubte an einen Scherz und wollte trotz vieler Beteuerungen nicht an das Geschehene glauben. Das war eine Folge der so ruhigen Lage im Protektorat. Schließlich kam doch ein stärkeres Kommando und die ersten Ermittlungen wurden an Ort und Stelle aufgenommen. Absperrung des Gebietes, vorläufige Tatortaufnahme, Vernehmung der wenigen Zeugen, des inzwischen ebenfalls ins Krankenhaus eingelieferten Kraftfahrers und Sichtung des am Tatort vorgefundenen Materials sowie Verfolgung – soweit möglich – der Fluchtwege der Täter. Am Tatort befanden sich:

- 1 Damenfahrrad
- 1 Aktentasche mit 5 weiteren Bomben¹⁰, die alle geschärft waren, nur bei einer hatten die Täter vergessen beim Schärfen die Sprengkapsel einzusetzen! Wie leicht hätte der Täter auch bei der Auswahl der Tatbombe die ungeschärfte wählen können.
- 1 Sommer-Herrenmantel
- 1 Maschinenpistole – Sten – englischer Herkunft, mehrere Hülsen von Kynoch Pistolenmunition 7,65 mm, viele Kleinteile, die durch die Sprengung hervorgerufen und verstreut wurden.

Die unversehrt zurückgelassenen Bomben bestanden aus uns bekanntem Plastik-

⁹ Nach dem Bericht von Prof. Vaněk wollten die Attentäter Heydrichs Aktentasche unbeschädigt bekommen. Deshalb sollte angeblich Gabčík schießen und Kubiš nur in Reserve stehen und die Bombe nur im allerunvermeidlichsten Falle benutzen (Ivanov, Attentat, S. 142). Eine Zeugin, welche im Augenblick des Attentats die Straße überquerte, erblickte die Aktentasche auf der Erde (ebenda, S. 160). Demgegenüber berichtete der Chauffeur der Transportfirma Holan, der Heydrich in das Krankenhaus brachte, dem Autor Ivanov, daß Heydrich „in einer Hand den Revolver hielt, in der zweiten eine Tasche, der er große Aufmerksamkeit widmete und den ganzen Weg über fest an seine Hüfte drückte“ (ebenda, S. 164).

¹⁰ Nach anderen Quellen befand sich in der hinterlassenen Aktentasche nur eine Bombe. Nach Mitteilung des Kapt. Oldřich Pelc, der nach dem Kriege einige Monate Ermittlungen über die Tätigkeit der Fallschirmspringer in den tschechischen Ländern leitete, befand sich diese Bombe in einem besonderen Büro der II. Abt. des Ministeriums der Nationalen Verteidigung in Prag.

sprengstoff, der von englischen Abwürfen stammte, englischem Isolierband, englischer Sprengkapsel und englischem Zünder wie er uns seit dem Afrikafeldzug als englischer Zünder bekannt war. Da auch eine englische Maschinenpistole verwendet worden war, bestand schon eine Stunde nach dem Attentat kein Zweifel mehr darüber aus welcher Richtung das Attentat inszeniert worden war.

Der Vertreter Heydrichs, Staatsminister von Böhmen und Mähren, SS-Gruppenführer Karl Hermann Frank (so war damals sein offizieller Titel), kam kurze Zeit nach dem Attentat am Tatort vorbei, um Heydrich im Krankenhaus aufzusuchen und sprach dabei den Leiter der Ermittlungskommission mit den Worten an: „... und was werden wir nun tun?“ Beunruhigt über die möglichen Folgen eines so bedeutenden Falles antwortete dieser ihm: „Herr Staatsminister, wollen Sie Vergeltung üben – oder sollen wir aufklären?“ Frank antwortete ohne zu zögern: „Natürlich aufklären.“ Später sollte es sich leider zeigen wie sehr berechtigt die Frage des Kriminalisten an den politischen Vertreter der Regierung war.

Als erste Maßnahme wurde, teils um die Flucht der Täter auf das flache Land zu verhindern, teils aus demonstrativen Absichten, die Absperrung der Stadt Prag verfügt und durchgeführt. Durch Wehrmacht wurde das gesamte Stadtgebiet so abgeriegelt, daß ein Verlassen der Stadt offiziell nicht möglich und inoffiziell außerordentlich erschwert war. Der Zugverkehr wurde für 24 Stunden vollkommen eingestellt, hinein durfte jeder, hinaus niemand. Die Maßnahme in Form der Straßenkontrolle, wobei der Verkehr wieder offen war, aber strengste Kontrollmaßnahmen durchgeführt wurden, hat die Täter tatsächlich veranlaßt im Stadtgebiet zu bleiben. Außerdem wurde am Abend des Tattages die gesamte Stadt mit 36 000 Häusern durchsucht. Die nächtliche Durchsuchung erforderte einen Einsatz von rund 12 000 Mann aus allen uniformierten Einheiten, selbst der tschechischen Polizei. Es wurde von vornherein mit keinem direkten Erfolg gerechnet, der Bevölkerung sollte nur klar gemacht werden, welches Risiko bei der Beherbergung der Täter besteht. Das am Nachmittag verhängte Standrecht – Ausnahmezustand – enthielt für diese Nacht Ausgehverbot, für längere Zeit Verbot öffentlicher Veranstaltungen usw. Später stellte es sich heraus, daß bei der Durchsuchung der Stadt tatsächlich auch die Wohnung durchsucht worden war, in der sich der eine Täter befand¹¹. Die wenig mit kriminalistischen Fachkenntnissen ausgerüsteten militärischen Einheiten hatten auch nur den Auftrag alle Personen in den Wohnungen auf ihre Legitimation zu prüfen. An raffinierte Verstecke dachten sie natürlich nicht. Der Täter hatte sich, als das Durchsuchungskommando erschien, von der Toilette bzw. Badezimmer aus in den Luftschacht hinabgelassen und fast 10 Minuten am ausgemauerten Fenstersims gehangen. In dieser Nacht wurden etwa 650 Personen gestellt, deren Legitimationen nicht ausreichend waren. Ein Teil wurde von der tschechischen Polizei gesucht, die anderen waren für die Ermittlungskommission uninteressant und wurden wieder entlassen.

Am Tage des Attentates waren der Leiter der Ermittlungskommission Heinz Pannwitz, der Referent für Fallschirmspringer Wilhelm Schultze, der Leiter der Gestapo

¹¹ Nach Mitteilung von Kapt. Oldřich Pelc war dies jedoch Karel Čurda.

Dr. Otto Geschke und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Protektorat, Standartenführer Horst Böhme, zum ersten Bericht gegen 15 Uhr zum Staatsminister Frank bestellt. Frank begann diesen Empfang der vier Männer mit bekümmelter Miene mit folgenden Worten: „... eine große Schweinerei. Der Führer hat befohlen, 10 000 Tschechen als Vergeltung zu erschießen.“ Die Reaktion sowohl des Gestapoleiters als auch des brutalen Böhme war sehr bedrückt, sie waren sich wohl der Ungeheuerlichkeit eines solchen Befehls deutlich bewußt. Der Leiter der Ermittlungskommission stellte die schockierende Frage: „Warum denn Tschechen? Nehmen Sie doch Deutsche!“ Darauf wurde er von Frank zurechtgewiesen, keine dummen Scherze zu machen. Dazu erwiderte er: „Gruppenführer, das ist mein voller Ernst und kein Scherz. Am Tatort ist bis jetzt einwandfrei festgestellt worden, daß die Täter eine englische Maschinenpistole, englische Munition, englische Bomben mit englischem Sprengstoff, englischen Sprengkapseln, englischem Zünder, englischem Isolierband verwendeten, wer sagt Ihnen denn, daß es sich bei den Tätern um Tschechen handelt? Das können genau so gut deutsche Emigranten aus England abgeworfen oder Engländer eines Kommandounternehmens gewesen sein.“ Frank fragte, ob das wirklich stimme. Der Kriminalist legte seine Akten vor mit den ersten Ermittlungsergebnissen, Frank telefonierte daraufhin unmittelbar mit Hitler und bewirkte die Zurücknahme des Befehls. Hier wird deutlich klar, welche Erfolge eine Seite erringen kann, wenn sie die Mentalität der anderen Seite richtig einschätzt und auch mit einkalkuliert. Bei Durchführung dieses irrsinnigen Befehls wäre der Erfolg des Attentats für die alliierte Seite erst vollständig gewesen – das damit verbundene Blutopfer des tschechischen Volkes hätte sicher zu einem dauernden Unruheherd geführt. Wenn auch diese verrückte Tat verhindert werden konnte, in der Zukunft zeigte sich, daß eine Zusammenarbeit der Kriminalisten mit der politischen Führung praktisch unmöglich war, weil die Kriminalisten immer wieder vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, die ihnen die Arbeit außerordentlich erschwerten. Die notwendigen Folgerungen aus dem Ablauf der Ermittlungen, von denen natürlich der Leiter der Gestapo und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Kenntnis erhielten, wurden immer ohne Mitwirkung der Kriminalisten gezogen. Wie sich das auswirkte zeigt der Fortgang des Berichtes.

Sofort nach dem Attentat wurden aus dem Reichsgebiet Verstärkungen an Beamten für die Kommission zur Aufklärung des Attentates aus vielen Städten herbeigeschafft, so u. a. aus Dresden, Leipzig, Berlin, Hannover, München, Nürnberg, ebenfalls trafen Verstärkungen für die Ordnungspolizei ein, die bestimmte Gebiete zu durchkämmen hatten, darüber hinaus aber weitere Aufgaben durchführte, die ohne Wissen der kriminalistischen Sonderkommission vermutlich auf direkten Befehl der politischen Stellen befohlen wurden. Dieses Nebeneinander war für die praktische Arbeit nicht gut. Die aus dem Reichsgebiet eingetroffenen Beamten kannten weder die tschechische Sprache noch die Bedingungen unter denen man im Protektorat arbeiten mußte. Daher konnten sie immer nur als Hilfskräfte oder Begleiter der ansässigen Beamten fungieren. Die Kommission, der die Aufklärung übertragen war, erhielt durch diese Bedingtheiten einen ganz bestimmten Aufbau. Waren es doch immerhin

rund 1200 Beamte, die in ihrer Arbeit geleitet werden mußten. Es wurden daher alle Referatsleiter mit ihren Beamten der Kommissionsleitung unterstellt. Jede Spur oder Einzelermittlung wurde dem speziellen Sachreferat zugeleitet, in dem diese Sache sonst auch bearbeitet worden wäre. Die Referate wurden durch die eingetroffenen Verstärkungskontingente verstärkt. Nach Bearbeitung einer Spur lief sie in die Zentrale der Kommissionsleitung zurück, wo entschieden wurde, ob diese Spur nun ausgeschiedet oder erneut bearbeitet wird. Alles was sich als nicht zum Attentatsbereich herausstellte, wurde den Sachreferaten zurückgegeben. Es wurde sehr schnell und konzentriert ohne Nachtunterbrechung von der Kommission gearbeitet. Es wurden alle technischen Hilfsmittel der Kriminalpolizei erschöpft. Das kriminaltechnische Institut der Sicherheitspolizei in Berlin untersuchte die am Tatort vorgefundene Munition, den Mantel und die Aktentasche. Die vollkommen leere und saubere Aktentasche ergab einen Untersuchungsbericht von über 20 Schreibmaschinenseiten, darunter Hinweise, daß vermutlich Kaninchenfutter in dieser Tasche transportiert wurde und ihre wahrscheinliche frühere Besitzerin Damenschneiderin ist, die Seidenkleider herstellte. Bei der späteren Ermittlung erwiesen sich diese Hinweise als außerordentlich dienlich. Die getrocknete Erde am Fahrrad wurde von einem Geologen untersucht und daraufhin ein bestimmt umgrenzter Raum im Protektorat festgelegt, wo das Fahrrad benutzt worden war. Der gesamte Lebenslauf des Fahrrades wurde von einer Spezialkommission der Kriminalpolizei in 48 Stunden erstellt.

In der Kommission wurde aus den besten Beamten ein Schnellkommando erstellt, das alle dringlichen Ermittlungen durchführte. Ein verdächtiger Radfahrer im Gewühl der Millionen-Stadt – erst eine halbe Stunde nach seiner Beobachtung gemeldet – 30 Beamte brachten ihn nach zwei Stunden. Spezielle Fahndungskommandos, die in allen nur denkbaren Situationen auftauchten und Ausweiskontrolle durchführten, in Bädern, auf Straßenbahnen, auf Märkten, in Lokalen, auf Bahnhöfen. Von den Attentätern und ihren Helfern wissen wir, daß diese Fahndungskommandos den Chef der Fallschirmspringer, Leutnant Bartoš, veranlaßten, den Befehl an alle in Prag weilenden Agenten (7 Mann) zu geben, in die Katakomben der Karl Borromäuskirche zu gehen. Der eine der Attentäter war in den ersten Tagen nach dem Attentat mit äußerster Mühe einem solchen Fahndungskommando entwischt. Da es immer eine Spannung zwischen dem SD und allen anderen Sparten der Polizei, auch der Gestapo, sowie auch Spannungen zu anderen Organisationen gab und die Berichte des SD oft unsachlich waren, weil sie aus taktischen Gründen erstellt wurden, richtete die Kommission sich eigene fliegende Nachrichtenkommandos aus tschechisch sprechenden Beamten ein, die sich überall unter das tschechische Volk mischten und korrekt die wirkliche Stimmung wiedergaben. Das war dringend notwendig und für die Kommission führte diese Maßnahme mit zum entscheidenden Erfolg. Es waren durch das Standrecht eine Reihe von Gesetzen geschaffen, die teils dringend notwendig waren, sie jedoch mit einer Strafe „Entweder – Oder“ zu koppeln und Todesstrafe mit Androhung der Erschießung der ganzen Familie zu verbinden schaffte im Endergebnis eine Angst- und Verzweiflungssimmung. Die Leitung der Kommission hat immer wieder versucht, den verantwortlichen Leuten klar zu machen, daß das tschechische Volk durch die tschechischen Legio-

näre des ersten Weltkrieges eine deutliche Lehre darüber mitbekommen hat, wie es sich zu verhalten hat um in einer fernerer Zukunft gut abzuschneiden. Diese Legionäre, Überläufer aus der österreichisch-ungarischen Armee, mit den Männern der Maffia¹², den Gedanken zur Gründung einer selbständigen tschechischen Republik dienend, haben dann die Führerschaft dieser Republik gestellt. Jeder Tscheche sah darin die Belohnung eines früheren Tätigseins. Daher könne sich auch heute kein Tscheche dem Hilfersuchen eines Verfolgten verschließen, sie mit dem Tode bestrafen, das hieße aber Märtyrer zu schaffen und das Volk in eine Desperadostimmung zu treiben. Mit dem Hinweis, wir sollten uns nicht um politische Dinge kümmern, wurden wir Kriminalisten zurückgewiesen. Wir brachten eine Beweisführung durch Tatsachen, die aber in den ersten Tagen nicht erstellt werden konnte.

Die deutsche Regierung und die tschechische Regierung hatte eine Gesamtbelohnung für die Ergreifung der Täter von 2 Millionen Reichsmark ausgesetzt. Wie hat das gewirkt? Wir hatten durch öffentliche Ausstellung der Tatmittel in einem der größten Geschäfte in der Hauptstraße Prags, durch Kino-, Presse-, Rundfunkveröffentlichungen, Plakate usw. die Bevölkerung restlos informiert. Jeder Mensch bis zu 15 Jahren mußte sich polizeilich registrieren lassen. Die Legitimationskarten mit den Stempeln „Brünn“ mußten binnen 48 Stunden unter schärfster Kontrolle erneuert werden, weil alle Fallschirmagenten aus England nur solche Karten mitbekommen hatten. Alle 7000 Ärzte des Protektorats mußten schriftlich erklären, daß sie einen Mann mit der Gesichts- und Augenverletzung, wie sie der Attentäter Kubiš hatte, nicht behandelt hatten. Die Ärztin, die ihn behandelt hatte, erklärte das auch¹³. Jede Familie im Protektorat erhielt ein Flugblatt mit den Abbildungen der am Tatort vorgefundenen Gegenstände und der Täterbeschreibung und mußte erklären, was sie wußte. Leider war alles das von den Strafandrohungen des Standrechts begleitet – denn inzwischen waren für die Nichtbeachtung der dort geschaffenen Gesetze Todesurteile laufend vollstreckt. Eine Begleitmusik, die nicht tragbar ist ... man kann nicht unter Vergeltungsterror kriminalistische Arbeit leisten.

Als der Attentäter Kubiš vom Tatort geflüchtet war, konnte er noch sein Fahrrad benutzen. Der Fluchtweg konnte deswegen genau rekonstruiert werden, weil Kubiš sein schmerzendes Auge mit einem Taschentuche verdeckt hielt und so überall auffiel. An einer Straßenecke hatte er sein Fahrrad abgestellt und war zu Fuß weitergelaufen. Dort plaudernde bzw. tratschende Frauen beobachteten das und sahen weiterhin, daß nach etwa 10–12 Minuten ein etwa 14jähriges Mädchen kam und das Fahrrad fortschob¹⁴. Da die Ermittlungen nach dem Mädel kein Ergebnis brachten, wurde vom

¹² „MAFFIA“ war die Bezeichnung für den tschechischen Widerstand in der Heimat während des Ersten Weltkrieges.

¹³ Augenärztin Dr. Mil. Frantová, vergast Ende Oktober 1942 in Mauthausen.

¹⁴ Jindřiška Nováková. Die geistesgegenwärtige Mutter ließ ihr die Haare schneiden und eine Dauerwelle machen. Während eines Nachkriegsverhörs drückte der ehemalige Gestapo-Kommissar Janur seine Bewunderung über die Kaltblütigkeit der 14jährigen aus, die die Zeuginnen nicht erkannten. Sie wurde allerdings mit der ganzen Familie einige Tage später verhaftet. Gemeinsam mit den Eltern kam sie in der Gaskammer von Mauthausen Ende Oktober 1942 um.

Standort des Fahrrades ein etwa 8 Minutenweg nach allen Richtungen abgegangen (12 Minuten für den Weg des Attentäters + Mädchen = die gute Hälfte ist also vermutlich der Platz, den der Täter aufgesucht hatte). Dieser Bezirk wurde in den frühen Morgenstunden durch Waffen-SS abgesperrt und alle Mädchen, die wie 14 aussehen konnten, es waren über 300, vorläufig festgehalten. Sie mußten einzeln in einem Saal ein Stück gehen und wurden dabei von den zwei tschechischen Frauen aus zwei Filmvorführungslochern beobachtet. Bis auf 12 schieden alle bereits beim ersten Gang aus und wurden nach Vergütung ihrer Ausfälle und Fahrtkosten sowie nach Beköstigung wieder nach Hause entlassen. Die restlichen 12 mußten mehrmals mit dem Fahrrad die Szene des Abholens des Fahrrades vorführen. In der engeren Wahl blieben 5. Alle wurden mit Entschuldigungen entlassen, die letzten 5 Familien unter strenger Beobachtung gehalten. Wie reagierte die tschechische Bevölkerung auf diese Aktion? Unsere fliegenden Nachrichtenkommandos brachten bereits drei Stunden nach der Aktion, ohne daß sie selbst von dieser Aktion etwas gewußt hatten, die Meldungen aus der tschechischen Bevölkerung, wonach die SS einige Tausend tschechischer Mädchen aus den Wohnungen geholt habe, um sie in die Bordelle zu stecken.

Der Leiter der Gestapo – obwohl er mit der Aufklärung des Attentates nicht direkt zu tun hatte – ließ den Leiter der Kommission nach etwa 10 Tagen zu sich kommen und machte ihm schwere Vorwürfe, daß die Täter noch nicht gefaßt seien. Der Gestapoleiter fürchtete, daß er seines Postens enthoben würde, worauf ihm der Kommissionsleiter erklärte, daß nur ihn wegen Unfähigkeit Folgen treffen würden und daß es außerdem mit die Schuld der politischen Stellen sei, wenn es keine wesentliche Mitarbeit von Seiten des tschechischen Volkes gäbe. Nichts half. Es kam schließlich von Berlin der Chef der Kriminalpolizei des Reiches, der Reichskriminaldirektor Nebe, um die Arbeit der Sonderkommission nachzuprüfen. Er tat das gründlich, aber in der kameradschaftlichen Art wie es unter Kriminalisten üblich ist und war mit der geleisteten Arbeit sehr zufrieden. Im vertraulichen Kreise gab er seiner Meinung Ausdruck, daß das nicht das letzte Attentat wäre, wenn die irrsinnige Politik so weitergeführt würde. Außerdem leistete er der Kommission wertvollste Hilfe dadurch, daß er auf unsere Erklärungen und Bitten hin die politischen Stellen, den Stapoleiter, Böhme, Frank darauf hinwies und forderte, die Belange der Kriminalisten zu berücksichtigen.

15 Tage waren seit dem Attentat verstrichen. Ich konnte nach diesem Besuch Nebes, der auch eine Stärkung der Kommission mit sich brachte, Material vorlegen. Bei 2 Millionen Belohnung in Berlin wären nach Vergleichen mit früheren Fällen etwa 50 bis 100 000 Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen. Das tschechische Volk war bis ins kleinste informiert und aufgefordert ... unsere Nachrichtenkommandos aber bestätigten immer wieder die Meinung der Kriminalisten, daß Angst und Furcht auch jene zurückhielt, die sonst zu einer Aussage bereit gewesen wären, sei es auch aus welchen Motiven. Wir hatten über 1000 eigene Spuren bearbeitet, aus dem tschechischen Volk waren insgesamt in 14 Tagen 309 offene und anonyme Meldungen zum Attentat eingegangen. Der Leiter der Kommission nahm mit Hilfe des Kriminalrates der deutschen Kriminalpolizei in Prag, Lyss, einen Vorstoß ultimativer Form mit dem

Ziele der Einstellung der Standgerichtsbarkeit vor. Es wurde schließlich erreicht, daß Frank am 13.6. 1942 einen Erlass herausgab der ein Amnestieerlaß für den Zeitraum bis zum 18.6. 1942, 20 Uhr, sein sollte. Bis dahin sollte jeder Tscheche die Möglichkeit haben, auch bisher unter Strafe stehende Dinge bei Zusicherung der Straffreiheit mitzuteilen. Der Erfolg war durchschlagend: in drei Tagen gingen über 2000 persönliche Mitteilungen von tschechischer Seite ein, von denen eine ganze Anzahl zur Ergreifung der Täter geführt hätten. Bereits am 18.6. 1942 konnten die Täter gestellt werden. Über den Ablauf dieser Aktion an etwas späterer Stelle – zuerst noch muß hier eine genauere Darstellung der Vernichtung des Dorfes Lidice folgen, die schließlich die Leitung der Kommission zu der Amnestie besonders gedrängt hat.

Lidice

In der Taschenlampenfabrik in Schlan erhielt ein dort arbeitendes Mädchen von ihrem Geliebten einen Brief. Der Geliebte wohnte in Lidice und schrieb ihr, daß sich dort viele Fallschirmspringer, die direkt aus London gekommen seien, verborgen hielten. Aus irgendwelchen mir unbekannten Gründen wendet sich das Mädchen an ihren Chef, den Fabrikbesitzer Pála, spricht mit ihm über diesen Fall und zeigt ihm den Brief. Der Fabrikbesitzer bekommt es mit der Angst zu tun und gibt diesen Brief an die tschechische Gendarmerie in Schlan weiter. Vermutlich hatte er in dieser gefährlichen Kriegszeit eine Provokation befürchtet. (Er ist nach dem Kriege von den Tschechen festgenommen worden und wurde so zerschlagen, daß er taub wurde. 1956 saß er noch im Gefängnis.) Pála war damals schon ein Mann von 60 Jahren und hatte in seinem Leben wohl schon manche Niederträchtigkeit erlebt – und so dachte er wohl an seine eigene bürgerliche Sicherung. ... Die gleiche Angst vor der Provokation dürfte die tschechische Gendarmerie in Schlan gehabt haben, denn sie gab den Brief an die Dienststelle der geheimen Staatspolizei in Kladno weiter¹⁵.

Das war die Einleitung zu Lidice. Der Dienststellenleiter der Geheimen Staatspolizei in Kladno gab diese Meldung auf zwei Wegen an die Zentrale in Prag weiter¹⁶.

¹⁵ Nach M. Ivanov, *A hoří snad i kámen*, Prag 1975, lautete der Brief an Anna Maruščáková: „Liebe Anni! Entschuldige, daß ich Dir so spät schreibe, und vielleicht begreifst Du mich, denn Du weißt, daß ich viel Arbeit und Sorgen habe. Was ich tun wollte, das habe ich auch getan. An jenem Schicksalstag schlief ich irgendwo bei Čabárna. Ich bin gesund. Auf Wiedersehen diese Woche und dann sehen wir uns nicht mehr. Milan“

In der Nachkriegsverhandlung sagte Fabrikant Pála aus, daß er den Brief an Maruščáková, welche am 3.6. 1942 nicht zur Arbeit kam, schon geöffnet in die Hände bekam. Er telefonierte zur Gendarmeriestation in Slaný, der er mitteilte, daß ihm ein sehr bedeutsamer Brief in die Hände kam und sie sich ihn abholen sollten. Wachmeister Vybiral äußert über den Brief die Ansicht, daß es „um einen ganz gewöhnlichen Liebesbrief“ ging, „den Nichteingeweihte selbstverständlich auch nicht ganz verstehen können“. Pála sagte daraufhin angeblich: „Sie irren sich, ich glaube, daß dies einer der Angreifer auf Heydrich ist. Wenn Ihr ihn doch schon hättet, damit wir Ruhe haben.“ Der Brief wurde der Gestapo in Kladno übergeben, die eine Ermittlung einleitete.

¹⁶ Harald Wiesmann wurde von einem tschechoslowakischen Gericht zum Tode verurteilt und zusammen mit fünf weiteren Gestapomännern aus Kladno am 24.4. 1947 hingerichtet.

Einmal verständigte er den zuständigen Sachreferenten, der das Sachgebiet Fallschirmspringer bearbeitete, Kriminalrat Schultze, der sofort durch bereits festgenommene Fallschirmspringer feststellte, daß es sich bei den in Lidice verborgen gewesenen Fallschirmspringern nicht um die Attentäter handeln konnte¹⁷. Deshalb wurde die Spur überhaupt nicht in der Sonderkommission behandelt, weil sie nach mündlicher Mitteilung des zuständigen Sachreferenten gar nicht für das Attentat in Frage kam. Zum anderen meldete der Stapoleiter Kladno diesen Vorfall seinem persönlichen Duzfreund, dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Böhmen und Mähren, SS-Standartenführer Böhme. Das war gewissermaßen eine Privatsache, die außerhalb des vorgeschriebenen Dienstweges lag. Gewisse Typen im Dritten Reich – Rabauken nannte sie der Volksmund – setzten sich in großmäuliger Art über alle Vorschriften hinweg. Sie hatten ein unterentwickeltes oder gar kein Gewissen und waren die Totengräber der Menschlichkeit und des deutschen Ansehens. Leider gehörten sowohl der Dienststellenleiter Kladno als insbesondere der Befehlshaber Böhme zu diesen Typen. Der wirkliche Bluthund des Protektorates war Böhme. Ich muß über diesen Mann einige Worte verlieren. 1911 geboren, zu diesem Zeitpunkt 31 Jahre alt, Volksschulbildung. In der Zeit der großen Arbeitslosigkeit vor 1933, kaum 20 Jahre alt, kommt er zur Partei und nimmt an den großen Straßen- und Saalschlachten, die in der politischen Auseinandersetzung damals üblich waren, führend teil. Das war in Dresden. In der sogenannten „Kampfzeit“ vor 1933 galt er in seiner Jugend und menschlichen Unreife als die rechte Hand Killingers (1944 als deutscher Botschafter in Bukarest Selbstmord begangen) und des SA-Obergruppenführers Bennecke, (dem Chef der SA Dresdens). Er macht mit dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten einen rasanten Aufstieg. Kommt zum SD-Hauptamt nach Berlin und wird Referatsleiter der „Schwarzen Front“ (das waren Otto Strasser und seine Leute). Als der nach Prag geflüchtete Otto Strasser von dort aus mit seinem Sender Propaganda gegen Hitler macht, übernimmt Böhme die Aushebung dieses Senders auf tschechischem Territorium¹⁸. Der Ingenieur Formis, Leiter des Senders in Prag, wird dabei erschossen, der Sender zerstört. Auf der Flucht in das deutsche Reichsgebiet wird Böhme angeblich durch Schußverletzung am Bein verwundet und hinkt seitdem. Man rechnet ihm diese Tat als besonderes Verdienst an. Mit seinem Bildungsstand ist man nicht einverstanden, man läßt ihn einen Kursus für leitende Beamte der Geheimen Staatspolizei machen, wo er den späteren Gestapoleiter in Kladno kennenlernt und sich mit ihm anfreundet. Als 1938 der Einmarsch nach Österreich erfolgt, passiert Heydrich als SD-Chef irgendeine Panne, Böhme stellt sich vor ihn und übernimmt die Schuld dafür, seit dieser Zeit ist Böhme das besondere Protektionskind Heydrichs. (Diese

¹⁷ Diese Behauptung läßt sich nicht belegen. Zu dieser Zeit arbeitete mit der Gestapo nur der Fallschirmspringer V. Gerik zusammen, der aber weder zu den Attentätern noch zur Gruppe des Kapt. Bartoš Fühlung hatte. Auch die drei Fallschirmspringer, Anfang Mai 1942 in Mähren verhaftet, konnten nicht wissen, wo sich ihre Kameraden Anfang Juni aufhielten.

¹⁸ Am 15. 3. 1945 bekannte Alfred Naujocks britischen Behörden, daß er sich als „Hans Müller“ am Überfall auf den Geheimsender in Záhoří und an dem Mord an Ing. Rudolf Formis beteiligt habe (Ota Holub, Souboj s Abwehren, Prag 1975).

letzte Version ist nicht bewiesen, so aber wurde sie kolportiert.) Böhme kommt 1939 in das Protektorat und wird der Chef des dortigen SD, womit er praktisch größeren Einfluß und Macht besitzt als der Leiter der Geheimen Staatspolizei. Bereits nach kurzer Zeit wird er zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Böhmen und Mähren ernannt. Jetzt ist er also auch der Vorgesetzte des Leiters der Geheimen Staatspolizei und des Leiters der deutschen Kriminalpolizei. Wegen seiner Rücksichtslosigkeit und Brutalität und seiner guten Beziehungen zu Heydrich ist er bis zu den höchsten Beamten der meist gefürchtetste Mann. Mit seinem roten Sportwagen rast er durch die bevölkerte Stadt Prag meist nur mit 100 km Geschwindigkeit. Ein Mann, der einen Hotelportier des ersten Hotels in Prag wegen einer Antwort, die ihm nicht paßte, mit dem Telefonhörer niederschlägt, ihn dann aus eigener Machtvollkommenheit in ein Konzentrationslager bringen läßt, wo dieser Portier bald darauf verstarb. Als ich kurz nach diesem Vorfall Prag verließ, erstattete ich in dieser Sache Anzeige gegen Böhme wegen Verbrechens im Amte. Das Verfahren wurde durchgeführt¹⁹. So sieht der Lebensweg eines Emporkömmlings dieser Zeit aus, allerdings eines besonders brutalen Types.

Als dieser Böhme die Meldung durch den Stapoleiter Kladno über Lidice erhielt ist etwa der 9. Juni 1942²⁰. Heydrich, sein großer Protektor ist tot, Böhme weiß, daß er aus seiner Vergangenheit nur Feinde haben kann, seine Karriere ist zu Ende. An diesem Tage sind die führenden Männer im Protektorat nach Berlin gefahren, um am Staatsakt der Beisetzung Heydrichs am 10. 6. 1942 in der Reichskanzlei in Berlin teilzunehmen. Frank, die gesamte Protektoratsregierung der Tschechen, alles ist in Berlin. Böhme ist nun der natürliche Vertreter in der Macht im Protektorat, der besonders auf dem Polizeisektor vollends zu bestimmen hat. War es nun Machtausch oder Rache für seinen toten Herrn und Meister Heydrich, die ihn bewogen, seine furchtbaren Pläne gegen Lidice zu schmieden, wir haben es nicht erfahren. Er besaß ein instinktsicheres Einfühlungsvermögen in die inneren Gesetze der Diktatur und verstand immer, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. So berichtet er Himmler und schlägt auch sicher bereits die Maßnahmen gegen Lidice in der von ihm gewünschten Form vor. Leider ist seine Formulierung nirgends überliefert. Das, was in diesen Stunden vorbereitet wird, sickert bis in die Sonderkommission durch. Der Leiter der Kommission geht zum Gestapochef, fragt nach, bekommt eine inhaltshaltende Antwort, bestürmt schließlich den Leiter der Gestapo, sich einzuschalten, um diesen Wahnsinn zu verhindern, er weist auf die Folgen hin auf dem politischen Sektor, warnt vor der Schaffung eines Märtyrersymbols, spricht von der kommenden furchtbaren Welle der Feindpropaganda²¹ und hält unter diesen Bedingungen die kriminalistische Aufklä-

¹⁹ Am 3. 9. 1942 meldete der Prager „Der Neue Tag“, daß H. Böhme nach Bukarest versetzt wurde.

²⁰ Die Meldung der Gestapo von Kladno ging schon nach dem 3. 6. 1942 nach Prag (s. Anm. 15).

²¹ Heinz Pannwitz hatte recht. Lidice, Ležáky und die Massenhinrichtungen waren ein unschätzbare Geschenk für Beneš' Propagandamaschinerie, die bis zum Tode der Fallschirmspringer in der Kyrrill-Method-Kirche am 18. 6. 1942 behauptete, daß Heydrich von heimischen Widerstandskämpfern getötet worden sei. In der alliierten Presse kursierten die verschiedensten „verbürgten“ Nachrichten, z. B., daß er von der deutschen antifaschistischen Opposition oder auf Befehl eines der

nung des Attentates für unmöglich. Alles half nicht ... dieser Mann war einfach zu feige, er fürchtete selbst den brutalen Böhme. Wohl waren die Entscheidungen zu diesem Zeitpunkt schon gefallen. Himmler habe angeblich Hitler Vortrag gehalten und nunmehr handelte Böhme in „Führervollmacht“.

Hitler hatte in den Mittagsstunden dieses Tages, nach der Beisetzung Heydrichs, dem tschechischen Staatspräsidenten Hacha in Gegenwart des tschechischen Ministerpräsidenten Krejci sowie von Karl Hermann Frank erklärt, daß er fest entschlossen sei, bei zukünftigen Schwierigkeiten Prag von den Deutschen evakuieren zu lassen, um es dann mit der Luftwaffe zusammenzuschlagen²². Angeblich wurde unmittelbar nach dieser Erklärung von Himmler bei Hitler über Lidice Vortrag gehalten und die bekannte Entscheidung gefällt. Böhme hatte sich nicht bemüht, Frank zur Berichterstattung zu erreichen, Frank ist von Böhme vollkommen ausgespielt²³ worden.

höchsten Würdenträger des Dritten Reiches unschädlich gemacht worden sei. *Die Zahl der wirklichen Opfer wurde übertrieben.* Die Londoner „The Times“ meldete am 11. 6. 1942, daß in Lidice rund 12 000 Einwohner lebten, von denen alle Männer erschossen wurden. Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom gleichen Tage zitierte die Nachricht der Londoner „Exchange“, daß die Bevölkerung von Lidice über etwa 1200 Personen zählte. Nach einer Veröffentlichung des tschechoslowakischen Innenministeriums, „Lidice“, 1946, IV. Ausgabe, Seite 62, wurden in Lidice 172 Männer erschossen, einer verübte Selbstmord. Später wurden noch 19 weitere Männer aus Lidice hingerichtet. Aus den Familien Horák und Stříbrný wurden, dem offiziellen Bericht zufolge, in Prag noch 7 Frauen erschossen. 195 Frauen wurden in die KZ gebracht, hauptsächlich nach Ravensbrück, davon kamen 7 in den Gaskammern um, 42 starben und 3 blieben vermißt. Verschleppt wurden 100 Kinder im Alter bis zu 15 Jahren, von denen nach dem Kriege lediglich 11 aufgefunden werden konnten. (Die Aufzählung von 7 hingerichteten Frauen aus den Familien Horák und Stříbrný bedarf noch einer näheren Nachprüfung, denn sowohl Frau Horák als auch Frau Stříbrný haben Ravensbrück überlebt. Mitteilung der Frau Vilma Locher, die mit den Lidicer Frauen in Ravensbrück in einem Block war, an mich.)

Das Propagandabüro der Auslandsregierung des Dr. Beneš bezeichnete Lidice als Bergarbeitersiedlung. Damit gewann sie die Sympathien der einflußreichen Organisationen britischer Bergleute, die einen riesigen Betrag zum Aufbau des neuen Lidice spendeten. Nach einem Verzeichnis des tschechoslowakischen Innenministeriums vom Jahre 1945 lebten in Lidice nur 11 Bergarbeiter, aber 64 Hüttenarbeiter. Die Hüttenarbeiter stellten 22% aller Berufe, während die Bergarbeiter nur annähernd 5% stellten (s. auch „Hutnická obec“ aus „Hlas revoluce“, Nr. 22, 1982).

²² Hitler sprach die Protektoratsregierung mit ruhiger Stimme an, die sich aber im Laufe der Rede zu ungewöhnlicher Stärke steigerte. Nach einer Aufzeichnung K. H. Franks sagte er u. a.: „Diesen Krieg führe ich deshalb, damit ich Europa endlich Ruhe und Frieden zuteil werden lassen kann. Die Friedensstörer, die meinem Werk im Wege stehen, beseitige ich mit allen Mitteln ... Nichts kann mich daran hindern, daß ich aus Böhmen und Mähren einige Millionen Tschechen, die ein friedliches Zusammenleben nicht wollen, aussiedle. In diesem Raum hat nur einer Platz. Von beiden Nationen muß eine zurücktreten. Ich bin fest entschlossen, Böhmen und Mähren nie mehr herauszugeben, und das Deutsche Volk wird nicht weichen. Ich weiß, daß sie vermuten, daß ich beabsichtige, ihre Autonomie zu begrenzen oder aufzuheben. Dieses Geschwätz beweist, daß sie mich ganz einfach nicht verstehen. Mir geht es heute schon gar nicht mehr um irgendeine lächerlichen Formalitäten, wie es z. B. eine Autonomie o. ä. darstellt, sondern auf dem Spiel steht das Schicksal, das Leben und die Zukunft des tschechischen Volkes. Entweder werden die Zustände in Böhmen und Mähren für mich tragbar ... oder sie begreifen nicht den Ernst der Situation und sind nicht imstande, die Verhältnisse zu ändern, dann wird das tschechische Volk aus Europa ausradiert“ (Čestmír Amort, Heydrichiade, Prag 1965, S. 209f.).

²³ Aus unbekannten Gründen erstattete H. Böhme zwei Meldungen über die Aktion Lidice. Die erste

Als Frank am Spätnachmittag von dieser Sache erfuhr, wagte er gewiß nicht, der er Zeuge der Worte Hitlers an Hacha gewesen war, eine andere Meinung vor Hitler zu

Version wurde von Amort, S. 212 ff., veröffentlicht. Im einleitenden Teil schreibt Böhme:

„Am 9. 6. 1942, um 19⁴⁵ Uhr, teilt mir SS-Gruppenführer K. H. Frank aus Berlin fernmündlich mit, daß auf Grund einer Führerbesprechung die Ortschaft Liditz folgendermaßen noch am gleichen Tag zu behandeln ist:

1. Alle männlichen Erwachsenen sind zu erschießen,
2. Alle Frauen in ein Konzentrationslager zu überstellen,
3. Die Kinder zu sammeln und, soweit eindeutschungsfähig, an SS-Familien ins Reich zu geben. Der Rest wird einer anderen Erziehung zugeführt,
4. Die Ortschaft ist niederzubrennen und dem Erdboden gleichzumachen. Die Feuerwehr ist hierbei einzuschalten.“

Die zweite Version von Böhmes Aufzeichnungen wurde im Dokumentar-Sammelwerk „Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933 bis 1947“, Prag 1964, mit Vorwort und Anmerkungen von Václav Král, S. 480 f., veröffentlicht. Der einleitende Teil ist identisch mit der ersten Version. Böhme fährt dann fort:

„Ich habe hiervon sofort verständigt: den Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Riege, den Leiter der Staatspolizeistelle Prag SS-Standartenführer Dr. Geschke, mit der Bitte um Kenntnisgabe an den Leiter der Außendienststelle Kladno, SS-Hauptsturmführer Wiesmann. Daraufhin bin ich mit SS-Standartenführer Geschke nach Kladno gefahren, wo sich inzwischen der Führer der Kladnoer Schutzpolizeikompanie mit seinen Offizieren eingefunden hatte. Zunächst wurde die Ortschaft sofort umstellt. . . . Um 10 Uhr konnte insoweit die Aktion als beendet angesehen werden. . . . Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Berlin am 10. 6. 1942, um 11⁰⁰ Uhr, besichtigte SS-Gruppenführer K. H. Frank den Ort und veranlaßte dann sofort von Prag aus den Einsatz von zwei Pionierkompanien aus Dresden.“ (Hervorhebungen von S. F. B.)

Böhmes Behauptung, daß er die Aktion Lidice erst nach dem Gespräch mit K. H. Frank zu organisieren begann, entspricht nicht den Aussagen der verhafteten Angehörigen der Gestapo von Kladno, die am Massaker von Lidice teilnahmen und im Jahre 1947 vor ein tschechoslowakisches Gericht gestellt wurden. So machte z. B. Ewald Hartge darauf aufmerksam, daß schon am 9. Juni vormittags Wiesmann und Thomsen in sein Büro kamen und ihm mitteilten, daß es zu einer noch nie dagewesenen Aktion kommen werde. Erst danach, etwa gegen 16⁰⁰ Uhr, also nachmittags, trafen H. Böhme und mit ihm auch Dr. Geschke bei der Gestapo in Kladno ein. Nach Wiesmanns Aussage gab Böhme den zu diesem Zeitpunkt Anwesenden die Mitteilung Franks (?) bekannt. (s. M. Ivanov, A hořel snad i kámen, S. 34.) Auch ein Prager Gestapomann traf schon im Laufe des 9. 6. Vorbereitungen für Filmaufnahmen über „etwas Außergewöhnliches“ (Aussagen des Miroslav Wagner, Ivanov, S. 36).

Die offizielle Publikation des tschechoslowakischen Innenministeriums „Lidice“, Prag 1946, führt auf Seite 63 an, daß schon eine Woche vor dem Massaker in Lidice im Konzentrationslager Ravensbrück bekannt war, daß aus Böhmen ein größerer Transport von Frauen erwartet wird, was „davon zeugt, daß schon nach der ersten Besichtigung von Lidice (im Zusammenhang mit dem Brief der A. Marušáková, s. Anm. 15, S. F. B.) am 3. 6. 1942 über das Schicksal von Lidice definitiv entschieden war“.

Die Ansicht Pannwitz', daß H. Böhme der „wirkliche Bluthund“ im sog. Protektorat war, wird durch einen Artikel des Staatlichen Anklägers Dr. Čeněk Klapal im „Hlas revoluce“, 15. 7. 1972, erhärtet: „... Aus den Original-Nazidokumenten geht eindeutig hervor, daß Böhme persönlich alle Terroraktionen organisierte, leitete und Weisungen für die einzelnen Maßnahmen gab. Nach Aussagen der Zeugen beteiligte er sich auch persönlich an der Aktion gegen Lidice, und letztendlich hat er sie auch zum überwiegenden Teil geleitet. Auf Grund des von ihm unterzeichneten Berichts vom 30. 5. 1942 ist auch die Schlußfolgerung berechtigt, daß von ihm die Initiative ausging, das sogenannte Gutheißsen des Attentats mit der Todesstrafe zu ahnden. In dem angeführten Bericht, inmitten einer Reihe

vertreten. Frank fuhr nicht mit dem Sonderzug nach Prag zurück, er nahm einen Wagen und traf ein als Lidice bereits in Flammen stand²⁴.

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse gelang es schließlich die bereits erwähnte und für die kriminalistische Aufgabe der Aufklärung des Attentates so notwendige Amnestie von Frank zu erhalten.

Am 16. 6. 1942 meldete sich auf Grund der Amnestie ein etwas verstört und ängstlich wirkender Mann mit der Behauptung, die beim Attentat zurückgelassene und jetzt öffentlich ausgestellte Aktentasche schon früher gesehen zu haben. Er wurde dem Leiter der Kommission sofort direkt zugeführt und mußte unter 20 verschiedenen Aktentaschen, die einander ähnlich waren, die Aktentasche der Täter herausfinden, was er mit einem sicheren Griff sofort tat. Er war schrecklich erregt, dazu war er Stotterer. Nach einer sehr beruhigenden Unterhaltung kam er schließlich mit dem Geständnis heraus, daß er selber Fallschirmspringer sei – und – um seine Angehörigen vor Nachteilen oder Verfolgung zu bewahren, sich entschlossen habe, sich zu stellen. ... außerdem seien sie in London über die Verhältnisse im Protektorat vollkommen falsch unterrichtet worden und ihnen Aufgaben zugewiesen worden, die im Interesse des tschechischen Volkes in diesem Kriege nicht liegen könnten. Es war der Fallschirmagent

Karel Čurda, geb. 10. 10. 1911 in Stara Hlina. Abgesetzt am 28. 3. 1942 bei Teltsch, Bezirk Iglau. In der ehemaligen tschechischen Armee war er Zugführer.

Er hatte die Aktentasche bei der Familie Svatos in Prag gesehen, als sie von dem Agenten Gabčík (MP-Schütze) repariert wurde. Frau Svatos war Damenschneiderin, die vornehmlich Seidenkleider anfertigte auf die in einem Spritzverfahren sehr kleine Glas- und Perlensplitter gespritzt wurden, um einen schimmernden Effekt hervorzurufen. Die kriminaltechnische Untersuchung der Tasche war zu den gleichen Folgerungen gekommen. Außerdem wurden die Anlaufstellen bei Frau Moravec (Besitzerin des beim Attentat zurückgelassenen Damenfahrrades) und des Lehrers Zelenka (Hajisky) bekannt, sowie weitere in Prag und eine Reihe auf dem Lande.

Čurda wurde – genau so gründlich wie beim MGB in Moskau – untersucht und

von Maßnahmen, die er anordnete, erwägt er auch, alle Personen dem Standgericht zu übergeben, die sich positiv über das Attentat geäußert haben.“

²⁴ Weil Lina Heydrich hochschwanger war, begleitete K. H. Frank ihre beiden Söhne zum Begräbnis nach Berlin. Sie flogen mit einer Sondermaschine, mit der sie auch am 10. 6. 1942 vormittags nach Prag zurückkehrten. Frank brachte die Kinder nach Jungfern-Breschan, begab sich nach Hause, und erst dann fuhr er nach Lidice – das bedeutet: nach den Hinrichtungen und nach dem Niederbrennen des Ortes.

Das tschechoslowakische Außerordentliche Volksgesicht (15. 3. bis 22. 5. 1946) beschuldigte K. H. Frank, daß er persönlich an Ort und Stelle Befehl zum Beginn der Aktion gab. Die zweite Version von Böhmers Meldung, die Franks Aussage bestätigt („Zpověď K. H. Franka“, 1946, S. 143), als auch der von Pannwitz verfaßte amtliche Abschlußbericht (BA-R 58-336, fol 1) wurden dem Gericht nicht vorgelegt.

durchsucht²⁵. Er mußte sämtliche Kleider ablegen und erhielt neue Kleider. Tatsächlich wurde bei ihm eine den Fallschirmagenten mitgegebene Giftkapsel gefunden. Er gab an, daß er durch seine Aussage nur seinen Angehörigen einen Dienst erweisen wollte, sich danach aber zu vergiften beabsichtigte. Eine Lehre bestätigte sich erneut, die nicht eingehend genug bei Agenten beachtet werden kann, daß nämlich selbst der sich freiwillig stellende Agent aus nicht durchschaubaren Gründen zu einer Kurzschlußreaktion kommt.

Die Aushebung aller bekannt gewordenen Anlaufstellen und Helfer – über Gabčík seinen Freund, den Attentäter Kubiš, konnte Čurda keine Angaben machen – mußte bereits am anderen Tage in den frühen Morgenstunden erfolgen. Da es notwendig war, diese Aktion schlagartig durchzuführen, fand sie überall zu festgesetzter Zeit statt. Die Nachteile eines solchen Verfahrens waren uns bekannt, denn morgens um 5 kommt der Milchmann oder die GPU. Gefährdete Leute konnten sich also darauf einrichten, wenn um diese Zeit ihre Tür geöffnet oder geklingelt wurde. Es ist in der Praxis aber sehr schwierig, sich in solchen Fällen Zeit zu lassen, um eine überfallartige Festnahme auf der Straße durchzuführen, die eine Selbstvernichtung des Festzunehmenden verhindert. Einmal kennen die Beamten alle diese Leute nicht nach dem Aussehen und zum anderen kann eine frühere Festnahme eines anderen Mitgliedes durch telefonische Warnung Gefährdeten zur Flucht verhelfen. Die Nachteile mußten also in Kauf genommen werden und traten auch ein. Die Hauptbeteiligten Lehrer Zelenka und Frau Moravec hatten, als sie die Tür ihrer Wohnung öffneten, die Giftkapsel bereits im Munde. Das Zerbeißen konnte natürlich nicht mehr verhindert werden und nach 2 Minuten waren sie tot. Trotzdem ergaben alle Festnahmen ein Bild, das zur Aushebung der weiteren Helfer und schließlich der Attentäter hinreichend war. So hatte sich der Sohn der Frau Moravec, die Selbstmord begangen hatte, schon vor dem Erscheinen der Beamten auf eine Reise innerhalb des Protektorates begeben²⁶. Er konnte wenige Stunden später aus dem Zuge heraus festgenommen werden. Bei seiner Vernehmung leugnete er, von all den Dingen und dem Treiben seiner Mutter etwas zu wissen. Man entschloß sich schließlich, ihm den Tod seiner Mutter bekanntzugeben und ihm seine tote Mutter zu zeigen. Darauf brach er zusammen und sagte aus, daß ihm seine Mutter gesagt habe, er solle sich in Zeiten besonderer Not in die Katakomben der Karl Borromäuskirche begeben²⁷. Hinweise auf diese Katakomben wa-

²⁵ H. Pannwitz spielt hier wahrscheinlich auf eigene Erfahrungen in der Sowjetunion an, wo er sich nach Kriegsende lange Zeit in NKWD-Haft befand.

²⁶ Nach den Aussagen des Dolmetschers der Prager Gestapo, Josef Chalupský, der Zeuge der Verhaftung der Eheleute Moravec war, vergiftete sich Frau Moravec auf dem Klosett. Ihr Ehemann und der Sohn Vlastimil waren anwesend (Ivanov, *Atentat*, S. 245).

²⁷ K. H. Frank erwog eine Auszahlung von 500 000 RM an V. Moravec, weil dieser „wenn auch nicht aus eigener Initiative und sogleich, doch entscheidende Spuren“ verraten habe. V. Moravec wurde mißhandelt, mit Alkohol betäubt, bis schließlich die Gestapoleute den abgetrennten Kopf seiner Mutter, der sich in einem mit einer Flüssigkeit gefüllten Glasbehälter befand, vor ihm aufstellten. M. wurde am 24. 10. 1942 in Mauthausen hingerichtet. Frank strich später den Namen Moravec und entschied, die Belohnung dem „Fallschirmagenten Gerik auszuzahlen, der wesentliche Angaben anbot und sich freiwillig ergab“ (Amort, S. 241).

ren auch von anderer Seite vorliegend, so daß beschlossen wurde, am kommenden Morgen eine Durchsuchungsaktion dieser Katakomben durchzuführen. Noch bestand keinerlei Gewißheit über den Aufenthaltsort der Attentäter. Es war bereits gegen Mitternacht des 17. 6. 1942. Um die baulichen Verhältnisse dieser Katakomben zu kennen, wurde alles nur Erdenkliche unternommen. Schließlich mußte man bei den Attentätern, die sicher gut bewaffnet waren, mit schwerstem Widerstand rechnen, Fluchtwege mußten einkalkuliert werden. So holte man verschiedenste Personen, die eventuell hätten Auskunft geben können aus den Betten, den Chef des Stadtbauamtes, der Kirchenbauabteilung, der Kanalisationsanlagen, Kunsthistoriker usw., die nach ihrer erfolglosen Befragung bis zum Beginn der Aktion nicht entlassen werden konnten. Waffen-SS zu Absperrungsmaßnahmen in drei großen Ringen um den Kirchenkomplex aufgestellt, jeder Kanalisationsabfluß in die Moldau besetzt, um ein Entweichen auf Umwegen zu verhindern, die einzelnen Durchsuchungskommandos auch für umliegende Gebäude, Keller und Dächer eingeteilt ... und Punkt 4.15 Uhr begann am 18. 6. 42 der Ring der Absperrung zu schließen und das Eindringen in die Kirche. Die Geistlichkeit wurde herbeigeholt, die bestritten, etwas von versteckten Agenten zu wissen. Als das erste Kommando von Beamten in Zivil die Kirche betrat, fand sie den Kirchendiener in einem Nebenraum schlafend, der angab, ebenfalls nichts zu wissen. In seinem Raum waren die Fenster durch schwere Eisengitter geschützt, nur an einem Fenster war das Gitter erst sichtbar vor wenigen Tagen herausgebrochen und entfernt worden. Er konnte dafür keine Erklärung abgeben. Etwa 2 Minuten nach Betreten des Kirchenschiffes, die Beamten gingen nur erst suchend herum, erhielten sie zusammengefaßtes Feuer von der Empore der Kirche. Ein Beamter erhielt einen Handdurchschuß. Die aus Vorsichtsgründen an den Eingängen zum Kircheninneren aufgestellten Maschinenpistolenschützen erwiderten das Feuer sofort und hielten die Schützen auf der Empore nieder, so daß sie nicht gezielt schießen konnten, was im Halbdämmer der frühen Morgenstunde sowieso sehr schwierig war. Die Agenten warfen daraufhin eine Bombe von oben in den Altarraum, die ebenfalls niemand verletzte, sondern nur die Vorhänge in Brand setzte. Auf einer schmalen steinernen Wendeltreppe auf die Empore vorzudringen war unmöglich, weil sie durch einen gedeckten Schützen von oben unter genauen Beschuß gehalten wurde. Die Empore bzw. Galerie war ohne Geländer, also beste Beschußmöglichkeit von oben nach unten. Es blieb kein anderer Ausweg als mit Handgranaten zu kämpfen. Auf diese Weise wurden die Agenten niedergekämpft und das Feuer verstummte langsam. Sicherheitshalber wurde noch ein Stoßtrupp der absperrenden Waffen-SS eingesetzt, der kriegsmäßig mit Stahlhelmen ausgerüstet war, während die Beamten in Zivil waren. Es wurden drei Agenten auf der Empore vorgefunden, zwei bereits tot, sie hatten sich vergiftet, der dritte lebte noch, es war Kubiš, der Bombenwerfer auf Heydrich. Kubiš hatte als einziger von allen die Sprengwirkung einer Handgranate abbekommen, sich dann aber auch noch vergiften wollen, hat es aber wohl durch Ohnmacht nicht mehr richtig gemacht. Seine sofortige Überführung in ein Lazarett und alle ärztlichen Versuche konnten ihn nicht mehr am Leben erhalten. Er starb nach 20 Minuten. Der erste Kronzeuge war tot. Für die Kriminalisten ein schwerer Verlust.

Noch fehlte Gabčík, der Maschinenpistolenschütze, – noch waren wir nicht in den Katakomben. Der Kaplan Petrek gab jetzt zu, nachdem er den Kampf von der Sakristei der Kirche aus mitverfolgt hatte, daß insgesamt 7 Mann von ihm in der Kirche untergebracht worden sind. Es waren also noch 4 in den Katakomben²⁸. Die drei auf der Empore hatten sich nur wegen der in den Katakomben herrschenden Kälte auf die Empore zum Schlafen gelegt und konnten sich beim Eindringen der Beamten in die Kirche nicht so schnell zurückziehen. Der Kaplan gab uns die Lage der Katakomben bekannt und teilte zu unserem großen Erstaunen mit, daß es keinerlei Rückzugsweg aus diesen Katakomben gäbe. Die Agenten hatten sich in eine richtige Mausefalle gesetzt. Die Katakomben waren ein Kellergewölbe unter der Kirche, dessen Seitenwände Fächer hatten, in denen die Geistlichen früherer Jahrhunderte beigesetzt und vermauert wurden. Einige dieser Fächer waren offen, einige hatten die Agenten geöffnet, die Knochenreste herausgeräumt und sich in die Fächer zum Schlafen gelegt. Der Einstieg, über den früher die Särge nach unten geschafft wurden, war von oben zugemauert, es war nur eine kleine Luke, durch die sich gerade ein nicht allzu dicker Mensch zwängen konnte. Wie aber sollte man die Agenten dort lebend herausholen? Die Kriminalisten brauchen für den Abschluß ihrer Ermittlungen, für das Gesamtbild, die lebenden Zeugen, keine Toten! Der Pfarrer wurde an die Luke geschickt und sollte mit ihnen verhandeln, sie antworteten von unten, daß sie keinen Pfarrer kennen würden, der sie betreut hätte, sie seien Tschechen und Tschechen ergeben sich nie! Sie waren unten gut bewaffnet. Jeder, der nur die Beine durch die Luke steckte, konnte schon abgeschossen werden. Es wurden ihnen die verschiedensten Angebote gemacht, sie wiesen alles zurück. Der Leiter der Kommission wollte sie lange Zeit hinhalten, um bei einem von ihnen vielleicht andere Gedanken aufkommen zu lassen, die die anderen dann mit bestimmen konnten. Zeugen, die am Tage vorher festgenommen worden waren und bei denen die Agenten, d. h. die Attentäter, längere Zeit gelebt hatten, erklärten in ihren Vernehmungen über die Erzählungen der beiden Täter, daß diese vor ihrem Abflug aus London persönlich von Beneš²⁹ empfangen worden sind. Wie bedeutend konnten erst die Aussagen der Täter selbst sein. Sie vernichten, das wäre einfach gewesen. Sie wurden nur beunruhigt, damit es ihnen unten ungemütlich wurde. Die Feuerwehr mußte anrücken und den Keller mit mehreren Schlauchleitungen fluten. Es wurde ihnen wirklich ungemütlich. Auf einer kurzen Leiter stiegen sie an einem zur Straßenseite liegenden Fenster hoch, das vorher von uns gewaltsam geöffnet worden war, stießen die Schläuche der Feuerwehr zurück und eröffneten ein wildes Pistolenfeuer auf die absperrende SS. Ohne Erfolg. Doch

²⁸ Aus der Meldung des SS-Gruppenführers von Treuenfeld geht hervor, daß ein im Chor der Kirche vorgefundener vierter Anzug auf weitere dort versteckte Fallschirmspringer hinwies (Amort, S. 241).

²⁹ Dies bestätigen sowohl die Erinnerungen des Gen. Frant. Moravec (Špión, jemuž nevěří, Toronto 1977, S. 288) als auch die Aussage des Generals selbst im Nachkriegsexil während eines vertraulichen Treffens tschechischer und slowakischer Diplomaten, Politiker und Soldaten in Washington am 19.6. 1964 in Gegenwart von Dr. J. Drábek, Dr. L. Feierabend, A. Heidrich, Dr. Ješina, Dr. E. Koepl, Dr. J. G. Polach und Dr. Slavík.

die SS, aus Kämpfen an der Front anderes gewöhnt, schoß sofort zurück . . . sie konnten nur mit Mühe angehalten werden, ihr Feuer einzustellen. Nach ein Meter Wasserhöhe im Keller wurde Tränengas geworfen, doch das stieg nach oben durch die Fugen der Fußbodenplatten der Kirche und die Leidtragenden waren die Beamten, die die Kellerfestung belagerten. Unter vollem Druck der Feuerwehrlösungen wurden soweit erreichbar die Sargnischen ausgespritzt. Vielleicht sank der Widerstandswille bei durchnässten und frierenden Kämpfern. Es war schon 11 Uhr geworden, über 6 Stunden Belagerung. Die „hohen“ Herren und Kommandeure der Truppe wurden unruhig, wenn auch aus Unverständnis oder Dummheit. Der Leiter der Kommission begab sich zu einem Telefon und telefonierte etwa 20 Minuten mit einem deutschen Lazarett und ließ sich von den Ärzten beraten, ob man in dieser Lage nicht ein schnell wirkendes Betäubungsmittel, das sich als leichtes Gas nicht nur nach oben entwickelt, sondern auch seitlich in die Sargnischen getrieben werden kann – notfalls mit Hilfe einer kleinen Explosionswirkung. Nichts dergleichen gab es. Als er zurückkam, sah er, daß sich ein sogenannter Stoßtrupp der Waffen-SS zum Einstieg in die Luke fertig machte. Die sofortige Rücksprache mit dem anwesenden obersten Kommandeur der Waffen-SS (ich glaube, es war SS-Brigadeführer von Treuenfeld) ergab eine sehr unkameradschaftliche Zurückweisung arroganter Art – etwa in dem Stile: was hat schon ein kleiner Zivilist rumzumeckern, wenn die bewaffnete Macht handelt. Der dann recht heftige Auftritt führte zu seiner entschuldigenden Bemerkung: Gruppenführer Frank hat das befohlen. Der Leiter der Kommission hielt Frank sofort den Unsinn dieses Befehls vor und machte ihm klar, daß die Lebenden wichtig sind, und Tote hätte man schon vor 6 Stunden haben können, ohne deswegen die Truppe zu bemühen, die dazu noch Verluste haben wird. Um die Agenten zu vernichten, braucht man nur eine geballte Ladung Handgranaten an einer Stange in den Keller zu halten und die Lungen der Männer unten werden in Stücke gerissen. Es stellte sich heraus, daß der SS-Brigadeführer bei Frank sich etwa so gemeldet hatte: „Gruppenführer, bitte um die Erlaubnis einen Stoßtrupp in den Keller zu schicken, wir blamieren uns ja hier!“ Frank, der Nichtsoldat, kapitulierte vor dieser dummen militärischen Schneid und schämte sich nun, seinen Befehl zu dieser Aktion zurückzunehmen. Drei Mann Stoßtrupp wurden also im Keller zusammengeschossen und gingen danach ins Lazarett, wir aber waren gezwungen, um die SS-Männer zu retten, den Eingang zu den Katakomben gewaltsam aufzubrechen. Die vier Agenten erschossen sich alle selbst, bevor wir eindringen konnten. Unter diesen vier war Gabčík. Eine halbe Stunde später traf ein Funkspruch von dem inzwischen verständigten Himmler ein mit etwa folgendem Wortlaut: „Die Attentäter auf alle Fälle hinhalten und vertrösten, um sie lebend zu fangen.“ Da vorauszusehen war, daß die tschechischen Sendungen der Exilregierung Beneš aus England bei der Veröffentlichung, daß die Täter gestellt wurden, dieses entschieden bestreiten würden, um Unruhe im Protektorat wachzuhalten, mußte mit äußerster Sorgfalt der Beweis geführt werden, daß unter den toten Agenten wirklich die Attentäter waren. Im gerichtsmedizinischen Institut der Universität Prag wurden die Toten durch Leichentoilette zu Zwecken der Gegenüberstellung vorbereitet. Auf die Leichen wurden Nummern von 1–7 gelegt, so daß jede Person

bei der Gegenüberstellung sagen mußte, wen die jeweilige Nummer darstellt und was er über sie und seine Erlebnisse mit ihr sagen konnte³⁰. So bezeichneten 28 Personen, die die Attentäter vor, bei und nach der Tat gesehen haben oder mit ihnen zusammen waren, unter den 7 Toten einwandfrei die Attentäter Gabčík und Kubiš. Insgesamt wurden über 50 Beweise erbracht, daß unter den 7 Toten die beiden Attentäter sich befanden. Außerdem waren in den Katakomben und auf der Empore der Kirche 11 Pistolen gefunden worden. Darunter befanden sich die beiden Colt-Pistolen Nr. 539 370 und Nr. 540 416, aus denen am Tatort die Kynoch-Munition bei der Flucht durch die Attentäter verschossen wurde. Die Untersuchung durch das kriminaltechnische Institut in Berlin ergab das einwandfrei.

Die restlose Ermittlung aller Zusammenhänge des Attentats zog sich noch bis Ende September 1942 hin.

Wie erwartet, behauptete der tschechische Rundfunk aus England ununterbrochen, daß die Gestapo die Attentäter nicht habe fangen können und deshalb habe sie beliebige Tschechen in der Karl Borromäuskirche erschossen mit der Behauptung, es seien die Attentäter – alles nur um ihr Prestige als gefürchtete Gestapo nicht einzubüßen.

Der Amtschef VI des RSHA, Schellenberg, der kurz vor seinem Tode noch seine Memoiren in Italien geschrieben hat, die in englischer Sprache erschienen sind, behauptet darin: Müller, Amtschef IV, sei unfähig gewesen, die Attentäter zu fangen, deshalb habe er 120 tschechische Partisanen durch seine Agenten in der Karl Borromäuskirche in Prag zusammentreiben lassen und sie dann zusammengeschossen. Erst nach dem Kriege sei bekannt geworden, daß zufällig unter ihnen die Attentäter gewesen seien.

³⁰ Aus der umfangreichen Familie Kubiš überlebte nur der jüngste Bruder František. Er schilderte die Identifizierung so: „Ich weiß nicht, an welchem Tag es war, als der Gefängniswärter die Namen meiner Brüder und meines Vaters aufrief. Wir mußten in einen vorbereiteten Gefangenentransportwagen einsteigen. Während der Fahrt konnten wir miteinander nicht ein Wort reden. Sie beobachteten jede unserer Bewegungen. Sie brachten uns in irgend eine Villa, in der sich schon mehrere Leute aus unserem größeren Verwandtenkreis befanden. Wir standen auf der Treppe nebeneinander und mit dem Kopf zur Wand. Ich merkte nur, daß sich die Leute nach Aufruf ihres Namens einzeln in irgendeinen Raum begaben. Dann kam die Reihe an uns. Als erster ging Ruda hinein, danach Jarek, dann der Vater. Als Jarda zurückkam und an mir vorbei ging, täuschte er ein Stolpern am Teppich vor und flüsterte: „Erkenne ihn nicht!“ Einer der Gestapomänner fing an, ihn roh zu schlagen. Dann riefen sie meinen Namen. Ich trat in einen großen, halbkreisförmigen, gut beleuchteten Raum ein. In der Mitte stand ein langer, mit Blech beschlagener Tisch, an den Seiten standen die Gestapoleute und Zivilisten. Der deutsche Dolmetscher sagte mir, ich solle um den Tisch herumgehen und sorgfältig schauen. Vor Schreck blieb mir der Atem stehen. Auf dem Tisch befanden sich Menschenköpfe auf einem Untergestell aufgerichtet. Wie im Traum bin ich um sie herumgegangen. „Kennst Du jemanden?“ brüllte ein SS-ler. Ich verneinte. Ich mußte um den Tisch herum langsam zurück. Da zeigten sie mir einen der Köpfe, ob er mich denn nicht an jemand erinnere? Ich sagte, daß ich niemanden kenne und keinen gesehen habe ... und so schaute ich auf die toten Gesichter der Helden ... Jans Kopf war der dritte von rechts. Ganz sicher habe ich ihn erkannt. Auch an einer Narbe, die er an der Schläfe nach einem Unfall hatte. Erneut wurde die Frage gestellt und von mir verneint. Irgendwer brüllte mich an: „Abtreten!“ Ich mußte mich sehr beherrschen, daß ich bis zur Türe kam. Nach dieser Lektion hörten die Verhöre vollständig auf und sie überführten uns in die „Kleine Festung“ in Theresienstadt“ (Miloslav Žurek, „Jen jediný přežil“, Hlas revoluce 1982).

Wenn ein Amtschef des RSHA so schlecht informiert war oder auch aus einem schlechten Verhältnis zu seinem Amtschefkollegen von IV solche Behauptungen aufstellt, dann muß es um diese geistig armen Führerpersönlichkeiten wirklich schlecht bestellt gewesen sein. Bei der affektiert selbstsicheren und leicht theatralischen Art Schellenbergs wundert mich das allerdings nicht sehr. Man sollte aber aus solchem Beispiel erkennen, daß man schon wegen der Dummheit, die dort herrschte, wenig von ihnen ernstzunehmen hat.

Diese Propaganda zwang die deutsche Seite, den Tod der Attentäter wenigstens vor der deutschen und tschechischen Öffentlichkeit zu beweisen. Man wollte einen Prozeß durchführen, um bei seinem Ablauf die Wirklichkeit zu zeigen. Der Propagandaminister Goebbels, der schon einmal mit dem geplanten Grünspan-Prozeß hereingefallen war, verbot einen solchen Prozeß, weil er eventuelle nationaltschechische Demonstrationen befürchtete, die vor internationalen Pressevertretern untragbar wären. Daluge aber setzte sich mit dem Plan eines Prozesses nach einigen Monaten bei Hitler durch. Es wurde von Hitler befohlen, den Komplex der Geistlichkeit der Karl Borromäuskirche für einen Prozeß vor einem Standgericht aus dem Gesamtkomplex herauszulösen und die Öffentlichkeit in Form der Presse einzuladen. Das geschah. In diesem Prozeß wurden die beiden Geliebten von Gabčík und Kubiš vernommen, bei denen die Täter längere Zeit gewohnt hatten und unter deren Betten sie ihre ungeschärften Bomben verborgen hielten. Die eine Geliebte erwartete ein Kind von einem der beiden Täter, das im höheren Interesse abgetrieben wurde, um die Aufgabe des Attentates nicht zu gefährden. Diese Zeuginnen schilderten vor Gericht in allen Einzelheiten das Entstehen ihrer Bekanntschaft, ihr Zusammenleben, auch noch einige Tage nach der Tat, und die Gegenüberstellung mit den beiden Toten. Außerdem war die Geistlichkeit mit den lebenden Attentätern zusammen gewesen solange sie in der Kirche verborgen waren und haben auch den Untergang der Attentäter miterlebt.

Die Karl Borromäuskirche war die Kirche der Orthodoxen³¹. Die Gemeinde war nicht sehr groß. Sie war aus der Notwendigkeit entstanden, den russischen, pravoslavischen Ehefrauen der nach dem ersten Weltkrieg aus Rußland zurückgekehrten tschechischen Legionäre eine kirchliche Heimat zu geben. Da die Legionäre die führende Schicht der ersten tschechischen Republik waren, gehörte ein Großteil der tschechischen Prominenz zu der Gemeinde. Ihr Bischof, ein früherer Gefängnis- oder Irrenanstaltsgeistlicher, bekannte bei dem Prozeß, nachdem er dessen überführt worden war, bereits seit 1939 über seine Bischofsberichte echte Spionage gegen Deutschland zu Gunsten Rußlands getrieben zu haben. Als ihn sein Kaplan Petrek von der Anwesenheit der Attentäter in der Kirche unterrichtete, fragte er nur, ob es rechtgläubige seien und meinte, man würde wohl Ärger damit haben. Während die Attentäter in den Katakomben seiner Kirche saßen, schickte er Beileidskundgebungen an deut-

³¹ Nach der Broschüre „Veliký čin malé církve“ (III. Ausgabe, Prag 1946, S. 42), zusammengestellt vom Rat der Gemeindeältesten der Orthodoxen Kirche Prag, haben die Deutschen aus Haß gegen die slawischen Glaubensverkünder den Dom absichtlich als „Karl-Borromäus-Kirche“ bezeichnet, obwohl er diesen Namen bereits im Jahre 1783 verlor. Der Dom wurde am 28. 9. 1935 als Kyrill-Method-Kirche von dem später ebenfalls hingerichteten Bischof Gorazd eingeweiht.

sche Stellen und fuhr selbst nach Berlin in das Reichssicherheitshauptamt um sein Beileid auszudrücken und kirchliche Verhandlungen zu führen. Sie alle meinten die orthodoxe Kirche habe immer politischen Flüchtlingen Unterschlupf gewährt. Kaplan Petrek, ein hochgebildeter Mann, vereidigte die beiden Kirchendiener, nachdem er seinen vollen Ornat angelegt hatte, vor dem Altar ... über die untergebrachten Agenten Stillschweigen zu bewahren – und gab jedem danach noch 50.– RM. Die Geistlichkeit, die Kirchendiener und die Kirchenältesten standen vor Gericht und wurden zum Tode verurteilt. Es waren, glaube ich, 7 Personen. Ein anderes Gerichtsverfahren hat nicht stattgefunden – weitere Todesurteile sind nicht ausgesprochen worden³².

Himmler hatte befohlen, die Sippen der beiden Attentäter festzunehmen und zu erschießen. So schrecklich dieser Befehl aussieht, so wenig wurde er von der Exekutive ernst genommen. Die Sippe des Täters Gabčík schied von vornherein aus, weil er Slowake war und Festnahmen auf slovakischem Territorium nicht durchgeführt werden durften. Die Sippe Kubiš lebte zum großen Teil im Bereich Mährens. Die Streuung der Sippe war so groß, daß eine ganze Reihe bereits seit langer Zeit zur deutschen Volks- und Staatszugehörigkeit rechnender Menschen mit darunterfielen. Bis zu der Partei, der NSDAP, reichte die Sippe, selbst Ortsgruppenleiter waren dabei. Über diesen dummen Befehl wurde sogar offen gelacht und eingesperrt – bis man entsprechend berichten konnte. Der beauftragte Referatsleiter hatte mit dem Leiter der Kommission eine Rücksprache bei Frank, und es wurde die Entlassung der ganzen Sippe bewirkt³³.

Bei der Durcharbeitung des ganzen Komplexes fiel uns auch die Funkstation, über die die Sprüche der Attentäter nach London gingen in die Hände ... mit dem gesamten Material. Unter den von uns entschlüsselten Sprüchen befand sich einer folgenden Wortlautes.

Einige Tage vorher war ein Spruch an den Präsidenten abgegangen, in dem nachgefragt

³² Diese Angabe ist unrichtig. So verurteilte am 29.9. 1942 das Standgericht in Prag 252 Personen, Verwandte und Helfer der Fallschirmspringer. Alle wurden gemeinsam am 24.10. 1942 in Mauthausen hingerichtet. Die Männer wurden erschossen, die Frauen und Minderjährigen kamen in den Gaskammern um. Die Altersschichtung der Verurteilten war: bis 14 Jahre = 1 (Jindřiška Nováková); von 15 bis 16 Jahre = 4; von 17–18 Jahre = 9; von 18 bis 19 Jahre = 8; von 21 bis 25 Jahre = 20; von 26 bis 30 Jahre = 32; von 31 bis 35 Jahre = 32; von 36 bis 40 Jahre = 42; von 41 bis 50 Jahre = 58; von 51 bis 60 Jahre = 36; von 61 Jahre aufwärts = 10.

48 Kinder im Alter von 2 bis 14 Jahre, deren Eltern am 24. 10. 1942 in Mauthausen hingerichtet wurden, waren während des Krieges in einem Schloßchen „na Jenerálce“ in Prag 6 interniert. Unter ihnen war auch Kubiš' jüngster Bruder František. Kommissar Böhme sagte nach dem Kriege vor tschechoslowakischen Organen aus, daß dank seiner Bemühungen die Kinder nicht dem Schicksal der Kinder aus Lidice und Ležáky zu folgen brauchten (Radko Hájek, „Děti z jenerálky“, Hlas revoluce, Nr. 51 und 52/1982).

Insgesamt wurden im Oktober 1942 319 tschechische Männer, Frauen und Minderjährige hingerichtet. Von September bis Dezember wurden öffentlich 175 Hinrichtungen bekanntgegeben (Dušan Tomášek, „Tečka za Heydrichem“, Hlas revoluce, Nr. 47/1982).

³³ In dem Verzeichnis der 252 Hingerichteten sind 12 Kubiš- und 13 Valčík-Verwandte aufgeführt.

wurde, ob ein Mann mit Decknamen „Jindra“ einen Spruch über diese Linie an den Präsidenten aufgeben dürfe³⁴.

Es kam eine bejahende Antwort. Der darauf aufgegebenen Spruch lautete etwa:

An den Präsidenten.

„Wie ich aus den Vorbereitungen zweier Freunde ersehe, ist ein Attentat auf H. geplant.“ ... nun wörtlich: ... „Dieses Attentat würde in nichts den Verbündeten Nutzen bringen und für unser Volk würde es unübersehbare Folgen haben. Es würde nicht nur unsere Geiseln und politischen Häftlinge gefährden, es würde auch tausende andere Leben fordern, es würde die Nation in eine unerhörte Unterdrückung werfen, gleichzeitig würde es auch die letzten Reste jeglicher Organisation wegfegen. Damit würde es unmöglich gemacht, daß hier noch etwas Nützliches für die Verbündeten getan werden könnte.“ ... der weitere genaue Text ist nicht mehr bekannt ... wörtlich weiter: ... „so bitte ich dringend von einem Attentat auf H. Abstand zu nehmen und den Freunden die entsprechende Weisung zu erteilen. Sollte es aus ausländischen Gründen dennoch erforderlich sein, so möge es auf den hiesigen Quisling, in erster Reihe auf E. M. unternommen werden.“

Jindra

Anmerkung: Mit E. M. ist der damalige tschechische Propagandaminister Emanuel Moravec gemeint³⁵. Ein Widerruf des Befehls ist trotz nochmaliger Mahnung Jindras nicht er-

³⁴ Eine der wichtigsten Angaben der Pannwitz-Niederschrift: Es hat den Anschein, daß die Autoren, z. B. C. Amort und M. Ivanov, Zutritt nur zum Material der Nachrichtenabteilung, keinesfalls aber zum Archiv des Dr. Beneš hatten, der eine eigene Chiffre und Chiffrierkanzlei hatte, so daß selbst Gen. Frant. Moravec, der Chef des Nachrichtendienstes, ihm nicht in die Karten schauen konnte.

³⁵ Der Schimpfname „tschechischer Quisling“ entspricht nicht der historischen Entwicklung. Der Oberst i. G. Emanuel Moravec forderte die Nazis nicht zur Okkupation der böhmischen Länder auf, wie dies der norwegische Verräter tat. Im Gegenteil. Er gehörte zur radikalen Gruppe tschechischer Politiker und Soldaten, die sich erbittert bemühten, die Verwirklichung des Münchner Diktats zu verhindern. Der damalige Prager Primator (Oberbürgermeister, S. F. B.), Dr. Peter Zenkl, schrieb in der in München erscheinenden tschechischen Exilzeitung „České Slovo“ im Jahre 1977, daß ihn am 2. 10. 1938 der Armeegeneral Lev Prchala in Begleitung von Oberst i. G. Emanuel Moravec aufsuchte, um ihn für einen Umsturz und einen evtl. Kampf gegen Hitlers Armee zu gewinnen. E. Moravec war ein Günstling Dr. Beneš', dessen Politik er in der tschechischen und internationalen Presse unter dem Pseudonym „Stanislav Yester“ propagierte. M. führte den militärischen Trauerkondukt beim Begräbnis des ersten Staatspräsidenten Th. G. Masaryk im September 1937 an. Über Nacht wurde er aber für seinen Artikel in „Lidové noviny“ vom 5. Oktober 1938, in dem er eine neue, freundschaftliche Politik gegenüber Berlin eröffnete, zum meistgehaßten Mann. M. befand sich in der Gruppe bedeutender tschechischer Männer, welche sich auf dem Flugplatz Ruzyně Ende Oktober 1938 von Präsident Beneš vor seinem Abflug nach England verabschieden durften. Deshalb überrascht es auch nicht, daß sich M.'s Name auf der Liste der gefährdeten tschechoslowakischen Persönlichkeiten befand, denen nach der Okkupation am 15. 3. 1939 das Verlassen des Protektorates ermöglicht werden sollte. Nach der Besetzung von Paris im Juli 1940 fiel der Gestapo das Archiv der Nachrichtenabteilung des tschechoslowakischen Nationalausschusses in die Hände, in dem die Beweise über Verbindungen des Gen. A. Eliáš und des Oberst E. Moravec mit Beneš' Auslandsaktionen vorgefunden wurden. Von diesem Augenblick an spielten diese beiden Männer um ihr Leben. Nach einer Depesche von Präsident Beneš nach Prag vom 18. 5. 1942 kann vermutet werden, daß M. trotz allem noch immer als zuverlässiger Mitarbeiter der Auslandsaktion angesehen wurde. Tatsache ist, daß Arnošt Heidrich am 1. und 3. 5. 1942 in Verhandlungen mit Prof. Vaněk-Jindra dessen sog. Protestdepesche, wonach an Stelle Reinhard Heydrichs der Protektoratsminister angegriffen werden sollte, zweimal auf das entschiedenste ablehnte. Ing. M. Čada veröffentlichte in der in den USA erscheinenden tschechischen Exilzeitung „Ame-

folgt. Der Präsident hat sich für die offenen Worte bei Jindra bedankt und versprach Entscheidung dieser Frage zu einem späteren Termin³⁶.

Wer war der Absender dieses Telegramms? Leutnant Bartoš, der Chef und Funker war tot³⁷. Niemand konnte Auskunft geben. Schließlich fanden wir heraus, daß sich unter Jindra eventuell der tschechische Professor Vaněk aus Brünn, der als Sokolfüh-

rické Listy“ im Mai 1982 einen Artikel „Nicht nur Emil Hácha“, in dem er behauptet, daß die Nachrichten von „Yester“ bis zum Jahre 1943 nach London gingen. Er teilte lediglich mit, daß die Beweise in der Hoover-Institution, Stanford, Kalifornien, hinterlegt sind.

Dagegen bezeichnete Dr. Beneš in den Botschaften, die die Fallschirmspringergruppe „ANTI-MON“ in die Heimat mitbrachte, E. Moravec als einen „Schurken und Niederträchtigen“, der für seine Taten büßen müsse.

Das Ergebnis der Ermittlungen über den Selbstmord M.s – möglicherweise auch Mord – wurde auf Wunsch Dr. E. Beneš vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Das Attentat auf E. Moravec sollte die Gruppe TIN (Ludvik Cupal und Jaroslav Švarc) ausführen. Sie wurde in der Nacht vom 29. auf 30. 4. 1942 zwischen Padrt und Věšín bei Rožmitál abgesetzt. Cupal erlitt beim Absprung ernsthafte innere Verletzungen und verstauchte sich den Fuß. Verwandte versteckten ihn einige Zeit in der Ziegelei in Velehrad. Obwohl er noch nicht völlig geheilt war, versuchte er sich zusammen mit Vojtěch Lukoščík (Gruppe „INTRANSITIVE“, aus demselben Flugzeug abgesetzt) am 18. 9. 1942 an der Zerstörung einer Eisenbahnlinie. L.'s Versteck wurde verraten. Er fiel während eines Schußwechsels mit der Gestapo am 8. 1. 1943. Cupal wählte während seiner Verhaftung eine Woche später den Freitod. Cupals Partner Švarc verband sich in Prag mit Olt. Adolf Opálka (Gruppe „OUT DISTANCE“, abgesetzt vom 27. auf 28. 3. 1942 in Ořechov bei Telč). J. Švarc war einer der sieben Fallschirmspringer, die sich in der Kyrill-Meth.-Kirche in Prag das Leben nahmen.

³⁶ H. Pannwitz schrieb am 20. 4. 1956 in der Versorgungsangelegenheit der Witwe Lina Heydrich an das Landessozialgericht Schleswig-Holstein, daß Dr. Beneš versprach, auf die Depesche des Prof. Vaněk-Jindra bis 17.00 Uhr am 27. 5. 1942 zu antworten. Nach den tschechischen Autoren kam keine direkte Antwort von Dr. Beneš, oder sie ist in den Archiven des tschech. Nachrichtendienstes nicht aufbewahrt. Die Gestapo fand sie auch nicht in den Unterlagen des Kapt. Bartoš. Pannwitz bekundete als Zeuge weiter: „Wir waren keinesfalls über sie (d. i. die Antwort von Dr. Beneš, S. F. B.) informiert, nicht einmal der deutsche Abhördienst“ (undatierte Niederschrift des Gerichtsverfahrens 1. Senat, LI-W 1014–15–54).

Die „Lidová demokracie“ druckte am 30. 10. 1963 eine Zuschrift des Prof. Vaněk-Jindra ab, in der er u. a. schrieb: „Auf Jindras Telegramm über den Widerruf des Attentatsbefehls ist eine Antwort gekommen, auch wenn sie nicht an ihn selbst adressiert wurde. Es war kein kategorischer Befehl.“ Diese Angaben bestätigt der ehemalige tschechische Oberst Emil Strankmüller in seiner Studie „Der tschechoslowakische offensive Nachrichtendienst vom April 1939 an“, Zprávy, OAR 1 – 1970, S. 228, u. a. mit den Worten: „Eine Depesche wurde abgeschickt, die allerdings jetzt nicht aufzufinden ist.“

Nach Mitteilung von Prof. Vaněk-Jindra kam die entscheidende Weisung zur Durchführung des Attentats von der British Special Operations Executive (SOE). Diese Angabe bestätigt auch Gen. F. Moravec in seinem Gespräch mit André Brissaud: „Ich zeigte dem Präsidenten Beneš und dem Chef des britischen Geheimdienstes die Depesche (gegen das Attentat, SFB). Beneš gab Befehl, daß ich nicht antworten soll. Der Chef des SIS sagte nichts, aber nach dem Krieg habe ich erfahren, daß die Briten die Aktion nicht nur nicht eingestellt haben wollten, sondern darauf bestanden, daß sie verwirklicht wurde, wovon sie mich allerdings nicht verständigt haben“ (Brissaud, Canaris, Paris 1970, S. 273).

³⁷ Funker der Gruppe Bartoš war der Gefr. J. Potůček. Er wurde am 2. 7. 1942 von einem tschechischen Gendarm auf einer Wiese bei Trnava erschossen.

rer von der Gestapo Brünn schon seit über zwei Jahren gesucht wurde³⁸, verbergen konnte. Nach ihm setzte die Fahndung ein. Er war etwa 1906 geboren. Erst Mitte August ergab sich eine Spur, doch er entzog sich einige Male dem Zugriff, bis er im September 1942 festgenommen werden konnte. Er lebte illegal und bezog für einen Freund, der nach England als Offizier geflohen war³⁹, für dessen Frau die Pension. Beim Pensionsempfang konnte er gestellt werden. Als wir ihn im Auto mit seinem Decknamen Jindra und seinem richtigen Namen begrüßten, antwortete er, ach so, dann sind Sie der Herr Müller von der deutschen Polizei, der mich schon seit 8 Wochen sucht. Er war so gut über unsere Verhältnisse informiert, daß er Abteilungen, Mitarbeiter und alle möglichen Einzelheiten kannte.

Nach dem ersten Schreck war er vernünftig frei zu sprechen, zumal er seinen eigenen Funkspruch an Benesch vorgelegt bekam. Er machte den Eindruck eines Mannes der bürgerlichen Seite, die nach dem Kriege, den sie für Deutschland als wahrscheinlich verloren ansahen, in der Tschechoslowakei die kommunistische Entwicklung fürchteten. Außerdem war er der Meinung, daß die Alliierten jetzt das tschechische Volk nicht mehr als einen Faktor der Kriegsführung einsetzen sollten, nachdem sie es in den Jahren 1938/39 schmachlich im Stich gelassen hatten. Eine Mobilisierung des tschechischen Volkes zur Partisanenkriegsführung im Rücken der Deutschen würde schließlich weit höhere Blutopfer fordern als etwa eine direkte Teilnahme am Kriege durch Gestellung von Soldaten. Da die Tschechen aber von militärischer Dienstleistung frei waren, könne es im Augenblick für sie nichts besseres geben als abzuwarten. Außerdem sei das Rüstungspotential der Deutschen auf tschechischem Territorium so bedeutend, daß die Deutschen im Falle von Unruhen sicher vor keinem Mittel zurückschrecken würden, um dieses Territorium zu halten. Hinzu komme ferner, daß Hitler der Ansicht sei, daß derjenige Europa beherrsche, der den tschechischen Raum als europäische Mitte in seiner Hand habe. Dieses alles konsequent durchdacht, führt eben zu der Erkenntnis, daß Unruhe oder Aufstand gegen die Deutschen glatter Selbstmord des tschechischen Volkes wäre.

Er sprach auch von seinen Gesprächen mit den Attentätern und anderen Fallschirmagenten, die immer wieder zum Ausdruck gebracht hätten, daß sie über die Verhältnisse im Protektorat in London wissentlich falsch unterrichtet worden seien, daß sie oft noch mehr als er selbst die Meinung vertraten, das tschechische Volk solle in dieser jetzt ruhigen Situation ruhig abwarten ... doch sie selbst hätten einen Eid als Soldaten geschworen und könnten sich nicht selbst davon entbinden, sie müßten ihre Aufträge weiter durchführen. Sie baten Jindra dringend, doch in London eine Änderung der Befehle zu erwirken, was er dann auch versucht habe.

Jindra war ein hochgebildeter Mann, dem das Wohl seines Volkes über alles ging ... er war zutiefst überzeugt, daß das tschechische Volk garnicht in der Lage war, am

³⁸ Prof. Vaněk-Jindra teilte M. Ivanov mit, daß er in die Illegalität Anfang Oktober 1941 ging (Atentat, S. 27). Am 8. 10. 1941 wurden einige hundert Sokol-Funktionäre, unter ihnen auch die Gattin von Prof. Vaněk, verhaftet.

³⁹ Stabskapt. i. G. Alois Šeda, er lebt in Kalifornien, USA.

Ausgang dieses Krieges einen Anteil haben zu können, er wollte sinnlose Opfer verhindern. Nur 24 Stunden war er in den Händen der Sonderkommission zur Aufklärung des Attentates. Er erklärte sich schließlich zu einem Abkommen bereit. Für den Preis, daß er und seine Sokolorganisation an der Gestaltung der Innenpolitik im Protektorat Anteil nehmen könnten, indem er mit Frank persönlich laufend in Kontakt bliebe – ohne etwa Minister zu werden und in der Regierung zu sitzen – uns die Verbindungen mit England zur Verfügung zu stellen⁴⁰. Dadurch hätten wir die bisher illegalen Verbindungen (Funk usw.) als Spiel weiterbetreiben können und wären keinen Überraschungen mehr ausgesetzt gewesen. Die Agenten, die aus diesen Verbindungen etwa im Protektorat abgesetzt werden würden, sollten, soweit es Tschechen oder Slowaken waren, für die Dauer des Krieges unter gemeinsamer deutsch-tschechischer Bewachung interniert werden ... keinerlei Verfahren sollten gegen sie durchgeführt werden. London sollte durch entsprechende Meldungen über erfolgreiche Tätigkeit der Agenten befriedigt werden. Die Leitung der Sonderkommission hatte Vertrauen zu Jindra und sah den unwahrscheinlichen Vorteil einer solchen Entwicklung. Schließlich handelte es sich bei diesem geplanten Abkommen ja nicht um einen ausschließlichen Vorschlag Jindras, sondern um das gemeinsame Ergebnis 24stündiger Besprechungen. Kein Mensch glaubte, daß gegen einen solchen Vorschlag Bedenken bestehen könnten. Aber es kam wieder einmal anders. Der Chef der Gestapo hatte von diesen Gesprächen Kenntnis erhalten. Er ließ den Kommissionsleiter kommen, machte ihm schwerste Vorwürfe wegen seines eigenmächtigen Handelns in politischen Fragen, verfügte die sofortige Abgabe Jindras an das staatspolizeiliche Sachreferat, dem die Bekämpfung der „illegalen Sokolbewegung“ oblag ... und so wurde Jindra in die Bedeutungslosigkeit eines festgenommenen illegalen Sokolführers hinabgestoßen. Über zwei Jahre lang wurde Jindra über seine Freunde aus dem Sokol in kleinlichen, erniedrigenden Vernehmungen gehört. Sein Schicksal ist unbekannt⁴¹. Der Stapoleiter aber hatte echte Hilfestellung für zukünftige Tsche-

⁴⁰ Prof. Vaněk-Jindra konnte im Dezember 1942 aussagen, daß er Verbindung nur zum Sender hatte. Dennoch meldete der SD am 10. 9. 1942 nach Berlin, daß „Jindra die auf Welle 3900 m bestehende Funkverbindung mit dem Ausland aufrecht erhielt“ („Meldungen wichtiger staatspolitischer Ereignisse“).

Im Gespräch mit Janusz Piekalkiewicz vom Januar 1967 behauptete Prof. Vaněk-Jindra u. a.: „Es entwickelte sich eine komplizierte Situation. Kubiš und Gabčík bestanden auf der Durchführung des Attentats, obwohl unsere Organisation Ende März 1942 ernsthaft durch die Verhaftung des Funkers und einiger Mitarbeiter gefährdet war“ (Spione, Agenten, Soldaten, München 1969, S. 120). Dieses Gespräch verwandte Dr. R. Ströbinger auch in der deutschen Fernsehsendung vom 27. 5. 1982.

Soweit bis heute bekannt, befand sich Ende März 1942 nicht eine Funkstation unter der Kontrolle des tschechischen Untergrunds. Prof. Vaněk-Jindra berichtete M. Ivanov: „Weil ich damals noch (d. i. Ende April 1942, S. F. B.) keine direkte Verbindung mit London hatte, konnte ich (die Antwort aus London, S. F. B.) nicht annehmen. Erst nach dem Attentat, Ende Mai 1942, erlaubten sie mir einen eigenen Code und Chiffre“ (Attentat, S. 140).

⁴¹ Pannwitz muß sicher sehr überrascht gewesen sein, als er im Jahre 1964 von Prof. Vaněk aus Prag Post erhielt, in der er um Zusammenarbeit bei der Niederschrift von Erinnerungen gebeten wurde. Inhalt und Ton dieses Briefes (Fotokopie des Originals befindet sich im Besitz des Verfassers) über-

chisch-englische Unternehmungen auf Protektoratsboden geleistet ... im damaligen Sprachgebrauch hieß das eigentlich „Feindbegünstigung“. Dieser Mann führte keinerlei Argumente für seine Entscheidung an – nur die Wut, daß Dinge seines speziellen Ressorts hinter seinem Rücken verhandelt worden waren, ließen ihn so dumm handeln. In dieser Situation – genau wie im Fall Lidice – zeigten die Vertreter der Macht, der Gestapoleiter und der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD, Böhme, die Gefährlichkeit und Dummheit des Führungsprinzips auf. Vertraut mit den inneren Gesetzen der Diktatur und auf ihre Machtfülle bauend, trafen sie Entscheidungen, die aus ihrem begrenzten Egoismus geboren, dumm und verbrecherisch waren und einem ganzen Volk als Bürde auferlegt sind.

In diesen Tagen war auch der Schlußbericht über das Attentat erstellt worden⁴² und – wie das bei Kriminalisten eh und je üblich war – mit allen Erfahrungen und auch Fehlern, die unterlaufen waren, niedergeschrieben worden. Als das Kapitel behandelt wurde, in dem von den Motiven die Rede war, die die Tschechen bewogen hatten, vor bzw. nach der Tat den Tätern behilflich zu sein, mußte auch davon gesprochen werden, daß der Großteil der Helfer dem Sokol angehört hatte. Die bewußte Helferszahl, die genau wußte, wem sie zu welchem Zwecke hilft, war sehr klein. Bis zur Stellung der Täter lag sie etwa um 50 Personen. Wie kam es aber dazu, daß gerade der Sokol-angehörige – es gab andere, wesentlich schärfere Gegner der Deutschen – in so starker Anzahl vertreten war. Der Sokol, einst von Sudetendeutschen gegründet, ein Verband mit dem Ziele staatsbürgerlicher und körperlicher Erziehung, war 1940 von der „tschechischen Regierung“ aufgelöst worden⁴³. Also ohne deutsche Beteiligung – zumindest ohne offizielle! Da kam die Geheime Staatspolizei und beschlagnahmte von sich aus das Vermögen des bereits aufgelösten Verbandes und nahm im Laufe der Zeit eine Reihe von Persönlichkeiten aus den Reihen des Sokol, die bei ihren Mitgliedern hohes Ansehen genossen hatten, als politische Geiseln fest. Die Reaktion daraufhin war Verbitterung und der organisierte Beginn illegaler Sokol-tätigkeit, die jetzt natürlich wesentlich mehr als früher antideutschen Akzent hatte. Die Geheime Staatspolizei hatte also durch ihre Maßnahmen sich selbst ihre Gegner aktiviert. Das stand im Schlußbericht über das Attentat. Es gab daraufhin natürlich heftige staatspolizeiliche Angriffe gegen den Verfasser des Berichtes mit der Aufforderung, diese Darstellung zu entfernen. Man fürchtete trotz allem doch, daß so ein Bericht, der weit nach oben ging, ihnen Unannehmlichkeiten bereiten könnte. Der Verfasser änderte den Bericht nicht, mit der Erklärung, daß er ein Abschlußbericht des Attentates

raschen. Es hat den Anschein, als ob ein alter Bekannter eine jahrelang unterbrochene Verbindung wieder aufnehmen wollte. Keinesfalls aber hat man den Eindruck, daß dies Worte eines Gejagten an den Jäger sind. Es fällt auf, welch großen Raum und welch beinahe wohlwollende Beurteilung der bei der Prager Gestapo tätige Kommissar seinem damaligen politischen Feind, einem führenden Mann des tschechischen Widerstandes, widmet.

⁴² Nach dem Schlußbericht haben die Standgerichte Prag und Brünn in der Zeit vom 28.5. 1942 bis 3.7. 1943 insgesamt 1331 Personen, davon 201 Frauen, zum Tode verurteilt.

⁴³ Die Sokol-Organisation war noch bis zum April 1941 legal tätig. Die Auflösung und Beschlagnahme des Eigentums erfolgte durch eine Verordnung Reinhard Heydrichs vom 12.10. 1941 („Der Neue Tag“, 12. 10. 1942).

sei mit allen objektiven Erkenntnissen aus dem Ablauf des Geschehens und den Darstellungen der Beteiligten, genauso wie es bei kriminalpolizeilichen Ermittlungsberichten bisher immer üblich gewesen sei. Politische Berichte aber liegen nicht in der Zuständigkeit der Sonderkommission, die einen kriminalistischen Auftrag erhalten und ausgeführt habe.

Wegen dieser Unstimmigkeiten mit Böhme und dem Gestapoleiter in Sachen Bericht und Jindra fuhr der Leiter der Sonderkommission zum Amtschef IV, Gruppenführer Müller, nach Berlin und meldete sich zur Berichterstattung. In der Sache Jindra, sagte Müller, habe der Kommissionsleiter schon recht, doch könne er sich in diese Angelegenheit nicht einschalten, weil es noch keinen neuen Chef der Sicherheitspolizei bisher gäbe und er sich im Kräftespiel der verschiedenen Gruppen nicht stark genug fühle und sich es nicht erlauben könne, entgegengesetzte Anweisungen an die verschiedenen Dienststellen in Prag zu geben. Wegen des Berichtes aber, da solle der Verfasser nicht nachgeben, weil der Berichtersteller, wenn er mit seinem Namen unterzeichnet, nicht an Weisungen gebunden sei. Es war am Verhalten und den Antworten Müllers deutlich sichtbar, daß, nach dem Tode Heydrichs, der Kampf um den freigewordenen Platz, und alle anderen Plätze auch, noch offen war und man sich aus taktischen Gründen zurückhielt, um nach keiner Seite hin Schwierigkeiten zu schaffen und vor dem kommenden Herrn unbelastet zu sein. Die NS-Kampfspiele nannte man diese sichtbaren Bemühungen um die Plätze weiter oben.

Mit derartigen Stellungnahmen Müllers war praktisch alles wie vorher. Der Kommissionsleiter begab sich, als er die Prinz Albrecht-Str. verließ, zu Nebe und erzählte ihm die ganze Situation. Nebe meinte, daß mit abwartender Haltung Müllers die gegenwärtige Situation treffend umrissen sei, jeder erwarte mit dem neuen Chef der Sipo und SD einen umfangreichen Platzwechsel. Das sei aber bedeutungslos, viel mehr sei zu fürchten, daß der Nachfolger Heydrichs weder eine positive und vernünftige noch eine negative Erscheinung sein werde, sondern aus den völlig farblosen Persönlichkeiten ausgewählt wird, die nur noch reine Handlangerdienste zu leisten im Stande sind.

Der Kommissionsleiter ging dann zu Freunden in der Abwehr des Amtes Canaris und ließ sich durch ihre Hilfe über das OKW in die Wehrmacht einberufen. So stand 14 Tage später der Kriminalrat als Unteroffizier im Osten. Da die sicherheitspolizeilichen UK-Stellungen, für Berlin unverständlicherweise, übersprungen waren, eilte ihm ein Verfahren wegen Fahnenflucht nach, weil die Feldpostnummer, zu der er eingezogen war, nicht im Verzeichnis der Feldpostnummern zu finden war, sie stand unter Geheimhaltung. Das hatte man im Amt Abwehr bereits vorgesehen, um der Sicherheitspolizei den Kampf um ihren ausgewichenen Beamten zu erschweren.

Das war Ende September 1942⁴⁴.

⁴⁴ Pannwitz wurde nach fünfmonatigem Fronteinsatz im Osten ins Reichssicherheitshauptamt nach Berlin berufen, wo er nach mehrmonatigem Studium des Materials über das sowjetische Spionagenetz „Rote Kapelle“ mit der Fahndung nach deren Aktivitäten beauftragt wurde. Er versprach den verhafteten führenden Funktionären den Erhalt des Lebens, womit er deren Mitarbeit gewann. *Die Mehrheit der übrigen Mitarbeiter indessen wurde hingerichtet.*

MITARBEITER DIESES HEFTES

Stanislav F. Berton, (38 Abingdon road, Roseville – NSW 2069 Australien)

Dr. James M. Diehl, Professor an der Indiana University, Department of History (Ballantine Hall, Bloomington, Indiana 47405), veröffentlichte u. a. „Paramilitary politics in Weimar Germany“ (Bloomington-London 1977) und „The organization of German veterans 1917–1919“ (in: Archiv für Sozialgeschichte 11, 1971, S. 141–184).

Dr. Jürgen C. Heß, Professor für Neueste Geschichte an der Freien Universität Amsterdam (1214 KJ Hilversum, Elzenlaan 17), veröffentlichte u. a. „Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland“ (Stuttgart 1973), „Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei“ (Stuttgart 1978), „Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus“ (in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1980); derzeit mit einer Studie über Theodor Heuss (1945 bis 1949) beschäftigt,

ferner mit einer Arbeit über den englischen Gewerkschaftsdachverband TUC und dessen Haltung zu strukturellen sozialökonomischen Reformen 1931–1951.

Dr. Maurice Vaisse, Professeur d'histoire contemporaine, à l'Université de Reims (131 rue de la Convention F-75015 Paris), veröffentlichte u. a. „Sécurité d'abord, la politique française matière de désarmement, 1930–1934“ (Paris 1981), „1961 Alger le Putsch“ (Bruxelles 1983), „La Victoire en Europe“ (Lyon 1985).

Dr. Jörg Wolff, Professor für Sozialarbeit und Vizepräsident der Universität Oldenburg (2900 Oldenburg, Ammerländer Heerstr. 67–99), veröffentlichte u. a. „Der Standort der Kriminologie in der Juristenausbildung. Ein Beitrag zur Revision des rechtswissenschaftlichen Curriculums“ (in: Goldtamers Archiv für Strafrecht, 1972 S. 257 ff.), „Routine und Gefühle im Entscheidungshandeln von Sozialarbeitern: vernachlässigte Themen der Professionalisierung“ (in: Neue Praxis 1984, S. 26 ff.); derzeit Forschungen zur Geschichte des Jugendstrafrechts, insbesondere im Dritten Reich.